A 20111 F

SOZIALISTISCHE POLITIK

Juni 1972

Monopolkapitalismus in Japan

R. Luxemburgs Imperialismustheorie

Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus

Wahlen in Italien

SOZIALISTISCHE POLITIK
Herausgegeben in Westberlin
1 Berlin 41 – Postfach 270

SOZIALISTISCHE POLITIK

4. Jahrgang Nr. 18 Juni 1972

Seite

AUFSÄTZE UND ANALYSEN

Kyoichi Maekawa	Struktureigenschaften des japanischen Kapitalismus und die Herrschaft der Monopole	1
Hermann Lehmann	Zu Rosa Luxemburgs ökonomischer Erklärung des Imperialismus	21
Paul Boccara	Einige Perspektiven der Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus und der Errichtung der fortschrittlichen Demokratie	33

KURZANALYSEN UND BERICHTE

Detlev Albers	Zur Analyse der italienischen Parlamentswahlen	63

DISKUSSION UND BESPRECHUNG

Georg Landwirth	Neue Einführungsliteratur zur Politischen Ökonomie des Kapitalismus	85
Lothar Peter	Klassenkämpfe in Westeuropa	91

Verlag und Vertrieb
SOZIALISTISCHE POLITIK
1 Berlin 41, Postfach 270

Herausgegeben vom Redaktionskollektiv (gemeinsam verantwortlich auch für Anzeigen): Bernard Langfermann, Frank Stern, Hella Stern

Redaktion und Werbung unter der angegebenen Anschrift

Postscheckkonto Berlin West 620 10
Anzeigenpreisliste 2/70
1. - 8. Tausend Juni 1972

Satz
Druck
Verlag und Druck Informdienst GmbH
Westberlin

Der Preis des Einzelheftes beträgt DM 4,–, der des Doppelheftes DM 8,–. Im ermäßigten Jahresabonnement (Bezug nur direkt vom Verlag) beträgt der Preis des Einzelheftes DM 3,–, der des Doppelheftes DM 6,–. Das Jahresabonnement (6 Nummern) beträgt DM 18,–.

Nachdruck und Übersetzung ist nach Rücksprache mit dem Redaktionskollektiv möglich. Sonderdrucke auf Anfrage.

Beilagenhinweis:
Dieser Ausgabe liegen ganz oder teilweise bei Prospekte des Walther-Verlages, der Deutschen Volkszeitung sowie eine Bestellkarte der SOPO.

Aufsätze und Analysen

Kyoichi Maekawa

Struktureigenschaften des japanischen Kapitalismus und die Herrschaft der Monopole

Der nachstehende Beitrag ist der erste einer Reihe von Aufsätzen von Prof. Kyoichi Maekawa, Doshisha-Universität, Kyoto, die sich mit der Entwicklung des japanischen Kapitalismus befassen. In den folgenden Aufsätzen wird K. Maekawa auf die Abhängigkeit des japanischen Monopolkapitals vom US-Imperialismus und auf die Entfaltung des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Japan eingehen.

Ziel dieses Aufsatzes ist es, die strukturellen Eigenschaften des japanischen Kapitalismus der Vor- und Nachkriegszeit und die Herrschaft der Monopole in Japan zu untersuchen. Der einleitende Teil über den japanischen Vorkriegskapitalismus basiert auf den "Thesen 1932", die eine klassische marxistisch-leninistische Analyse des damaligen Japan sind. Arbeiten, die auf diesen Thesen aufbauten, und die neuere Kollektivarbeit japanischer marxistischer Wissenschaftler "Monopolunternehmen in Japan" (insbesondere der 1. Band) bilden die Grundlage der Analyse des Vor- und Nachkriegskapitalismus in Japan. Für die Kapitalismus-Analyse der Nachkriegszeit wurde das Material gesichtet, das im theoretischen Organ der Kommunistischen Partei Japans "ZEN'EI" sowie in der marxistisch-leninistischen Wirtschaftszeitschrift "KEIZAI" veröffentlicht wurde und sich im wesentlichen auf die Lageanalyse des KPJ-Programms stützt.

Da die Analysen der japanischen Marxisten in Europa wenig bekannt sind, wird in der vorliegenden Arbeit das Schwergewicht auf die Wiedergabe der Auffassungen dieser Autoren gelegt.

1. Struktureigenschaften des japanischen Kapitalismus vor dem 2. Weltkrieg und die Herrschaft der Monopole

Bekanntlich ebnete die Meiji-Reform (1868) zwar den Weg zu einer kapitalistischen Entwicklung der japanischen Gesellschaft; sie war aber keinesfalls eine Revolution von unten: Die bürgerliche Revolution wurde nicht zu Ende geführt. Die überlebte halbfeudale Gesellschaftsform blieb in allen sozialen Bereichen bis zur Niederlage Japans im zweiten Weltkrieg (1945) bestehen. Japan war aber schon vor dem 2. Weltkrieg ein hochentwickelter kapitalistischer Staat, der sich im imperialistischen Stadium seiner Entwicklung befand. Zugleich konnte sich das absolutistische Tenno-System auf das tief eingewurzelte halbfeudale Bodenbesitzsystem stützen. Das Tenno-System repräsentierte zum einen den Klassenblock der Großgrundbesitzer und des Monopolkapitals, zum anderen behielt der Tenno seine relative Selbständigkeit und übte seine absolutistische Gewalt aus. Das kaiserliche System war die barbarische Staatsmacht des japanischen Imperialismus. Es ermöglichte mit seiner militärischen und polizeilichen Gewalt eine intensivere Ausbeutung und Ausplünderung als andere monopolkapitalistische Länder. Das Volk wurde in rechtlosem Zustand gehalten und die demokratische und revolutionäre Bewegung wurde mit grausamen Methoden unterdrückt. Das Tenno-System konnte außerdem durch seine Aggressionskriege die Nachbarvölker kolonisieren und ausplündern.

Die wissenschaftlichen Studien über den japanischen Kapitalismus der Vorkriegszeit stammen einerseits aus der KOOZA-HA-Schule. (Die Pionierleistung von EITAROO NORO und die Bücherreihe "Vorlesungen über die Entwicklungsgeschichte des japanischen Kapitalismus") und andererseits aus der ROONA-HA-Schule (Beispielsweise die Arbeiten von TSUNAO INOMATA, TAKAO TSUCHIHASHI, RYOOKICHI MINOBE, MOSABUROO SUZUKI). Die ersteren definieren das japanische Herrschaftssystem als absolutistische kaiserliche Monarchie, halbfeudales parasitäres Großgrundbesitzertum und "gierigen Monopolkapitalismus" und sahen hierin einen Imperialismus mit militärisch-feudalistischen Zügen – entsprechend den "Thesen 1932" – (den Thesen über die Lage in Japan und die Aufgaben der Kommunistischen Partei Japans). Anhand dieser Bestimmung wurde die Strategie der japanischen Revolution so konzipiert, daß sich eine bürgerlich-demokratische Revolution mit den Hauptzielen Zerschlagung der Monarchie und Agrarreform sehr rasch in die proletarisch-sozialistische hinüberentwickeln müßte. Die zweite theoretische Schule "ROONA-HA" vertrat die Ansicht, daß das Kaiserregime nach der Meiji-Reform in eine bürgerliche Monarchie umgewandelt und das halbfeudale System im wesentlichen beseitigt sei bzw. allmählich verschwinde. Sie definierten das japanische Herrschaftssystem als alleinige Herrschaft des Finanzkapitals (also als abstrakten Imperialismus). Daraus entwickelten sie eine Revolutionsstrategie, die beinhaltete, daß die sozialistische Umwälzung ohne die bürgerlich-demokratische Revolution zu verwirklichen wäre.

Verglichen mit den europäischen und amerikanischen imperialistischen Staaten hatte der japanische Vorkriegsimperialismus eine magere Rohstoffbasis und schwache Finanzkraft. "Es fehlte ihm an den mächtigen modernen technischen Ausstattungen in der Schwer- und Chemieindustrie; Wettbewerbsfähigkeit besaß nur die Leichtindustrie, vor allem die Textilindustrie. Bei dieser Schwäche in seiner Industriestruktur wurde "das Monopol des ... Finanzkapitals zum Teil ergänzt, zum Teil ersetzt durch das Monopol der militärischen Macht, des unermeßlichen Gebiets oder der besonders günstigen Gelegenheit, nationale Minderheiten, China usw. auszuplündern". (1)

Zur Zeit des ersten Weltkrieges war Japan finanziell von den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern wie den USA und Großbritannien abhängig, blieb aber politisch selbständig und gehörte zu den Staaten, die über ein weites koloniales und halbkoloniales Gebiet verfügten (Korea, Taiwan und China). Daher wies Lenin in seiner Arbeit "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" auf Japan hin, als er schrieb: "Am schnellsten wächst der Kapitalismus in den Kolonien und den überseeischen Ländern. Unter diesen Ländern entstehen neue imperialistische Mächte (Japan)". (2)

Und dieses kriegslüsterne aggressive imperialistische Land im fernen Osten, das kaiserliche Japan, wurde schließlich neben dem nazistischen Deutschland in Europa Hauptbrandstifter des Zweiten Weltkriegs.

Die Monopole herrschten despotisch über die Arbeiter, Bauern und anderen werktätigen Schichten des Volkes. Dabei stützten sie sich auf die historisch entstandenen halbfeudalen Bedingungen. Bis zur Niederlage Japans 1945 erkannten die Monopole das Vereins- und Streikrecht der Arbeiter nicht an und alle Kämpfe um höhere Löhne wurden grausam unterdrückt. Der größte Teil der Bauernschaft bildete das Reservoir für die relative Überbevölkerung, was ein besonderes Hindernis für die Überwindung der mit kolonialem Niveau vergleichbar niedrigen Löhne darstellte.

---

1 Lenin: WERKE, Bd. 23. "Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus", S. 113.

2 Lenin: WERKE, Bd. 22. DER IMPERIALISMUS ALS HÖCHSTES STADIUM DES KAPITALISMUS, S. 279.

Unter diesen Bedingungen wurden auch vorkapitalistische Ausbeutungsformen benutzt wie Menschenhandel, "Sklavenlager", "Zwangsinternat". Ein Beispiel hierfür war auch das japanische Lehrlingssystem, in dem der Lehrling als unbezahlte Arbeitskraft ohne Vertrag schwere Arbeit zu verrichten hatte. Das militärische Gefängnissystem des Kriegsnotstandes und die massenhafte Umsiedlung von kolonialen Arbeitern aus Taiwan und Korea spielten eine wesentliche Rolle bei der weiteren Senkung des Lohnniveaus. Wegen dieser halbfeudalen Gesellschaftsformen war der japanische Vorkriegskapitalismus durch eine sehr hohe Mehrwertrate gekennzeichnet und entwickelte sich die kapitalistische Produktion außerordentlich rasch. Diese halbfeudalen Gesellschaftsformen sollten eigentlich mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktion verschwinden, da die halbfeudale Ausbeutung der werktätigen Bauern durch die Großgrundbesitzer den Spielraum der kapitalistischen Ausbeutung einschränkt und hemmend auf das Eindringen des Kapitalismus in die Landwirtschaft und die Ausdehnung des inneren Marktes wirkt. Dennoch überlebten die halbfeudalen sozialen Zustände so stark, daß sie die Reproduktion des japanischen Kapitalismus charakterisierten. Laut "Monopolunternehmen in Japan" geschah dies aus folgenden Gründen:

Erstens mußte der japanische Kapitalismus die industrielle Revolution erst durchlaufen, während der fortgeschrittene Kapitalismus gerade den Übergang in das monopolkapitalistische Stadium beendete. Der japanische Kapitalismus mußte in den kapitalistischen Weltmarkt eindringen mit seiner Rückständigkeit, seinem niedrigen Akkumulationsgrad und seiner daraus notwendig folgenden ungleichen industriellen Struktur, in der das Schwergewicht auf der Leichtindustrie lag. Diese speziellen Umstände in der Entstehungsperiode des Industriekapitalismus machten die schnelle Kapitalakkumulation unter Ausnutzung der halbfeudalen Gesellschaftsformen notwendig.

Zweitens war der japanische Kapitalismus charakterisiert durch einen Klassenblock der Großgrundbesitzer und der (Monopol-)Kapitalisten mit dem Tenno an der Spitze. Ferner muß erwogen werden, daß sich der Weltkapitalismus schon in der allgemeinen Krise befand, als sich in Japan, das seine kapitalistische Entwicklung am Vorabend des imperialistischen Stadiums begonnen hatte, die Grundlagen des Monopolkapitalismus entwickelten. Das heißt, als sich die kapitalistische Großindustrie in Japan entwickelte und die überlebte halbfeudale Gesellschaftsform sich in einen Hemmschuh für die Entwicklung der kapitalistischen Produktion umzuwandeln begann, mußte das Monopolkapital seine Klassenherrschaft mit den Großgrundbesitzern und der kaiserlichen Macht zusammen noch mehr verstärken, um die demokratische Volksbewegung zu unterdrücken und eine Expansionspolitik zu verwirklichen. Infolgedessen war es außerstande, selbst die halbfeudalen Überbleibsel in der japanischen Gesellschaft zu beseitigen.

Hinsichtlich der Entwicklungsperioden des japanischen Kapitalismus in der Vorkriegszeit sind folgende Punkte zu beachten.

1. In der Spätperiode des TOKUGAWA-Shogunats, die mit der MEIJI-Reform endete, bestand die private Industrieproduktion im wesentlichen in der Produktion von Konsumgütern wie Reiswein, Soja-Sauce, Seidenzwirn, Tücher, Keramik und Porzellan, Lackiererzeugnisse, Tee, Papier usw., die meistenfalls auf der Grundlage des Verlagssystems betrieben wurde. Die Manufakturbildung war im Brauereiwesen (Reiswein und Soja-Sauce), in der Weberei, im Keramik- und Porzellanwesen, in der Gießerei, Eisengewinnung aus dem Eisensand, Metallurgie, Erzförderung und auch dem Schiffbauwesen zu beobachten. Zum überwiegenden Teil handelte es sich bei der damaligen Manufaktur um die "Betriebe, welche durch die kleinen, auf der Leibeigenschaft beruhenden Fürstenstaaten (HAN) verwaltet wurden. ... Die Tatsache, daß sich diese Manufaktur auf die dörf-

liche Hausindustrie stützte, bezeugt die Schwäche der bürgerlichen Entwicklung dieses Staates und ihre auf der Leibeigenschaft beruhende Spezifik". (3)

Bei den Manufakturen, die direkt unter Kontrolle des Shogunats bzw. der Regierungen der Fürsten standen, lag das Hauptgewicht auf dem Sektor der militärischen Produktion auch nach der MEIJI-Reform. Die private Produktion im Keramik- und Porzellanwesen sowie im Brauereiwesen stagnierte nach MEIJI. (4)

Die Wiedereröffnung des Landes nach seiner 220jährigen (1639-1859) Isolierung vom westlichen Ausland und die MEIJI-Reform entwickelten den Außenhandel und erweiterten die gewerblichen Freiheiten im Inland sprunghaft, wodurch die Voraussetzungen zur Entfaltung der kapitalistischen Produktion verstärkt wurden. Die MEIJI-Regierung gab nicht alle Industriesektoren dem privaten Kapitalismus frei. Sie übernahm von den Shogunats bzw. HAN-Betrieben die wichtigsten, deren Mittelpunkt die Militärbetriebe bildeten. Diese Betriebe wurden unter staatliche Verwaltung gestellt und mit staatlicher Unterstützung reorganisiert und verstärkt. Der Staat gründete außerdem zahlreiche moderne Fabriken und schuf ein modernes Verkehrssystem. Diese staatlichen Unternehmen gingen der spontanen Entwicklung der nichtstaatlichen, privaten Unternehmungen voraus. Zur Sicherung und zum Ausbau des Kerns der militärischen Grundindustrie (Militärbetriebe, vor allem Schiffswerften, grundlegende Transport- und Nachrichtenindustrie) verkaufte der Staat außerordentlich günstig zu bevorzugten Bedingungen die staatlichen Modellbetriebe an der Peripherie der staatlichen Produktion an einige mit der Regierung eng verbundene Großkapitalisten (MITSUI, MITSUBISHI, FURUKAWA, FUJITA, TANAKA, KAWASAKI, ASANO etc.), wodurch der Staat bei der Bildung der japanischen Familienkonzerne (ZAIBATSU), die entscheidende Rolle spielte. (5)

Es war "für die ursprüngliche Akkumulation in Japan charakteristisch, daß der militärisch-halbfeudale Kapitalismus in einer Interessengemeinschaft zwischen Großgrundbesitz und Bourgeoisie mit dem privilegierten Großkapital ZAIBATSU an der Spitze und gegen die spontan von unten erfolgende Entfaltung der Warenwirtschaft rasch von oben unter der absolutistischen Führung aufgebaut wurde". (6)

2. Die Periode, die sich über die 10 Jahre vom Ende des japanisch-chinesischen Krieges (1894-95) bis zu den Jahren nach dem japanisch-russischen Kriege (1904-05) erstreckt, läßt sich als die Aufbauphase des kapitalistischen Systems in Japan bezeichnen, in der das Industriekapital endlich gefestigt war und der Prototyp der Reproduktionsstruktur des japanischen Kapitalismus gebildet wurde. Die japanischen Großgesellschaften nahmen ihre Entwicklung vom Bankwesen – Trassiergesellschaften, Staats- und Privatbanken wurden in Japan zur Zeit des noch unreifen Kapitalismus und des unterentwickelten Handelskredits vordringlich gegründet – zu solchen Gebieten der Industrie wie Eisenbahn und Baumwollspinnerei hin. Zu dieser Zeit war jedoch die Kapitalanlage der Gesellschaften im allgemeinen noch bescheiden. Unter den 1896 registrierten 4549 Gesellschaften betrug der Anteil derer, deren Kapitalanlage unter 100 000 Yen lag, 79 %. Die Vergrößerung der Kapitalanlagen erfolgte erst nach dem japanisch-russischen Krieg. Wegen der Kosten des japanisch-russischen Krieges nahm der Import von ausländischem Kapital rasch zu, so daß man die Jahre nach dem Krieg als Periode des bisher nie dagewesenen Kapitalimports bezeichnete.

---

3 Kobayashi, Ryoosei: NIHON-SANGYOO-NO KOOSEI (Der Aufbau der japanischen Industrie), S. 8.
4 Yamada, Moritaroo: NIHON-SHIHONSHUGI BUNSEKI (Die Analyse des japanischen Kapitalismus), S. 9 f.
5 Giga, Sooichiroo: GENDAI NIHON-NO DOKUSEN-KIGYOO (Monopolunternehmen im modernen Japan), S. 4-8.
6 Moriya, Norio: KEIZAISHI (Wirtschaftsgeschichte), S. 73.

In der Periode nach dem japanisch-russischen Krieg bis zum ersten Weltkrieg waren die Erweiterung bzw. Fusion der vorhandenen Gesellschaften und die Neugründungen durch das Großkapital auffällig, wobei der Schwerpunkt auf anderen Branchen als Eisenbahn und Bankwesen lag. Parallel zur riesigen Aufrüstung nach dem japanisch-russischen Krieg entwickelte sich auf dem Schwerindustriesektor die Schiffbau- und Marineindustrie, welche die Autarkie der Marine ermöglichte. Gleichzeitig wurden solche Industriezweige wie Eisenbahnwaggonbau, Maschinenbau und auch Eisen- und Stahlindustrie von Privatkapitalisten entwickelt. Auf Grund des Monopols für den koreanischen und chinesischen Markt sowie wegen des steigenden Bedarfs auf dem US-Markt wurde der Exportmarkt wesentlich erweitert, was sich in der auffälligen Entwicklung der Seidenindustrie, Baumwollspinnerei und -weberei widerspiegelte. In der Baumwollweberei nahm die Zahl der Webmaschinen rasch zu. (7)

3. Die eigentliche Entfaltung des Monopolkapitalismus in Japan ging erst im 1. Weltkrieg vor sich, als die Kapitalanlage der Unternehmen weiter vergrößert und die Basis von solchen Zweigen der Schwer- und Chemieindustrie wie Eisen- und Stahlindustrie und Maschinenbau durch Subventionen und andere Förderungsmaßnahmen der Regierung gefestigt wurde.

Bei der Betrachtung der Entstehung der monopolistischen Formen in Japan kann man feststellen, daß das Kartell als niedrige Monopolisierungsform den anderen Formen vorausging, wie es auch bei den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern der Fall war. Für das japanische Kartell war vor dem ersten Weltkrieg charakteristisch, daß es schon bei den noch schwach entwickelten Aktiengesellschaften zur Kartellbildung kam und daß die Kartellierung sich auf die Leichtindustrie konzentrierte (während in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern das Kartell bereits in seinem frühen Entwicklungsstadium vorwiegend in der Schwer- und Chemieindustrie entstand. Die Kartelle wurden in Japan zuerst dort gebildet, wo die japanische Industrie im Frühstadium ihrer Entwicklung Wettbewerbsschwierigkeiten hatte. Die niedrigen Löhne, die äußerst schlechten Arbeitsbedingungen und die Konkurrenz mit dem Kapital der fortgeschrittenen Länder durch die rasche Kartellbildung – dies alles stand mit dem begrenzten Binnenmarkt und der Expansionstendenz des japanischen Kapitalismus in Verbindung. Vor dem ersten Weltkrieg kam es in einem Teil der Schwer- und Chemieindustrie sowie in der Lebensmittelindustrie zur Bildung neuer Kartelle. Nicht wenige von ihnen brachen nach kurzer Dauer zusammen. Viele Verträge wurden bald außer Kraft gesetzt. Die Periode der eigentlichen Kartell- bzw. Trustbildung fiel in der japanischen Schwer- und Chemieindustrie erst in die Jahre nach dem ersten Weltkrieg. (8)

Was die industrielle Antriebskraft anbetrifft, so lag "der Umschlagpunkt von der Dampfkraft zur Elektroenergie, der Zeitpunkt nämlich, in dem der Elektrostrom als die Kraftquelle auftrat, in den Jahren des ersten Weltkriegs. Bis 1916 nahmen unter den Antriebsmaschinen die Dampfmotoren in ihrer Gesamt-PS-Zahl den ersten Platz ein, während die Elektromotoren seit 1917 die Dampfmaschinen von diesem Platz verdrängten. Unter allen Motoren spielten nunmehr die Elektromotoren an Stelle der Dampfmotoren die führende Rolle". (9)

Solche Veränderungen waren selbstverständlich eng mit der Monopolbildung und der eigentlichen Festigung der ZAIBATSU-Konzerne verbunden.

So entstanden die japanischen Monopole abhängig von der halbfeudalen Gesellschaftsform. Das führte dazu, daß die Monopole selbst in Inhalt und Formen ihrer Herrschaft

---

7 Giga, Sooichiroo: op. cit., S. 17-27.
8 Giga, Sooichiroo: op. cit., S. 40-41.
9 Kanbayashi, Teijiroo: NIHON SANGYOO-KIKOO KENKYUU (Studien zur Struktur der japanischen Industrie), S. 233.

traditionell-japanische Eigenschaften aufwiesen. In den europäischen kapitalistischen Ländern entstanden mächtige Trusts und Konzerne, die auf Grund der Produktions- und Kapitalakkumulation im Industriesektor die Produktion in wesentlichen Zweigen monopolisierten. Parallel hierzu ging der Prozeß der Monopolbildung im Bankwesen. Als die Entwicklung der beiden Monopole ein hohes Niveau erreicht hatte, verschmolzen sie zum Finanzkapital, der Herrschaft der Finanzoligarchie. In Japan dagegen ging die Entstehung der vom Handels- und Wucherkapital stammenden monopolistischen Kapitalgruppen der Konzentration der Produktion und der Bildung des Industriemonopols voran. Die monopolistischen Kapitalgruppen unterwarfen sich die wichtigsten Industriezweige mittels des Kreditsystems. Die typischen japanischen ZAIBATSU-Konzerne fanden sich bereits in der Entstehungsperiode des japanischen Kapitalismus (in den 10 Jahren vom Ende der 1890-er Jahre bis nach dem japanisch-russischen Krieg) vor. Am Ende dieser Periode drangen die sogenannten Regierungslieferanten (SEISHOO), die sich während der Periode der Förderungsmaßnahmen für Industrie und Handel der staatlichen Kapitalunterstützung erfreuten, in Bereiche wie Bergbau, Metallurgie, Textil, Transport, Außenhandel und Bankwesen ein und entwickelten sich zu monopolistischen Kapitalgruppen, welche als ZAIBATSU bezeichnet werden. Diese monopolistischen Kapitalgruppen ZAIBATSU besaßen im wesentlichen noch den Charakter eines Frühmonopols, wie es bei einer im allgemeinen noch schwachen Kapitalakkumulation zu beobachten ist. Sie trugen, wenn auch nur im Ansatz, Charakter und Wesen des modernen Monopolkapitals, das sich aus der Konkurrenz um die hochgradige Kapitalkonzentration ergibt. Dieser Entwicklung des modernen Monopolkapitals, die im Schoß der monopolistischen Kapitalgruppen ZAIBATSU mit deren frühmonopolistischen Charakter angelegt ist, kam erst nach dem ersten Weltkrieg voll zur Geltung. Die ZAIBATSU verwandelten sich dann in moderne Monopole, die jedoch ihren traditionellen Charakter aus dem frühmonopolistischen Stadium nicht verloren hatten.

Durch die privilegierte Stellung bei der Ausplünderung der Kolonien, mittels der halbfeudalen Ausbeutung der Bauern und kraft des kolonieähnlichen niedrigen Lohnsystems konnten die ZAIBATSU weitere Kapitalsmassen in ihren Händen konzentrieren. Der parasitäre Charakter der japanischen Vorkriegsmonopole verhinderte den technischen Fortschritt und fixierte die besondere Industriestruktur mit dem Übergewicht auf der Leichtindustrie, was die Entwicklung der Schwerindustrie und die Bildung der mächtigen Monopole auf diesem Sektor relativ stagnieren ließ. Bei der Entstehung der japanischen Vorkriegsmonopole, der ZAIBATSU-Konzerne, spielte also das Bank- und Handelskapital die führende Rolle, während dem Industriekapital nur eine sekundäre Rolle zukam.

Der überwiegende Teil der japanischen ZAIBATSU-Konzerne trat am Anfang der Entwicklung des japanischen Kapitalismus als mächtiger Repräsentant des Handels – also des Wucherkapitals auf den Plan. Durch die sorgfältige Förderung der Regierung – die Gründung der wesentlichsten ZAIBATSU-Konzerne rührte schließlich vom "Verkauf der staatlichen Betriebe" zu extremen Vorzugsbedingungen her –, ohne hinreichenden Konzentrationsgrad des Kapitals und der Produktion wurden die ZAIBATSU-Konzerne "von oben" geschaffen. Analysiert man den Entwicklungsprozeß der ZAIBATSU-Konzerne im Detail, so ist ein relativer Unterschied zwischen den einzelnen Konzernen festzustellen. Der MITSUI-Konzern beispielsweise legte schon in der Zeit des TOKUGAWA-Shogunats (vor 1868) den Schwerpunkt seiner Tätigkeit auf Kreditwesen und Handel, entwickelte sich in der frühen MEIJI-Zeit an Hand der MITSUI-Bank und Handelsgesellschaft MITSUI BUSSAN. Der Konzern SUMITOMO besaß dagegen neben seinem handels- bzw. wucherkapitalistischen noch einen verhältnismäßig starken industriekapitalistischen Charakter durch sein Engagement im Kupferbergbau während des TOKUGAWA-Shogunats. Auch nach der MEIJI-Reform wuchs er als monopolistisches Industriekapital weiter. Erst seit 1895 beschäftigte er sich mit dem Bankwesen, wodurch er finanzkapitalistischen Charakter annahm. Der Werdegang SUMITOMOs zeigt somit einen Gegensatz zu dem von MITSUI.

Ein anderes Charakteristikum der japanischen ZAIBATSU, war ihre Herrschaftsform. Wie oben erwähnt, konnten sie die alte frühmonopolistische Tradition nicht abstreifen, auch nachdem sie sich zu modernen Monopolen entwickelt hatten. So entstand die Herrschaftsform der ZAIBATSU-Konzerne, bei der die Hauptgesellschaft der ZAIBATSU als Holdinggesellschaft und Hauptquartier fungierte, die die Aktien der ihr direkt oder indirekt unterstehenden Banken und Gesellschaften ausschließlich besaß. Bei ihrer historischen Entwicklung machten die japanischen Monopole keine lange "Laissez-faire-Periode" durch. Ein kleiner Teil des Großkapitals unterlag einer privilegierten, ungleich hochgradigen Kapitalkonzentration. Deswegen konnte der Kapitalmarkt nicht der breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Die vier größten ZAIBATSU – MITSUI, MITSUBISHI, SUMITOMO und YASUDA – hatten über ihre Familien-Holdinggesellschaften die Aktienmehrheit der ihnen direkt unterstehenden Banken und Gesellschaften (1. Rang) bzw. der ihnen indirekt unterstellten großen Gesellschaften (2. Rang) in ihrem Besitz. Die ihnen direkt unterstehenden Banken und Gesellschaften hielten die ihnen indirekt untergeordneten Gesellschaften unter Kontrolle, während diese wiederum über ihre Tochtergesellschaften (3. Rang) herrschten. Dies vertikale Herrschaftssystem wurde so gesichert, daß ohne den Besitz und die Verwaltung des Kapitals voneinander zu trennen, die wenigen ZAIBATSU-Familien durch die Zentralisation des Aktienbesitzes die innerfamiliäre erbliche Übernahme des nach dem feudalen Familiengrundsatz akkumulierten Kapitals aufrechterhielten bei Holdinggesellschaften bzw. Peripheriegesellschaften zahlreiche tüchtige Geschäftsführer einsetzten, um ihre despotische Familienherrschaft zu unterstützen.

Im Vorkriegsjapan war der Verteilungsgrad der Aktien auch bei den Großunternehmen außerhalb der ZAIBATSU-Konzerne relativ niedrig, worin sich die Unterentwicklung des Aktienmarktes widerspiegelte. Im Jahre 1929 zählten 33 Gesellschaften über 10 000 und 8 Gesellschaften über 20 000 Aktionäre. Die höchste Zahl der Aktionäre erreichte die TOKIO DENTOO (Elektrisches Licht) AG mit 57 561 Aktionären (10).

Diese Zahlen stehen im krassen Gegensatz zu dem Ergebnis einer Untersuchung von Berle und Means hinsichtlich der 200 größten Aktiengesellschaften in den USA (außer Kreditinstituten). Bei 144 Gesellschaften hatten 20 Gesellschaften unter 5 000, 53 AG von 5 000 bis 19 999, 39 AG von 20 000 bis 49 999, 22 AG von 50 000 bis 99 999, 7 AG von 100 000 bis 199 999, 3 AG 200 000 bis 500 000 Aktionäre. Über die Hälfte der AG hatte also über 20 000 Aktionäre (11).

Die Herrschaft der japanischen Vorkriegsmonopole, ZAIBATSU, war durch die oben genannten Besonderheiten gekennzeichnet. Das Prinzip, die im Familienbesitz befindlichen Aktien der Öffentlichkeit vorzuenthalten oder auch den Besitz und die Verwaltung des Kapitals innerhalb der Familie zu monopolisieren, geriet nach 1930 mit der Wirklichkeit in Widerspruch, denn jetzt wurde es wegen der Kriegsvorbereitung, der Erweiterung des Sektors Schwer- und Chemieindustrie sowie der Intensivierung der Energiebasis notwendig, das vorhandene Kapital zu vergrößern. Diesen Widerspruch für sich ausnutzend, ließen die sechs neu aufkommenden ZAIBATSU-Konzerne zweiten Ranges (AYUKAWA, ASANO, FURUKAWA, OOKURA, NOMURA, NAKAJIMA) hauptsächlich in der Militärproduktion und Kolonieverwaltung auf dem chinesischen Kontinent ihre Position durch staatliche Unterstützung stärken. Die bisherigen vier ZAIBATSU überbrückten den Widerspruch zwischen ihrer monopolistischen Exklusivität und der Notwendigkeit der Kapitalvergrößerung durch parasitäre Zusammenarbeit mit dem Staat während des Krieges. An ihrer Exklusivität wurde aber im wesentlichen bis 1945 nichts geändert.

---

10 Masuji, Yoojiroo: KABUSHIKIGAISHA (Die Aktiengesellschaft), S 92-99.
11 Giga, S.: op. cit., S. 29.

Am Ende des Jahres 1945 betrug die Gesamtzahl der japanischen Gesellschaften 41 000 (3 511 offene Handelsgesellschaften, 7 091 Kommanditgesellschaften, 7 794 GmbH, 23 050 Aktiengesellschaften und 6 Kommandit-AG etc.) Diese Zahl betrug ca. 50% der Gesamtzahl der Gesellschaften im Jahre 1935. Die Differenz zeigt also an, daß zwischen 1935 und 1945 die Konzentration bzw. Reorganisation der Unternehmen stattfand. Unter diesen Gesellschaften zählten diejenigen mit einer Kapitalanlage von über 1 Mio Yen 516; ihr Anteil an der Gesamtkapitalsumme aller Gesellschaften betrug 68%. Der überwiegende Teil dieser Großunternehmen gehörte zu den alten ZAIBATSU-Konzernen. Die Summe des Einlagekapitals der Gesellschaften der 4 größten ZAIBATSU-Konzerne entsprach 24,5% der Gesamtsumme des Einlagekapitals aller japanischen Gesellschaften. Dieser Prozentsatz war mehr als das Doppelte des Jahres 1937 (10,4%). Rechnet man noch die Kapitaleinlagen der sechs neuen ZAIBATSU-Konzerne hinzu, so belief sich die Gesamtsumme der Kapitaleinlagen der japanischen ZAIBATSU-Konzerne auf 35,2%, was ein weit höheres Konzentrationsniveau war als im Jahr 1937 (15,2%). Nimmt man die überseeischen Unternehmen (bei denen der Anteil der vier ZAIBATSU-Konzerne am gesamten Einlagekapital 80% betrug) hinzu, wird deutlich, wie rasch die Kapitalkonzentration bei den ZAIBATSU-Konzernen in den Kriegsjahren vor sich ging (12).

2. Struktureigenschaften des japanischen Kapitalismus nach dem Krieg und die Herrschaft der Monopole

Wie aus der vorhergehenden Betrachtung ersichtlich, lagen die Schwächen des japanischen Vorkriegskapitalismus in der Rückständigkeit der Schwerindustrie, dem niedrigen technischen Niveau, der unterentwickelten Finanzkraft und der mangelnden eigenständigen Rohstoffbasis. Als "modernes Finanzkapital" auf der Grundlage der "konzentrierten und monopolisierten Produktion" glich der japanische Kapitalismus diese Schwäche durch den Expansionsdrang und den militärisch-halbfeudalen Imperialismus des auf dem parasitären Großgrundbesitz basierenden, absolutistischen Tenno-Systems aus. Nach der Niederlage im Zweiten Weltkrieg wurde die kaiserliche Armee aufgelöst. Außerdem gingen Japan die Kolonien und Halbkolonien in China und Korea sowie die weiten Besatzungsgebiete im Krieg verloren. Ferner wurden nach der Kapitulation eine Reihe von "demokratischen Reformen" durchgeführt, die die Struktur des japanischen Kapitalismus erheblich veränderten.

Erstens verwandelte sich das militärische und polizeiliche Tenno-System nach dem Zerfall seiner Macht in eine Art bürgerlich-konstitutioneller Monarchie.

Zweitens wurde durch die Agrarreform das halbfeudale parasitäre System des Bodenbesitzes (zumindest in bezug auf das Ackerland) gründlich beseitigt.

Drittens wurden durch Einführung der neuen demokratischen Verfassung und die neuen Arbeitsgesetze den Arbeitern das Vereins-, Kollektivverhandlungs- und Streikrecht gewährt und die Freiheit der Gewerkschaftsarbeit anerkannt.

Viertens wurden durch das "Grundgesetz der Arbeit" das Sklavenlager, der Menschenhandel und die Nachtschicht für Jugendliche und Frauen offiziell verboten und ihre Praktizierung erschwert, wozu die gesetzliche Überwindung der patriarchalischen Züge in der Gesellschaft beitrug. Der Achtstundentag wurde gesetzlich eingeführt.

Diese "demokratischen" Reformen hatten bedeutenden Einfluß auf die Kapitalakkumulation des japanischen Kapitals, das sich in der Vorkriegszeit der halbfeudalen Überbleibsel bedient hatte. Jedoch wurde die "Demokratisierung" der Nachkriegszeit im wesentlichen auf die Maßnahmen beschränkt, die vom US-Imperialismus von oben her inkonsequent eingeleitet wurden. Sie spiegelten den Kampf der Volkskräfte um eine echte demokratische Reform von unten her nur zu einem gewissen Grad wider. Der US-Imperialismus förderte die "demokratischen" Reformen nur, um sich Japan als Absatzmarkt für seine Waren und sein Kapital zu sichern und die Vorzüge der geographischen Lage Japans für seine aggressive Asienpolitik auszunützen. Das japanische Monopolkapital mußte lediglich das parasitäre System des Großgrundbesitzes und andere bereits überholte Gesellschaftsformen opfern, um neue Formen der Herrschaft und Ausbeutung unter den historischen Bedingungen der Niederlage und Abhängigkeit vom US-Imperialismus zu organisieren und zu verstärken. (13)

Der US-Imperialismus nutzte als Besatzungsmacht die Schwäche des japanischen Monopolkapitalismus maximal aus und zwang Japan mit Hilfe der militärischen Unterordnung auf allen Gebieten wie Außenpolitik, Finanzen, Technik, Außenwirtschaft, Rohstoffen etc. in eine abhängige, untergeordnete Position. Um den Kampf des japanischen Volkes zu unterdrücken, dem Sozialismus und der nationalen Befreiungsbewegung in Asien entgegenzutreten und so die Konkurrenzfähigkeit gegenüber den europäischen Monopolen zu steigern, brachte der japanische Monopolkapitalismus in Abhängigkeit von den USA und gestützt auf die technischen und finanziellen Potenzen der USA den staatsmonopolistischen Kapitalismus zur vollen Entfaltung, trieb die Kapitalkonzentration rasch voran und wälzte Elend und Armut auf die Schultern der Arbeiterklasse und aller Werktätigen ab.

Die Arbeiterklasse Nachkriegsjapans, die das Subjekt der gesellschaftlichen Umwälzung ist, hat gegen diese moderne Verelendung, die sich aus der Herrschaft der US-japanischen Monopole ergibt, zu kämpfen. Gleichzeitig steht sie vor der historischen Aufgabe, eine breite und mächtige Einheitsfront des Volkes, die nationale demokratische Einheitsfront, zu schaffen mit dem Ziel der demokratischen Volksrevolution, um das Grundübel dieser Verelendung zu beseitigen, die gegen das Volk und die Nation gerichtete Herrschaft des US-Imperialismus und des japanischen Monopolkapitals zu zerschlagen und die wahre Unabhängigkeit des Landes sowie eine konsequente demokratische Umwälzung in der Politik, Wirtschaft und Gesellschaft durchzuführen.

Japan wurde nach 1945 von seiner einstigen Position als imperialistische Macht verdrängt und geriet unter militärische Besatzung der Alliierten. Nach dem Inkrafttreten des separaten Friedensvertrages im Jahre 1952 änderte sich sein Status zu einem halbokkupierten, abhängigen Land. Unter diesen Bedingungen kam es besonders seit der zweiten Hälfte der 60-er Jahre zur rapiden Wiederbelebung des Militarismus und Imperialismus. Das Programm der Kommunistischen Partei Japans charakterisiert das Wesen der gegenwärtigen Lage Japans folgendermaßen: "Gegenwärtig wird Japan im wesentlichen durch den US-Imperialismus und durch dessen untergeordneten Bündnispartner, das japanische Monopolkapital, beherrscht. Bei unserem Land handelt es sich um ein hochentwickeltes kapitalistisches Land, welches durch den US-Imperialismus halb besetzt und faktisch von ihm abhängig ist." Daher müßte die japanische Revolution den Charakter einer zweistufigen Revolution tragen und von der demokratischen, antiimperialistischen und antimonopolistischen Revolution, die das Niederwerfen der Herrschaft des US-Imperialismus und des japanischen Monopolkapitals zum Ziel hat, in die sozialistische Revolution kontinuierlich hinüberwachsen. Zur Zeit spitzt sich zwischen dem japanischen Volk und der japanisch-amerikanischen Reaktion "der Kampf um zwei Wege Japans" zu. Dabei geht es um ein Entweder-Oder zwischen dem "Weg des US-Imperialismus und des japanischen Monopolkapitals zur Aufrechterhaltung der US-Hörigkeit und zur Wiederbelebung des japani-

12 Noguchi, Tasuku: GENDAI NIHON KEIEISHI (Neuzeitliche Geschichte der japanischen Betriebe), Bd. 1, S. 29.

13 Vgl. hierzu: NIHON-NO DOKUSEN-KIGYOO (Monopolunternehmen in Japan), S. 12-13.

schen Militarismus und Imperialismus" und dem "Weg des Volkes, das die Souveränität Japans wiederherstellen, die wahre Unabhängigkeit und Demokratie errichten und den Frieden und sozialen Fortschritt erreichen will". In den 70-er Jahren steht das japanische Volk vor der Aufgabe, eine mächtige Einheitsfront aller demokratischen Kräfte zu schaffen und auf dieser Grundlage eine demokratische Koalitionsregierung zu bilden.

2.1. Die Nachkriegsentwicklung des japanischen Kapitalismus und die verstärkte Herrschaft der Monopole

Untersuchen wir nun, welch erstaunliche Kapitalkonzentration durch den japanischen Kapitalismus in Abhängigkeit vom US-Imperialismus vollbracht wurde, und, wie das japanische Monopolkapital nach der Opferung der parasitären Großgrundbesitzer seine Herrschaft verstärkte und eine mächtige Position in der Weltwirtschaft errang.

Bekanntlich ist das Wachstumstempo des japanischen Kapitalismus in der Nachkriegszeit das höchste unter den kapitalistischen Ländern der Welt. Nach einer Kalkulation des sowjetischen Wirtschaftswissenschaftlers W. Rymalow (14) stand Japan mit seiner Wachstumsrate der Industrieproduktion außer in den Jahren von 1938 und 1948 (in denen der japanische Imperialismus durch den zweiten Weltkrieg zusammenbrach) stets an der Spitze der kapitalistischen Welt (s. Tab. 1).

Tabelle 1

Index der Industrieproduktion in den wichtigsten kapitalistischen Ländern

	1913-1928	1928-1938	1938-1948	1948-1958	1958-1968
Kap. Welt	137	98	145	162	185
USA	167	91	220	136	177
GB	108	135	119	135	140
Frankreich	129	87	100	188	157
Italien	154	115	100	231	225
BRD	115	132	73	384	175
Japan	270	204	37	470	404

Bezugsjahr ist jeweils das Anfangsjahr der Periode, also:
1913 = 100, 1928 = 100, 1938 = 100, 1948 = 100, 1958 = 100.

Aus: "Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen", 4/1970, S. 33 (Rymalow, W.).

In der Periode nach dem zweiten Weltkrieg fiel die Entwicklung der Industrieproduktion des japanischen Kapitalismus besonders auf. Wie die Zahlen eindeutig zeigen, war die Wachstumsgeschwindigkeit weit höher als die der Industrieproduktion der BRD in den 50-er Jahren, die man "Wirtschaftswunder" nannte. In den 10 Jahren von 1958 bis 1968 vervielfachte sich die japanische Industrieproduktion. Das Ergebnis war, daß Japans Bruttosozialprodukt im Jahre 1968 höher als das der BRD war und daß Japan hinter den USA den zweiten Platz in der kapitalistischen Welt einnahm. Diese sprunghafte Entwicklung der japanischen Industrieproduktion nach dem zweiten Weltkrieg veränderte wesentlich die ungleichmäßige Industriestruktur der Vorkriegszeit, in der das Schwergewicht auf der

14 Rymalow, W.: "Index der Industrieproduktion in den wichtigsten kapitalistischen Ländern (Tab.)", in: WELTWIRTSCHAFT UND INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN, 4/1970, S. 33.

Leichtindustrie gelegen hatte. Diese Veränderung führte die schnelle Entwicklung der Schwer- und Chemieindustrie herbei. Mit seiner Industrieproduktion nahm Japan z.B. im Schiffbau bereits den ersten und in anderen wichtigen Industriezweigen wie Rohstahlerzeugung, Elektroenergieerzeugung, Zementproduktion, Erdölverarbeitung, Chemiefaserproduktion, Stickstoffdüngern, Automobilherstellung, Fernsehgerätebau etc. seit dem Jahr 1967 den zweiten Platz unter den kapitalistischen Ländern ein. Diese hochgradige Kapitalkonzentration und die rasche Entwicklung der Schwer- und Chemieindustrie stellte gleichzeitig einen Prozeß dar, in dessen Verlauf die ungeheuren Produktivkräfte der japanischen Industrie weiter entwickelt und die Herrschaft des Monopolkapitals schnell verstärkt wurden.

Die Konzentration der Produktion und des Kapitals führt an sich zur Monopolbildung. Aber besonders in der Schwer- und Chemieindustrie ist die Akkumulation nur (für Monopole) mit Hilfe des Staates möglich, weil das Kapitalminimum in diesen Industriezweigen sehr hoch liegt. Außerdem fördert der japanische Staat konsequent die Großfusionen. In den fundamentalen Sektoren der Schwer- und Chemieindustrie wird die Zentralisation der Monopolunternehmen unter dem Vorwand der "Liberalisierung" des Kapitals vorangetrieben. Der japanische Staat legte in den 60-er Jahren großen Wert auf die Bildung japanischer Unternehmen internationalen Formats mittels Großfusionen in den Zweigen Stahl-, Chemie-, Auto- sowie Schiffbauindustrie und unterstützte und verstärkte die Produktion von EDV-Großanlagen, der Atomindustrie, des Großmaschinenbaus, die Spezialstahlerzeugung etc.

Die sprunghafte Entwicklung der Industrieproduktion Nachkriegsjapans sah in den wichtigsten Zweigen wie folgt aus: In der Eisen- und Stahlproduktion erzielte Japan im Jahre 1968 ca. 67 Mio t. Im selben Jahr produzierte die BRD 47 Mio t. Die Produktion der USA belief sich 1968 auf 120 Mio t. Vergleichen wir die Produktionssummen im Jahre 1960, so betrugen sie in den USA 90,1 Mio t, in der BRD 34,1 Mio t, in Großbritannien 24,7 Mio t und in Japan 22,1 Mio t, so daß Japan nicht einmal ein Viertel der Produktionssumme der USA herstellte. In den darauf folgenden 10 Jahren überholte Japan Großbritannien und die BRD, was auf ein enormes Tempo der Konzentration und Akkumulation der Produktion hindeutet. Damals wurde auch das "Unternehmen internationalen Formats ("Mammutunternehmen") geschaffen. Durch die Großfusion von YAWATA und FUJI wurde SHIN NIHON SEITETSU am 1. April 1970 gegründet. Es handelt sich hierbei mit der Kapitalsumme von 229 360 Mio Yen, dem Umsatz von 1 150 Mrd Yen (Planziffer für 1969) sowie der Rohstahlproduktion von 31 Mio t um ein Mammutunternehmen im Weltmaßstab (seine diesjährige Produktion soll über der von US-Steel liegen).

In der Autoindustrie betrug die Produktion von PKW und LKW im Jahre 1960 in den USA 7 900 000, in der BRD 2 055 500, in Großbritannien 1 810 000, Frankreich 1 340 000, Italien 645 000 und in Japan lediglich 482 000 Stück. Was die PKW-Produktion betrifft, lag Japan damals hinter Kanada auf dem 6. Platz in der Welt. Die japanische Autoproduktion (PKW und LKW) belief sich im Jahre 1968 bereits auf 4 086 000, nahm somit den 2. Platz hinter den USA ein und überflügelte die BRD (3 107 000) mit einem deutlichen Vorsprung von ca. 1 Mio Stück. Mit dem Vordringen der 3 Großfirmen der USA-Autoindustrie ins Ausland wurde die internationale Konkurrenz auf dem Sektor Autoproduktion intensiviert. In vielen Ländern kam es zur Fusion bzw. Zusammenarbeit, d.h. zur Konzentration von einzelnen Monopolunternehmen in diesem Zweig. Man redet sogar von einem "Autokrieg". Die japanischen Automonopole TOYOTA und NISSAN verwirklichten mit Hilfe des Staates mittels der Ausbeutung der Arbeiter die Konzentration derart, daß man sie nunmehr als Mammutunternehmen bezeichnet. In der Produktion überholte TOYOTA 1969 die italienische Firma FIAT und nahm den 5. Platz in der Welt für sich in Anspruch. NISSAN hat die Aussicht, das englische BLMC hinter sich zu lassen und somit den 7. Platz zu erobern.

Im Zweig der Elektro- und elektronischen Industrie ging bereits in den 50-er Jahren der Konzentrationsprozeß vor sich. Nach dem Index für den Gesamtumsatz der Elektroindustrie (Starkstromanlagen, Haushaltsgeräte, elektronische Erzeugnisse etc.) hatte Japan (5 440 Mio US-Dollar) 1962 schon hinter den USA (28 770 Mio Dollar) und der BRD (6 320 Mio Dollar) den dritten Platz inne und stand vor Großbritannien (5 240 Mio Dollar). In der internationalen Rangordnung der 200 größten Unternehmen der Welt verbesserten sich die japanischen Firmen sehr schnell. 1962 waren HITACHI auf dem 66., TOSHIBA auf dem 86., MATSUSHITA auf dem 116. und MITSUBISHI DENKI auf dem 149. Platz, während im Jahre 1968 HITACHI auf dem 43., TOSHIBA auf dem 77. und MITSUBISHI auf dem 91. Platz standen.

In der Produktion der Hauptsortimente steht Japan in der petrolchemischen Industrie zwar auf dem 2. Platz in der kapitalistischen Welt. Jedoch existieren keine solchen "Riesen", die in der Liste der 200 weltgrößten Firmen namentlich angeführt sind wie: die amerikanischen Erdölmonopole, das britische ICI, Höchst, Bayer und BASF in der BRD, das italienische Montecatini, Pechiney Saint-Gobain, Rhone-Poulenc oder auch Ugine und Kuhlmann aus Frankreich. In diesem Sinne hat die japanische petrolchemische Industrie noch nicht das Konzentrationsniveau erreicht, das durch Mammutunternehmen gekennzeichnet wird (15).

Im großen und ganzen wuchs die Konzentration in den 60-er Jahren in den Zweigen Eisen- und Stahl-, Auto-, Elektroindustrie, Maschinenbau und Chemieindustrie durch Fusionen und Integrationen einzelner Unternehmen sehr schnell. Die Zahl der japanischen Mammutunternehmen nahm in den genannten Bereichen zu, so daß ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt relativ erhöht wurde.

Im Zusammenhang mit diesem schnellen Monopolisierungsprozeß in der Industrieproduktion schritt auch der Monopolisierungsvorgang im Bankwesen weit fort. Die Spareinlagen der sechs Großbanken: MITSUBISHI, MITSUI, SUMITOMO, FUJI, DAIICHI und SANWA erhöhten sich vom Ende September 1958 (2 800 Mrd Yen) bis zum Ende September 1968 (10 900 Mrd Yen) um das 3,8 Fache. In derselben Rechnungsperiode steigerte sich ihr ordentlicher Gewinn (?) auf das 4,8-fache und ihr laufender Gewinn (?) auf das 8,8-fache. Als Ergebnis derartiger Ausdehnung waren 11 japanische Großbanken auf der Liste der 50 größten Banken der kapitalistischen Welt namentlich erwähnt (16).

Die von den alten ZAIBATSU stammenden sechs Großbanken bilden durch enge Verbindung mit Treuhandbanken, Investmentgesellschaften, Lebens- und Sachversicherungsgesellschaften die großen finanzmonopolistischen Gruppen. Ihre finanzmonopolistische Herrschaft wird durch die Finanzfunktion der staatlichen Banken wie der Zentralen Bank (Bank of Japan), der japanischen Kommerzbank (Nippon Koogyoo Ginkoo), der Langfristigen Kreditbank, Entwicklungsbank, Export-Import-Bank etc. ergänzt.

Die Finanzoligarchie Japans entstand durch die Verschmelzung der oben genannten ungeheuren Industriemonopole einerseits mit den von der alten ZAIBATSU stammenden Finanzmonopolen andererseits. Diese ZAIBATSU-Finanzmonopole sind durch Kreditgewährung, Kapitalbesitz und personelle Verflechtung usw. mit den Industriemonopolen zu einem Organismus verschmolzen. Die Führungskader (Großaktionäre und Manager) von Bankmonopolen, großen Handelsfirmen und Monopolunternehmen in der Schwer- und Chemieindustrie fällen wichtigste Entscheidungen über die Monopolgruppen. Sie sind auch die wahren politischen Machthaber; sie können wirklich die Regierung und ihre bürokratischen Organisationen beherrschen und die Staatspolitik so bestimmen, daß ihre Herrschaft gestärkt wird. Die staatsmonopolistischen Funktionen werden immer weiter entwickelt, und in keiner anderen Periode wurde das Interesse einer Handvoll Monopolkapitalisten schamloser als das Interesse des Staates, als dessen höchstes politisches Ziel hingestellt als heute. In der gegenwärtigen japanischen Staatspolitik liegt das Schwergewicht auf der Förderung der imperialistischen Expansion der japanischen Monopole und der Militarisierung der Wirtschaft, um die ökonomische Grundlage des Wiederauflebens des japanischen Militarismus zu sichern.

15 Yokote, Fumio: 60-NENDAI NIHON SHIHONSHUGI-NO HATTEN-TO 70-NENDAI-NO TENBOO (Die Entwicklung des japanischen Kapitalismus in den 60-er Jahren und die Perspektive auf die 70-er Jahre), Teil 1. ZEN'EI 1970/7.

16 Autorenkollektiv: NIHON-NO DOKUSEN-KIGYOO (Monopolunternehmen in Japan), S. 15 f.

2.2. Faktoren, die die rapide Entwicklung des japanischen Nachkriegskapitalismus ermöglichten

Die vorangehende Betrachtung verdeutlichte, daß der japanische Kapitalismus der Nachkriegszeit das höchste Entwicklungstempo unter den Ländern der kapitalistischen Welt aufwies. In einem Artikel der "Weltbühne" deutete man auf das für Japan günstige Zusammenwirken spezieller Umstände hin:

"Begünstigt durch eine Reihe besonderer Umstände – die Ausnutzung der Korea- und Vietnamaggressionen, die Übernahme vormals britischer und niederländischer Märkte, die langfristige Beibehaltung verhältnismäßig geringer eigener Militärausgaben und beachtliche Erfolge auf dem Gebiet der wissenschaftlich-technischen Entwicklung –, vor allem aber rabiate Ausbeutungsmethoden ermöglichten es der japanischen Großbourgeoisie, das Land in die Spitzengruppe der Weltindustrienationen vorzuschieben" (17).

Die Ursachen für das außerordentlich rasche Wirtschaftswachstum Japans nach dem zweiten Weltkrieg bestehen erstens in der allseitigen Entfaltung der staatsmonopolistischen Politik und zweitens in den speziellen objektiv-historischen Bedingungen, nach dem zweiten Weltkrieg. Aus diesen historischen Bedingungen ergibt sich folgendes (18):

Erstens: (Die Erneuerung des riesigen fixen Kapitals, welches schon mehrmals hätte erneuert werden müssen, aber dessen Erneuerung erst nach dem Krieg möglich wurde. Die Produktionskapazität Japans wurde im zweiten Weltkrieg beträchtlich zerstört). Der Zerstörungsgrad war viel höher als z.B. in Westdeutschland. Der unzerstörte Teil des fixen Kapitals, welches schon mehrmals hätte erneuert werden müssen, führte zusammen mit dem Wiederaufbau des zerstörten Teils zu einer Erneuerung ungeheuren Ausmaßes. Dieser Faktor wirkte besonders in der Periode gleich nach dem Zweiten Weltkrieg, d.h. von der zweiten Hälfte der 40-er bis in die 50-er Jahre.

Zweitens: Die Entstehung einer Reihe von neuen Industriezweigen, neuen Produktionsanlagen und neuen Erzeugnissen durch die wissenschaftlich-technische Revolution regte besonders in den 60-er Jahren zu neuen Investitionen an. Zur gleichen Zeit wurde der staatsmonopolistische Kapitalismus allseitig entfaltet, um im "offenen Wirtschaftssystem", das durch die "Liberalisierung" herbeigeführt wurde, eine höhere Industriestruktur zu erreichen. Neben der wissenschaftlich-technischen Revolution wirkte diese schnell vor sich gehende Höherstrukturierung der Industrie – das rapide Wachstum der Schwer- und Chemieindustrie – als starker Stimulus auf die Investitionen ein.

17 Andrekath, A.-P.: "Für wen reiste der Tenno? " (II), in: WELTBÜHNE, 26. Okt. 1971, S. 1359 f.

18 Vgl. hierzu: Hayashi, Naomichi: "Sengo-Sekai-Shihonshugi-no junkan to Kyookoo" (Zyklen und Krisen des Weltkapitalismus nach dem Krieg), in: KEIZAI 1970/7; Aoyama, Shiroo: "Nihon-keizai-no "Koodo seichoo" to Junkan-no mondai" (Das "Hochwachstum" der japanischen Wirtschaft und das Problem der Zyklen), in: KEIZAI 1970/7, u.a.m.

Drittens: Die riesigen Investitionsfonds wurden durch starke Ausbeutung der Arbeiterklasse, durch Realisierung des Mehrprofits mittels Monopolpreises und durch Maßnahmen der staatsmonopolistischen japanischen Regierung (Staatshaushaltsmittel, Subventionen, Steuervergünstigung, Kreditgewährung mit niedrigen Zinsen etc.) beschaffen. Außerdem trug es hierbei besonders zur Kapitalakkumulation der Monopole bei, daß man den im Krieg errichteten Mechanismus des staatsmonopolistischen Kapitalismus unter den Nachkriegsbedingungen der Abhängigkeit vom US-Imperialismus in einer umorganisierten Form übernommen hatte und daß die Ablehnung von demokratischen Rechten der Arbeiterklasse und der äußerst niedrige Lebensstandard, der während des Krieges den Arbeitern aufgezwungen war, auch nach dem Krieg trotz einer Reihe "demokratischer Reformen" von oben im Interesse der Kapitalakkumulation soweit wie möglich beibehalten wurden.

Japan gehörte zu den Ländern, wo der Lohn und das Sozialversicherungssystem trotz der verhältnismäßig langen Arbeitszeit auf niedrigstem Niveau gehalten werden. Dieser Zustand trug zum hohen Wachstum der japanischen Wirtschaft bei, denn im Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt wirkten sich die besonders niedrigen Lohnkosten sowie die billigen Exportpreise sehr günstig aus.

Die Steigerung der Arbeitsproduktivität in Japan ist auch im internationalen Vergleich äußerst hoch. Jedoch handelt es sich hierbei nicht allein um die Folge der wissenschaftlich-technischen Revolution. Die hohe Produktivitätssteigerung resultiert vielmehr aus der erbarmungslosen kapitalistischen "Rationalisierung". Entlassungen, Umstellung der Arbeitsplätze, Erhöhung der Fahrtgeschwindigkeiten der Maschinen, Verlängerung der effektiven Arbeitszeit usw.

Besonders seit Beginn der 60-er Jahre drängen die amerikanischen multinationalen Gesellschaften durch die Liberalisierung massiv auf den japanischen Markt. Die japanischen Mammutunternehmen streben danach, sich zu Weltunternehmen zu entwickeln. Unter diesen Bedingungen werden die Maßnahmen für die "Rationalisierung" und Arbeitsintensivierung schrankenlos und extrem. Gleichzeitig sind die materiellen Bedingungen vorhanden, um die mit Investitionen und Automatisierung eingeführten amerikanischen Methoden der Ausbeutung und Kontrolle der Arbeiter (Taylor-System, Ford-System, daraus entwickeltes Industrial Engineering, Human Relations und neuerdings in die Mode gekommene Zero-Defect-Movement) mit den japanischen Methoden (verschiedene Diskriminierungen, geheimpolizeiähnliche Bespitzelung der Arbeiter oder auch kurzfristige Hospitationen in den japanischen Selbstverteidigungskorps zum Erlernen der "straffen Disziplinen") zu verbinden.

Viertens: Trotz der territorialen Verkleinerung der kapitalistischen Welt wurde der internationale Kapitalmarkt in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern erweitert. Und die kapitalistische Entwicklung in den Entwicklungsländern erschloß neue Märkte (beispielsweise für Agrochemikalien, Agrotechnik, Transportmittel, neue Fabrikanlagen etc.). Japans Export in die USA und südostasiatische Länder nahm besonders im Anschluß an sogenannte "Vietnam-Sonderaufträge" – der japanischen Mitwirkung am US-Aggressionskrieg in Vietnam und ganz Indochina – in den 60-er Jahren beträchtlich zu.

Fünftens: Die "Agrarreform", welche in Japan nach dem Krieg durchgeführt wurde, erschloß der Industrie einen neuen Markt für landwirtschaftliche Produktionsmittel und erweiterte den Markt der Verbrauchsgüter, indem die bis dahin autark lebenden Bauern in Lohnarbeiter verwandelt wurden. Dieser Prozeß der Zersetzung der bäuerlichen Schichten und der Verwandlung der Bauern in Lohnarbeiter wurde insbesondere in den 60-er Jahren durch die Agrarpolitik des staatsmonopolistischen Kapitalismus noch mehr beschleunigt.

In Japan ging der Abbau der Bauernschichten mit einem solch raschen Tempo, wie in keinem der anderen kapitalistischen Länder, vor sich, und die Zahl der Arbeiter nahm schnell

zu. Der Anteil der Bauern an der gesamten Bevölkerung Japans betrug im Jahre 1950 noch 44,5%. Aber schon 1965 sank dieser Anteil auf 24,3%. Gleichzeitig stieg der Anteil der Arbeiter von 38,5% im Jahre 1950 auf 57,2% im Jahre 1965. Eine derartige Abnahme des bäuerlichen Anteils an der Landesbevölkerung hat in den anderen kapitalistischen Ländern Dutzende von Jahren oder gar ein ganzes Jahrhundert gedauert. In Japan jedoch verlief dieser Prozeß in einem Dutzend von Jahren. Dies wurde durch die bauernfeindliche Politik der Liberaldemokratischen Regierung Japans begünstigt, die auf die Liberalisierung des Agrarimports aus den USA und die "Modernisierung" der japanischen Landwirtschaft abzielte. Die Bevölkerung der Bauern- und Fischerdörfer und die Familienangehörigen der Werktätigen in den Städten bildeten dabei die Reserve für Lohnarbeiter und ermöglichten den niedrigen Lohnstand in Japan (19).

Sechstens: Die Entflechtung der ZAIBATSU nach der Kriegsniederlage stärkte die Konkurrenz unter den monopolistischen Unternehmen und regte zu Investitionen um einen möglichst großen Marktanteil an.

2.3. Die Verstärkung der Monopolherrschaft im Nachkriegsjapan und die Entwicklung der Herrschaftsformen

Im raschen Entwicklungsprozeß des japanischen Nachkriegskapitalismus intensivierte sich die Monopolherrschaft, und die Position der Monopole wurde viel gewichtiger als in der Vorkriegszeit. Es ist nunmehr die verstärkte Herrschaft der japanischen Monopole, die sich nach der "Entflechtung der ZAIBATSU" (1946-48) reorganisierte und festigte, und die Entwicklung ihrer Herrschaftsformen zu untersuchen.

Die ZAIBATSU-Entflechtung, die nach der Kapitulation auf Befehl des US-Imperialismus durchgeführt wurde, zielte keineswegs auf die Auflösung der japanischen Vorkriegsmonopole. Einzelne Monopolunternehmen, aus denen die ZAIBATSU bestanden, insbesondere die Banken wurden kaum angetastet. Lediglich die Holdinggesellschaften, die die Zentrale der ZAIBATSU-Konzerne bildeten, wurden durch diese Entflechtungsmaßnahmen betroffen. Diese Politik entsprach der Forderung des amerikanischen Monopolkapitals, die Herrschaft der japanischen Monopole zu schwächen. Gleichzeitig aber wurden die engen Schranken des familiär geschlossenen Aktienbesitzes aufgehoben. Dies ermöglichte unter den Bedingungen der Abhängigkeit von den USA eine breite Kapitalmobilisierung. Man sprach von der "Demokratisierung" der Aktien, d.h. Verteilung des Aktienbesitzes und Mobilisierung des Kleinkapitals durch die Banken und Kreditinstitute. Dadurch wurde der Weg zur massenhaften Produktion, zur Kapitalakkumulation und somit zur Bildung der neuen Monopolunternehmen gebahnt.

Als erste Folge der ZAIBATSU-Entflechtung ist die Auflösung der Holdinggesellschaften, die doch in den alten ZAIBATSU-Konzernen als oberstes Leitungsorgan die wichtigste Position einnahmen, zu nennen. Die Neugründung von Holdinggesellschaften wurde durch das Gesetz über das Verbot der Monopole untersagt. Hierdurch wurde die aktienmäßige, personelle bzw. patriarchalische Herrschaft der Konzernunternehmen durch die Angehörigen der ZAIBATSU-Familie sowie durch die ihnen unmittelbar dienenden Geschäftsführer wesentlich geschwächt. An ihre Stelle traten die modernen Berufsmanager. Ferner wurde der bisherige familiär geschlossene Aktienbesitz aufgehoben und auf den öffentlichen Aktienmarkt gebracht. Hierin sehen wir eine deutliche Spur der 'Demokratisierung' der Börse. Die Handelsgesellschaften der ZAIBATSU-Konzerne, MITSUI BUSSAN und

19 Kudoo, Akira: "Anpo-jooyaku-to Nihon keizai" (Der Sicherheitsvertrag und die japanische Wirtschaft), S. 77, in: ZEN'EI Sondernummer 1969/4: 70-NEN TOOSOO-TO TOOITSUSENSEN (Kampf im Jahre 1970 und die Einheitsfront).

MITSUBISHI SHOOJI, welche bis zum Kriegsende eine wichtige Rolle gespielt hatten, wurden aufgelöst, was die Bedeutung des Handelskapitals innerhalb der Konzerne herabsetzte und den handelskapitalistischen Charakter der Konzerne wesentlich veränderte.

Durch die Auflösung der Holdinggesellschaften als Zentrale der ZAIBATSU-Konzerne und durch die Auflösung der beiden großen Handelsgesellschaften MITSUI BUSSAN und MITSUBISHI SHOOJI wurde ein neuer Ersatzmechanismus für die monopol-kapitalistische Herrschaft notwendig. Daher ist zu beachten, daß die Bank- und Kreditinstitute nicht unmittelbar durch die "Entflechtung der ZAIBATSU" betroffen wurden. Die Banken mit den sechs Großbanken und der Kommerzbank an der Spitze, welche ehemals als Kreditbanken für die Militärproduktion fungiert hatten,wurden zum ausführenden Organ des "Nachkriegswiederaufbaus der Unternehmen" ernannt. Im Zusammenhang mit der Tatsache, daß die Unternehmen, welche dank der wesentlich gemilderten Anwendung des "Gesetzes zur Beseitigung der übermäßigen Kapitalkonzentration" den Schlag relativ leicht hatten ertragen können, in der Nachkriegsperiode den Anteil des fremden Kapitals erhöhten, bildete die Entwicklung dieser ZAIBATSU-Banken einen entscheidenden Faktor für den späteren Prozeß der Reorganisation und Wiederbelebung der Konzerne.

Das dritte Charakteristikum der ZAIBATSU-Entflechtung bestand darin, daß diese Maßnahmen auf einzelne monopolistische Unternehmen unterschiedlich angewandt wurden, so daß nach der wesentlichen Milderung des Antikonzentrationsgesetzes die industriellen Unternehmen mit Ausnahme von der Elektrizitätserzeugung kaum angetastet worden waren. So wurde die Grundbasis der Monopole, nämlich die Akkumulation und Konzentration der Produktion und die Kombination einzelner grundlegender Industriezweige, zwar partiell geschwächt, blieb aber in ihrer alten Form aufrechterhalten. Dies wurde später die Grundvoraussetzung für die Wiederbelebung der Konzerne (20).

Es bildeten sich auf Grund der Konzentration der Produktion und des Kapitals sowie wegen der Verschmelzung des Industrie- und Bankkapitals neue finanzmonopolistische Gruppen. Unter den drei größten ZAIBATSU-Konzernen der Vorkriegszeit – den drei finanzmonopolistischen Gruppen MITSUI, MITSUBISHI und SUMITOMO – nahm MITSUBISHI, das sich in Verbindung mit der Schwer- und Chemieindustrie entwickelte, vor MITSUI den ersten Platz ein. Die anderen finanzmonopolistischen Gruppen machten nach dem Krieg einen gründlichen Reorganisationsprozeß durch. Die Monopolgruppen ohne Banken schlossen sich zu den Gruppierungen zusammen, zu denen Banken gehören. Es entstand die Gruppe um die FUJI-Banken, die sich in den Händen der YASUDA-Familie befanden (YASUDA, ASANO, OOKURA und MORI). Durch die Verbindung von FURUKAWA und KAWASAKI (DAIICHI-Banken) bildete sich die DAIICHI-Bank-Gruppe, um die sich kleinere Unternehmen von SUZUKI, FUJIYAMA, MEIJI-SEITOO etc. gesellten. Außerdem gab es eine neue Gruppe um SANWA-Banken, die außerhalb der Verbindungen mit dem Vorkriegs-ZAIBATSU standen. Diese 6 Gruppen repräsentierten das japanische Finanzkapital der Gegenwart. Ferner bestehen noch die HITACHI – und die NISSAN-Gruppe, die mit dem AYUKAWA-ZAIBATSU noch vor dem Krieg in Verbindung standen. Sie besitzen jedoch keine eigene zentrale Bank. Daher ist ihre Kohäsionskraft niedrig, so daß sich ein Teil von den Gruppen an FUJI-Bank nähert. Solche Mammutunternehmen wie SHIN NIHON SEITETSU, TOKIO DENRYOKU, KANSAI DENRYOKU, CHUUBU DENRYOKU usf. gehören zu keiner bestimmten finanzmonopolistischen Gruppe. Sie verbinden sich vielmehr mit dem ganzen japanischen Finanzkapital (mittels Kreditgewährung) über die Japanische Kommerzbank und die Langfristige Kreditbank, welche vom Finanzkapital Japans zur Bewältigung der Investitionsfonds für die Grundlagenindustrie wie Stromerzeugung, Eisen- und Stahlindustrie, Elektroindustrie etc. gemeinsam gegründet wurden.

20 Noguchi, Tasuku: op. cit., S. 39-41.

Bezüglich der oben genannten 6 finanzkapitalistischen Gruppen zeigen die Tabelle 2 und 3 die monopolistischen Gruppierungen des Industriekapitals, welche sich mit ihnen verbinden, und die diesen Gruppierungen entsprechenden Gruppierungen der Finanzorgane (21).

Wie aus der Tabelle 2 ersichtlich, besitzen die Gruppe MITSUBISHI und MITSUI im Bereich der Eisen- und Stahlindustrie keine bestimmten Unternehmen. Sie betrachten es als vorteilhaft, sich daran nicht direkt zu beteiligen, sondern SHIN NIHON SEITETSU im Rahmen des staatsmonopolistischen Kapitalismus auszunützen, weil dieser Industriezweig ein allzu großes Kapital fixiert. Diese Tendenz ist in der Stromerzeugung noch deutlich. Hier beteiligt sich keine der sechs finanzmonopolistischen Gruppen unmittelbar. Die Erdölraffinerie stützt sich sogar völlig auf das ausländische Kapital. MITSUI unterhält mit ESSO, MOBIL und CALTEX Verbindungen, MITSUBISHI mit SHELL und GETTI. IDEMITSU, welches man für nationales Kapital hält, gehört zur GULF-SUMITOMO-Gruppe. MARUZEN gehört zur SANWA-Gruppe und steht unter Kontrolle von BRITISH PETROLEUM (formell von UNION).

Tabelle 2

Bindungen zwischen den finanzmonopolistischen Gruppen und den monopolistischen Industrieunternehmen

Gruppe	Autoindustrie	Chemie	Textil	Elektroindustrie
MITSUBISHI	MITSUBISHI-JUUKOO	MITSUBISHI-KASEI	MITSUBISHI-RAYON	MITSUBISHI-DENKI
	HONDA	MITSUBISHI-YUKA		
MITSUI	TOYOTA	TOOYOO-KOOATSU	TOOYOO-RAYON	TOOSHIBA
	HINO	MITSUI-KAGAKU	KANEBO	
		MITSUI-SEKI-YU-KAGAKU		
SUMITOMO	TOOYOO-KOOGYOO	SUMITOMO-KAGAKU	TOOYOOBOO	NIPPON-DENKI
			ASAHI-KASEI	MEIDENSHA
				MATSUSHITA-DENSAN
				SANYOO-DENKI
FUJI	NISSAN	SHOOWA-DENKOO	TOOHOO-RAYON	HITACHI-SEISAKU
				OKI-DENKI
				HAYAKAWA-DENKI
DAIICHI	ISUZU	entfällt	entfällt	FUJI-DENKI
				FUJI-TSUUSHINKI
SANWA	DAIHATSU	UBE-KOOSAN	TEIJIN	entfällt
			NIPPON-RAYON	

21 Nach: Ootsuki, Hisashi: "Nihon keizai-o shihai suru muttsu-no kin'yuu-shihon" (Die 6 finanzkapitalistischen Gruppen, die die japanische Wirtschaft beherrschen), aus: KEIZAI, Tokio 1967, Dezember-Heft.

Gruppe	Schiff- und Maschinenbau	NE-Metalle Aluminium	Eisen-Stahl-Industrie	Glas- u. Zement-Industrie
MITSUBISHI	MITSUBISHI-JUUKOO	MITSUBISHI-KINZOKU-KOOGYOO	entfällt	MITSUBISHI-SEMENTO
		MITSUBISHI-KASEI		ASAHI-GARASU
		MITSUBISHI-RAYNOLS		
MITSUI	MITSUI-ZOOSEN	MITSUI-KINZOKU-KOOGYOO	entfällt	ONODA-SEMENTO
	ISHIKAWAJI-MA-HARIMA (?)			SENTORARU-GARASU
SUMITOMO	URAGA-JUUKOO	SUMITOMO-KINZOKU-KOOZAN	SUMITOMO-KINZOKU	SUMITOMO-SEMENTO
	SUMITOMO-KIKAI	SUMITOMO-KEIKINZOKU		NIPPON-ITAGARASU
FUJI	NIPPON-KOOKAN	SHOOWA-DENKOO	NIPPON-KOOKAN	NIPPON-SEMENTO
		SHOOWA-ALUMI		
		SUKAI-ALUMI		
DAIICHI	KAWASAKI-JUUKOOGYOO	FURUKAWA-KOOGYOO	KAWASAKI-SEITETSU	entfällt
	ISHIKAWAJIMA-HARIMA	NIPPON-KEIKINZOKU		
		FURUKAWA-ALUMI		
SANWA	HITACHI-ZOOSEN	KOOBE-SEIKOO	KOOBE-SEIKOO	OOSAKA-SEMENTO

Wie aus der bisherigen Betrachtung hervorgeht, entstand im Prozeß der raschen Erweiterung der Schwer- und Chemieindustrie im Nachkriegsjapan eine immense Kapitalnachfrage auf der Seite der Industrie und auf der Seite der Finanzorgane die Notwendigkeit, sich eng an Industrie zu binden, so daß sich finanzkapitalistische Gruppen bildeten, die mit ihrem Potential den ZAIBATSU-Konzernen der Vorkriegszeit weit überlegen sind. Die Monopole wie MITSUI, MITSUBISHI und SUMITOMO nämlich, welche bereits vor dem Krieg über Bankorgane und Industriekapital verfügten, erweiterten in dem Prozeß ihre Domäne als Finanzkapital immer mehr. Diejenigen Industriemonopole jedoch, welche entweder mit den alten ZAIBATSU-Konzernen vor dem Krieg keine Verbindungen unterhielten, oder zu den Gruppierungen der neuen ZAIBATSU gehörten oder erst nach dem Krieg in rapide Entfaltung geraten sind, wurden gezwungen, mit einer der bestehenden finanzkapitalistischen Gruppen Verbindung aufzunehmen. Die Bankunternehmen, die entweder über nur wenige Industrieunternehmen Kontrolle ausübten bzw. keine besonders festen Bindungen zu den anderen Industriezweigen aufwiesen (z.B. DAIICHI-Bank sowie FUJI-Bank, die aus YASUDA-Bank hervorging), oder die als sogenannte Handelsbanken keine engen Verbindungen zum Industriekapital unterhielten, mußten u.a. wegen der Konkurrenz im Bankwesen selbst ihren Kontakt mit den Industrieunternehmen ausweiten. Auf solche Weise wurden durch die rapide Kapitalakkumulation der Nachkriegszeit und die zyklischen Krisen hindurch MITSUI, MITSUBISHI und SUMITOMO vergrößert und gefestigt und gleichzeitig die drei Gruppen von FUJI, DAIICHI und SANWA finanzmonopolistisch neu organisiert.

Tabelle 3

Bindungen zwischen den finanzmonopolistischen Gruppen und den entsprechenden Finanzorganen

Gruppe	Bank	Treuhand-gesellschaft	Lebens-versicherung	Sach-versicherung	Effektengesell. (Hauptübern.)
MITSUBISHI	MITSUBISHI-GINKOO	MITSUBISHI-SHINTAKU	MEIJI-SEIMEI	TOKIO-KAIJOO-KASAI	NIKKOO-SHOOKEN
					YAMAICHI-SHOOKEN (2)
MITSUI	MITSUI-GINKOO	MITSUI-SHINTAKU	MITSUI-SEIMEI	TAISHOO-KAIJOO-KASAI	entfällt (3)
SUMITOMO	SUMITOMO-GINKOO	SUMITOMO-SHINTAKU	SUMITOMO-SEIMEI	SUMITOMO-KAIJOO-KASAI	DAIWA-SHOOKEN
FUJI	FUJI-GINKOO	YASUDA-SHINTAKU	YASUDA-SEIMEI	YASUDA-KAIJOO-KASAI	YAMAICHI-SHOOKEN (4)
					NIPPON-KANGYOO-KAKUMARU-SHOOKEN (5)
DAIICHI	DAIICHI-GINKOO	CHUUOO-(1) SHINTAKU	ASAHI-SEIMEI	entfällt	entfällt
SANWA	SANWA-GINKOO	TOOYOO-SHINTAKU	NIPPON-SEIMEI	entfällt	NOMURA-SHOOKEN

1) Aktienanteil: DAIICHI-Bank 50 %, TOOKAI-Bank 50 %
2) Aktienanteil: MITSUBISHI-Bank 50 %, FUJI-Bank 50 %
3) Der Hauptübernehmer ist meist NOMURA-SHOOKEN.
4) siehe Anmerkung 2.
5) Aktienanteil: FUJI-Bank 50 %, NIPPON-KANGYOO-Bank 50 %

Worin nun sich dieses in den Nachkriegsjahren reorganisierte japanische Finanzkapital, die finanzmonopolistischen Gruppen nämlich, von den alten ZAIBATSU der Vorkriegszeit unterscheidet, sei an Hand der Kollektivarbeit "Monopolunternehmen in Japan" zusammenfassend dargestellt:

Erstens: Die modernen finanzmonopolistischen Gruppen basieren auf der schnellen Entwicklung der kapitalistischen Produktion, mit der sich die Vorkriegsproduktion nicht

messen kann, und auf der Entfaltung der Schwer- und Chemieindustrie sowie auf der riesigen Konzentration der Produktion. Voraussetzung für ihr Wachstum ist die nie dagewesene Entwicklung der Kredit- und Finanzinstitute, die gründliche Mobilisierung der persönlichen Ersparnisse in mannigfaltigen Formen (wie Sparkassen, Treuhandgesellschaften für Investment, Verbreitung des kleinen Aktienbesitzes, Lebens- und Sachversicherung etc.) und die riesenhafte Konzentration der Bankgeschäfte mit den Stadtbanken (sechs Großbanken).

Zweitens: Im Unterschied zu den Vorkriegs-ZAIBATSU, in denen das Bank- und Handelskapital für eine lange Zeit den überwiegenden Einfluß ausübte und das Industriekapital im großen und ganzen nur eine sekundäre Rolle spielte, nahm in den modernen finanzmonopolistischen Gruppen das Gewicht und die Bedeutung der Industriemonopole in der Schwer- und Chemieindustrie außerordentlich zu.

Trotzdem darf man die Rolle der sechs Großbanken, die die Kreditinstitute wie Treuhand-, Versicherungs-, Effektengesellschaften etc. systematisch miteinander verknüpfen und dirigieren, keinesfalls unterschätzen. Die zentrale Position der finanzmonopolistischen Gruppen, die vor dem Krieg durch die Holdinggesellschaft eingenommen wurde, besetzen heute die Banken, die nun als ihr Zentrales Nervensystem fungieren.

Drittens: In den ZAIBATSU-Konzernen der Vorkriegszeit gab es eine eindeutige Vorherrschaft des Aktienbesitzes. Nach dem Krieg aber bildet der Zusammenschluß der Banken und Aktiengesellschaften, welche früher ein- und demselben ZAIBATSU-Konzern angehörten und nun die Aktien gegenseitig übernehmen, den Kern der modernen finanzmonopolistischen Gruppen. Dieser Zusammenschluß wird durch Bankkredite oder auch durch Personalunion ergänzt. Die finanzmonopolistischen Gruppen ordnen sich weiter mittelgroße nichtmonopolistische Unternehmen (z.B. SONY, FUJIKOSHI etc.) und auch zahlreiche mittlere und kleine Zulieferungsbetriebe unter.

Viertens: Die modernen finanzmonopolistischen Gruppen verfügen über keine Leitzentrale, wie vor dem Krieg die Hauptgesellschaft der ZAIBATSU. Dafür aber bestehen Konferenzen der Generaldirektoren und ähnliche Einrichtungen, welche sozusagen eine kollektive Leitungstätigkeit darstellen. Ein despotisches Leitungssystem kann über eine solche Gruppe nicht ganz errichtet werden. Um am verschärften internationalen Konkurrenzkampf teilnehmen zu können, versuchen die Repräsentanten der japanischen Monopolunternehmen, ihr jetziges auf der Grundlage des Bankkapitals beruhendes Herrschaftssystem durch ein System von Holdinggesellschaften zu ersetzen.

Die Abhängigkeitsbeziehungen der japanischen Monopole vom US-Imperialismus (ihre allseitige Abhängigkeit hinsichtlich des Kapitals, der Technik, der Rohstoffe, des Absatzmarktes etc.), die aktuelle Entwicklung der US-japanischen Beziehungen, die totale Entfaltung des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Japan und andere Probleme sollen in einer späteren Arbeit behandelt werden.

Hermann Lehmann

Zu Rosa Luxemburgs ökonomischer Erklärung des Imperialismus

Die Zuspitzung der imperialistischen Widersprüche und die politischen Formen, in denen ihre Gegensätze zutage treten, führten in jüngster Zeit auch zu einem größeren Interesse für das Wirken und die Werke Rosa Luxemburgs. Einerseits stoßen die Versuche einer tieferen theoretischen Durchdringung der imperialistischen Entwicklungstendenzen notwendig auf Rosa Luxemburgs sozialökonomische und politische Analysen, in denen einige grundlegende Merkmale des Imperialismus bereits um die Jahrhundertwende treffend charakterisiert wurden. Es gibt Passagen in ihren Werken, die für die Gegenwart geschrieben sein könnten. Andererseits nehmen die bürgerlichen Bemühungen zu, fortschrittliche Bestrebungen mit Hilfe eines verzerrten Luxemburgbildes zu manipulieren. Diese Umstände machen eine tiefgehende marxistische Analyse des Wirkens und der Werke Rosa Luxemburgs erforderlich, die sowohl den plumpen Fälschungen als auch den durchtriebeneren Entstellungen eines Peter Nettl wirksam entgegentritt. Die Luxemburgforschung hat bereits Beträchtliches geleistet. (1)

Wenn im Gefolge des zunehmenden Interesses Rosa Luxemburgs *ökonomische* Erklärung des Imperialismus wieder aufgegriffen wird, so ist auch diese Tatsache nicht von ungefähr. Gerade in ihrer ökonomischen Erklärung zeigen sich neben ihren großen theoretischen Fähigkeiten deren Schwächen und Grenzen. Rosa Luxemburg hatte es sich als ökonomisch gut bewanderte Marxistin nicht leicht gemacht; richtige theoretische Überlegungen und glänzende Darstellungen überdecken zum Teil die Schwächen. Durch besondere historische Umstände, Revisionismus und Sektierertum, wurde diese Sachlage beträchtlich ausgebeutet. Dem heutigen Betrachter des Für und Wider um Rosa Luxemburgs Imperialismustheorie bieten sich mehrere übereinanderlagernde Schichten. Zuunterst liegt Rosa Luxemburgs Versuch, in der Auseinandersetzung mit dem Revisionismus gegen Ende des vorigen Jahrhunderts die sich herausbildenden Merkmale des Imperialismus zu formulieren. Darüber legt sich der aus einem grundlegenden methodologischen Mißverständnis des Marxschen "Kapital" gespeiste spätere Versuch einer systematischen Erklärung des Imperialismus aus der Zirkulationssphäre. Die sofort einsetzende Kritik erlangte schließlich in den 20er und 30er Jahren neue Aspekte. Der sich auf Rosa Luxemburg berufende Revisionismus erfüllte antikommunistische Funktionen und richtete sich gegen den Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion. Auf diese Auseinandersetzung folgt die keynesianische Bemühung, in erster Linie Joan Robinsons, Rosa Luxemburg als einen ökonomisch-theoretischen Vorläufer von J.M. Keynes zu betrachten. Ihr schließen sich Nettl und mehrere publizistische Interpretationen aus der jüngsten Zeit an.

---

1 Vgl. Annelies Laschitza/Günter Radczun: ROSA LUXEMBURG. IHR WIRKEN IN DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG, Berlin 1971.

Die sich seit der ersten Kritik an Rosa Luxemburgs ökonomischer Imperialismusauffassung wandelnden bürgerlichen Interpretationen spiegeln die aus den jeweiligen historischen Verhältnissen erwachsenen theoretischen Interessen wider. So entstand eine genügend breite Palette an Interpretationsvarianten, die heute unter verschiedenen politischen Gesichtspunkten verwendet werden können. Revisionistische und keynesianische Ausdeutungen sind bereits vorfabriziert und beliebig einsetzbar. Dieser Sachverhalt macht deutlich, warum Rosa Luxemburgs ökonomische Erklärung des Imperialismus wieder in die theoretische Diskussion einbezogen wird. Die Mehrzahl dieser Arbeiten dient der Entstellung des Luxemburgbildes und damit der Manipulierung jener Kräfte, die sich an der großen Revolutionärin orientieren und aus ihren Analysen Nutzanwendungen für den gegenwärtigen antiimperialistischen Kampf ziehen wollen.

In unserer Betrachtung geht es um Rosa Luxemburgs ökonomische Erklärung des Imperialismus. Die Behandlung der späteren Auseinandersetzung um ihre und auf sie bezugnehmende Auffassungen wäre ein größerer Teil einer theoriegeschichtlichen Untersuchung der Imperialismusanalyse und bleibt hier unberücksichtigt.

Um zu erhellen, warum gerade die Imperialismuserklärung von Rosa Luxemburg und nicht von irgendeinem anderen Theoretiker so vielen Nichtmarxisten Anknüpfungsmöglichkeiten bot, muß man auf die Kombination von Rosa Luxemburgs scharfsinniger Beobachtung wesentlicher Züge des Imperialismus und ihrem ungenügenden theoretischen Eindringen in das Wesen des Imperialismus hinweisen. Dabei ist die Frage nach den Schwächen und Fehlern, die ihr unterliefen, leicht zu beantworten. Auf der Grundlage der Leninschen Kritik hat Bucharin die grundsätzlichen theoretischen Fehler richtig dargestellt. Von anderen Kritikern, zum Beispiel Rosdolsky, wurde die Einschätzung ergänzt. Diesen Analysen ist nicht wesentlichtes hinzuzufügen.

Bisher weniger untersucht blieb die Frage, welche historischen, theoretischen und erkenntnismäßigen Ursachen Rosa Luxemburg zu ihrer Imperialismusauffassung führten. Warum war es Rosa Luxemburg, dieser großen Marxistin, nicht möglich, so tief wie Lenin zum Wesen des Imperialismus vorzudringen?

Rosa Luxemburg erkannte bereits am Ende des vorigen Jahrhunderts neue Merkmale des Kapitalismus, die sie davon überzeugten, daß es "dem Anfang vom Ende, der Periode der kapitalistischen Schlußkrisen" (2) zugehe. Sie sah die imperialistischen Widersprüche vor allem in den zutage tretenden Gegensätzen: in der zunehmenden Ausbeutung des Proletariats, in der Zerstörung der Demokratie, im Militarismus und in der Anhäufung internationalen Konfliktstoffs infolge der endgültigen Aufteilung der Welt unter die kapitalistischen Mächte.

Die ökonomische Grundlage dieser kapitalistischen Endphase glaubte sie in der nahenden Erschöpfung des Weltmarktes erfaßt zu haben. "Ist einmal der Weltmarkt im großen und ganzen ausgebildet und kann durch keine plötzlichen Erweiterungen mehr vergrößert werden, schreitet zugleich die Produktivität der Arbeit unaufhaltsam fort, dann beginnt über kurz oder lang der periodische Widerstreit der Produktivkräfte mit den Austauschschranken, der von selbst, durch seine Wiederholung immer schroffer und stürmischer wird." (3) Sie meinte in der endgültigen Aufteilung der Welt und deren kapitalistischer Industrialisierung sowie in der Zerstörung der einfachen Warenproduktion eine objektive Grenze zu finden; "dann hat die Expansionsfähigkeit der kapitalistischen Produktionsweise ein Ende und damit auch ihre Lebensfähigkeit" (4). Für den Kapitalismus beginne damit auf

2 R. Luxemburg: GESAMMELTE WERKE, Berlin 1970, Bd. 1/1, S. 386.
3 Ebenda.
4 Ebenda, S. 549.

dem Weltmarkt der "absteigende Ast" (5). Bleibe kein neues Eroberungsgebiet mehr übrig, so beginnen die hochentwickelte Großindustrie und der Militarismus, "ohne einen neuen Abflußkanal zu finden, mit der ganzen Wucht auf dem gesellschaftlichen Körper zu lasten. Wie lange die darauffolgenden Jahre des Kapitalismus dauern werden, wird wesentlich von dem Stand, von den Fortschritten *der Arbeiterbewegung* in den wichtigsten kapitalistischen Ländern abhängen. Denn sobald der ganze Erdball vom Kapitalismus umspannt ist – und dies wird mit der Aufteilung Asiens fast endgültig vollzogen –, sobald die internationalen wirtschaftlichen und politischen Gegensätze dadurch aufs höchste gesteigert sind, wird der Kapitalismus seinerseits am Ende seines Lateins angelangt sein. Er kann weiter nur noch vegetieren, solange sein Erbe, das sozialistische Proletariat, nicht reif genug ist, das geschichtliche Erbe anzutreten." (6)

Für diese vereinfachte Vorstellung eines territorial expandierenden Kapitalismus lassen sich drei Gründe anführen:

Erstens muß das geistige Milieu berücksichtigt werden, aus dem Rosa Luxemburg kurz zuvor gekommen war. Die Auseinandersetzung mit den Volkstümlern um die kapitalistische Entwicklung in Rußland hatte die Rolle des Absatzes in den Vordergrund der Diskussion gerückt. Zudem hatte sich Rosa Luxemburg in ihrer Dissertation mit der Entwicklung des Kapitalismus und seines Marktes in Russisch-Polen und die ökonomischen Bindungen zu Rußland beschäftigt, um für die Auseinandersetzung mit den polnischen Nationalisten einen gesicherten Ausgangspunkt zu haben.

Zweitens. Als Rosa Luxemburg nach Deutschland kam, stieß sie auf einen expansionslüsternen, kolonial außerordentlich interessierten Kapitalismus. Zugleich fand der erste imperialistische Krieg um die Neuaufteilung kolonialer Gebiete statt. Ihre Auseinandersetzung mit dem Opportunismus und seinen Verteidigern des Militarismus und Kolonialismus in der deutschen Arbeiterbewegung, ihr Kampf gegen Militarismus und Kolonialismus und ihre Analysen weltwirtschaftlicher Vorgänge für die "Sächsische Arbeiter-Zeitung" unter der Rubrik "Wirtschaftliche und sozialpolitische Rundschau" machten Rosa Luxemburg erneut die große Rolle der Absatzfrage deutlich. Rosa Luxemburg war tief genug in die marxistische politische Ökonomie eingedrungen, um den Drang nach neuen Absatzgebieten als Äußerung kapitalistischer Grundwidersprüche zu deuten.

Drittens überlagerte sich dieses Problem kapitalistischer Expansion mit dem gänzlich neuartigen Problem der imperialistischen Phase des Kapitalismus. Um eine marxistische Imperialismustheorie zu entwickeln, hätte Rosa Luxemburg die Bedeutung des Monopols erkennen müssen. In ihrer Anti-Bernstein-Schrift war sie auf die Monopolfrage gestoßen. Angesichts der Instabilität vieler Kartelle war Rosa Luxemburg in der Einschätzung der Monopole unsicher. Sie hatte die Monopolisierung in den USA aufmerksam verfolgt: "Die Entstehung der Großindustrie, Verdrängung der fremden Einfuhr, Überfüllung des eigenen Marktes, Kartellierung der Industrie und Eroberung einer Reihe fremder Märkte folgten aufeinander in überstürzender Hast." (7) Die Monopolisierung bilde aber keine "ausreichende und wirkliche Lösung der Konkurrenzfrage", wie Bernstein angenommen hatte. "Der mörderische industrielle Krieg wird also nicht aufgehoben, nicht verhütet, er wird nur übertragen aus einem Land in ein anderes." (8) Rosa Luxemburg begegnete der revisionistischen Meinung mit Mißtrauen, "als seien die Unternehmerverbände berufen,

5 Ebenda, S. 391.
6 Ebenda, S. 364.
7 Ebenda, S. 314.
8 Ebenda, S. 310.

eine ungefähr allgemeine und herrschende Produktionsform zu werden und die kapitalistische Anarchie unter Beibehaltung der Kapitalherrschaft und des Lohnsystems zu beseitigen oder wenigstens in hohem Maße in die Schranken zu weisen" (9). Es sei ein wahrer Kern in der Aussage eines von ihr rezensierten bürgerlichen Autors, "daß die Kartellierung der Industrie nicht etwa eine normale und notwendige Phase der Produktionsentwicklung auf einer bestimmten Stufe der Konzentration ist" (10). Angesichts der verschärften internationalen Konkurrenz glaubte sie, daß die Monopole, die durch Kapitalbrachlegung den Fall der Profitrate aufzuhalten versuchen, bei sich bietenden Konkurrenzchancen wieder auseinanderfallen würden. "Die Organisationen müssen dann wie Seifenblasen platzen und wieder einer freien Konkurrenz in potenzierter Form Platz machen." (11) Sie betonte damit die Konkurrenz unter monopolistischen Verhältnissen, ohne das Monopol als das bestimmende Grundelement der neuen kapitalistischen Phase aufzufassen. Ob die Monopolisierung, die am Ende des vorigen Jahrhunderts vor allem in den USA zu beobachten war, zu einer allgemeinen kapitalistischen Erscheinung werde, wisse sie nicht, aber eines könne sie mit Gewißheit sagen: *"Sollte* je die amerikanische Kartellwirtschaft zum internationalen Übel werden, dann wird sie nicht ein Hindernis für den Sozialismus, sondern eine Geißel sein, die alle Opfer des siegreichen Vormarsches des Kapitals in die Arme des Sozialismus peitschen und die Gegensätze innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft so auf die Spitze treiben wird, daß sie die sozialistische Umwälzung als die einzige Erlösung aus der Pein der Kapitalsherrschaft begrüßen wird." (12)

Durch diese Überlagerung stand Rosa Luxemburg vor einem neuartigen Problem. In der russischen Auseinandersetzung zwischen Lenin, den legalen Marxisten und den Volkstümlern und in ihrer Dissertation ging es um die *Entwicklungs*fähigkeit des Kapitalismus; nun hatte Rosa Luxemburg die Aufgabe übernommen, die Gesetzmäßigkeiten der imperialistischen *Schluß*phase zu untersuchen. Das Absatzproblem konnte also nicht auf die alte Weise angepackt werden. Rosa Luxemburg hätte ihr Verständnis der marxistischen Realisierungstheorie wesentlich vertiefen und zugleich das monopolistische Wesen des Imperialismus erkennen müssen.

Für die Untersuchung des monopolistischen Wesens hatte die Wirklichkeit um die Jahrhundertwende noch nicht genügend Beobachtungsmaterial geliefert; für ein gründlicheres Studium der Realisierungstheorie fand Rosa Luxemburg wegen ihrer umfangreichen politischen Tätigkeit keine Zeit. So kam es, daß sie mit ihrem Verständnis der Realisierungsproblematik, das für die Erfassung der Probleme des vormonopolistischen Kapitalismus und der früheren Auseinandersetzungen um Sismondi, Rodbertus und die Volkstümler ausgereicht hatte, den imperialistischen Niedergang des Kapitalismus nachzuweisen versuchte. Unter der Annahme, das Absatzproblem sei ein für die Erklärung des Imperialismus erstrangiges Problem, hatte sie statt der Entwicklungsfähigkeit, wie in den bisherigen Auseinandersetzungen um das Realisierungsproblem, den Niedergang des Kapitalismus beweisen müssen. Das konnte sie nur, indem sie – mechanisch – einen Schlußpunkt setzte, die endgültige Kapitalisierung der Welt, und aus dem Näherrücken dieses Schlußpunktes eine Verschärfung der sozialen Widersprüche und die Unvermeidlichkeit der proletarischen Revolution ableitete.

Als Rosa Luxemburg 1907 ihre Tätigkeit an der Berliner Parteischule aufnahm, fand sie Zeit, ihre ökonomischen Kenntnisse zu vertiefen. Bei der Durcharbeitung des "Kapital"

9 Ebenda, S. 336.
10 Ebenda, S. 340.
11 Ebenda, S. 382.
12 Ebenda, S. 586.

für die Lehrtätigkeit gelang es ihr jedoch nicht, genügend tief in Marx' ökonomische Lehre einzudringen, um sie voll für eine marxistische Imperialismustheorie auszuschöpfen. Sie war zu sehr befangen im zeitgenössischen Verständnis des "Kapital".

So war sie sich über den Aufbau des "Kapital" und die Bedeutung der einzelnen Bände nicht im klaren. Das wird aus Rosa Luxemburgs Einschätzung ersichtlich, die Franz Mehring in seine Marx-Biographie übernahm: "Überblickt man das große Werk im ganzen, so kann man sagen: der erste Band mit dem darin entwickelten Wertgesetz, Lohn und Mehrwert, legt das Fundament der heutigen Gesellschaft bloß, der zweite und dritte Band zeigen die Stockwerke des Gebäudes, das auf jenem beruht. ... Entsprechend dem Inhalt, bewegen wir uns in den beiden letzten Bänden auf einer anderen Fläche als im ersten. Hier war es die Werkstatt, der tiefe soziale Schacht der Arbeit, wo wir den Quell der kapitalistischen Bereicherung aufspürten. Im zweiten und dritten Bande bewegen wir uns an der Oberfläche, auf der offiziellen Bühne der Gesellschaft, Warenmagazine, Banken, Börse, Geldgeschäfte, 'notleidende Agrarier' und ihre Sorgen füllen hier den Vordergrund aus. Der Arbeiter spielt hier nicht mit. ... Danach mag es nicht ersichtlich erscheinen, welches Interesse die verschiedenen Privatsorgen der Kapitalisten bei der Profitmacherei und ihr Zank um die Verteilung der Beute für die Arbeiter haben mögen. Tatsächlich aber gehören der zweite und dritte Band des 'Kapitals' zur erschöpfenden Erkenntnis des heutigen Wirtschaftsmechanismus so gut wie der erste. Freilich sind sie nicht von der entscheidenden und grundlegenden historischen Bedeutung für die moderne Arbeiterbewegung wie dieser. Sie enthalten aber eine reiche Fülle von Einblicken, die auch für die geistige Ausrüstung des Proletariats zum praktischen Kampf von unschätzbarer Bedeutung sind." (13) Als Beispiel für diese Bedeutung führte Rosa Luxemburg Marx' Erklärung der Krisen und der Durchschnittsprofitrate an.

Indem Rosa Luxemburg den ersten Band gegenüber dem zweiten und dritten Band bevorzugte und ihn gewissermaßen von den folgenden isoliert betrachtete, unterschätzte sie die Bedeutung des Gesamtwerkes für die Weiterentwicklung der Marxschen ökonomischen Lehre. Sie war dadurch behindert, den Reichtum des dritten Bandes auszuschöpfen. Indem sie meinte, der zweite und dritte Band würden unmittelbar die Oberfläche erklären, legte sie die Voraussetzung für ihren Irrtum, neue Erscheinungen des Imperialismus könnten direkt aus ihnen abgeleitet werden.

So kam es, daß Rosa Luxemburg, als sie sich 1911 intensiver mit dem Imperialismus beschäftigte, auf eine Schwierigkeit stieß, die sie mit Hilfe des zweiten Bandes zu lösen versuchte. "Es wollte mir nicht gelingen, den Gesamtprozeß der kapitalistischen Produktion in ihren konkreten Beziehungen sowie ihre objektive geschichtliche Schranke mit genügender Klarheit darzustellen. Bei näherem Zusehen kam ich zu der Ansicht, daß hier nicht bloß eine Frage der Darstellung, sondern auch ein Problem vorliegt, das theoretisch mit dem Inhalt des II. Bandes des Marxschen 'Kapital' im Zusammenhang steht und zugleich in die Praxis der heutigen imperialistischen Politik wie deren ökonomische Wurzeln eingreift. Sollte mir der Versuch gelungen sein, dieses Problem wissenschaftlich exakt zu fassen, dann dürfte die Arbeit außer einem rein theoretischen Interesse, wie mir scheint, auch einige Bedeutung für unseren praktischen Kampf mit dem Imperialismus haben." (14)

Ein Einbeziehen der Erkenntnisse des dritten Bandes, d.h. das "Aufsteigen" von der abstrakten Analyse des Zirkulationsprozesses zur konkreteren Bestimmung auf der Ebene des dritten Bandes, hielt Rosa Luxemburg nicht für notwendig. Im Gegenteil meinte sie,

13 Franz Mehring: GESAMMELTE SCHRIFTEN, Berlin 1960, Bd. 3, S. 384 f.
14 R. Luxemburg: GESAMMELTE WERKE, Bd. VI, Berlin 1923, Vorwort.

auf Grund ihres Unverständnisses für Marx' "Methode, vom Abstrakten zum Konkreten aufzusteigen", das real Konkrete "als ein geistig Konkretes zu reproduzieren" (15), einen Widerspruch zu sehen.

Indem Rosa Luxemburg im zweiten und dritten Band unmittelbare Aussagen über die empirische Wirklichkeit suchte, mißverstand sie Marx und meinte im zweiten Band die Auffassung einer widerspruchsfreien Realisierung des Mehrwerts und im dritten Band den Nachweis der Notwendigkeit "dritter Personen" (neben Kapitalisten und Proletariern nichtkapitalistische Schichten) zu finden, obwohl auch der dritte Band einen reinen Kapitalismus mit nur zwei Gesellschaftsklassen unterstellt. Rosa Luxemburg kannte selbstverständlich Marx' theoretische Voraussetzungen für die Untersuchungen im "Kapital"; sie erkannte aber nicht deren methodologische Notwendigkeit und wollte sie daher für die beiden letzten Bände aufgehoben wissen.

Nach dem Reproduktionsschema bestehe "zwischen der Produktion des Mehrwerts und seiner Realisierung gar kein immanenter Widerspruch, vielmehr immanente Identität. Der Mehrwert kommt hier von vornherein in einer ausschließlich für die Bedürfnisse der Akkumulation berechneten Naturgestalt zur Welt. Er kommt als zuschüssiges Kapital schon aus der Produktionsstätte heraus. Damit ist seine Realisierbarkeit gegeben, nämlich in dem Akkumulationstrieb der Kapitalisten selber. Diese lassen als Klasse den von ihnen angeeigneten Mehrwert im voraus ausschließlich in der Sachgestalt produzieren, die seine Verwendung zur weiteren Akkumulation sowohl ermöglicht als bedingt. Die Realisierung des Mehrwerts und seine Akkumulation sind hier nur zwei Seiten eines und desselben Vorgangs, sind begrifflich identisch. Für den Prozeß der Reproduktion, wie er im Schema dargestellt ist, ist die Konsumtionskraft der Gesellschaft deshalb auch keine Schranke der Produktion. Hier schreitet die Erweiterung der Produktion von Jahr zu Jahr automatisch fort, ohne daß die Konsumtionskraft der Gesellschaft über ihre 'antagonistischen Distributionsverhältnisse' hinausgegangen wäre. Dieses automatische Fortschreiten der Erweiterung, der Akkumulation ist freilich 'Gesetz für die kapitalistische Produktion – bei Strage des Untergangs'. Aber nach der Analyse im III. Bande 'muß der Markt daher beständig ausgedehnt werden', 'der Markt' offenbar über die Konsumtion der Kapitalisten und der Arbeiter hinaus." (16) Es liege im Marxschen Reproduktionsschema "gar keine Notwendigkeit vor, den Markt über die Konsumtion der Kapitalisten und Arbeiter hinaus beständig auszudehnen, und die beschränkte Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaft ist gar kein Hindernis für einen glatten Fortgang und die unumschränkte Ausdehnungsfähigkeit der Produktion. Das Schema läßt wohl Krisen zu, aber ausschließlich aus Mangel an Proportionalität der Produktion, d.h. aus Mangel an gesellschaftlicher Kontrolle über den Produktionsprozeß. Es schließt dagegen den tiefen fundamentalen Widerstreit zwischen Produktionsfähigkeit und Konsumtionsfähigkeit der kapitalistischen Gesellschaft aus, der sich gerade aus der Kapitalakkumulation ergibt, der sich periodisch in Krisen Luft macht und der das Kapital zur beständigen Markterweiterung antreibt." (17)

Durch dieses ungenügende Verständnis des Gesamtaufbaus des "Kapital" und der Marxschen Methode kam Rosa Luxemburg zu einer falschen Einschätzung der theoretischen Leistung von Karl Marx. Wenn sich, wie sie meinte, die beiden letzten Bände des "Kapital" "an der Oberfläche, auf der offiziellen Bühne der Gesellschaft" bewegen, so bleibt für die späteren Marxisten nur eine theoretische Ergänzung. Der Umstand, daß Marx in allen drei Bänden des "Kapital" einerseits die kapitalistischen Gesetze am Modell eines reinen Kapitalismus mit nur zwei Klassen, den Kapitalisten und den Proletariern, darstellte und andererseits den Kapitalismus der freien Konkurrenz vor Augen hatte, machte jedoch eine schöpferische Weiterentwicklung notwendig.

15 Marx/Engels, WERKE, Bd. 13, Berlin 1961, S. 632.
16 R. Luxemburg: GESAMMELTE WERKE, Bd. VI, S. 368.
17 Ebenda, S. 269 f.

Damals wurde von Marxisten allgemein die Auffassung vertreten, daß die politische Ökonomie die Gesetze der Warenproduktion und des Austausches untersuche und daß mit dem Kapitalismus auch die Warenproduktion ihrem Untergang entgegengehe. Daraus ergab sich für Rosa Luxemburg: "Die Nationalökonomie als Wissenschaft hat ihre Rolle ausgespielt, sobald die anarchische Wirtschaft des Kapitalismus einer planmäßigen, von der gesamten arbeitenden Gesellschaft bewußt organisierten und geleiteten Wirtschaftsordnung Platz gemacht hat. Der Sieg der modernen Arbeiterklasse und die Verwirklichung des Sozialismus bedeuten somit das Ende der Nationalökonomie als Wissenschaft." (18) Wenn Marx also den Kapitalismus vollends analysiert und die Notwendigkeit des Sozialismus aus den inneren Widersprüchen des Kapitalismus hergeleitet hat, der Sozialismus selbst aber keiner politischen Ökonomie bedarf, weil er nach allgemeiner Auffassung keine Warenproduktion besitzt, so scheint zu folgen: "In der Marxschen Theorie hat die Nationalökonomie ihre Vollendung aber auch ihren Abschluß als Wissenschaft gefunden." (19)

Galt das Marxsche System aber als Abschluß der ökonomischen Wissenschaft, so mußte die offensichtliche Notwendigkeit, theoretisch eine neue Phase des Kapitalismus zu analysieren, zum logischen Widerspruch führen; denn die neuen, imperialistischen Erscheinungen konnten mit Marx' Vorstellungen vom Kapitalismus der freien Konkurrenz nur unzulänglich begriffen werden. Es gehörte damals tiefste theoretische Einsicht – wie sie zu dieser Zeit nur Lenin besaß – dazu, die allgemeine Vorstellung vom Abschluß der ökonomischen Wissenschaft durch Karl Marx zu korrigieren und seine Analyse als Analyse des vormonopolistischen Stadiums des Kapitalismus zu erkennen. Immerhin war den Zeitgenossen die überragende theoretische und praktische Wirksamkeit von Marx und Engels noch überaus gegenwärtig.

Rosa Luxemburg sah in Marx ihren großen Lehrer, bei dem sie sich in allen ökonomischen Grundproblemen Rat holte; ihr scharfer Verstand drängte sie jedoch zu neuen Verallgemeinerungen. Aber durch den geringen zeitlichen Abstand – das neue Jahrhundert existierte erst ein Jahrzehnt – und ihr ungenügend tiefes Vordringen zum Kern der Marxschen Theorie vermochte sie nicht zwischen der wirtschaftsgeschichtlich zeitbedingten Analyse und der Analyse des Wesens des Kapitalismus zu unterscheiden, die sowohl für die neue, monopolistische Phase des Kapitalismus voll gültig ist. Daher änderte sie nicht ihre Meinung, daß Marx die ökonomische Wissenschaft endgültig abgeschlossen habe; sie sah aber die Diskrepanz zwischen der Marxschen Untersuchung einer früheren Phase und den qualitativ neuen Erscheinungen der imperialistischen Phase.

Rosa Luxemburg glaubte, diesem Widerspruch entgehen zu können, indem sie den fragmentarischen Charakter des zweiten und dritten Bandes des "Kapital" hervorhob. Der von ihr herausgeforderte Streit um die Frage, ob diese Bände abgeschlossen seien oder nicht, erweist sich als Scheinfrage, die auf dem Mißverständnis der Marxschen Methode beruht. Das hatten jedoch auch ihre damaligen Rezensenten nicht erkannt.

Aus diesen Umständen ergab sich Rosa Luxemburgs ökonomische Auffassung über den Imperialismus: "Die äußeren typischen Erscheinungen der imperialistischen Periode: der Wettkampf der kapitalistischen Staaten um Kolonien und Interessensphären, das inter-

18 R. Luxemburg: AUSGEWÄHLTE REDEN UND SCHRIFTEN, Berlin 1955, Bd. I, S. 491.
19 Ebenda, S. 497.

nationale Anleihsystem, Militarismus, Hochschutzzoll, vorherrschende Rolle des Bankkapitals und der Kartellindustrie in der Weltpolitik sind heute allgemein bekannt. Ihre Verknüpfung mit der letzten Phase der kapitalistischen Entwicklung, ihre Bedeutung für die Akkumulation des Kapitals liegen so offen zutage, daß sie von den Trägern wie von den Gegnern des Imperialismus klar erkannt und anerkannt werden." (20) Rosa Luxemburg suchte "das ökonomisch Gesetzmäßige jenes Zusammenhanges in exakter Weise aufzuspüren, die eigentliche Wurzel des großen und bunten Komplexes von Erscheinungen des Imperialismus zu packen" (21). Sie gelangte zu der Feststellung: "Daß die Erklärung der ökonomischen Wurzel des Imperialismus speziell aus den Gesetzen der Kapitalakkumulation abgeleitet und mit ihnen in Einklang gebracht werden muß, unterliegt keinem Zweifel, da der Imperialismus im ganzen schon nach allgemeiner empirischer Wahrnehmung nichts anderes als eine spezifische Methode der Akkumulation ist." (22) Sein Wesen bestehe "in der Ausbreitung der Kapitalsherrschaft aus alten kapitalistischen Ländern auf neue Gebiete und im wirtschaftlichen und politischen Konkurrenzkampf jener Länder um solche Gebiete" (23).

Rosa Luxemburg setzte ihre Kritik am zweiten Band des "Kapital" an. "Die theoretische Annahme einer lediglich aus Kapitalisten und Arbeitern bestehenden Gesellschaft, die an sich für bestimmte Zwecke der Untersuchung – so im ersten Bande des 'Kapital', bei der Analyse des Einzelkapitals und seiner Ausbeutungspraktiken in der Fabrik – vollkommen berechtigt und am Platze ist, schien mir unangebracht und störend, wo es sich um die Akkumulation des gesellschaftlichen Gesamtkapitals handelt." (24) Da sie sowohl die Rolle des ersten Bandes als auch der folgenden Bände verkannte, erschien es ihr "ganz im Geiste der Marxschen Theorie notwendig, die Voraussetzung des ersten Bandes des 'Kapital', die dort vortreffliche Dienste leistete, nunmehr aufzugeben und die Untersuchung der Akkumulation als Gesamtprozeß auf die konkrete Basis des Stoffwechsels zwischen dem Kapital und seiner historischen Umgebung zu stellen" (25). Marx habe "die Frage der Akkumulation des Gesamtkapitals nur gestellt, aber nicht mehr beantwortet. Er hat zwar als Voraussetzung seiner Analyse zunächst jene reine kapitalistische Gesellschaft genommen, hat aber die Analyse auf dieser Grundlage nicht nur nicht zu Ende geführt, sondern er hat sie gerade bei dieser Kardinalfrage abgebrochen. Er hat zur Veranschaulichung seiner Auffassung einige mathematische Schemata aufgestellt, aber ihre Deutung auf soziale praktische Möglichkeiten und ihre Nachprüfung von diesem Standpunkt kaum begonnen, als ihm durch Krankheit und Tod die Feder aus der Hand fiel." (26)

Damit hatte Rosa Luxemburg den zweiten Band falsch interpretiert. Sie verstand nicht, daß es Marx darum ging, den im ersten Band dargelegten Doppelcharakter der Ware, den Widerspruch zwischen Gebrauchswert und Wert, nun im zweiten Band auf der Abstraktionsebene des gesellschaftlichen Kapitals zu untersuchen. Marx, der um die Existenz und Rolle der sogenannten "dritten Personen" wußte, hatte sie entsprechend seinem Vorhaben im zweiten Band nicht behandelt.

Rosa Luxemburg verfiel bei der Interpretation des zweiten Bandes in einige Fehler. Ihr Hauptfehler besteht darin, daß sie bei der Analyse der erweiterten Reproduktion immer

20 R. Luxemburg: GESAMMELTE WERKE, Bd. VI, S. 397.
21 Ebenda.
22 Ebenda, S. 398.
23 Ebenda.
24 Ebenda.
25 Ebenda, S. 398 f.
26 Ebenda, S. 399.

wieder in die Voraussetzungen der einfachen Reproduktion zurückfällt. Ein weiterer Fehler liegt im einseitigen Hervorheben eines Moments der kapitalistischen Akkumulation, der Akkumulation von Geldkapital. Sie betrachtete nicht die Kapitalerweiterung unter den gesamtwirtschaftlichen Bedingungen der erweiterten Reproduktion, sondern sie fragte nur nach dem Teilproblem, wie der zu akkumulierende Mehrwert sich in Geldkapital verwandeln könne. Dabei unterstellte sie stillschweigend die Bedingungen der einfachen Reproduktion, unter denen voraussetzungsgemäß ein Wirtschaftswachstum logisch nicht möglich ist. Das Problem des Wirtschaftswachstums reduzierte sich somit auf die Frage nach der Möglichkeit, Geldkapital anzuhäufen. Unter diesem Gesichtswinkel ergänzte Rosa Luxemburg die Ausführungen über die einfache Reproduktion und nahm für die erweiterte Reproduktion eine "dritte Portion Waren" an, "die weder zur Erneuerung der verbrauchten Produktionsmittel noch zur Erhaltung der Arbeiter und Kapitalisten bestimmt ist". "Welcher Art Waren sind das nun und wer in der Gesellschaft hat für sie Bedarf, d.h., wer nimmt sie den Kapitalisten ab, um ihnen endlich zu dem wichtigsten Teil des Profits in blankem Gold zu verhelfen? " Damit meinte Rosa Luxemburg, sei sie an den "Kern des Akkumulationsproblems" gelangt. (27)

Diese falsche Fragestellung schrieb die Antwort vor. Das Akkumulationsproblem spaltete Rosa Luxemburg willkürlich in zwei einander inadäquate Fragenkomplexe auf, in die von Marx bereits gelöste Frage der einfachen Reproduktion und in die Frage nach der Realisierung des zu akkumulierenden Mehrwerts. Sie fragte also abstrakt nach der Realisierungsmöglichkeit akkumulierbaren Mehrwerts in einer kapitalistischen Gesellschaft, für die hypothetisch nur zwei Klassen, Arbeiter und Kapitalisten mit ihrem Anhang unproduktiver Konsumenten, und einfache Reproduktion angenommen werden.

Unter solchen Annahmen gibt es in diesem Modell keine Lösungsmöglichkeit; denn die Arbeiter sind für diesen Mehrwert keine Abnehmer; sie "besitzen gar keine Kaufmittel, außer den ihnen von den Unternehmern eingehändigten Löhnen und entnehmen im Ausmaß dieser Löhne nur den ihnen knapp zugewiesenen Teil des gesellschaftlichen Gesamtprodukts. Darüber hinaus können sie nicht um einen Deut Abnehmer von kapitalistischen Waren sein, so viel sie noch an unbefriedigten Lebensbedürfnissen haben mögen" (28). Ebenso können die Kapitalisten diesen akkumulierbaren Mehrwert nicht abnehmen. Wohl könnten sie ihren Privatkonsum erweitern. "Allein, wenn die Kapitalisten den gesamten aus ihren Arbeitern ausgepreßten Mehrwert selbst verjubeln würden, so würde aus der Akkumulation eben nichts werden. Wir hätten dann den vom Standpunkt des Kapitals ganz phantastischen Rückfall in eine modernisierte Art Sklavenwirtschaft oder Feudalismus." (29)

Freilich übersah Rosa Luxemburg, daß sie diese Phantasterei unterstellte, indem sie die einfache Reproduktion, theoretisch ein Moment der erweiterten Reproduktion, verabsolutierte und aus ihr Akkumulationsmöglichkeiten erklärte. Sie mußte also notgedrungen in diese Unterstellung "zurückfallen" oder ihre Annahmen aufheben. Aus dem angenommenen Modell folgt logisch: "Wer kann also Abnehmer, Konsument für die gesellschaftliche Warenproduktion sein, deren Verkauf erst die Akkumulation ermöglichen soll? So viel ist klar: es können dies weder Arbeiter noch Kapitalisten selbst sein." (30)

Da Rosa Luxemburg Marx' Ausführungen nicht als Untersuchung der Bewegung des Widerspruchs zwischen Gebrauchswert und Wert auf der Ebene des gesellschaftlichen Kapi-

27 Ebenda, S. 391 f.
28 Ebenda, S. 392.
29 Ebenda.
30 Ebenda, S. 393.

tals verstand, begriff sie nicht, daß Marx dem Geld in diesem Zusammenhang keine das Problem wesentlich berührende Rolle zuschrieb. Sie glaubte hier einen Mangel der Marxschen Untersuchung gefunden zu haben.

Rosa Luxemburgs Unverständnis der Marxschen Methode führte zur Verwechslung des Kapitals im allgemeinen, wie es in den drei Bänden des Marxschen Werks dargestellt wurde, und dem Kapital in seiner Realität. Daraus ergab sich, daß sie in ihrer Beweisführung das gesellschaftliche Gesamtkapital mit dem konkreten historischen Einzelkapital verwechselte.

Rosa Luxemburg, damals einer der besten Kenner des ökonomischen Werks von Karl Marx, mißtraute ihrer Fragestellung, die sie so weit von Marx fortführte, und gab zu überlegen: "Die Kapitalisten sind sich vielleicht gegenseitig Abnehmer auch für diesen Rest der Waren, – nicht zwar um sie zu verprassen, aber um sie gerade zur Erweiterung der Produktion, zur Akkumulation zu verwenden. Denn was ist Akkumulation anders als eben Erweiterung der kapitalistischen Produktion? Nur müssen jene Waren, um diesem Zwecke zu entsprechen, nicht in Luxusgegenständen für den Privatkonsum der Kapitalisten, sondern in allerlei Produktionsmitteln (neuem konstantem Kapital) sowie in Lebensmitteln für Arbeiter bestehen." Doch der Gedanke wurde nicht weiter verfolgt. "Schon gut. Aber eine solche Lösung verschiebt die Schwierigkeit nur von diesem Moment auf den nächsten. Denn nachdem wir so annehmen, daß die Akkumulation losgegangen ist und die erweiterte Produktion im nächsten Jahr eine noch viel größere Warenmasse als in diesem auf den Markt wirft, entsteht wieder die Frage: wo finden wir *dann* die Abnehmer für diese noch mehr gewachsene Warenmenge? " (31)

Vor diesem tatsächlichen Problem der Akkumulation unter den Bedingungen der erweiterten Reproduktion schrak Rosa Luxemburg zurück. Ständige Produktionserweiterung wäre ein Karussell, das sich in leerer Luft um sich selbst drehe. "Das ist dann nicht kapitalistische Akkumulation, d.h. Anhäufung von Geldkapital, sondern das Gegenteil: ein Produzieren von Waren um des Produzierens willen, also vom Kapitalstandpunkt eine vollendete Sinnlosigkeit. Wenn die Kapitalisten als Klasse immer nur selbst Abnehmer ihrer gesamten Warenmasse sind – abgesehen von dem Teil, den sie jeweilig der Arbeiterklasse zu deren Erhaltung zuweisen müssen – wenn sie sich selbst mit eigenem Gelde stets die Waren abkaufen und den darin enthaltenen Mehrwert 'vergolden' müssen –, dann kann Anhäufung des Profits, Akkumulation bei der Klasse der Kapitalisten im ganzen unmöglich stattfinden." (32)

Marx aber hob gerade hervor: "Akkumulation um der Akkumulation, Produktion um der Produktion willen, in dieser Formel sprach die klassische Ökonomie den historischen Beruf der Bourgeoisperiode aus." (33) Dieser tatsächliche und sowohl vom einzelkapitalistischen Standpunkt der Profitmaximierung als auch vom historischen Standpunkt der ständigen Erhöhung der Arbeitsproduktivität sinnvolle Akkumulationsprozeß läßt sich aus Rosa Luxemburgs Gesichtswinkel einer abstrakten Geldakkumulation nicht erklären.

So glitt sie in eine für einen Marxisten recht merkwürdige teleologische Fragestellung. Sie warf Marx vor, daß er in seinem Schema der erweiterten Reproduktion nicht nachweise, *für wen* diese fortschreitende Steigerung der Produktion stattfindet. Die wachsende Konsumtion der Kapitalistenklasse könne jedenfalls nicht als Zweck der Akkumulation betrachtet werden. Rosa Luxemburg vergaß, daß es für den Prozeß der kapitalistischen gesamtgesellschaftlichen Reproduktion keine zielsetzende Institution gibt und geben kann. Sie fiel wieder in ihr Modell einfacher Reproduktion zurück, wenn sie meinte, umgekehrt finde überhaupt keine Akkumulation statt, sofern diese Konsumtion wachse; denn die persönliche Konsumtion der Kapitalisten falle unter den Gesichtspunkt der einfachen Reproduktion. Noch weniger könne die Erhaltung einer immer größeren Armee von Arbeitern der Zweck der ununterbrochenen Kapitalakkumulation sein. "Die Konsumtion der Arbeiter ist kapitalistisch eine Folge der Akkumulation, niemals ihr Zweck und ihre Voraussetzung, wenn anders die Grundlagen der kapitalistischen Produktion nicht auf den Kopf gestellt werden sollen. Und jedenfalls können die Arbeiter stets nur den Teil des Produkts konsumieren, der dem variablen Kapital entspricht, kein Jota darüber hinaus. Wer realisiert also den beständig wachsenden Mehrwert? " (34)

Selbstverständlich hat die Ausbeutung einer zusätzlichen Arbeitermenge einen Nachfragezuwachs aus Arbeitereinkommen zur Folge, ohne daß angenommen werden müßte, die Arbeiter bekämen mehr Einkommen, als der von ihnen reproduzierte variable Kapitalteil betrüge. Rosa Luxemburg hatte an dieser Stelle wieder die einfache Reproduktion mit einer dem feststehenden variablen Kapital entsprechenden feststehenden Nachfrage aus Arbeitereinkommen im Auge.

Aus dieser Verwechslung von Kapital im allgemeinen und Kapital in seiner Realität, von gesellschaftlichem Gesamtkapital und konkretem historischen Einzelkapital erklärt sich auch, daß Rosa Luxemburg in ihrem Buch "Die Akkumulation des Kapitals" nach einem theoretischen und einem theoriegeschichtlichen Abschnitt in einem dritten Abschnitt "Die geschichtlichen Bedingungen der Akkumulation" ihre allgemeinen theoretischen Ausführungen unvermittelt mit einer wirtschaftsgeschichtlichen Darstellung der Kapitalexpansion glaubte belegen zu können. Sie bemerkte nicht, daß zwischen der theoretischen Untersuchung des Zirkulationsprozesses in seiner allgemeinen Form und der historischen Wirklichkeit der kapitalistischen Akkumulation unter imperialistischen Bedingungen eine theoretische Vermittlung auszuarbeiten war, deren Kern in der Erklärung der grundsätzlich neuen Züge der letzten Phase des Kapitalismus bestehen mußte.

Dieser Mangel hat seine Wurzel im ungenügenden Verständnis der Marxschen Methode, das wiederum seinen tieferen Grund im ungenügenden Eindringen in die marxistische Dialektik hat. Dabei hob sich Rosa Luxemburg im Vergleich zu den damaligen führenden sozialdemokratischen Theoretikern durch ihre großartige Anwendung dialektischer Prinzipien auf die konkrete Analyse hervor; im allgemeinen Verständnis der Dialektik gelangte jedoch auch sie nicht über deren Grenzen hinaus.

In seinen Bemerkungen "Zur Frage der Dialektik" weist Lenin darauf hin, daß Marx im "Kapital" "zunächst das einfachste, gewöhnlichste, grundlegendste, massenhafteste, alltäglichste, milliardenfach zu beobachtende *Verhältnis* der bürgerlichen (Waren-) Gesellschaft: den Warenaustausch" analysiert und in dieser einfachsten Erscheinung "*alle* Widersprüche (resp. die Keime *aller* Widersprüche) der modernen Gesellschaft" aufgedeckt habe. (35) Ähnlich hatte Lenin in seiner Imperialismustheorie das Monopol als die Ausgangskategorie gewählt, die in sich den Keim aller imperialistischen Widersprüche birgt.

Nach Rosa Luxemburg war es "Aufgabe und Gegenstand der Nationalökonomie..., die Gesetze der Entstehung, Entwicklung und Ausbreitung der kapitalistischen Produktionsweise" (36) und logischerweise den Untergang des Kapitalismus zu erklären. Ihre große wirtschaftsgeschichtliche Interessiertheit verführte Rosa Luxemburg dazu, den Schülern

31 Ebenda.
32 Ebenda, S. 394.
33 Marx/Engels, WERKE, Bd. 23, Berlin 1962, S. 621.
34 R. Luxemburg: GESAMMELTE WERKE, Bd. VI, S. 259.
35 W.I. Lenin: WERKE, Bd. 38, Berlin 1964, S. 340.
36 R. Luxemburg: AUSGEWÄHLTE REDEN UND SCHRIFTEN, Bd. I, S. 491.

der Parteischule statt einer "Einführung in die Nationalökonomie" eine auf der Marxschen politischen Ökonomie basierende glänzende Einführung in die Wirtschaftsgeschichte zu bieten. Ihr historisches Interesse lenkte vom Kern der Marxschen Methode ab. Zu derart allgemeinen theoretischen Überlegungen wie in dem Buch "Die Akkumulation des Kapitals" hatte sie sich nur gezwungen, weil ihre ökonomischen und wirtschaftsgeschichtlichen Kenntnisse zur Erklärung der Akkumulation nicht ausreichten. Ohne tiefer zu erfassen, welche grundsätzliche Bedeutung Marx' Ausgangskategorie, die Ware, und deren logische Entwicklung im "Kapital" für die marxistische politische Ökonomie hat, gelangte sie daher in ihrem Buch zu der Nebeneinanderstellung der theoretischen Untersuchung des zweiten Bandes des "Kapital" und der empirischen Erklärung der Kapitalexpansion. Sie konnte innerhalb ihrer Grenzen des methodologischen Verständnisses nicht erkennen, daß das theoretische Problem nicht in der Interpretation des zweiten Bandes lag, sondern in der Wahl einer solchen Ausgangskategorie, die alle Widersprüche der neuen Phase des Kapitalismus im Keim enthält (das Monopol), um die richtige dialektische theoretische Vermittlung zwischen den Erkenntnissen des "Kapital" und der imperialistischen Wirklichkeit zu finden.

Daher konnte Rosa Luxemburg keine theoretische Erklärung des Wesens des Imperialismus geben. Sie erklärte ihn als *politischen Ausdruck* "des Prozesses der Kapitalakkumulation in seinem Konkurrenzkampf um die Reste des noch nicht mit Beschlag belegten nichtkapitalistischen Weltmilieus" (37).

Das Fehlen der dialektischen theoretischen Vermittlung zwischen der allgemeinen theoretischen Darlegung der Reproduktionsproblematik und der konkreteren Erklärung des Imperialismus schlug sich folgerichtig auch im Fehlen einer zwingenden Vermittlung zwischen ihrer Imperialismuserklärung und dem Nachweis der Notwendigkeit der proletarischen Revolution nieder.

Rosa Luxemburg meinte, daß ihre Theorie vom Imperialismus die Notwendigkeit der proletarischen Revolution nachweise. Sie hatte mit der marxistischen These recht, daß nur durch den objektiven Prozeß der Verschärfung kapitalistischer Widersprüche die Notwendigkeit der Revolution bewiesen werden kann. Sie deutete diese These dann in ihrem Sinn aus: Es sei nur eine theoretische Fiktion, daß der Kapitalismus den Endpunkt seiner weltgeschichtlichen Entwicklung mit seiner Weltherrschaft und der Vernichtung des gesamten nichtkapitalistischen Milieus tatsächlich erreichen werde, weil die Akkumulation nicht nur ein ökonomischer, sondern auch ein politischer Prozeß sei. "Hier wie sonst in der Geschichte tut die Theorie ihren vollen Dienst, wenn sie uns die *Tendenz* der Entwicklung zeigt, den logischen Schlußpunkt, auf den sie objektiv hinsteuert. Dieser selbst kann so wenig erreicht werden, wie irgendeine frühere Periode der geschichtlichen Entwicklung bis zu ihrer letzten Konsequenz sich abwickeln konnte. Er *braucht* um so weniger erreicht zu werden, je mehr das gesellschaftliche Bewußtsein, diesmal im sozialistischen Proletariat verkörpert, als aktiver Faktor in das blinde Spiel der Kräfte eingreift. Und für dieses Bewußtsein bietet die richtige Auffassung der Marxschen Theorie auch in diesem Falle die befruchtendsten Anregungen und den kräftigsten Ansporn." (38)

Rosa Luxemburgs ökonomische Erklärung des Imperialismus scheiterte letztlich an dem ungenügenden Verständnis der Marxschen dialektischen Methode. Sie vermochte daher die große Aufgabe nicht zu lösen, Marx' ökonomische Lehre für die neue, monopolistische Phase des Kapitalismus schöpferisch weiterzuentwickeln. Diese Leistung vollbrachte Lenin, dessen Imperialismustheorie heute der einzige marxistische Ausgangspunkt für jede weitere Forschung auf diesem Gebiet ist.

37 R. Luxemburg: GESAMMELTE WERKE, Bd. VI, S. 361.
38 Ebenda, S. 479.

Paul Boccara

Übersicht über die Theorie der Überakkumulation – Entwertung des Kapitals und die Perspektiven der fortschrittlichen Demokratie (II) *

Einige Perspektiven der Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus und der Errichtung der fortschrittlichen Demokratie

1. Allgemeine Perspektiven des staatsmonopolistischen Kapitalismus – die Notwendigkeit der fortschrittlichen Demokratie im ökonomischen und politischen Bereich

a) Die momentane Strukturkrise und die neue Richtung der Klassenkämpfe gegen den staatsmonopolistischen Kapitalismus

Ab 1967-69, mit dem Beginn der internationalen Krise des kapitalistischen Währungssystems, mit den neuauftauchenden Problemen der Inflation und der Arbeitslosigkeit, den großen Massenkämpfen und deren neuen Formen in verschiedenen Ländern, mit der in internationalem und nationalem Maßstab beschleunigten monopolistischen Konzentration und einer relativen Modifizierung der Politik der Monopole und der monopolistischen Staaten, werden die Merkmale einer tiefgreifenden Veränderung in der Entwicklung des Kapitalismus allmählich offensichtlich.

Diese Anzeichen werden inzwischen immer deutlicher. Sogar von staatlicher Seite wird von Krise gesprochen, die aber als "Ergebnis" der staatlichen Subventionierungs-Politik in den vom Kapitalismus beherrschten Ländern dargestellt wird. (1) Die in diesen Ländern wachsende Arbeitslosigkeit, der Kampf um die Kontrolle und Nationalisierung der

* Der erste Teil dieser Studie mit dem Titel: "Einige Ausführungen über den aktuellen Stand der Theorie der Überakkumulation – Entwertung des Kapitals als Entfaltung (Weiterentwicklung) der marxistischen Theorie und über ihre Anwendung auf den staatsmonopolistischen Kapitalismus", ist in SOPO 16, Februar 1972 erschienen. Vgl. auch die Veröffentlichung des Aufsatzes von P. Boccara: "Einführung in die Frage des staatsmonopolistischen Kapitalismus", in: SOPO 11, Juni 1971.

1 "Wir erreichen eine entscheidende Phase, selbst eine Krisenphase in der Geschichte dieser neuen und eindrucksvollen Unternehmen internationaler Kooperation" (L.B. Pearson: "Rede vor der Weltbank zur Einführung seines Berichts von 1969 über die 'Dritte Welt' ").

nationalen Bodenschätze, vom Kupfer Lateinamerikas bis zum Öl Nordafrikas und des nahen Ostens, ist eng verbunden mit dem Problem der Ergiebigkeit der Rohstoffquellen und dem Substanzverlust des Dollars. Hier liegen die unüberwindbaren und wachsenden Schwierigkeiten des Währungssystems, das als "Gold-Devisen-Währung" auf dem Dollar beruht, und der in allen kapitalistischen Ländern sich verschärfenden Inflation. Die Koexistenz von ausgedehnter Arbeitslosigkeit und wachsende Inflation nimmt vor allem in Großbritannien, aber auch in Frankreich und in den Vereinigten Staaten auch über die Dauer der Rezession von 1969-71 hinaus zu. Diese Krise wird "Zivilisations"-Krise, genannt. Mit ihr kam das "Unbehagen", das mit der Unangemessenheit der Infrastruktur, der staatlichen Einrichtungen und der Bildung, besonders in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern, verbunden ist. Ende 1967 war es schwierig, die Wende der langen Konjunkturperiode angesichts der neuen Phänomene der Arbeitslosigkeit in Westeuropa und der Abwertung des Pf. Sterlings zu erkennen. 1969 war es dann allerdings nicht mehr kompliziert, außer dem stabilen Charakter der Krise des Währungssystems und des Dollars auch den Trend zur ständigen Ausdehnung der Inflation und der Arbeitslosigkeit aufzuzeigen, die weit über die amerikanische Rezession, die Ende 1969 begann, hinausgeht. (2)

Die wissenschaftliche Theorie kann, als Ergebnis einer langen Praxis, dazu beitragen, die Bedeutung der Ereignisse sowie die Richtung ihrer Bewegung zu klären, indem sie die wichtigsten Tatsachen der notwendigen ökonomischen Prozesse und ihre Entwicklungstendenzen aufzeigt. Unsere dialektische Theorie ist immer materialistische Theorie. Dagegen sieht die empiristische Haltung als notwendige Ergänzung dogmatischer oder ekklezistischer Konzeptionen, die Zukunft als "Verlängerung der Vergangenheit". So behauptet sie zum Beispiel, von der 1970er Rezession in den USA, die für die Nachkriegszeit ungewöhnlich lange dauerte, daß hier etwas Neues geschehe. Sie beschränkt und deformiert und mißt der Überproduktionskrise eine übermäßige Bedeutung zu. Unter dem Vorwand der Sachzwänge wagt sie es wieder auf jene Wissenschaftler zurückzugreifen, über die Marx ironisch bemerkte, daß die Geschichte ihnen nur ihr "a posteriori" zeige. Wahre Klugheit jedoch heißt nicht, auf eine begrenzte Vergangenheit ausgerichtet bestimmte Dinge zu behaupten, sondern sich auf die vergangene Wirklichkeit im weitesten Sinne und auf die gegenwärtig sich entwickelnde Wirklichkeit zu stützen, um sich somit zu befähigen, nach vorn zu blicken. Vor allen Dingen wäre es ein schwerer Fehler, die Krise des Kapitalismus (sei es um seine Konzeption zu billigen oder zu kritisieren) mit der Überproduktionskrise vom Typ der zehnjährigen Phase verwechseln – obwohl beide auf unterschiedliche Art und Weise durch Überakkumulation von Kapital entstehen können, d.h. aus den kapitalistischen Produktionsverhältnissen und nicht aus Entwicklungsfehlern unabhängig von ökonomischen Gegebenheiten.

Und es wäre auch falsch, die Strukturkrise des Kapitalismus auf die Ausdehnung und momentane Dauer von Depressionen zu reduzieren. Die Phasen zwischen den Depressionen werden zwar nicht aufgehoben, aber doch weitgehend modifiziert zu langen, tendenziell depressiven Phasen. Diese Modifizierungen bringen sicherlich dauerhaftere Schwierigkeiten depressiver Art, aber sie sind in Wirklichkeit in ihren verschiedenen Erscheinungsformen Funktion der historischen strukturellen Bedingungen der langen Phase, von der hier die Rede ist.

Lenin sprach schon 1915 von der Krise des Kapitalismus (3), indem er die allgemeine Kri-

2 Über die neuen Bedingungen der wirtschaftlichen Belebung und darüber hinaus über die Rezession und über die Überproduktionskrise 1970 in den USA wurde berichtet in: "Die Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus und die Arbeiterkämpfe", in: ECONOMIE ET POLITIQUE, Jan.-Febr. 1970.

3 In seinen Notizen über den 1. Mai 1915.

se erwähnte, die vom imperialistischen Krieg enthüllt, aber gleichzeitig auch, trotz des erhöhten Wachstums der Kriegsproduktion, mit hervorgerufen wurde (bezogen auf die Absatzmärkte und die Interessensphären des überschüssigen Monopolkapitals). Die Krise bezeichnet also (in Verbindung mit dem Anfang der langen tendenziell depressiven Phase) die Verschärfung der kapitalistischen Widersprüche bis zu einem Punkt, an dem die Veränderung des bestehenden Systems notwendig wird. Somit konnte die Entwicklung des Monopolkapitalismus zum staatsmonopolistischen Kapitalismus mit der Kriegswirtschaft schon 1917 von Lenin genauestens analysiert werden. Auch konnte auf dieser Basis nach der sozialistischen Revolution der historische Prozeß des Übergangs zum Sozialismus in der Sowjetunion beginnen.

Aber im Gegensatz zu sektiererischen und mechanischen Voraussagen zur allgemeinen Krise des Kapitalismus, z.B. der Thesen von der kontinuierlichen oder permanenten Verschärfung der Schwierigkeiten, (wenn nicht sogar einem Zurückgehen der Produktion) oder von der der sozialistischen Welt-Revolution, zeigt sich die dialektische Wirklichkeit in mehreren Zyklen sowie in der Beständigkeit der zwischengeschalteten Phase (mit den Krisen von 1921, 1929, 1937) und darüber hinaus in einer langen Periode zeitweiliger Stabilisierung, die trotz der "schwachen" Krisen oder "Rezessionen" mit dem Aufschwung des staatsmonopolistischen Kapitalismus nach dem zweiten Weltkrieg zusammenhing.

Diese letzte lange Periode ist vorbei. Das heißt aber keinesfalls, daß man zu mechanistischen oder defaitistischen Vorstellungen über die weitere Entwicklung kommen müßte. Diese Entwicklung wird gekennzeichnet sein durch einen relativ dauerhaften und immer unerträglicher werdenden Charakter der ökonomischen und sozialen Schwierigkeiten, trotz aller Anpassungsversuche der monopolistischen Oligarchie. Die Veränderungen in der Politik der Monopole und der monopolistischen Staaten werden die neuen schweren Probleme nicht lösen können. Waren die Schwierigkeiten besonders im Währungs- und Beschäftigungssektor schon im Laufe der "Prosperität" der 20-er Jahre offenkundig geworden, so hatte ihre Verschärfung in den 30-er Jahren tiefgreifende Strukturveränderungen unumgänglich gemacht. Diese sind jedoch auf Kosten bestimmter monopolistischer Sektoren gegangen (besonders im Bereich des Kreditwesens und der Grundstoffindustrie). Diese Änderungen fanden unter dem Druck verschärfter Klassenkämpfe statt. Besonders in Frankreich haben die Kämpfe der Volksfront und der Befreiungsfront die reaktionärsten (faschistischen) Formen des staatsmonopolistischen Kapitalismus zurückdrängen und wichtige demokratische und gesellschaftliche Errungenschaften erzwingen können.

Heute bietet sich mit dem Aufschwung der neuen Massenkämpfe seit 1968-69 der friedliche Weg tiefgreifender Strukturveränderungen sowie die Aufsicht auf gesellschaftliche Errungenschaften an, die die früheren weit übertreffen. Mit dem Übergang zu einer ökonomischen und politischen Demokratie wird die Herrschaft der Monopole gebrochen und der Weg zu einem entwickelten Sozialismus geöffnet.

Man muß sich davor hüten, die aktuelle Strukturkrise einfach nach den "Erscheinungen" der Vergangenheit zu beurteilen, statt sich zu bemühen, das "Wesen" der tatsächlichen Bewegung nachzuweisen, um ihre zukünftige Entwicklung einbeziehen zu können. Z.B. könnte eine weniger schwerwiegende Arbeitslosigkeit als in den 30-er Jahren morgen mit vollem Recht als wesentlich unerträglicher angesehen werden, auf Grund der heutigen Möglichkeiten der Produktivkräfte und der staatlichen ökonomischen Eingriffe sowie der wachsenden Bewußtwerdung über die Vermeidbarkeit von Arbeitslosigkeit (4). Zusammenfassend kann gesagt werden: Wird die Besonderheit der momentanen Krise nicht

als eine neue Phase der allgemeinen Krise des Kapitalismus (staatsmonopolistischer Kapitalismus) verstanden, so besteht die Gefahr, daß einfach die herkömmlichen Formeln über die allgemeine Krise wiederholt werden, ohne daß versucht wird, auf ökonomischer Ebene alle Möglichkeiten der sozialen Kämpfe zu durchschauen.

b) Der relativ stabile Charakter ökonomischer Schwierigkeiten

Der relativ stabile Charakter der Schwierigkeiten der Überakkumulation einer langen Periode und ihre Verallgemeinerung resultieren, wie in der Vergangenheit, aus der strukturellen Blockierung der massiven Kapitalentwertung und aus der Notwendigkeit struktureller Entwertungen neuerer Art. Auf der einen Seite begünstigt die der heutigen Etappe entsprechende ökonomische Struktur die Kapitalakkumulation und alle Veränderungen im Rahmen dieser Struktur haben bisher und werden auch in Zukunft zur ständigen Überakkumulation führen. Auf der anderen Seite setzt sich unter dem Druck der kapitalistischen Konkurrenz die um jeden Preis die Profitrate erhalten will, eine massive Entwertung des konstanten Kapitals durch. Die Entwertung des konstanten Kapitals aber zieht grundsätzlich die Verschärfung der Absatzprobleme sowie die Verschärfung der Tendenz der chronischen Arbeitslosigkeit nach sich. Beides wiederum verstärkt die Schwierigkeiten der gesamten Akkumulation, solange die Struktur nicht tiefgreifend verändert wird und neue Bedingungen der Produktion und Konsumtion eingeführt werden. Heute können wir den Sinn und die Tragweite der strukturellen Blockierung und der Strukturveränderungen viel besser durchschauen als in den 30-er Jahren. (5)

Unter den Bedingungen der Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus haben alle staatlichen Interventionen sowie die Anpassung der Politik der Mächtigen nur ein bestimmendes Ziel: die Profite und die Akkumulation des Monopolkapitals, das die Nation beherrscht, zu schützen und zu begünstigen. Dieses zeigt in Frankreich besonders der VI. Plan, der die Unterordnung des gesamten gesellschaftlichen Lebens unter diese Akkumulation verschärft betreibt, und dieses als "Industrialisierung" bezeichnet.

Deshalb können staatliche Eingriffe die Überakkumulation nur verschärfen, selbst wenn sie beabsichtigen, gewisse unmittelbare Folgen zu bekämpfen und manche Liquiditätsschwierigkeiten der Überakkumulation zeitweilig auszugleichen. Die Bemühungen des Staates die ökonomischen und gesellschaftlichen Schwierigkeiten im Rahmen des staatsmonopolistischen Kapitalismus durch die Stimulierung der "Investitionsneigung" der Monopole und durch verstärkte direkte Subventionierung des Monopolkapitals zu überwinden, erhöhen nur den Überschuß an privatem Kapital und die Maßlosigkeit seiner Profitansprüche (6). Diese Maßnahmen zielen also auf eine Erhöhung des inflationistischen Druckes der Vorschüsse auf den Profit und der Akkumulation (wegen ihrer nominellen Aufblähung in Bezug auf die Grenzen der wertmäßigen Möglichkeit, indem sie mit dem beschleunigten Ansteigen der Preise der Produktion auf erweiterter Stufenleiter die ökonomische Anarchie und die Tendenz zur Überproduktion in dieser oder jener Branche, für diesen oder jenen monopolistischen Sektor, die Schwierigkeiten der kleinen und mittleren Unternehmen, die Spekulation, die Tendenz zur Arbeitslosigkeit in einer neuen und anwachsenden Ausdehnung provozieren.

Tendenzen, die eine Beschränkung der staatlichen Finanzierung der verstaatlichten Industrie und die Reprivatisierung einiger Sektoren anstreben, bieten ebenfalls keine Möglichkeit, kapitalistische Verhältnisse zu erhalten. Sie setzen für gewisse Zeiträume Gelder frei, um die monopolistische Akkumulation zu unterstützen und die Monopolprofite zu erhöhen, indem das verstaatlichte Kapital nur sehr geringe Profitansprüche geltend macht (7) und so dem überschüssigen Kapital neue Anlagemöglichkeiten geboten werden. So aber steigt dann auch die private Akkumulation sowie die monopolistischen Profitansprüche und führen zu einer Verschärfung der Überakkumulation. Die monopolistische Akkumulation wird als "Investition" bezeichnet, selbst wenn sie zur Kapitalflucht, zur Spekulation und zur Thesaurierung (= Schatzbildung, Hortung) führt.

Um möglichst viele Gelder für die monopolistische Akkumulation freizusetzen, sind halbstaatliche Banken gegründet worden, wie z.B. die Depositenkasse (Caisse de Dépôts), die auf Kosten der Gemeinschaftsaufgaben (Sozialleistungen etc.) mit Steuergeldern finanzschwache Industrien unterstützt. Es werden systematische Anstrengungen unternommen, um die Kosten der Gemeinschaftsaufgaben und der Bildung so weit wie möglich zu verringern und sie mit den antagonistischen und kurzsichtigen Partialinteressen der Industriemonopole in "Einklang" zu bringen. (8) Es geht bei all diesen Maßnahmen darum, die staatlichen Abzüge von der Profitmasse (Kapitalsteuern) so klein wie möglich zu halten und so die Profit*rate* unmittelbar zu erhöhen.

Unter dem Vorwand der Notwendigkeit der ökonomischen Öffnung zum Weltmarkt verschärft der VI. Plan den schon zuvor schädlichen ökonomischen Kurs (in Frankreich) und begünstigt vor allem die Exportindustrie (9) – durch eine sogenannte "Reform" des Kre-

4 Außerdem befinden wir uns erst am Anfang einer langen depressiven Phase. Gegen Ende der 70-er und in den 80-er Jahren könnte sich im internationalen Maßstab in vollem Umfang die Notwendigkeit durchsetzen, die in den Produktionsmitteln vergegenständlichte Arbeit zu reduzieren und somit die Gefahren ständiger Arbeitslosigkeit verstärken, wenn nicht sehr tiefgreifende antimonopolistische Strukturänderungen eintreten.

5 Dies ist übrigens zu sehen in Verbindung mit der großen gesellschaftlichen Bedeutung der Anfänge der technischen Revolution und Automatisierung und der wissenschaftlichen Revolution, die im vorigen Artikel beschrieben wurde.

6 Vor allem sind die Bemühungen der Regierung der USA von 1970 bekannt, die monopolistischen Unternehmen und Finanzgruppen vor der Kettenreaktion zu schützen, die von dem Konkurs der Eisenbahngesellschaft "Pen Central" und den allgemeinen Liquiditätsschwierigkeiten hätte ausgehen können. Der Staat ist zum einen mit direkter und spezieller Hilfe, wie im Falle der Firma Lockheed, die gegen den Konkurs von RollsRoyce geschützt werden sollte, eingeschritten, zum anderen mit Hilfe der Kreditpolitik. So hat noch keines der Finanzkonglomerate, selbst nicht die durch den Spekulationsdrang Ende der 60-er Jahre aufgeblähten Unternehmen, Konkurs angemeldet. Der Einfluß der großen Unternehmen, deren Überakkumulation staatlich abgesichert wird, trägt dazu bei, einen wirklichen Aufschwung der amerikanischen Wirtschaft zu verhindern.

7 In Frankreich stand 1970 die sehr geringe Vergrößerung des Kapitals der staatlichen Unternehmen in starkem Kontrast zu den Vergrößerungen des Kapitals der privaten Unternehmen.

8 Man muß auch den neuen Anteil des staatlichen Industriesektors an der Inflation mit in Betracht ziehen.

9 Der VI. Plan sieht übrigens ausdrücklich vor, die sogen. "Gemeinschaftsaufgaben" stärker als vorgesehen unter Berücksichtigung der bestehenden Bedürfnisse zu kürzen, wenn die wirtschaftliche Entwicklung, besonders im internationalen Maßstab, eine Einschränkung der Ausgaben "erfordern" sollte.

ditwesens. So werden die Einschränkungen des Massenkonsums gerechtfertigt, die notwendig sind, um einen Warenüberschuß zu exportieren und die Gewinne aus diesem Handel für Investitionen zu benutzen, die dazu dienen, die Profite weiter zu erhöhen. (10) In Wirklichkeit handelt es sich darum, die Realisierung der Profite sowie die Kapitalakkumulation und den Kapitalexport zu begünstigen. Damit einher geht eine stärkere Ausbeutung der Arbeiter, die Reduzierung der notwendigen Sozialleistungen.

Schon 1967 hatte die Verschärfung der Arbeitslosigkeit die Schädlichkeit des eingeschlagenen Kurses gezeigt. Inlands- und Auslandsnachfrage ließen nach. Die Exportkredite wurden schon Ende 1968 und im Jahre 1969 für Spekulationen mißbraucht. Durch die Bereitstellung staatlicher Hilfe für den Waren- und Kapitalexport wird diese Entwicklung noch verschärft. (11)

Die Anstrengungen um den Kampf gegen die Lohnforderungen und die Ausgleichung der Bedingungen der Massenkaufkraft stützen sich auf die angebliche Maßlosigkeit der Forderungen der Arbeiter und Gewerkschaften. Mit der erlogenen Behauptung, daß die Inflation durch Lohnerhöhungen gefördert wird, wird einfach vergessen, daß es die Profitinhaber sind – vor allem die Monopolisten – die den Preis festsetzen und daß die Profitrate, die sie zu diesem Zweck in Rechnung stellen, sich auf viele andere Faktoren bezieht, die wesentlich bedeutender sind als die Löhne. Diese Behauptungen zeigen aber nur die eigene hoffnungslose Verstrickung und Verhaftung an die systembedingte Unausweichlichkeit von Inflationen. Die Notwendigkeit der Befriedigung wesentlich höherer Lohnforderungen kann angesichts des Drucks auf die Kaufkraft, der Inflation der Profite und der monopolistischen Akkumulation, des Anwachsens des Steuerwesens, der Verringerung der Sozialleistungen auf allen Ebenen sowie angesichts der durch die neuen technischen Bedingungen erhöhten Bedürfnisse und durch den erreichten Grad der Intensivierung der Arbeit aufgezeigt werden. (12) Um den großen Bedarf an sozialen Ausgaben zu erklären, muß in Betracht gezogen werden, daß zu der relativen Veralterung der Ausstattung der öffentlichen Einrichtung diese Bedingungen und diese Intensivierung der Arbeit hinzukommen. (13) Die Unzulänglichkeit der öffentlichen Ausgaben verstärkt den Bedarf an direkter Sicherstellung und Befriedigung dieser Bedürfnisse durch Lohnerhöhungen, wie auch unzureichende Bildungseinrichtungen zu der Tendenz führen, Qualifikation auf privater Basis (Privatschulen) zu erwerben. Im Augenblick handelt es sich hauptsächlich um die Verteidigung der Bedürfnisse gegen die beschleunigte Inflation, die durch die Profite und die Akkumulation hervorgerufen wird. Angesichts dieser Verteidigungskämpfe ist der einzelne Kapitalist gezwungen nachzugeben, und er kann es aufgrund der Extraprofite und der allgemeinen Aufgeblähtheit der Profite auch, während die Vertreter der allgemeinen Kapitalinteressen sich bemühen, diese Verteidigung in schärfster Weise zu verhindern.

Der Kampf der Arbeiter ist, obwohl er der Erhöhung der Mehrwertrate Grenzen setzt, weit davon entfernt, der wesentliche Grund der Schwierigkeiten zu sein. Im Gegenteil, es ist hauptsächlich die unerhörte Bedeutung der Kapitalakkumulation, insbesondere in der Form des konstanten Kapitals (auch als fiktives, mehr oder weniger spekulatives Kapital), die den maßlosen Anspruch der Profite erklärt. Daher das Bemühen die Profite durch die Inflation, durch die Verringerung der realen Kaufkraft der Löhne aller Werktätigen und durch die Entwertung der Ersparnisse der arbeitenden Menschen noch zu erhöhen. (14)

Man beginnt, den relativ stabilen Charakter der ökonomischen Schwierigkeiten trotz des Auf und Ab der Zwischenphasen der konjunkturellen Entwicklung zu verstehen. Dieser relativ stabile Charakter, der seit Ende 1967 für die kapitalistische Welt und seit Ende 1969 (speziell) für die USA vorausberechnet wurde, bestätigt sich heute. Seit Beginn des 2. Trimesters 1971 werden in den USA gewisse Zeichen einer langsamen Wirtschaftsbelebung von der Aufrechterhaltung des hohen Standes der Arbeitslosigkeit (und selbst der Beginn eines erneuten Steigens), von einer Inflation, die durch staatlichen Antrieb wiederbelebt wird, von einem wachsenden Druck auf die Zahlungsbilanz und den Dollar, von zögernder Investitionsbereitschaft in der Produktion begleitet. Dieses läßt einen Rückfall befürchten. Italien erfährt den Beginn eines Rückgangs der Industrieproduktion, England seinen höchsten Stand der Arbeitslosigkeit nach dem Krieg, die BRD die größte Inflation seit ihrer Gründung, daher auch ihre Politik der "Stabilisierung". Trotz der Steigerung und des allgemeinen Fortschritts der Produktion in Westeuropa in den Jahren 1969/70 (trotz gewisser Stagnationen, die auf den Einfluß des amerikanischen Rückgangs von 1970 zurückzuführen sind) werden die Belastungen deutlicher, denen die französische Konjunktur ausgesetzt ist. Verständlich werden vor allem die durchaus gerechtfertigten Befürchtungen einer weiteren Erhöhung des Inflationslevels und der Arbeitslosigkeit, wie es im Rahmen des VI. Plans "vorgesehen" ist. In Frankreich treffen kurz nach der Abwertung des Franc und der Aufwertung der DM aufs Neue eine Tendenz des Nachlassens der Inlandnachfrage mit düsteren Aussichten auf den Auslandmärkten zusammen (15), während das Bemühen um eine "Ankurbelung der Wirtschaft" die Inflation der Profite und die Akkumulation wiederbelebt hat. In Verbindung mit dem Steigen der Prei-

10 Einschließlich der beträchtlichen Rüstungsexporte, deren "Konkurrenz"-charakter durch Vergeudung parasitärer staatlicher Konsumtion und durch spezielle Begünstigung der Exportkredite aufrecht erhalten wird. Beides trägt zur besonders kräftigen Inflation in Frankreich bei.

11 Vergl. die Studie des VI. Plans über die Absicht, wieder hauptsächlich Kapitalexporteur zu werden.

12 Es ist notwendig, daran zu erinnern, daß die niedrigen Löhne im Gegenteil den erwünschten technischen Fortschritt durch die Erhöhung der technischen Zusammensetzung des Kapitals im Gegensatz zu den Steigerungen bremsen. Diese Erhöhungen entsprechen nur den neuen Bedürfnissen, die mit dem Druck der neuen technischen Bedingungen verbunden sind. Sie begünstigen neue aber teure Materialinvestitionen und wenden sich gegen die Vergeudung menschlicher Arbeitskraft für Aufgaben, die durch Maschinen erledigt werden könnten.

13 Die neuen technologischen Bedingungen (wachsende Anforderungen, aber auch Fortschrittsmöglichkeiten) und die Grenzen des Verschleißes, die durch die Intensivierung der Arbeit bewirkt werden, finden sich übrigens in den neuen Bedürfnissen wieder, die die Dauer der täglichen, wöchentlichen und jährlichen Arbeitszeit, die Freizeit und die Ferien, die Zeit für Bildung und Umschulung, das Rentenalter etc. betreffen.

14 Der Trend zur Erhöhung der nominellen und der ausgezahlten Löhne in allen fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern zeigt die Notwendigkeit dieser Erhöhungen aufgrund der Preissteigerungen, die durch die beschleunigte Inflation und die Schwierigkeiten hervorgerufen wird, die wiederum durch die beständige Überakkumulation provoziert werden. Diese Erhöhungen sind in Deutschland z.B. größer als in Frankreich, aber auch in England sind sie, trotz der beständigen Arbeitslosigkeit größer als in Frankreich. Der Druck der wachsenden Arbeitslosigkeit auf die Löhne verhindert nicht die Beschleunigung der Inflation, übrigens auch nicht den Erfolg der Lohnkämpfe unter den jetzigen Bedingungen der kapitalistischen Konkurrenz zwischen den Monopolen.

15 Es handelt sich nicht mehr um die Außenhandelsbilanz, sondern auch um ihr Volumen: so fällt das unsichere Gleichgewicht vom Frühjahr 1971 in die rückläufige Entwicklung des Handels.

se, die sich ständig weiter erhöhen, wird die Verschärfung der gesellschaftlichen Widersprüche von Gesamtimperialistischen Spannungen begleitet, die sich vor allem im Währungsbereich abzeichnen und so die Verschärfung der Demagogie der Herrschenden erklärt (16). Ende 1971 wird sich in der kapitalistischen Welt vermutlich der Trend zur Produktionseinschränkung bemerkbar machen. Aber selbst ein eventuell später stattfindender Wirtschaftsaufschwung wird durch die neuen Probleme der Inflation und der Arbeitslosigkeit gekennzeichnet sein. Die kapitalistischen Zwänge, die zu einer Verringerung des konstanten Kapitals pro Produktionseinheit führen (= Ökonomie des konstanten Kapitals), vergrößern sich unter dem Druck der internationalen kapitalistischen Konkurrenz und unter dem Trend einer weltweiten Überproduktion. Auf dem Hintergrund neuer Bedingungen des technischen Fortschritts handelt es sich im Rahmen des Systems um eine Ausdehnung der wirtschaftlichen Dimensionen, verbunden mit dem Bemühen um vertikale und horizontale Konzentration, um Konzentrationen zwischen den großen mehr oder weniger monopolistischen Kapitalisten und auf der Stufe supra-nationaler Gesellschaften.

Diese Zwänge führen zu einer Auflösung kleiner und mittlerer Industrieunternehmen, die nicht direkt von den Monopolen abhängig sind (17), sowie der Auflösung der kleineren und mittleren Betriebe in Landwirtschaft und Handel. Man spricht dabei von Einsparungen und "Rationalisierung" zur Entlastung des staatlichen Industriesektors, und der Möglichkeit seiner Reprivatisierung. (18)

Aber diese Bemühungen und Anstrengungen sind antagonistischer Natur. Während sie die Erhöhung der monopolistischen Akkumulation fördern, die ihrerseits für die Überakkumulation verantwortlich ist, versucht sie gesamtgesellschaftlich die Investitionstätigkeit zu bremsen und versteht dabei die staatlichen Interventionen als Regulator, nicht als Mittel für eine gesellschaftliche Umgestaltung. Deshalb wird auf eine begrenzte Entspannung eine Verschärfung der *Faktoren* der Überproduktion und der Arbeitslosigkeit folgen.

c) Die Verstärkung der monopolistischen Bemühungen um Anpassung und Reform. Enthüllung der Grenzen: Die staatsmonopolistischen Strukturen

Es reicht nicht, über den relativ stabilen Charakter der ökonomischen Schwierigkeiten Betrachtungen anzustellen und es ist falsch, nur eine einfache mechanische Tendenz der Verschärfung dieser Schwierigkeiten zu erwägen. Ohne die Hochs und Tiefs der Konjunk-

16 Die offiziellen Kreise (so z.B. der Direktor der Bank Credit Lyonnais) bestätigen intern den inflationistischen Charakter der übertriebenen "Verwendung" von Ersparnissen zu Investitionszwecken und die inflationistischen Gefahren der Akkumulationsrate, die im VI. Plan vorgesehen ist. Sie geben auch zu, daß es ungewöhnlich einfach ist, die Gewinnspannen durch Preiserhöhungen zu erweitern. Im Rahmen der zugespitzten Währungskrise in Europa nehmen die äußeren Zwänge zugunsten von Stabilisierungsmaßnahmen zu, die die Währungsspekulation und die Preiserhöhungen auf den Rücken der Arbeiter abwälzen. Aber die Herrschenden gefährden die Stabilisierungsmaßnahmen, indem sie mehr als zuvor die Löhne für die Preissteigerungen verantwortlich machen. (So wie der Dieb selbst schreit: Haltet den Dieb!)

17 Man weiß, daß für den VI. Plan die beschleunigte Verstaatlichung nicht mehr rentabler oder schlecht geführter Unternehmen (die von den "kleinen und mittleren gesunden und gut geführten Unternehmen" zu unterscheiden sind) ein bevorzugtes Mittel ist, um die Produktivität der Industrie zu steigern. (Vergl. "Allgemeiner Bericht über den VI. Plan".)

18 Ohne von der Verringerung der staatlichen Ausgaben zu reden, die im Interesse der Bevölkerung liegen.

tur und der Kämpfe genauer zu analysieren, sollen im folgenden die Perspektiven qualitativer Veränderung aufgezeigt werden:

Die sich verstärkenden Klassenkämpfe zwischen Monopolisten und Arbeitern werden – im Rahmen des Systems und auf der Basis des Fortschritts der Produktivkräfte – Veränderungen nach sich ziehen, deren grobe Umrisse sich schon abzeichnen. Gleichzeitig werden die Notwendigkeit und die Dringlichkeit erweiterter *antimonopolistischer* Strukturformen wachsen, die allein in der Lage sind, wirklich demokratische Erneuerung zu bewirken.

Betrachten wir zunächst diese Veränderungen unter dem Gesichtspunkt der allgemeinen Perspektiven bzw. von der Gesamtheit der Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus her. Die Möglichkeiten des Instrumentariums staatlicher Interventionen (sie betreffen vor allen Dingen die staatliche Finanzierung der kapitalistischen Produktion und der gesellschaftlichen Konsumtion) und die Ansprüche der gesamten imperialistischen Konkurrenz können, unter dem Druck der Kämpfe der Arbeiter, zur politischen Gefahr für die Staatsmacht werden. Das könnte soweit gehen, daß die Existenz des ökonomischen Systems selbst betroffen wird und so der Staat zu noch stärkeren Eingriffen gezwungen wird. Der Druck der verschiedenen Gruppen der Arbeiter kann Maßnahmen erzwingen; die eine Begrenzung der schädlichen Auswirkungen der ökonomischen – und der Währungsanarchie zum Inhalt haben. Unter Schäden sind besonders die beständige Arbeitslosigkeit, gewisse Auswüchse der Spekulationsgeschäfte und die schlimmsten Mißstände in der sozialen Versorgung der Bevölkerung zu verstehen. Trotzdem werden alle mehr oder weniger staatlichen Interventionen im Rahmen des Systems der Monopolprofite weiterhin dazu beitragen, Überakkumulation und inflationistischen Druck durch Profite und steigende Akkumulationstätigkeit weiter verstärkt zu begünstigen. Staatliche Interventionen stellen in immer größerem Maße Hilfen für die monopolistische Akkumulation und in verhältnismäßig geringem Maße Ausgaben für die Infrastruktur und die Verbesserung der gesellschaftlichen Konsumtion, wie z.B. für die Verbesserung der Lebensbedingungen in den Städten oder den Ausbau des Bildungssystems (dort wo sie für die wirtschaftliche Entwicklung lebensnotwendig werden) dar.

Die Inflation ruft aufs Neue den circulus virtuosus des Trends zur Überproduktion, der Rationalisierungsbemühungen, die die Kosten des konstanten Kapitals betreffen und die die Arbeitslosigkeit weiter verstärken, hervor. Da die Stärke der Inflation immer weiter zunimmt, können die Eingriffe, die zu einer Unterbrechung dieses circulus notwendig wären, nicht mehr aufgebracht werden. Das Problem der Arbeitslosigkeit, der Unsicherheit der Arbeitsplätze und die Gefahr wachsender Arbeitslosigkeit (insbesondere für Jugendliche und Alte) wird nicht im Rahmen des staatsmonopolistischen Kapitalismus gelöst werden können. Gleichzeitig wird die Gefahr der Zerrüttung der Währungen größer werden einschließlich des für die Kapitalisten unausweichlichen Hangs zur Kapitalflucht, zur Spekulation und zur Thesaurierung. Die Stillegung der in riesigen Mengen Goldes und in flüssigem Kapital vergegenständlichten Arbeit, trägt zur Arbeitslosigkeit bei und vergrößert durch stetigen Formwechsel die Unsicherheit der konjunkturellen Entwicklung und die Wirksamkeit der Wirtschaftspolitik. Die Versuche staatlicher Kontrolle der Beschäftigungsstruktur und Währung berühren tatsächlich nicht die Wurzeln des Systems, d.h. die Herrschaft der Monopole, obwohl sie tendenziell neue Qualität entwickeln. Im Gegenteil, die allgemeinen staatlichen Eingriffe machen die Monopolherrschaft eher noch erdrückender. Es zeigt sich somit, daß eine effektive staatliche Kontrolle ohne tatsächlichen demokratischen Gehalt, ohne die Verstaatlichung des gesamten Finanzsektors und der Schlüsselindustrien unmöglich ist.

Im Laufe der Entwicklung werden die Gründe des relativ stabilen Charakters der Schwierigkeiten offensichtlich werden. Die Veränderungen betreffen insbesondere *die systematischen Bemühungen der "Reform von oben"*, die mit wachsender Willkür, sowie den Versuch auf die vermeintlichen Ursachen der ökonomischen Schwierigkeiten einzuwirken, durchgesetzt werden. Trotz gewisser Zeiten der Beruhigung und vieler Versuche immanenter Lösungen, werden unter diesen Bedingungen die wahren Gründe für die Konstanz der Schwierigkeiten offensichtlich: die Herrschaft der privaten Monopole und die staatlichen Eingriffe zugunsten der Monopolprofite. Die monopolistische Struktur strebt nicht nur danach, die Kapitalentwertung zu verhindern. Die tatsächlich unumgängliche Entwertung des Gesamtkapitals und alle kapitalistischen Ökonomisierungsversuche (19) untergraben die Möglichkeit eines Aufschwungs der Gesamtnachfrage unter den neuen Produktionsbedingungen. Ein ähnlicher Druck auf die Gesamtnachfrage hatte schon während der Krise des einfachen Monopolkapitalismus in den 30-er Jahren stattgefunden. Heute wie damals wird es in dieser Situation notwendig, unter dem Druck der Klassenkämpfe und der riesigen strukturellen Entwertungen, bestimmte monopolistische Formen abzuschaffen. Aber nach der Einführung eines staatlichen Sektors, der für die private Akkumulation entscheidend ist, sind es die staatlichen Eingriffe des staatsmonopolistischen Kapitalismus selbst, d.h. die systematische Verwendung des staatlichen Sektors für das monopolistische Privatinteresse, um das es sich hier handelt, die die strukturellen Barrieren bilden; unabhängig davon, wie die Reformen aussehen, die im Rahmen dieser Wirtschaftsstruktur in Angriff genommen werden.

Die Herrschaft der kapitalistischen Monopole selbst verhindert die Ausdehnung und das Aufblühen der Wirtschaft entsprechend den Bedürfnissen und Möglichkeiten, die sich der arbeitenden Bevölkerung aufgrund der neuen technologischen Revolution und der Entwicklung der Qualifikationen der Menschen eröffnen. Die notwendigen Strukturänderungen der Produktivitäts- und Konsumtionsbedingungen betreffen nicht mehr eine begrenzte Entwertung des Kapitals, deren Resultat die Belebung der *privaten Akkumulation als herrschendes Charakteristikum* der Wirtschaft ist. Es handelt sich zukünftig darum, das *dominierende* Ziel, die kapitalistische Akkumulation und den kapitalistischen Profit, zu beseitigen. Ohne jedoch die Akkumulation und den privaten Profit abzuschaffen, muß mit der fortschreitenden Verstaatlichung der Schlüsselindustrien und des Finanzsektors darum, beides auf einen untergeordneten Sektor begrenzt, sowie ihre relative Bedeutung verringert werden. Die Verstaatlichung, die mit der Führung und Umgestaltung des Staates durch die demokratischen Kräfte und alle Werktätigen verbunden ist, liefert erst die Voraussetzung staatlicher Eingriffe, für ein anderes Ziel als das der Akkumulation des privaten Kapitals und seines Profits. Es wird das Ziel zum allein bestimmenden, das als die Antwort auf die Bedürfnisse der verschiedenen Gruppen der Arbeiter angesehen werden kann. Indem so der staatsmonopolistische Kapitalismus gebrochen wird, wird die hochentwickelte Demokratie im ökonomischen und politischen Bereich errichtet, die endgültig die echte Lösung der Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus darstellt. Ohne – aufgrund des noch bestehenden kapitalistischen Sektors – schon Sozialismus zu sein, öffnet sie doch auf revolutionäre Weise den Weg zum Übergang zum Sozialismus. Diese heute schon sich abzeichnende Entwicklung wird die Notwendigkeit weiterer antimonopolistischer Veränderungen verstärken, gleichzeitig wird sie eine Bewußtwerdung möglich

19 Bei allen kapitalistischen Rationalisierungen, die im Rahmen des staatsmonopolistischen Kapitalismus möglich sind, handelt es sich immer um die beschleunigte monopolistische Konzentration, um die Vergrößerung des staatlichen Sektors und der "Gemeinschaftsaufgaben" des Staates oder auch die "Einsparungen", die durch die Umgruppierung der örtlichen Verbände möglich sind.

machen und damit die Ansprüche der Menschen an die weitere Entwicklung konkretisieren. Unter diesem Gesichtspunkt ist es notwendig einige Perspektiven der Entwicklung weiter auszuführen.

2. Genaueres über die Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Welches sind die Voraussetzungen des Übergangs zur wirklich fortschrittlichen Demokratie?

Daß die wirtschaftlich und politisch fortschrittliche Demokratie, die den Weg zum Sozialismus öffnet, die *notwendige Lösung* der Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus in einem Land wie Frankreich sei, heißt nicht, daß dies die *einzig mögliche Lösung* ist. Die zukünftige Entwicklung wird durch die konkrete Entwicklung der Klassenkämpfe bestimmt. Deshalb sind Art und Ausgang der Klassenkämpfe sehr wichtig. Große Bedeutung hat auch der Zeitpunkt von bestimmten Aktionen.

Indessen können die Aufklärung über die Notwendigkeit des demokratisches Weges wie auch der Bewußtseinsstand viel zu den Kämpfen beitragen. Die laufenden theoretischen Untersuchungen, so ungenau sie auch noch sein mögen, sollen den ideologischen Kampf unterstützen. Sie unterstützen die Mobilisierung der Massen, indem sie die Zusammenhänge von individuellen Bestrebungen und Hoffnungen mit den Zielen der Bewegung aufdecken.

Diese Untersuchungen, die nicht ohne Auseinandersetzung abgehen, und dieser ideologische Kampf machen einen langwierigen Prozeß aus. Auf dem Hintergrund der Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus, der oben angedeutet worden ist, ist es möglich, einige besondere Perspektiven etwas näher auszuführen. Diese Präzision kann dazu beitragen, den illusionistischen Charakter der Lösungen der Strukturkrise durch mehr oder weniger "entschlossene Reformen" aufzuzeigen, die von den Herrschenden zur Zeit durchgeführt werden und die die Interessen des Großkapitals durchsetzen. Auf diese Art und Weise kann man einige Aspekte der vorhersehbaren Verstärkung nicht nur der gesellschaftlichen Notwendigkeit, sondern auch des Wunsches der Bevölkerung nach dem Übergang zu einer grundlegend erneuerten Demokratie überprüfen.

Unter diesem Gesichtspunkt wollen wir kurz einerseits die Frage des unausweichlichen Fortschritts der Sozialisierung der materiellen Produktivkräfte seit dem Beginn der technischen und wissenschaftlichen Revolution und andererseits das Problem der Entwicklung zur überstaatlichen monopolistischen Integration und zum Europa der Finanzoligarchie im allgemeinen Rahmen der wirtschaftspolitischen Reformen der Monopolstaaten betrachten.

a) Einige Probleme, die sich durch die Entwicklung der Produktivkräfte im Lauf der Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus stellen

Die Entwicklung der Produktivkräfte geht – trotz der gegenwärtig verstärkten allgemeinen Stagnation der monopolistischen Struktur, einer Abschwächung der möglichen Beschleunigung der Entwicklung – unausweichlich in Richtung Kommunismus, weil die Klassenkämpfe der Werktätigen, die monopolistische und interimperialistische Konkurrenz sowie der Wettbewerb mit dem entwickelten Sozialismus nur diese Richtung der Entwicklung zulassen. Dieses klassische Stadium des Kollektivismus, das den Kapitalismus ganz und gar überschreitet, ist gerade durch die neue technologische Revolution, die sich

auf die Automation gründet, unentbehrlich und möglich gemacht worden. Aber die Vorherrschaft der kapitalistischen Monopole bewirkt eine systematische Spaltung der verschiedenen Gruppen der Arbeiterschaft und ihre absolute Unterordnung unter die Maschine, in Verbindung mit Lohnbegrenzungen und der Aufrechterhaltung niedriger Löhne. Daraus resultiert nicht nur die Beibehaltung der "Lückenbüßer" der Mechanisierung (20), sondern vor allem die Tendenz zur Beibehaltung der Spaltung der Arbeiterschaft, die Ausbeutung und Arbeitsplatzunsicherheit für die Masse der Arbeiter in den Bereichen, die vollautomatisiert, teilweise automatisiert oder auch "halbautomatisiert" werden.

Die Vorherrschaft des Monopolkapitals zieht auch die neuen Tendenzen zur Arbeitslosigkeit aufgrund der kapitalistischen "Rationalisierung" und aufgrund der ungenügenden Ausbildung (Arbeitslosigkeit der Alten, Arbeitslosigkeit der Jungen) nach sich. Die Bedrohung durch die "moderne", zu stark spezialisierte Ausbildung wird dabei immer mehr zu berücksichtigen sein.

Die Vollendung der Vollautomatisierung und der Industrialisierung zielt gewiß zum Teil – in einem Land wie Frankreich – auf die Bereiche ab, die von der materiellen Kleinproduktion unterhalten werden .wie auch auf die Ausweitung der "unabhängigen" unproduktiven Beschäftigungen und der unproduktiven Tätigkeiten alten Typs (21). Sie macht es weiterhin notwendig, die "Vollautomatisierung" bis zur *Automatisierung* im strengen Sinne zu vervollkommnen (vollständiges Eliminieren der Hand, die mit dem Werkzeug umgeht, aber nicht der menschlichen Korrekturfunktion), und weiter bis zu den heutigen technologischen Grenzen des Fortschritts der *Automation* (Tendenz zur Auflösung der menschlichen Überwachungs- und Korrekturfunktionen an die Werkzeugmaschine) zu gehen (22).

Dieser Entwicklungsprozeß beginnt aber nicht erst heute. Die Widersprüche, die durch die kapitalistischen Bedingungen begründet sind, in denen sich diese Entwicklung vollzieht, sind so stark geworden, daß sie für den Arbeiter offensichtlich werden (23). Die heutigen

20 Man benutzt insbesondere den Druck der niedrigen Löhne der eingewanderten Arbeiter. Ihre Beförderung würde nicht nur die Erhöhung der Löhne der anderen Arbeiter begünstigen, sondern auch die Aufhebung des Preisstops der billigen Arbeitskräfte in der Vollmechanisierung in den rückständigsten Bereichen.

21 Unproduktive Beschäftigungen, die die "industrialistische" Ideologie des VI. Plans bestrebt ist, mit den modernsten unproduktiven Tätigkeiten (Bildung, Forschung etc.) zu vermengen.

22 Die "automatische" Produktion wie Vollendung der Mechanisierung, die aus der industriellen Revolution hervorgegangen ist, (die die Hand wesentlich durch die Werkzeugmaschine ersetzt) sowie auch ihre Verbindung mit und ihr wesentlicher Unterschied zu der eigentlichen Automation sind seit langem charakterisiert worden. (Z.B. in unseren Artikeln, die 1961 in ECONOMIE ET POLITIQUE über die Entwicklung des KAPITAL von K. Marx erschienen sind.)

23 Der Fortschritt der Vollmechanisierung und der Automatisierung ist im Laufe der 1950er Jahre in Frankreich nicht nur durch das Anwachsen der Zahl der Ingenieure, Techniker und Führungskräfte (cadres) im Unternehmenspersonal gekennzeichnet, sondern auch durch das absolute und relative Anwachsen der Zahl der spezialisierten Arbeiter, die mit den neuen Geräten Handreichungen ersetzen, und auch der Facharbeiter. Gleichzeitig schreitet im Namen der "Produktivität" die Intensivierung und die Ausbeutung der Arbeit voran, besonders durch die Einführung des "Stücklohns", bestimmt von der Maschine. Daher die Kämpfe, die seit dieser Epoche geführt wurden (cf. ECONOMIE ET POLITIQUE, Anhang zu Nr. 13, Juni 1965: "Die Produktivität gegen die Arbeiter"). Im Laufe der 1960er Jahre hat sich

industriellen Umwälzungen sind in Frankreich wesentlich gekennzeichnet durch das Bemühen der kapitalistischen Monopole, unter den Umständen der dauerhaften Überakkumulation, die unmittelbaren Mehrwertquellen kurzfristig massiv anwachsen zu lassen, um alle Arbeiter dem unmittelbaren Profitstreben zu unterwerfen, sowie das gesamte gesellschaftliche Leben einer "rentablen" Akkumulation unterzuordnen.

Auf der einen Seite schrecken die Monopole vor den Schwierigkeiten, die der Ruin vieler Kleinproduzenten, ausgedehnte Arbeitslosigkeit oder die Rückstufung der stark spezialisierten Facharbeiter in niedrigere Lohngruppen bringen, nur unter dem Druck der Klassenkämpfe der Werktätigen und vor dem sozialen und politischen Risiko zurück, weil die staatlich aufzubringenden Kosten für diese kapitalistische Vergeudung viel schwerer wiegen, als kleine Profiteinbußen. Auf der anderen Seite aber bemühen sich die Monopole und ihr Staat, die Arbeiter durch eine geschlossene Haltung (Unternehmerverbände) und verstärkte ideologische Beeinflussung zu entzweien. Aber auch die Aktionen der Arbeiter haben sich verändert: sie legen ein großes Gewicht auf diese Fragen – mit dem wachsenden Kampfgeist der Arbeiter und der sich vergrößernden Solidarität der verschiedenen Gruppen der Werktätigen, die mit immer ähnlicheren Problemen konfrontiert werden (24).

Schließlich bevorzugen die Monopole die "Investitionen", die sich auf dem Markt am schnellsten rentieren, einschließlich der Kapitalexporte, der Spekulation und der Thesauration (= Schatzbildung) gegenüber den größeren, feststehenden Investitionen, die zwar technisch am weitesten fortgeschritten, aber nicht "profitabel" gemäß den aktuellen Normen des Marktes sind. Sie bemühen sich, soweit wie möglich das unausweichliche Anwachsen der gemeinschaftlichen Einrichtungen und der Sozialausgaben, insbesondere derjenigen, die die allgemeine Ausbildung und die Grundlagenforschung betreffen, zu begrenzen.

Dennoch würde die technische Entwicklung unter der Einwirkung der Konkurrenz und der sozialen Kämpfe unter den Bedingungen der dauerhaften Überakkumulation von nun an dahin zielen, sich tendenziell im Sinne der massiven Wertminderung des konstanten Kapitals pro Produkteinheit (d.h. der Arbeit, die in den Produktionsmitteln enthalten ist), Minderung, gekoppelt an eine Erhöhung der *technischen* Zusammensetzung des Kapitals (Reduzierung der Zahl der produktiven Arbeiter in bezug auf die Menge des angewandten konstanten Kapitals zu vollziehen. Diese Umwälzungen hängen zusammen mit dem Zwang zur allmählichen allgemeinen Ausbreitung der industriellen Automation im Rahmen der Entwicklung der weltweiten technischen und wissenschaftlichen Revolution. Das Ganze tendiert dahin, trotz allem einen Bedarf nach beträchtlicher Erhöhung der

die relative Zahl der Facharbeiter stabilisiert, aber die Gesamtbeschäftigungslage ist unsicherer geworden. Die Intensivierung der Arbeit hat sich weiter beträchtlich vergrößert, die Verantwortung und die geforderten Kenntnisse eines Facharbeiters haben sich im allgemeinen erhöht.

24 Das kürzliche Beispiel vom Streik der Facharbeiter von Renault in Le Mans würde eine Bestätigung des aktuellen Reifegrades des Problems der Klassierung und Deklassierung bringen. Die ersten Resultate: Wiedereinstufung und Lohngarantie, gegen die Herabsetzungen, für Wechsel des Arbeitsplatzes nehmen in der Tat ein weites Problem in Angriff, das wohl nicht nur die hier betroffenen Arbeiter betrifft. Die Probleme der Einstufung und des Statuts verschärfen sich übrigens zusehens für die Gesamtheit der manuellen und intellektuellen Arbeiter. (Vgl. auch Lothar Peter: "Klassenkämpfe in Frankreich: Renault 71", in: SOPO 13, Okt. 1971, S. 33 ff. – Red.)

Qualifikation der produktiven Arbeiter zu erzeugen, ein Bedarf nach schnellerer Zunahme der Zahl der Techniker, Ingenieure und Führungskräfte (cadres), ein Bedarf nach verstärkter Entwicklung der Tätigkeiten, die außerhalb der im strengen Sinne materiellen Produktion liegen: Verwaltungstätigkeit, Forschungsarbeit – industrielle und produktionsvorbereitende Entwicklung, angewandte und Grundlagenforschung auf allen Gebieten – Bildungsarbeit für jedes Alter, Informationstätigkeit etc.; einen Bedarf nach grundlegender Neuordnung der arbeitsfreien Zeit des Einzelnen: Freizeit, Zeit zur Wiederherstellung der Kräfte, Zeit für Bildung, Zeit für politische und private Betätigungen etc. (25).

Die Struktur des staatsmonopolistischen Kapitalismus, charakterisiert durch die verstärkte gesellschaftliche Macht der privaten Monopole mit entschiedener Unterstützung durch staatliche Mittel bewirkt, daß das gesamte gesellschaftliche Leben vom Streben nach Akkumulation und Profit des Großkapitals beherrscht ist, daß sich die tote, angeeignete Arbeit und Mehrarbeit auf Kosten der lebendigen Arbeiter durchsetzt. Dadurch wirkt diese Struktur als Schranke für den Verlauf der tiefgreifenden technischen Umwälzungen und lenkt ab von der unumgänglich notwendigen Verwirklichung technischer Umwälzung oder deformiert sie. Die eventuelle Beschleunigung einiger dieser "Modernisierungen" vollzieht sich unter dem Druck der Konkurrenz und der sozialen Kämpfe auf antagonistische Art und Weise aufgrund des Wirkens dieser allgemeinen Schranke des (staatsmonopolistischen) Kapitalismus; daher die verkrampfte Entwicklung und die immer stärkere Infragestellung der kapitalistischen Strukturen.

Was die industrielle Automation anbetrifft, erleben wir gegenwärtig eine Verlangsamung der schnellen und notwendigen Erhöhung der technischen Zusammensetzung des Kapitals, sogar in den fortgeschrittensten Bereichen und trotz der offensichtlichen Notwendigkeit des technischen Fortschritts im staatlichen Sektor, wie z.B. dem Bereich der Raumfahrt im Verhältnis zu dem gewaltigen Stand des kapitalistischen Profits. Diese Verlangsamung ist an die – im Vergleich zu den Löhnen – noch zu hohen Preise (und auch den Wert) der Elemente des konstanten Kapitals gebunden, die nicht erlauben, in den Unternehmen Einsparungen vorzunehmen (26).

25 Die allgemeine Tendenz zu viel direkterer und engerer Verbindung aller unproduktiven Tätigkeiten (Bildung, Forschung etc.) mit der materiellen Produktion verhindert nicht, sondern bedingt im Gegenteil die tiefgreifende und langfristige Tendenz der wissenschaftlichen Revolution: die Tendenz zur Verringerung der menschlichen Beschäftigungszeiten mit eigentlich produktiver Arbeit. Diese Verringerung kann übrigens die Form einer Kombination von Tätigkeiten produktiver und unproduktiver Art annehmen. Die unproduktiven Tätigkeiten bedingen immer mehr die materielle Produktion (die auf sie zurückwirkt) und neigen dazu, direkten Einfluß auf sie zu nehmen mittels neuer fester Einrichtungen der industriellen Automation, die mehr und mehr kollektiv und "kommunikativ" sind.

26 Das wäre insbesondere der Fall in der Petrochemie. Anstelle von vollautomatisierten Einrichtungen, die am Ende der 1960er Jahre, in Betrieb genommen wurden, zieht man vor, hier im Jahre 1971 Einrichtungen zu installieren, deren Automation viel unvollkommener ist. Diese Bevorzugung verbindet sich mit dem Stand der Technik und ihrer Wirkung auf den erhöhten relativen Wert des konstanten Kapitals, indem es eine Ausflucht vor dem technologischen Hindernis ausdrückt, aber auch mit den hinsichtlich ihrer Wertbasis überhöhten Preisen der materiellen Einrichtungen und der Lohn- und Beschäftigungsbedingungen.
Siehe auch die Rolle der Petrolmonopole, der elektrotechnischen Monopole (in Verbindung mit den Preisen und den Werten der aktuellen Materialien) im Aufhalten der notwendigen Expansion der Kernenergie, deren industrielle Techniken jedoch durch den öffentlichen Sektor, einschließlich in den Vereinigten Staaten, gefördert werden.

Dennoch läuft die Entwicklung (einschließlich der technologischen Verbesserungen) unter dem Druck der kapitalistischen Konkurrenz und der Kämpfe der Arbeiter in Richtung der Verwohlfeilerung der Elemente des konstanten Kapitals. Sie wird gegenwärtig hauptsächlich aufgehalten – trotz der aufschlußreichen Zusammenbrüche in der Elektronik, verbunden mit der amerikanischen Rezession von 1969-71 – von den Veränderungen monopolistischer Organisations-Formen und durch staatliche Intervention zugunsten der Monopole, die eine schnelle und sich allgemein verbreitende Inflation erzeugen, aber gleichzeitig auch die Möglichkeiten einer bis dahin nur latenten Überproduktion verstärken. Diese ökonomischen und sozialen Bedingungen verschärfen auf entschiedene Weise die Schwierigkeit, die Aufrechterhaltung des Stadiums der Teilautomation oder der Halbautomation selbst in den fortgeschrittensten Bereichen technologisch zu rechtfertigen.

In diesem Stadium bleibt die Tätigkeit des Überwachens, der Korrektur (und des Befehls) des Industriearbeiters, die nun ganz dem vorgeschriebenen Verrichtungsablauf folgt, der den materiellen Produktionsmitteln (als den Trägern der eigentlichen Automationsmöglichkeiten) entspricht, in überwiegender Weise die Sache von menschlichen Operateuren mit stärkerer Nerven- und Geistesarbeit, immer noch aufgespalten und streng dem konstanten Kapital in typisch proletarischer Weise untergeordnet (27).

Aber die subjektiven Grenzen der proletarischen Operateure, die sich mit der Ausdehnung der Produktionsprozesse entwickeln werden, werden zweifellos die Erhöhung der technischen Zusammensetzung des Kapitals vorantreiben, weil sie das Sinken des Wertes des konstanten Kapitals und eine weniger beschränkte Ausbildung der Arbeiter, entsprechend den Notwendigkeiten der automatisierteren Maschinen, erforderlich machen.

Je mehr die Verringerung der Arbeit, die in den Produktionsmitteln enthalten ist, oder die Wertsenkung des konstanten Kapitals dahin wirkt, die organische Zusammensetzung des Kapitals herabzudrücken, und je mehr die Erhöhung der technischen Zusammensetzung spürbar wird, desto mehr werden sich die Probleme der Ausbildung der Menschen und der neuen gesellschaftlichen Organisation ihrer verschiedenen Tätigkeiten zuspitzen. (28)

Dann allerdings werden sich auf der allgemeinen Ebene der Tendenz zur Überproduktion die Tendenz zur massiven Arbeitslosigkeit, die ungenügenden Ausgaben für die Qualifikation und die Umschulung, hierin eingeschlossen die Ausbildungszeit der Arbeiter, die unzureichenden Bedingungen und die ungenügende Zeit zur Wiederherstellung der Arbeitskraft im Verhältnis zu den Grenzen der Erhöhung der Intensität der Arbeit (29), die Tendenz zur Spaltung der Arbeiterschaft und zur Deklassierung, sei es wegen des erforderlichen qualitativen Niveaus der Verrichtungen, sei es in Verbindung mit der Arbeitslosigkeit sehr qualifizierter Arbeiter, Ingenieure und Führungskräfte (30), verstärken. Das

27 Siehe insbesondere die soziologischen Studien über die Automation in der Zementindustrie in Frankreich.

28 Die Krise von 1969-70 einer amerikanischen Industrie wie der für Lehrmittel im Computergestützten Unterricht wäre, trotz der geringen Größe dieser Industrie, schon sehr aufschlußreich. Die Kosten für die alten Lehrmittel und die beste Befriedigung der Bedürfnisse der Benutzer der Geräte werden verbunden, um die Rolle der unproduktiven Arbeit zu entwickeln, und die Einstellung der Programme auf Kosten des Materialaufwands zu begründen, während sie die Mitverantwortung und damit auch die Freizeit der Unterwiesenen fördern.

29 Nicht nur die Kadenzen, Unfälle und Berufskrankheiten, sondern auch zweifellos immer mehr der nervliche Verschleiß.

30 Cf. die Arbeitslosigkeit Zehntausender von Ingenieuren und wissenschaftlichen Arbeitern im Jahr 1970 in den Vereinigten Staaten, insbesondere in der Raumfahrtindustrie.

wird immer stärker die Notwendigkeit der staatlichen Intervention enthüllen, die sich auf einer anderen ökonomischen Basis und mit neuen politischen und gesellschaftlichen Bestimmungen des Staates einen Weg bahnen muß.

In Verbindung mit dem Fortschritt der industriellen Automation und den elektronischen Informationsmaschinerien in anderen gesellschaftlichen Tätigkeitsbereichen, widersetzen sich die neuen Bedürfnisse der unproduktiven Arbeit, der Ausbildungs- und Freizeit, dem System des Mehrwerts und des Kapitals. Die gesellschaftliche Notwendigkeit und Erfordernis erwachsen aus einem System, das den Fortschritt der Produktivität wesentlich auf der Entwicklung der Fähigkeiten der Arbeiter aufbaut und das Ziel hat, die Entwicklung dieser Fähigkeiten zu bestimmen, d.h. das dringende Bedürfnis des revolutionären Schritts zum Kollektivsystem und sogar des allmählichen Schritts zur klassisch-kommunistischen Form, in dem jede Form des Kapitalismus vollständig überwunden wird. Außerdem verstärken die neuen Produktionsmittel, insbesondere jene, die außerhalb der streng materiellen Produktionssphäre liegen und die sich immer mehr auf die Informationstechnologie gründen, die auf die Elektronenrechner zurückgeht, die Mittel und die Notwendigkeiten des flüssigsten Informationsaustausches und der größten Verteilung der Verantwortlichkeiten. Sie verstärken also die Möglichkeiten und die Erfordernisse einer wahren Demokratie, nicht nur in den Produktionsunternehmen und ihrer Leitung, sondern auch in der staatlichen Verwaltung und in den anderen Bereichen gesellschaftlicher Tätigkeit. Im Gegensatz zum wachsenden Bedürfnis nach einer wirklichen Mitbestimmung in allen Bereichen bemüht sich die herrschende Klasse bereits, die neuen technischen Möglichkeiten zu verwerten, um die Profitzwänge unter dem Vorwand einer angeblichen Rationalität der behandelten Probleme besser durchzusetzen. Daher die Dringlichkeit der Verstärkung und Differenzierung des ideologischen Kampfes gegen die Integration im Sinne der Ziele der Monopole und der Betonung, daß mehr Demokratie notwendig ist, je weiter die Entwicklung der Produktivkräfte fortschreitet.

Schon jetzt tendiert die staatliche Intervention – unter dem Druck der internationalen Konkurrenz und der Arbeiterkämpfe – im Rahmen des staatsmonopolistischen Kapitalismus, (was z.B. die Berufsausbildung und Bildung, die Umschulung und die permanente Ausbildung etc. angeht,) dahin, sich auszuweiten. Dennoch sind in Anbetracht der Herrschaft der kapitalistischen Monopole nicht nur die Maßnahmen hinsichtlich der Notwendigkeiten des technischen Fortschritts und der Befriedigung der Bedürfnisse der Arbeiter quantiativ sehr unzureichend, sondern sie begründen sogar noch eine direktere und engere Intervention der Privatinteressen der Großbourgeoisie in der Verwendung der Steuergelder und der Leitung des staatlichen Bildungswesens. Daraus resultieren die Tendenzen zur Zersplitterung der Ausbildungsgänge und zur Differenzierung der Berufssparten untereinander. Die besondere Beschränktheit der ergriffenen Maßnahmen und die Unsicherheit ihrer Ergebnisse folgen aus der Tatsache, daß sie die Menschen als einfache Anhängsel der kapitalistischen Maschinerien behandeln. Schließlich begünstigen sie das Anwachsen des ökonomischen und ideologischen Drucks der Großbourgeoisie auf die Arbeiter (31).

Wie dem auch sei, der Fortschritt der modernen industriellen Organisationsformen, mehr oder weniger an den Fortschritt der Automation gebunden, zieht im kapitalistischen Rahmen eine Neigung zur wachsenden Unterordnung aller unproduktiven Tätigkeiten – Erziehung, Forschung, Verwaltung – unter die ökonomischen Zwänge der Monopole nach sich.

31 Ein kürzliches Beispiel – die Informatiktechniker betreffend, das aber entsprechende Bedeutung für die Arbeiter in anderen Bereichen hat – illustriert diese allgemeine Tendenz der Bourgeoisie (patronat). Der Streik der "Elektronenrechner"-Aufseher des technischen Hilfsdienstes der Burroughs-Gesellschaft, der im Mai 1971 beschlossen wurde, betrifft nicht nur die Arbeitsbedingungen (Nacht- und Sonntagsarbeit), sondern auch die Erhöhung der Löhne gemäß dem Anwachsen der Kenntnisse und der Verantwortlichkeiten.
Die Techniker machen darauf aufmerksam, daß, indem die Ausbildung getrennt wird, die Direktion sie aufs größte "rentabilisiert" hat, die Qualifikation vernichtend, um den Lohn zu drücken. Das Fortschreiten der Karrieren ist gefährdet, um so mehr, als die Techniker an zweijährige Ausbildungsverträge gebunden sind. Da sie "im Stücklohn" (wie die Facharbeiter bei Renault) an Maschinen, die sich sehr schnell entwickeln, bezahlt werden, läuft das Ende der beruflichen Laufbahn Gefahr, für viele Dequalifikation zur Folge zu haben.

Aber unter diesen Bedingungen verstärkt sich auch die Notwendigkeit nach einer Verbindung "materielle Produktion – andere Tätigkeiten" auf kollektiver und demokratischer Basis, die auf die Verstaatlichung der Hauptproduktionsmittel gegründet ist.

Alle Reformen zur "Modernisierung", die die Herrschenden unter den Bedingungen der Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus durchzuführen versuchen, tragen im wesentlichen unvollständigen Charakter. Sie sind durch eine sehr ungenügende Finanzierung und durch ihren gesellschaftlich antagonistischen Inhalt gekennzeichnet. Da sie den Monopolen durch den Fortschritt der Klassenkämpfe der Arbeiter aufgezwungen und in der Konkurrenz zum Überleben der Monopole notwendig sind, werden diese Reformen – als Ausdruck der Strukturkrise – nicht dazu beitragen, den staatsmonopolistischen Kapitalismus zu stärken. Weil sie grundsätzlich unzureichend und antagonistisch sind, tendieren sie im Gegenteil dazu, in der Praxis und für die breiten Massen die von dem System selbst auferlegten Grenzen, die konkrete Unvereinbarkeit der Herrschaft der Monopole im Rahmen des staatsmonopolistischen Kapitalismus mit den echten, notwendigen revolutionär verändernden Reformen aufzudecken. Die Massen erfahren den Widerspruch zwischen den hochtrabenden Versprechen zur Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft, mit denen die Minister Frankreichs nicht geizen, oder den theoretischen, wahrhaft erstaunlichen Möglichkeiten des gegenwärtigen technischen Fortschritts einerseits und den tatsächlichen Geschehnissen und Maßnahmen andererseits. Die jeweilige Beschränktheit der Reformen zeigt am besten die Entfremdung, Kärglichkeit und Unsicherheit, durch die sie im Ganzen charakterisiert sind. Sie zeigt, daß Verbesserungen der Lage der Arbeiter nur unter dem Druck der Arbeiterschaft von der Ausbeuterregierung zugestanden werden. Das trägt dazu bei, daß diese Herrschaft immer weniger ertragen wird. Die Aktionseinheit aller Gruppen der Werktätigen gegen die tiefgreifenden Schwierigkeiten des Systems werden verstärkt gegen die wachsende Vorherrschaft der Monopole im staatsmonopolistischen Kapitalismus, der sich in der Krise befindet.

b) Einige Probleme, die sich auf Grund der vermehrten Bildung supranationaler Konzerne und der Krise des staatsmonopolistischen Währungssystems stellen

Die Anpassungsversuche des staatsmonopolistischen Kapitalismus an die Internationalisierungstendenzen der Produktion und an die Verallgemeinerung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritts, widerspiegeln neue Dimensionen der gegenwärtigen Probleme, die an die beschleunigte Vergesellschaftung der Produktivkräfte gebunden sind, jedoch gerade dies zu verhindern versuchen. Die mächtigsten kosmopolitischen Monopole arbeiten hier wie in anderen Bereichen darauf hin, ihre Herrschaft zu stärken und gegen die demokratischen, antimonopolistischen Umwälzungen Vorsorge zu treffen.

Die Expansion der Supranationalen monopolistischen Unternehmen bringt nicht die Lö-

sung der relativ dauerhaften Überproduktion, und damit der Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Sie läßt die dazu notwendige massive und anhaltende Verminderung der Akkumulation des konstanten Kapitals nicht zu. In der Tat ist es so, daß wenn sie dazu neigt, die Akkumulation dieses oder jenes ausgeschalteten Unternehmens zu verringern oder die "Sparmaßnahmen" zu vergrößern, dann um ihre Globalakkumulation zu erhöhen. Außerdem trägt die Expansion dazu bei, die Unzulänglichkeit der staatlichen Interventionen dadurch zu vergrößern, daß sie den Widerstand der monopolistischen Struktur gegen die nationale Vollbeschäftigungspolitik, gemeinnützige Aktivitäten und Einrichtungen im Interesse der Arbeiter der einzelnen Länder verstärken, je mehr sich ihr supranationaler Charakter zuspitzt. Die Verdichtung des Netzwerkes ausländischer Neugründungen entspricht den kosmopolitischen Strategien und verschärft den Widerspruch zwischen dem Streben nach größtmöglichen Profiten und gesellschaftlichen Schwierigkeiten (und deren nationaler Bewältigung). Die spekulative Profit- und Kapitalflucht ist stark erleichtert worden. Gewinn- und Produktionsausfälle aufgrund monopolistischer Konkurrenz werden nicht verhindert, sondern können sogar noch verstärkt werden (32). Die aktuelle gegenseitige Durchdringung der kapitalistischen Wirtschaftssysteme enthüllt bereits im Gemeinsamen Markt der EWG die Empfindlichkeit gegenüber ausländischen Schwierigkeiten, die abnehmende Wirksamkeit nationaler Konjunkturpolitik, die anwachsende Konkurrenz der "gemeinsamen" Produktion, (weitaus bedeutender als die Konkurrenz durch Importe der Gemeinschaft) im Rahmen der tiefgreifenden Überakkumulation mit dauerhafter Tendenz.

Es ist besonders notwendig, die Illusion zu bekämpfen, die aktuellen Schwierigkeiten der Überproduktion des Kapitals und insbesondere der Krise des kapitalistischen Währungssystems seien durch eine europäische Währungsintegration zu lösen.

Alle Lösungsversuche über die Veränderung der Währungsparitäten, die seit 1968 vor allem unter dem Druck der Vereinigten Staaten angegangen wurden, haben sich bereits im wesentlichen als unwirksam herausgestellt, denn sie berühren nicht die wirklichen Grundlagen der Defizite der Zahlungsbilanzen, der Spekulationen und der sich gegenwärtig allgemein verbreitenden Inflation. Die relativ dauerhafte Überakkumulation des Monopolkapitals und die wechselseitigen, verstärkten inflationären Tendenzen der staatlich geförderten Profite und Akkumulation sind die wirklichen Grundlagen, nicht die Währungs- oder Haushaltspolitik selbst, losgelöst von den Produktionsverhältnissen des staatsmonopolistischen Kapitalismus, handele es sich nun um die Politik "expansionistischer" Tendenz (der Profite und des Kapitals) die die Gesamtheit der kapitalistischen Länder und insbesondere die Vereinigten Staaten kennzeichnet, oder um dämpfende Maßnahmen einer "Stabilisierungs"-Politik.

Die Vereinigten Staaten behaupten als Erwiderung auf die Kritik ihrer imperialistischen Kumpane (33), daß ihre außenpolitischen Militärausgaben ihr Defizit verursachen würden, daß diese eine Bürde seien, die ungerechterweise von ihnen allein im Interesse der anderen

32 Die Konkurrenz der drei oder vier großen überstaatlichen Firmen jeder Branche auf nationalem Gebiet widersetzt sich der Rationalisierung der Produktion und dem Fortschritt der Produktivität, die die antimonopolistische Verstaatlichung erlaubt. Diese Verstaatlichung würde auch die Dezentralisation der Entscheidungen gestatten, wenn sie förderlich ist, wie auch eine äußerst entschlossene Politik von internationaler Zusammenarbeit in bezug auf äußerst starke Garantien gegen das Risiko der äußeren (Vor)Herrschaft.

33 Sie setzen auf ihren Mangel an Währungs-"Disziplin" und lassen die anderen ihre Inflation und ihre Expansion nach außen tragen, indem sie ihnen die Dollarüberschüsse auferlegen.

Länder der freien Welt getragen würde. Oder sie versichern gar aus dem Munde gewisser Experten, daß ihre expansionistische Währungspolitik die gesamte kapitalistische Welt antreibe. Sie beanstanden demgegenüber den Eigennutz der nicht konzertierten Politik der anderen imperialistischen Mächte hinsichtlich des Zinsfußes und der Stabilisierungsmaßnahmen. In Wirklichkeit vergessen alle Imperialisten und ihre Repräsentanten, daß die Politik des staatlichen Ansporns in den Vereinigten Staaten wie auch anderswo (auch in Bezug auf die Militärausgaben) eine solche Situation in den Jahren 1944-1958 nicht nach sich zog. Sie vergessen, daß nach 1958 der Schritt zur dauerhaften Überakkumulation erst allmählich die beschleunigte Inflation erzeugt hat, auch in den Vereinigten Staaten, und *dann* die Tendenzen zum Kapitalüberschuß und zur *weltweiten* Überproduktion. Auf dieser Basis hat sich zunächst der amerikanische Handelsüberschuß verringert, was einen Widerspruch darstellt zu der zentralen Rolle, die der Dollar einnimmt. Gleichzeitig haben sich die amerikanischen Militärausgaben im Ausland und die Kapitalexporte der USA sehr vergrößert: daher das Ausmaß und die Verschlechterung der negativen Zahlungsbilanz der Vereinigten Staaten gleichzeitig mit der Vergrößerung der Masse überzähliger Dollars außerhalb der Vereinigten Staaten (34). Die Krise des kapitalistischen Währungssystems und des Dollars kommt im Jahre 1968 mit der Schaffung des doppelten Goldmarktes (35) zum Ausdruck.

Enorme Mengen von flüssigem supranationalem Kapital haben sich schnell gebildet, während die Tendenzen zur Spekulation und zur Thesauration sich entwickelten und die Kämpfe um Absatzmärkte sich belebten. Die Krise des Währungssystems drückt die dauerhafte Überakkumulation und die Strukturkrise des staatsmonopolistischen Kapitalismus aus. Es sind die kapitalistischen Produktionsverhältnisse im heutigen Stadium des Imperialismus, die in Frage stehen und nicht einfach Politik, selbst wenn es sich um die Politik der Weltvorherrschaft der Vereinigten Staaten handelt.

Unter den aktuellen Bedingungen, der dauerhaften Überakkumulation und der Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus, verschärfen sich die Differenzen zwischen den objektiven Situationen der verschiedenen Länder immer mehr, denn sie betreiben die Wirtschaftspolitik dazu, sich selbst zuzuarbeiten und die Schwierigkeiten der Nachbarn zu vergrößern. Das Bestreben nach Absprache und Einheit wächst auch an, aber gleichzeitig die Möglichkeiten der Herrschaft der Stärkeren über die Schwächeren unter dem Vorwand der Koordination. Der interimperialistische Kampf zwischen den Gruppen des Monopolkapitals verhindert übrigens jegliche Koordination im gegenseitigen Interesse. Ohne aufzuhören, sich zu bekämpfen, versuchen die Kapitalisten, sich auf dem Rücken der Völker zu einigen. Aber sie versuchen trotzdem mehr denn je, die wachsenden ökonomischen sozialen und politischen Risiken auf die Bevölkerung der Nachbarstaaten abzuwälzen.

Ihre Kämpfe wie ihre Übereinstimmungen berücksichtigen in keiner Weise die Interessen der verschiedenen Gruppen der Werktätigen und der Nationen – sie verfolgen nur ihre Kapitalinteressen – trotz all ihrer Proklamationen bezüglich des nationalen Interesses.

Die aktuelle Währungssituation (Frühjahr 1971) bringt die Bestätigung dieser tendenziellen Verschärfung der interimperialistischen ökonomischen Widersprüche. Die Dollarkrise hat sich mehr als je zuvor verschärft.

34 Im Jahre 1965 übersteigen die offiziellen Goldreserven der USA kaum ihre NETTOschulden im Ausland. Aber 1967 zeigt eine starke Zunahme des Defizits ihrer Zahlungsbilanz, begleitet von einem ernsthaften Goldverlust.

35 Offizieller Kursmarkt des Dollars zwischen den Zentralbanken, freier Markt für die Privatleute (particuliers), an die die Zentralbanken kein Gold mehr verkaufen.

Am Ende des 1. Quartals 1971 erwies sich der Überschuß der Handelsbilanz der Vereinigten Staaten noch als geringer als der im 1. Quartal 1970 (36). Im April und Mai hat die Spekulation direkt und massiv zur Schwächung des Dollars geführt, da vor allem auf die DM gesetzt wurde. Goldverkäufe wurden vom I.W.F. (Internationaler Währungsfonds) in 14 Länder und sogar vom amerikanischen Schatzamt an verschiedene Zentralbanken getätigt, und der Goldpreis erhöhte sich auf dem freien Markt (37). Vor der Notwendigkeit, den Dollarfluß zu bremsen, sind die Brüsseler Abkommen vom Februar zwischen den Sechs des Gemeinsamen Marktes, die den (sehr progressiven) Schritt zu einer Währungsunion vorsahen (der eventuell einen Neubeginn möglich gemacht hätte), direkt erprobt worden (38).

Was die Perspektive angeht, die die Brüsseler Abkommen eröffnet haben, so darf man weder die Verschleierung ihrer Bedeutung übersehen, noch den Beteuerungen glauben, daß sie den Charakter eines unwiederbringlichen Prozesses hätten, der zu einer echten, einheitlichen europäischen Währung führt. Aufgrund der Angst vor der Entwicklung der interimperialistischen Widersprüche wie auch der damit zusammenhängenden Möglichkeiten des Widerstandes der Bevölkerung der Länder sind die Abkommen nur sehr graduell und rückfällig geblieben (39). Sehr schnell haben sich die unmittelbaren Schwierigkeiten als viel schwerwiegender als vorhergesehen erwiesen – mit der Krise vom Mai 1971 und der französisch-deutschen Währungsspannung. Während das Bestreben nach einer Währungs- und Haushaltsübereinstimmung etc. bleibt, insbesondere die gegenwärtigen deutschen Bestrebungen nach einer Stabilisierungspolitik, hat sich der amerikanische Einfluß in Europa noch verstärkt, der sich bisher hauptsächlich auf Großbritannien beschränkt hatte. Wie

36 Wohingegen die Investitionen im Ausland der amerikanischen Unternehmen im Jahre 1970 rapide angewachsen wären.

37 Trotz des verzweifelten Auswegs des doppelten Goldmarktes, der im März 1968 errichtet wurde und aufschlußreich für den tiefgreifenden Wendepunkt ist, sieht man sogleich, daß die Reden über das angebliche Dollarwährungssystem, das anstelle der Devisen- oder Goldwährung errichtet werden würde und einen vorgeblichen Wendepunkt der Währungsbeziehungen öffnen würde, der Illusion oder der Verwirrung unterliegen. Die Realität ist die tiefgreifende und dauerhafte Krise der Devisen-Goldwährung, die sich insbesondere durch das Anwachsen der Sonderziehungsrechte im Internationalen Währungsfonds (I.W.F.) manifestiert.

38 Während die Verkleinerung der Amplitude der Währungsschwankungen des Gemeinsamen Marktes für den 15. Juni vorgesehen war, wohnte man im Gegenteil einer Ausdehnung dieser Amplituden bei.

39 Die Abkommen von Februar 1971 sahen eine erste Etappe 1971-1973 vor, an deren Ende eine Besinnungszeit von zwei Jahren die Rückkehr zur Situation vor den Abkommen erlauben würde, d.h. eine totale Rückfälligkeit. Die erste Etappe begründete einen mittel- und kurzfristigen Finanzwettkampf angesichts des Kampfes gegen die Auswirkungen der Spekulation und der Verkleinerung der Kursbandbreiten zwischen den Währungen des Gemeinsamen Marktes.

Diese erste Etappe bereits hat gerade ein ernsthaftes Scheitern durchgemacht. Wenn nichtsdestoweniger der Schritt nach vorn wieder aufgenommen wird und selbst, wenn er bis ans Ende geht, würde dies deshalb nicht eine alleinige Währung nach 1975 bedeuten, da sich die sehr schwerwiegenden Probleme der Kontrolle der Ausgabebank (banque d'émission) und der vereinigten politischen Institutionen aufwerfen. Man hat einfacher die Schaffung einer gemeinsamen Rechnungseinheit (eventuell an das Gold geknüpft) ins Auge fassen können. Aber das wirft immer noch das Problem der tiefgreifenden Unterschiede zwischen den wirtschaftlichen Situationen der verschiedenen Länder und der divergierenden Entwicklungsmöglichkeiten bezüglich der Rechnungseinheit auf.

dem auch sei, eine europäische Währungsunion, wird, wenn sie geschaffen werden sollte und wie auch immer ihre Form sein mag, weder die Spekulation beenden und eine Unabhängigkeit gegenüber den Vereinigten Staaten garantieren, noch die Krise des kapitalistischen Währungssystems zu lösen vermögen.

Entweder zielt eine derartige, ziemlich lockere Währungsunion darauf ab, die Herrschaft des Dollars zu unterstützen und damit das Defizit der Vereinigten Staaten für das Anwachsen ihrer Herrschaftsbemühungen in der europäischen Industrie auszunutzen.

Oder aber, sie riskiert, die Widersprüche zwischen den Europäern zu vergrößern und gleichzeitig die amerikanische Vorherrschaft im In- und Ausland zu bekämpfen, was sehr viel härter wäre (40).

In den beiden Fällen wird sich hinsichtlich der relativ dauerhaften Überakkumulation die Notwendigkeit der Dollarbewertung im Verhältnis zum Gold verstärken:
– sei es – langfristig – allein der allgemeine Druck der Tendenzen zu divergierenden Preis- und Währungsentwicklungen, zur Überproduktion, zur Spekulation, zur Thesauration;
– sei es – kurzfristiger – neben diesem allgemeinen Druck, die Auswirkung einer strafferen europäischen Währungsunion mit beispielsweise einer Handelsunion. Aber dann würde – trotz der Finanzverluste, die sich aus der massiven Abwertung des Geldkapitals ergeben würden – diese Abwertung auf ungeheure Weise die Konkurrenz der Produktion der Vereinigten Staaten verstärken. In beiden Fällen würde das Sinken der Goldpreise und die weltweiten Kapitalverluste die Tendenz zur Thesauration und zur Arbeitslosigkeit verstärken, weil die notwendigen tiefgreifenden antimonopolistischen demokratischen Umwälzungen nicht durchgeführt werden. In beiden Fällen werden auf verschiedene Art und Weise die Vereinigten Staaten ihre Vorherrschaft und Durchdringung der ausländischen Produktion verstärken, während die interimperialistischen Widersprüche sich ebenfalls verschärfen werden.

Im Augenblick haben sich die kapitalistischen Interessengegensätze zwischen der BRD und Frankreich bestätigt, gegenüber dem Druck der Vereinigten Staaten, die sich auf die vage Spekulation einer größeren Währungsflexibilität, die eine tatsächliche Neufestsetzung der europäischen Währungen mit sich bringt und das Verhältnis des Dollars zum Gold unberührt läßt, festgelegt haben. Der Kompromiß des "vorübergehenden Floating" der D-Mark (und des niederländischen Guldens) steht in direktem Gegensatz zu den Brüsseler Abkommen über die Annäherung der Währungen. Die interimperialistischen Widersprüche haben sich angesichts der unterschiedlichen, wenn nicht sogar relativ auseinandergehenden Rentabilitäts- und Inflationsbedingungen zwischen den beiden Ländern zugespitzt. Auf diese Weise wurde durch die Schwäche des Franc und die relative Konkurrenzlage der in Frankreich ansässigen Monopolisten riskiert, Frankreich in eine D-Mark-Scheinzone (quasi-zone mark) eintreten zu lassen, wenn der Franc dem Floating gefolgt wäre (41). Umgekehrt war die Entwicklung des Kapital- und Warenverkehrs zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Rest der kapitalistischen Welt aufs Spiel gesetzt, besonders aber der Warenverkehr mit den Vereinigten Staaten – die übrigens die BRD besonders be-

40 Man darf nicht vergessen, daß die industriellen Unternehmen und die Banken, deren Muttergesellschaft in den Vereinigten Staaten ist, die besteingerichtesten im gesamten Gemeinsamen Markt und in Großbritannien sind, also die "europäischten". Amerikanische Finanzgruppen haben übrigens gerade mit den beiden herrschenden Finanzgruppen Frankreichs engere Bande geknüpft: mit der Gruppe von Paris und den Niederlanden und der von Suez.

41 Mit der Notwendigkeit einer Hilfe in Mark und den Exportschwierigkeiten.

vorzugen, weil hier insbesondere langfristige Kapitalexporte gute Gewinne erbracht haben – durch eine direkte Beschränkung der Kapitalbewegung in Deutschland; oder aber diese Beschränkungen wären nicht praktikabel gewesen. Aber auch das neue und übereilte französisch-britische Abkommen über das Pfund Sterlin wird mit Großbritannien keinen neutralen Schiedsrichter in den gemeinsamen Markt eintreten lassen.

Im Gegenteil, die Divergenzmöglichkeiten werden sich vergrößern, während sich vor allem der Einfluß der Vereinigten Staaten (deren besondere Verbindungen zu Großbritannien bekannt sind) auf die "Koordination" der Währungs- und Haushaltspolitik der bedeutendsten imperialistischen Mächte, z.B. im Rahmen der O.E.C.D., erhöhen wird.

Gleichzeitig mit den stärker werdenden Zoll- und Handelskriegsdrohungen, erhöhte sich mehr und mehr der Druck der Vereinigten Staaten bezüglich einer Liberalisierung des Handels zu ihren Gunsten. Während allein Westdeutschland oder Japan die USA wirklich beunruhigen können (42), erscheint Frankreich schwach in diesen weltweiten Auseinandersetzungen und Verbindungen (43). Die französischen "Drohungen" in Bezug auf die Außenhandelsbeschränkungen sind illusorisch, aufgrund der wachsenden Abhängigkeit der Wirtschaftspolitik der französischen Regierung gegenüber dem Warenaustausch und den ausländischen Währungsvereinbarungen im Rahmen der Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus; auch aufgrund des Interesses Westdeutschlands am Handel mit den Vereinigten Staaten und den von ihnen abhängigen Ländern. Allein eine antimonopolistische Demokratie, die in Frankreich errichtet wird, könnte sich auf die Ausdehnung des Binnenmarktes stützen, um eine unabhängige Politik der Zusammenarbeit zu machen. Eine solche Demokratie, übrigens weit entfernt davon, die Übereinkünfte internationaler Koordination und selbst der Koproduktion zu verhindern, könnte sich hinsichtlich wirtschaftlicher Infrastrukturen (Transporte, Energie, Verkehr) oder sogar der Entwicklungs- und Wissenschaftsforschung auf die Tendenzen zur Vergesellschaftung auf internationaler Ebene stützen, um die Beschränktheit Westeuropas zu überwinden. Sie könnte auf diesen Gebieten auf gesamteuropäischer Ebene, auch mit den sozialistischen Ländern, unter Beachtung des gegenseitigen Vorteils zusammenarbeiten. Zudem könnte eine sehr enge Koordination im Interesse der Arbeiter, in der Produktion und der Planung auch in engerem Rahmen verwirklicht werden – unter der Voraussetzung demokratischer Umwälzungen bei den unmittelbaren Nachbarn.

Das Bestreben, zu einer gegenseitigen Unterstützung und einer mehr oder weniger vorangetriebenen Koordination der Währungs- und Haushaltspolitik der mächtigsten monopolistischen Staaten auf europäischer und eventuell auf der Ebene des O.E.C.D. zu gelangen, manifestiert sich trotz der Widersprüche unter den Bedingungen der Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus. In dem Maß, wie diese Koordination im Rahmen der Schwierigkeiten der Kapitalakkumulation, praktikabel sein wird wird sie die Ansprüche der

42 Japan tendiert dahin, eine Situation ähnlich der der Bundesrepublik Deutschlands zu erfahren. Seine Kapitalexporte wachsen sehr schnell an. Aber der Spekulationsdruck auf den Yen manifestiert sich nichtsdestoweniger.

43 Eine europäische Rechnungseinheit könnte der Mark tatsächlich eine bestimmende Rolle geben. Übrigens würde ein eventuelles relatives Schwanken aller "vereinten" Währungen des Gemeinsamen Marktes und des Dollars, nachdem z.B. einmal eine neue Parität der Mark festgesetzt ist, auf keinen Fall verhindern, daß sich die Situationsunterschiede und die Widersprüche zwischen den verschiedenen imperialistischen Ländern, insbesondere zwischen denen des Gemeinsamen Marktes, manifestieren, indem sie ihre Wirtschaft stören angesichts des Anhaltens der weltweiten kapitalistischen Überakkumulation.

stärksten supranationalen Monopolgruppen verstärken, ohne deren Kämpfe einzustellen. Sie wird – mit einer staatlichen Wirtschaftspolitik, die nicht demokratisch geführt und kontrolliert wird – die Trennung zwischen den Bedürfnissen aller Gruppen von Werktätigen, zwischen den verschiedenen Produktions-Bereichen und den verschiedenen Regionen in jeder Nation verschärfen. Das Scheitern der "Reformen" im Rahmen des staatsmonopolistischen Kapitalismus wird in Verbindung mit entmystifizierenden politischen Kämpfen auch in diesem Bereich die Notwendigkeit des Übergangs zur fortschrittlichen Demokratie (44) verstärken. In jedem Fall bedeutet eine entschlossen entmystifizierende Haltung nicht Abstinenz vom demokratischen Kampf und von den Bemühungen um internationale Koordination der Kämpfe der Arbeiter und der demokratischen Kräfte im Rahmen neuer Bedingungen, neuer Politik und eventuell neuer Währungsinstitutionen. Auch könnte die fortschrittliche Demokratie dann diese oder jene neue Form benutzen, diese oder jene Technik, darunter auch jene, die auf die Koordination der Währungs- und Haushaltspolitik oder gar der Planungen (45) abzielen.

Auf allen innen- und außenpolitischen Gebieten werden reaktionäre Reformen von den herrschenden Klassen mit Verbissenheit immer weiter versucht und verfolgt. Sie werden im wesentlichen machtlos bleiben angesichts der Überakkumulation, die sie schließlich verstärken werden. Indessen werden sie durch ihr allgemeines Scheitern dazu beitragen, auf Grund eines intensiven ideologischen Kampfes, die Notwendigkeit von systematisch antimonopolistischen Umwälzungen zu verstärken. Und selbst die wesentlichen Grenzen des besonderen Inhalts jeder praktizierten Reform, werden dazu beitragen, die wahren demokratischen Lösungen genauer zu erforschen und die demokratischen Ansätze und Theorien von falschen, opportunistischen, technokratischen oder utopischen Lösungen freimachen.

3. Ein realistisches Erneuerungsprogramm, das ökonomische und politische Demokratie gewährleisten soll, muß notwendig systematisch antimonopolistisch sein

a) Von der Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus zu einem wirklich demokratischen Wirtschafts- und politischen Programm

Aufgrund der Entwicklung der Analyse der Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus ist es möglich, ein theoretisches Programm für die fortschrittliche Demokratie aufzustellen, das von den heutigen Problemen, der nationalen Krise, von der Unzufriedenheit und den großen Hoffnungen der Massen ausgeht. Die Analyse zeigt, daß es weder darum geht durch Gewalttätigkeit einer Minderheit die Krise zu verschärfen, noch darum, die Strukturkrise auf eine Krise der Doktrin und Personalpolitik mit Perspektive auf die Wahlen zu beschränken. Die Analyse der Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus trägt

44 Das Gold, das in sich die kristallisierte lebendige Arbeit darstellt, wird den erforderlichen Charakter seiner Diktatur im kapitalistischen Rahmen, einschließlich im staatsmonopolistischen Kapitalismus, enthüllen. Die Dringlichkeit des revolutionären Überwindens wird sich dank einer rationellen und demokratischen Planung verstärken, indem seine Bedingungen aufgedeckt werden: die Aufhebung der kapitalistischen Akkumulation und des kapitalistischen Marktes.

45 Darüber hinaus könnte sie selbst andere Verfahren der Kooperation und der Koordination einführen, die sich auf eine andere Verrechnungsbasis beziehen als die monetäre Rechnungsführung, die in letzter Instanz auf dem Gold basiert.

dazu bei, auf rationelle Art und Weise die Kriterien für ein Programm der Werktätigen und anderen demokratischen Kräfte, sowohl bezüglich der Mittel als auch der Ziele zu bestimmen, so daß die Realisierung dieses Programmes wirklich den ernsten objektiven Schwierigkeiten und den Erwartungen und Hoffnungen der Massen gerecht werden kann, indem es mit dem staatsmonopolistischen Kapitalismus selbst und nicht nur mit seinem Flickwerk Schluß macht und so den Weg zum Sozialismus unter hiesigen und heutigen Bedingungen frei macht.

Man hat es schon erkannt: alle Schichten innerhalb der werktätigen Bevölkerung fühlen in wachsendem Maße tiefes Unbehagen und wünschen tiefgreifende Veränderungen. – Nicht nur alle Gruppen der Lohnarbeiter, die zahlenmäßig immer weiter zunehmen (46), sondern auch das Kleinbürgertum in Stadt und Land, das 1968/69 noch den Gaullismus unterstützte. Trotzdem bleibt noch eine große Anzahl von Werktätigen, vor allem in den "oberen" Schichten der Angestellten und im Kleinbürgertum – und nicht nur dort – die, obwohl sie vom "Unbehagen" und von der "Zivilisationskrise" berührt sind, immer noch den "Reformen" der Herrschenden ihr Vertrauen schenken, oder doch wenigstens mehr daran glauben, als an die Alternativen, die zur Zeit von den werktätigen und anderen demokratischen Kräften aufgezeigt werden, oder sie bleiben völlig passiv, weil sie keinen erfolgversprechenden Ausweg sehen. Diese Bevölkerungsgruppen werden in zunehmendem Maße von der tendenziell andauernden Unordnung berührt und betroffen. Sie werden sich dann erst von den herrschenden Zuständen losreißen, und aus ihrer besorgten Passivität herauskommen, wenn ihnen bewußt wird, daß die kapitalistischen Monopole und deren staatlich ausgeübte Macht verantwortlich sind für diese Unordnung und diese Schwierigkeiten, ja daß diese weiterhin auch verantwortlich sind für alle linksradikalen Auswüchse, weil sie nicht in der Lage sind zu den Problemen unserer Zeit wirkliche Lösungen zu finden und immer wieder ihrem Wesen nach unzulängliche "Reformen" anbieten oder zu repressiven Maßnahmen greifen müssen.

Im Gegensatz dazu werden die Werktätigen und anderen demokratischen Kräfte, deren Einheitlichkeit zunehmend organisatorische Form finden wird und auf ein wirkliches Einheitsprogramm gestützt wird, sich als der einzige Garant demokratischer Ordnung und entschiedenen Widerstandes der gesamten Nation herausstellen, und die konstruktiven Energien der Massen freisetzen. Die politische, massenmobilisierende Tragweite der kühnen Perspektiven der fortschrittlichen (ökonomischen, politischen und kulturellen) Demokratie, der detaillierten, ausgearbeiteten Antwort auf die Hoffnungen der Werktätigen, ihre "Glaubwürdigkeit", werden immer größer und damit werden auch die konkreten Perspektiven des Weges zum Sozialismus unter den in Frankreich herrschenden Bedingungen immer realer.

Die Erfordernisse des wirklichen sozialen Fortschritts und die fundamentalen (systemimmanenten) Hindernisse auf die er trifft, werden immer weiter aufgedeckt durch die Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus in unserem Land. Sie sind die reale Basis, auf der wir das tiefgreifend erneuernde Programm erarbeiten, das wir als Programm für die fortschrittliche Demokratie vorlegen. Die sozioökonomischen Ziele des Programms entsprechen genau den sich zur Zeit verschlimmernden Unzulänglichkeiten in der Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung und den sich ausweitenden Kämpfen der Arbeiter. Es geht in dem Programm um Löhne und Kaufkraft, Arbeitsbedingungen, Arbeitszeit,

46 Dieser Umfang der Lohnarbeit verallgemeinert die kapitalistischen Verhältnisse und verschärft die Vorherrschaft der großen Kapitale. Er trägt dazu bei, die Möglichkeit und Notwendigkeit der Etappe der ökonomischen und politischen Demokratie, der Übergangsphase zum Sozialismus, auf die Tagesordnung zu setzen.

5-Tage-Woche, Urlaub und Pensionsalter. Aber es geht darüberhinaus auch um die Lebensbedingungen, den Verkehr, die Wohnbedingungen, das Gesundheitswesen und die Sozialversicherungen, die Erziehung in allen Erziehungs- und Ausbildungsbereichen, um die Weiterbildung, Freizeit und Freizeitgestaltung. Es geht um eine Anti-Arbeitslosigkeits-"politik" und demokratisch geplante Übergänge und Umschulungen zwischen verschiedenen Berufen und Arbeitsplätzen, um Berufsbildung und den Zugang der Jugend zu neuen Berufen, um ein ausgeglichenes Verhältnis der Entwicklung von Stadt und Land etc.... Das heißt im Gegensatz zu den Einwänden des kapitalistischen Managements, das nur die Hindernisse der Profitgier der monopolistischen Akkumulation sieht, daß an allen Fronten massive demokratische Fortschritte trotzdem notwendig und möglich sind.

Bisher konnten wichtige Siege durch die Kämpfe der Arbeiter errungen werden – nicht nur in Bezug auf Löhne und Arbeitsbedingungen, sondern auch in Bezug auf soziale Errungenschaften auf nationaler Ebene (47). Trotzdem – die Bewußtwerdung in diesen Kämpfen, die begrenzten Resultate, die wesentlichen Hindernisse und die Schlagkraft der vereinigten Massen tragen dazu bei, aufzuzeigen und zu klären, welches die Voraussetzungen für bestimmte soziale Errungenschaften sind: Eine strukturelle Transformation des gesamten Systems, die erst durch die Machtübernahme der werktätigen und anderen demokratischen Kräfte möglich wird, die sich auf die Verstaatlichung der Banken und der Schlüsselindustrien stützt!

Die verschiedenen sozialen Errungenschaften, die systematisch und groß angelegt, zu einer Gesamtkonzeption vereinigt sind, stützen sich darüberhinaus gegenseitig und leisten einen wichtigen Beitrag zur Beschleunigung der Zunahmen der Arbeitsproduktivitätunter den modernen technologischen Bedingungen, unter der Voraussetzung, daß auf der Basis der antimonopolistischen Verstaatlichung und ihrer fortschreitenden Ausweitung die Befriedigung der Bedürfnisse der Werktätigen Stück für Stück in den Mittelpunkt der Wirtschaft gestellt wird, anstelle des Profitinteresses und der kapitalistischen Akkumulation.

Nicht nur die Schranken der Produktion, die durch die Vorherrschaft des monopolistischen Profitstrebens bedingt sind, werden durch die antimonopolistische Verstaatlichung der Banken und Schlüsselindustrien beseitigt. Es fallen dadurch auch die Gewinne weg, die große Unternehmen mit der Verschwendungs- und Vernichtungswirtschaft erzielten (48). Schließlich fallen die Verluste der heutigen Industrie durch verstärkte Rationalisierung und die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, die durch die antimonopolistische Verstaatlichung erreicht wird, weg (49). Die Weiterentwicklung auf allen Gebieten und die planmäßige Verwendung aller menschlichen Fähigkeiten des Landes garantieren eine kontinuierliche Entwicklung.

b) Die Verstaatlichung der Monopole der Schlüsselindustrien ist der Mittelpunkt des Programmes der fortschrittlichen Demokratie

Die Erkenntnis, daß die Grundlage der Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus in der relativ dauerhaften Überakkumulation von Kapital zu suchen ist, erlaubt es, gegen die

47 Das ist auch der Grund warum die Kommunistische Partei Frankreichs nationale Kampagnen zu wichtigen sozialen Problemen durchführt.

48 Die Doppelarbeit und die überflüssigen parasitären Ausgaben im Konkurrenzkampf der Monopole und die unnötigen Repressionen, die Verluste durch Spekulation (Geld- oder Aktienspekulation), die Arbeitslosigkeit.

von der monopolistischen Bourgeoisie und ihrer staatlichen Macht verbreiteten Illusionen zu kämpfen, daß es eine Möglichkeit der Stabilisierung gäbe, daß es möglich wäre, aus den anhaltenden Schwierigkeiten durch die Einführung einer "neuen Gesellschaft" herauszukommen, und die Befriedigung der sozialen Bedürfnisse innerhalb des kapitalistischen Systems durch kapitalistische Reformen sicherzustellen.

Gleichzeitig stellt sich die marxistische Analyse des staatsmonopolistischen Kapitalismus gegen die mehr oder weniger reaktionären oder rechts-reformistischen Illusionen im Schlepptau der Großbourgeoisie, die an die umwälzende Kraft von Reformen und Veränderungen in der Personalstruktur der Regierungen glauben, die die ökonomische Basis, die durch das private monopolistische Eigentum gekennzeichnet ist, unberührt lassen. Die Analyse der Überakkumulation des Kapitals legt besonderen Akzent auf die *Minimalschwelle* einer antimonopolistischen Nationalisierung, durch die garantiert ist, daß die Akkumulation und der monopolistische Profit nicht mehr die gesamte nationale Wirtschaft beherrschen. Dabei handelt es sich nicht nur um eine quantitative Schwelle, z.B. die zahlenmäßige Mehrheit des Gesamtkapitals. Die Analyse zeigt auch, daß es vor allem die Produktionsbereiche sind, in denen das Schwergewicht der Kosten auf dem konstanten Kapital liegt – besonders in der Form von Maschinensystemen –, und die Bereiche, in denen das Schwergewicht der Kosten in der Forschung und anderen nicht-produktiven Arbeiten liegt, zu den Schlüsselbereichen gehören, die heute für die dauerhafte Überakkumulation verantwortlich sind. Es sind weiterhin die Grundstoffindustrien und die am stärksten monopolisierten Bereiche, die vom Wucher und mit Hilfe staatlicher Subventionen leben (50). Weiterhin muß das Kreditwesen und der gesamte Finanzsektor verstaatlicht werden, damit die gesamte Wirtschaft des Landes kontrolliert werden und auf die neuen Ziele in Zusammenhang mit der Vorherrschaft des staatlichen industriellen Sektors orientiert werden kann (51).

Die Theorie der Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus macht es auch möglich, die linksradikalen Illusionen zu bekämpfen, die weder die revolutionäre Tragweite dieser Verstaatlichungsschwelle – wichtigstes Charakteristikum dessen, was wir "fortschrittliche Demokratie" nennen – erkennen, noch die Möglichkeit und die Notwendigkeit des Weges zum Sozialismus von dieser "Phase revolutionärer Umgestaltung" aus. Die opportunistischen linken Konzeptionen ergänzen so die rechten Meinungen – die sagen, daß eine fortschreitende Einführung des Sozialismus möglich sei, obwohl ein privater monopolistischer Bereich weiterhin die Mehrheit im Staate hält, höchstens "eingedämmt" wird durch gewisse Planifikationsmaßnahmen –, wenn sie auf geradezu mystifizierende Weise auf

49 Das sieht man auch an der Produktivitätserhöhung, die damals durch die Verstaatlichung verschiedener Konkurrenzfirmen möglich war, wie zum Beispiel bei den Verstaatlichungen in der Elektrizitätsversorgung.

50 Die wachsende Konzentration in der Lebensmittelindustrie, mit Hilfe von staatlicher Hilfe und die strategische Bedeutung dieses Sektors für die Landwirtschaft und den Kleinhandel, scheint auch diese Branche zu einer Schlüsselindustrie zu machen, wenigstens seine monopolisierten Bereiche und die Bereiche, die Bestandteil supranationaler Trusts sind.

51 Der nicht-verstaatlichte Sektor wird nach einer Verstaatlichung der Schlüsselindustrien wichtige strategische Bedeutung für die Kapitalisten im In- und Ausland haben. Deshalb muß auch dieser Bereich durch die Planung vollständig erfaßt werden. Die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien wird die neue Orientierung der gesamten Wirtschaft möglich machen. Die Verstaatlichung des Bank- und Finanzwesens wird die Kontrolle des privaten kapitalistischen Bereichs, auch des ausländischen Kapitals und des Außenhandels möglich machen.

der "Selbstverwaltung" und der Arbeiterkontrolle auf betrieblicher Ebene bestehen (52). Diese Konzeptionen machen die demokratische Verwaltung und die wirkliche Arbeiterkontrolle in der Industrie von vornherein unmöglich, da diese nur durch die Verstaatlichung beträchtlicher Teile der nationalen Monopole möglich ist, durch die demokratische Umgestaltung des Staates und durch eine wirklich nationale Planung, verbunden mit den Möglichkeiten technischer und ökonomischer Dezentralisierung, die eng mit dem Grad des Fortschrittes der technischen Revolution zusammenhängen.

In Bezug auf die Umsetzung und Realisierung der sozialen Ziele des Programms der fortschrittlichen Demokratie, muß betont werden, daß noch weitere Verstaatlichungen folgen müssen. Ihr Ausmaß ist die Grundlage für demokratische Planung und Verwaltung. Wenn man die Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus durch die Überakkumulation erklärt, ist sofort deutlich, daß eine punktuelle Verstaatlichung auch im Bereich der Schlüsselindustrien die von gewissen Leuten vorgeschlagen wird, absolut unnütz wäre. Sie würde das Profit- und Akkumulationsstreben der privaten monopolistischen Strukturen erhalten und objektiv nur den staatsmonopolistischen Kapitalismus stützen und erhalten, auch wenn man diese Unterstützung "sozialistisch" nennt. Weiterhin würde die Verstaatlichung eine demokratische Neuordnung in allen Bereichen möglich machen, was besonders im Bereich der Finanzen dringend nötig ist. Die weitere zukünftige Ausdehnung der Verstaatlichung, die notwendig wird um alle Hindernisse zu beseitigen, die der Realisierung des Programms der fortschrittlichen Demokratie und ihrer ständigen Weiterentwicklung im Wege stehen, wird jedoch auf keinen Fall eine Sozialisierung der Verluste sein, denn dadurch würden die Bereiche gestärkt, die am wenigsten unter Schwierigkeiten zu leiden haben. Kriterium für eine weitere Ausdehnung der antimonopolistischen Verstaatlichung ist einzig und allein der Fortschritt in der Verwirklichung der Ziele der demokratischen Planung, die durch die ganze Nation, durch alle Werktätigen aller Tätigkeitsbereiche, beschlossen wird. Sicher muß die durch die demokratische Planung realisierte Beschränkung der wichtigsten privaten Industrien, die nach der Verstaatlichung der Schlüsselindustrien noch übrigbleiben, bestimmt werden durch die jeweiligen Gesetzmäßigkeiten der betroffenen Bereiche. Aber gleichzeitig müssen die schädlichen Auswirkungen dieser Gesetzmäßigkeiten neutralisiert werden, und der Übergang der großen Kapitale in die Hand des demokratischen Staates muß gesichert werden, damit die Schwierigkeiten soweit wie möglich vermieden werden, die die Kapitalisten des In- und Auslandes bereiten werden. Auf keinen Fall jedoch dürfen diese unausweichlichen Schwierigkeiten zum Anlaß genommen werden, wieder hinter den erreichten Stand der Verstaatlichung zurückzufallen, vielleicht sogar mit dem Anspruch demokratischer Freiheit verbrämt. In Wirklichkeit ist demokratische Freiheit nicht nur das Recht und die Möglichkeit zu der Aufklärung des Volkes über die wahren Ursachen der Schwierigkeiten ihrer Existenz, sondern auch die Unveräußerlichkeit der demokratischen Rechte des Volkes (53).

c) Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, Planung und Politik der Wirtschaft

Man beruft sich manchmal auf die realistische Flexibilität der Verwaltung, um eine beschränkte oder punktuelle Verstaatlichung zu rechtfertigen, und verwechselt dabei Flexi-

52 Sie berufen sich, obwohl sie sich als Kritiker fühlen, auf eine Idealisierung der "Jugoslawischen Selbstverwaltung" anstatt die ökonomische und technologische Basis dieser "Verdrehung" in der Praxis zu studieren und zwar auf der Ebene des Betriebes UND auf der Ebene des Staates.

53 So wie die Grundrechte, die durch die Revolution von 1789-94 für immer erworben wurden, so kann weder die nationale politische Souveränität der Bürger, veräußert werden, noch kann aus einem Vertrag Sklaverei entstehen. Genauso sollten die verstaatlichten Unternehmen unveräußerlich sein.

bilität mit kapitalistischer Konkurrenz und deren Nachteilen. Flexibilität und Effektivität der Verwaltung können auch nicht für eine Autonomie der Verwaltung stehen, die die nationalen Ökonomischen Gesetzmäßigkeiten mißachtet. Das gibt es nirgendwo und das wäre anarchistischer als die Konkurrenz im staatsmonopolistischen Kapitalismus. In Wirklichkeit muß sich die autonome demokratische Verwaltung der verstaatlichten Betriebe und ihrer Abteilungen in den Rahmen einfügen der durch die demokratische Verwaltung und den demokratischen Plan gesetzt ist, die beide unter Mitwirkung aller Werktätigen auf nationaler Ebene erstellt wird. Gesetzmäßigkeiten der Verwaltung, Planung und Politik der Wirtschaft, die demokratisch beschlossen werden, bestimmen die Bedingungen in denen sich die Verwaltung und die Eigeninitiativen der Betriebe, ihrer Abteilungen, der Organisationen der Werktätigen und der Individuen sich entwickeln können. Das gilt auch für alle Aktivitäten die außerhalb der materiellen Produktion ablaufen.

Von dem Beginn der fortschrittlichen Demokratie an – wenn unter der Beteiligung der Bevölkerung die notwendigen vorläufigen Maßnahmen durchgeführt worden sind, besonders die Preiskontrolle, die Kontrolle des Kredits und der Kapitalbewegung und auch die Rechte der Arbeiter und ihrer Organisationen in den Betrieben gesichert sind – wird die Untrennbarkeit von Demokratie und der wissenschaftlichen Unerbittlichkeit der Planung in der Praxis offenbar werden. Zum Beispiel könnte man eine erste öffentliche Bestandsaufnahme der ökonomischen und sozialen Lage in Frankreich erstellen, um so der Geheimniskrämerei der Unternehmen und Verwaltungen ein Ende zu bereiten. In Verbindung mit dieser Gesamtbilanz könnte eine nationale Diskussion und Aussprache in allen Bereichen des Lebens stattfinden, die die Verwirklichung des beschlossenen Kampfprogrammes und der gewählten Regierungsform zum Ziel hat, und die Grundlage für einen ersten demokratischen Plan legt.

Nicht allein der erste Plan muß sich in einen langfristigen Plan für die Zukunft einordnen; denn er wird sofort alle Probleme bezüglich der Prinzipien und Kriterien der Planung nach den neuen Gesetzmäßigkeiten der Verwaltung der Wirtschaft auf die Tagesordnung setzen. Sicher kann man zurecht annehmen, daß in der ersten Etappe der fortschrittlichen Demokratie die Formulierung der detaillierten sozialen Ziele aus der Kritik an den alten Zuständen in der Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus in unserem Land erwachsen wird, einer Kritik die zu den großen nationalen Forderungen geführt hatte, die im Programm der Regierung einen wichtigen Platz einnehmen. Und auch der Gebrauch der neuen Möglichkeiten wird vor allem durch die Kritik an der früheren Verschwendung und Unterdrükkung bestimmt. Die politische Macht der Werktätigen und anderen demokratischen Kräfte, sowie die neuen Verstaatlichungen im Finanzwesen und in der Industrie erlauben nicht nur eine ökonomische Prioritätensetzung und die Freisetzung der Mittel, die dafür notwendig sind, sondern auch den demokratischen Gebrauch der großen Instrumente der Wirtschaftspolitik, der Planung und Verwaltung die bereits lange bestehen, da sie sich jetzt auf das Wissen und das Eingreifen der Werktätigen *in allen Bereichen* verlassen kann, wenn ökonomische Entscheidungen gefällt, kontrolliert und durchgeführt werden müssen.

Gleichzeitig stellt sich von Anfang an das Problem der Umorientierung dieser Instrumente. Genauer gesagt: Die Probleme der nationalen Planung und der Regulierung der Verwaltung der verstaatlichten Unternehmen werfen das übergeordnete Problem, die Frage nach den Grundsätzen einer *ökonomischen Gesamtregulierung** auf. Je weiter wir uns vom Beginn

* Ökonomische Gesamtregulation übersetzt aus "regulation economique d'ensemble" (bedeutet: staatliche Gesamtplanung, wobei das staatliche aber nicht so wichtig wie das Übergreifende Moment ist, das Übergeordnetsein über die Interessen der einzelnen Betriebe etc.). – Anm. d. Übersetzers.

der Etappe entfernen, umso mehr wird dieses Problem an Bedeutung gewinnen. Denn es ist unmöglich die demokratischen Hoffnungen der Massen zu enttäuschen und in dogmatischer Beschränktheit die Bedeutung dieses Problems zu übersehen, oder sich sogar einen eklektizistischen Kompromiß mit der vom staatsmonopolistischen Kapitalismus übernommenen Planung und Verwaltung vorzustellen, oder aber einfach ausländische Modelle einzuführen. Im Gegenteil, es scheint notwendig, eine neue theoretische Ausarbeitung zu erstellen, die sich auf die ökonomischen Gesetze stützt, die durch die historische Erfahrung bestätigt sind und ausgeht von unseren hiesigen Bedingungen. Diese würde es erlauben, sich systematisch und konsequent mit den rechten Technokraten und den linken Utopisten auseinanderzusetzen. Die Technokratie stellt sich vor, daß es ausreiche, die heutigen Techniken der politischen Ökonomie der Verwaltung und Planung für andere Ziele zu benutzen, oder sie geringfügig zu verbessern und zu perfektionieren, ohne daß fundamentale Änderungen notwendig seien. Das ist nicht richtig. Derartige Veränderungen, die sich gegen die Diktatur des Profits und der Akkumulation des Monopolkapitals richten, werden die wirkliche Beteiligung der Massen auf wissenschaftlicher Grundlage möglich machen und tragen deshalb dazu bei, eine Etappe wirklich erneuerter Demokratie in ökonomischer, politischer und kultureller Hinsicht zu schaffen – in einem Prozeß revolutionärer Veränderungen, die zum Sozialismus führen. Sie würde es auch erlauben, den linken Utopismus zurückzudrängen, der sich in den Mythos der "Selbstverwaltung" der Betriebe oder in einen Voluntarismus flüchtet, der die Existenz objektiver ökonomischer Gesetze und allgemeiner Erfahrungen nicht zur Kenntnis nimmt und die Probleme der ökonomischen Gesamtregulation nicht erkennen kann.

Deshalb wird von jetzt ab das Problem der ökonomischen Gesamtregulation der fortschrittlichen Demokratie, als der Phase des Überganges zum Sozialismus intensiv erforscht werden. Diese Arbeit geschieht gleichzeitig mit der Analyse der Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus und der Kritik an den "Reformen", die vom monopolistischen Staat durchgeführt werden. Sie ist eine Voraussetzung für bereits begonnene Projekte, die die konkrete Anwendung unseres vorgelegten Kampf- und Regierungsprogrammes betreffen (54), in der Vorbereitung einer wirklich erneuerten Demokratie, die den Weg zum Sozialismus öffnet.

54 Der Parteienpluralismus und der weltliche Charakter des Staates der fortschrittlichen Demokratie hindern nicht sondern fördern die Einheitlichkeit der demokratischen Parteien, nicht nur in Bezug auf das politische Programm, sondern auch in Bezug auf die Prinzipien der Planung. Genauso fördern sie die Ausarbeitung und demokratische Anwendung von fortschrittlichen Veränderungen auf der Basis einer wissenschaftlichen Analyse, begründet auf der marxistischen Theorie.

SOPO 14/15

M. Boni, B. Güther, G. Wilbert: Materialien zur Analyse der antagonistischen Distributionsverhältnisse in der BRD / G. Krause: Zur Kritik einer Variante bürgerlicher Monopoltheorie / J. Bischoff: Zu einigen Grundfragen revolutionärer Taktik / W. Roth: Zur aktuellen Situation der italienischen Gewerkschaftsbewegung / T. Scheffler: Zur Frage der friedlichen Koexistenz / Bericht: Aufgaben der Gesellschaftswissenschaften im Sozialismus / Projekt Klassenanalyse: Zur Kritik der 'Sozialstaatsillusion' (SOPO 6/7) / P. Hess: Zum staatsmonopolistischen Kapitalismus / J. Menschik: Zur politischen Soziologie des Arbeiterbewußtseins / H. May: Zur Diskussion über Fragen der Mitbestimmung / V. Gransow: Zur Geschichte der KPdSU / Autorenkollektiv: Systemvergleich BRD-DDR.

Internationale Konzerne und Arbeiterklasse

Dokumente – Statistiken – Analysen

Band 2 der Reihe Arbeitsmaterialien des IMSF, Frankfurt/Main 1972, VI und 443 Seiten, Format DIN A4, Preis DM 15,–

Mit der Reihe "Arbeitsmaterialien des IMSF" will das Institut für Marxistische Studien und Forschungen einem größeren Interessentenkreis wissenschaftliches Grundmaterial zum jeweiligen Thema zugänglich machen. Es handelt sich dabei in der Regel um Grundmaterial (Konferenzdokumente, Reden, statistische Materialien, Aufsätze, Artikel, Interviews usw. aus deutschen und ausländischen Quellen) zu Themen, die im IMSF bearbeitet wurden oder werden. Die der vorliegenden Veröffentlichung bzw. Übersetzung zugrundeliegende Quelle wird am Schluß des jeweiligen Dokuments angegeben.

Der vorliegende Band enthält, nach Themenkreisen geordnet, folgende Schwerpunkte:

1. Dokumente und Materialien einer Konferenz kommunistischer Parteien der kapitalistischen Länder Europas zum Thema: Der Kampf der Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder Europas angesichts der Entwicklung der internationalen Konzerne, London 11.-13. Januar 1971
2. Materialien und Dokumente aus internationalen und nationalen Gewerkschaftsverbänden
3. Statistische Übersichten, sonstige Dokumente
4. Analysen zum internationalen Konzern
5. Bibliographische Angaben

Probleme des Klassenkampfes und des Kampfes um gewerkschaftliche Einheit in Italien

Dokumente – Statistiken – Analysen

Band 3 der Reihe Arbeitsmaterialien des IMSF, Frankfurt/Main 1972, VI und 380 Seiten, Format DIN A4, Preis DM 15,–. Erscheint in Kürze

Der vorliegende Band enthält, nach Themen geordnet, folgende Schwerpunkte:

1. Die politisch-ökonomische gesamtgesellschaftliche Situation Italiens seit 1969 (Beiträge von Amendola, Napolitano und Berlinguer, 1971).
2. Probleme und Aspekte der italienischen Gewerkschaftsbewegung (Dokumente der CGIL, FIOM-CGIL und CISL).
3. Zum Kampf um die Gewerkschaftseinheit (Dokumente und Aufsätze).
4. Statut der Rechte der Arbeitnehmer
5. Anhang (Interviews, Statistiken, Bibliographie).
6. Nachtrag: Eröffnungsrede von Berlinguer auf dem XIII. Parteitag der PCI

**Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF),
D 6000 Frankfurt/Main 1, Liebigstraße 6, Tel. 06 11/72 49 14**

Kurzanalysen, Berichte

Analyse der italienischen Parlamentswahlen

> Und wenn das allgemeine Wahlrecht keinen anderen Gewinn geboten hätte, als ... das es uns genau unterrichtete über unsere eigene Stärke wie über die aller gegnerischen Parteien und uns dadurch einen Maßstab für die Proportionierung unserer Aktionen lieferte, wie es keinen zweiten gibt – uns vor unzeitiger Zaghaftigkeit ebenso sehr bewahrte wie vor unzeitiger Tollkühnheit –, wenn das der einzige Gewinn wäre, den wir vom Stimmrecht haben, dann wäre es schon über und über genug. Aber es hat noch viel mehr getan. In der Wahlagitation lieferte es uns ein Mittel, wie es kein zweites gibt, um mit den Volksmassen da, wo sie uns noch ferne stehen, in Berührung zu kommen, alle Parteien zu zwingen, ihre Ansichten und Handlungen unseren Handlungen gegenüber vor dem Volk zu verteidigen; und dazu eröffnete es unseren Vertretern im Reichstag eine Tribüne, von der herab sie mit ganz anderer Autorität und Freiheit zu ihrem Gegner im Parlament wie zu den Massen draußen sprechen konnten als in der Presse und in Versammlungen.
>
> Friedrich Engels: "Einleitung" zu: Karl Marx: "Die Klassenkämpfe in Frankreich 1948-1950", MEW 22, S. 519.

Allgemeine Wahlen und Wahlkämpfe sind in den kapitalistischen Ländern mit parlamentarisch-demokratischer Verfassung eine wichtige Form der Klassenauseinandersetzungen. Denn sie bieten für die Arbeiterbewegung eine Möglichkeit, Veränderungen im Kräfteverhältnis zwischen der arbeitenden Bevölkerung und der herrschenden Klasse auf die staatliche, bzw. gesamtgesellschaftliche Ebene zu übertragen und dadurch wiederum verbesserte Kampfbedingungen für die demokratischen und sozialistischen Kräfte in den übrigen gesellschaftlichen Bereichen zu schaffen. Natürlich enthalten Wahlen diese Möglichkeit niemals im gleichen Ausmaß. Ob es der Arbeiterbewegung gelingt, das politische Kräfteverhältnis auch nur geringfügig zu ihren Gunsten zu verschieben, hängt von einer Vielzahl verschiedener Faktoren ab: Zu allererst davon, ob und in welchem Umfang es den politischen Kräften der Arbeiterklasse gelingt, eine für die Bevölkerung überzeugende Alternative zum bestehenden Gesellschaftssystem einschließlich der konkreten Schritte zu seiner Veränderung zu entwickeln und dafür immer größere Teile des Volkes zu gewinnen. Diese Fähigkeit selbst wird aber weniger vom persönlichen Geschick der einzelnen Parteiführungen als von objektiven ökonomischen und sozialen Entwicklungen bestimmt, die ihrerseits wieder Gegenstand ständiger Auseinandersetzungen zwischen den antagonistischen Klassen und nicht zuletzt des ökonomischen und politischen Kalküls der herrschenden Klasse sind.

In das komplizierte Geflecht sich gegenseitig bedingender und beeinflussender Faktoren, in denen sich das Kräfteverhältnis zwischen den Klassen in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen ausdrückt, bringen die Wahlergebnisse ein Moment der Objektivierung und Verallgemeinerung. Sie können damit trotz aller sonstigen Unterschiede zu den Kampfbedingungen der deutschen Arbeiterklasse in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts auch heute noch "einen Maßstab für die Proportionierung unserer Aktion" liefern. Dies allein macht sie zu einem Gegenstand von höchstem Interesse, zumal dann

wenn sich, wie jetzt in Italien, in der Periode zwischen den allgemeinen Wahlen Klassenkämpfe mit einer seit Jahrzehnten unbekannten Intensität ereignet haben. Aber darin erschöpft sich die Bedeutung der Wahlen nicht. In dem Maße, in dem es die nationalen Besonderheiten und die internationale Situation der Arbeiterbewegung eines Landes erlauben, der herrschenden Klasse den Kampf um die Macht in demokratischen Formen aufzuzwingen und damit die Möglichkeit besteht, "den Weg zum Sozialismus auf demokratischer, pluralistischer und freiheitlicher Basis" einzuschlagen – so der Sozialist Allende (1) –, "in der Demokratie und im Frieden zum Sozialismus" zu gelangen – so der Kommunist Togliatti (2) –, in dem Maße wird der Kampf um die Erringung einer allgemeinen in Wahlen ausgewiesenen Bevölkerungsmehrheit zu einem wesentlichen Teil des politischen Kampfes der Arbeiterklasse. Stärker als in zahlreichen anderen kapitalistischen Ländern gilt dies für das heutige Italien, in dem die demokratischen Strukturen aus dem bewaffneten Kampf des Volkes gegen den Faschismus und die deutsche Besetzung hervorgegangen sind und in dem es die Organisation der Arbeiterbewegung in besonderem Maße verstanden haben den Charakter der demokratischen Einrichtungen als Errungenschaft dieses Befreiungskampfes im Bewußtsein der arbeitenden Bevölkerung zu verbreiten.

Die spezifischen Bedingungen der Klassenkämpfe in Italien haben dort zur Herausbildung eines Parteiensystems geführt, daß in sehr differenzierter Weise die ökonomischen und sozialen Interessen der antagonistischen Klassen, ebenso wie der verschiedenen gesellschaftlichen Schichten widerspiegelt. Trotz einschneidender sozial-struktureller Veränderungen, die den Industrialisierungsprozeß in den vergangenen dreißig Jahren begleitet haben, ist dieses Parteiensystem durch ein überraschendes Maß an Kontinuität gekennzeichnet. Erbitterte soziale Auseinandersetzungen fanden anschließend nur in verhältnismäßig geringen Verschiebungen des Stimmenanteils der einzelnen Parteien ihren Niederschlag. Selbst einschneidende Veränderungen in der politischen Orientierung des Landes, wie beispielsweise 1947 die Bildung der Zentrumskoalition de Gasperis unter Ausschluß von Sozialisten und Kommunisten, ließen sich äußerlich auf den schlichten Austausch von Koalitionspartnern durch die Democrazia cristiana (DC) reduzieren. Die Tragweite der Ergebnisse bei den vorgezogenen Parlamentswahlen vom Mai 1972 – Erfolg oder Mißerfolg bestimmter Parteien und der mit ihnen verbundenen politischen Konzeptionen, neue Zuordnung der Parteien untereinander – wird deshalb erst durch einen Vergleich mit den vorangegangenen Wahlergebnissen in den fünfziger und sechziger Jahren verständlich. Dabei kann im Rahmen einer solchen Wahlanalyse nicht die Gesamtentwicklung der italienischen Klassenkämpfe nach 1945, sondern nur ein einzelner, wenngleich wichtiger Aspekt dieser Auseinandersetzungen – der Ausdruck der jeweiligen politischen Kräfteverhältnisse in den Parlamentswahlen – und auch dieser nur in seinen Haupttendenzen behandelt werden.

I. Die italienische Nachkriegsentwicklung anhand der Ergebnisse zu den Parlamentswahlen

Die folgende Tabelle beschränkt sich auf die Wahlergebnisse für die Abgeordnetenkammer; die Angaben für 1946 beziehen sich auf die Wahlen zur verfassungsgebenden

1 "Wofür wir gesiegt haben", Antrittsrede vom 5. November 1970, in: Salvador Allende: CHILES WEG ZUM SOZIALISMUS, Wuppertal 1972, S. 18.

2 Palniro Togliatti: NELLA DEMOCRAZIA E NELLA PACE VERSO IL SOCIALISMO; Reden auf dem 8., 9. und 10. Parteikongreß der PCI, Rom 1963.

Versammlung. Die Wahlbeteiligung war jedesmal extrem hoch: zwischen 92,2% 1948 und 93,8% 1958. Das liegt sicher nur teilweise an der in Italien bestehenden Wahlpflicht (3), deren Verletzung ohnehin keine Sanktionen nach sich zieht. Überwiegend drückt sich darin der hohe Politisierungsgrad der Wahlen, aber auch die Verankerung der demokratischen Institutionen in der Bevölkerung aus.

Tabelle 1 Stimmenanteil der Parteien bei den Parlamentswahlen (in %)

Parteien (4)	1946	1948	1953	1958	1963	1968
PCI	18,9		22,6	22,7	25,3	26,9
PSIUP	–	31,0	–	–	–	4,5
PSI	20,7		12,7	14,2	13,8	14,5
PSDI	–	7,1	4,5	4,5	6,1	
DC	35,2	48,5	40,1	42,4	38,3	39,1
PRI	4,4	3,5	1,6	1,4	1,4	2,0
PLI	2,8	3,8	3,0	3,5	7,0	5,8
PNM/PDIUM	6,8	2,8	6,9	4,9	1,7	1,4
USI	(5,3)	2,0	5,8	4,8	5,1	4,4
Andere	5,9	2,3	2,8	1,6	1,3	1,4
insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Giuseppe Mammarella: "L'Italia dopo il fascismo 1943-68"; Bologna 1970, S. 414/417.

Die ersten Nachkriegsjahre in Italien sind durch die Zusammenarbeit der drei großen antifaschistischen Massenparteien, Christdemokraten, Sozialisten und Kommunisten gekennzeichnet. Diese Zusammenarbeit hatte sich seit 1943 in den Übergangsregierungen nach dem Sturz Mussolinis, im Kampf gegen die deutsche Besetzung und Mussolinis Republik von Salo, in den Komitees für die Befreiung der Nation, die 1945 zum bewaffneten Aufstand gegen die deutschen Truppen aufriefen, und in der schon 1943 neugegründeten Einheitsgewerkschaft CGIL (Confederazione italiana del lavoro) herausgebildet. Das Bündnis der drei Parteien, die jeweils breite Schichten der italienischen Bevölkerung und zugleich die verschiedenen politischen Strömungen der Arbeiterbewegung vertraten, schien die beste Gewähr dafür zu bieten, daß die 1946 gegründete Republik Italien zu einer umfassenden demokratischen Erneuerung des Landes führen werde, die neben den politischen Erscheinungsformen des Faschismus auch seine ökonomischen Ursachen, die Macht der Monopole und der Feudalherren Süditaliens, beseitigen würde. Dieses Ziel bestimmte, wenn auch mit unterschiedlicher Klarheit, die ersten Programme und Wahlaufrufe aller drei Parteien. Daß es von der großen Mehrheit des Volkes unter-

3 So Klaus von Beyme: DAS POLITISCHE SYSTEM ITALIENS, Köln 1970, S. 106.

4 PCI: Italienische kommunistische Partei; PSIUP: Sozialproletarier seit 1964; PSI: sozialistische Partei; PSDI: sozialdemokratische Partei; DC: Christdemokraten; PRI: Republikaner; PLI: Liberale; PNM/PDIUM: Monarchisten; MSI: Neofaschisten.

stützt wurde, zeigten 1946 die Ergebnisse der Wahlen zur verfassung-gebenden Versammlung, in der diese Parteien zusammen annähernd 75% der Stimmen erhielten.

Schon bald erwies sich aber, daß die Christdemokraten unter Führung de Gasperis nicht bereit waren, die von Sozialisten und Kommunisten immer stärker geforderten Maßnahmen zur Demokratisierung der Wirtschaft zuzulassen. Statt dessen traten sie unter tatkräftiger Unterstützung der Amerikaner mit zunehmender Offenheit für die Wiederherstellung der überkommenen ökonomischen Strukturen ein. Zwar konnten die beiden Arbeiterparteien bei der Ausarbeitung der Verfassung, mit der Errichtung von Betriebsräten und von paritätischen Verwaltungsräten in den großen Unternehmen und dem Verbot willkürlicher Kündigungen noch eine Reihe ihrer Vorstellungen durchsetzen; alle weitergehenden Pläne für den Wiederaufbau der Wirtschaft unter demokratischer gesellschaftlicher Leitung scheiterten jedoch am Widerstand der DC. Im Zeichen des beginnenden Kalten Krieges konnte es de Gasperi im Juni 1947 riskieren, die sozialistischen und kommunistischen Minister von der Regierung auszuschließen. Anlaß hierfür bot ihm die Abspaltung des rechten Parteiflügels der Sozialisten, der späteren sozialdemokratischen Partei (PSDI) um Saragat, die jede Zusammenarbeit mit den Kommunisten ablehnte und damit eine erhebliche Schwächung der Linken herbeiführte. Bei den ersten regulären Parlamentswahlen am 18. April schlossen sich daraufhin die beiden Oppositionsparteien PSI und PCI zu einheitlichen Wahllisten der "Demokratischen Volksfront" zusammen. Mit einem maßlosen antikommunistischen Kreuzzug, der sich in düsteren Prognosen über die angeblich bevorstehende "Bolschewisierung Italiens" erging, gelang es jedoch de Gasperi, der Arbeiterbewegung eine schwere Niederlage beizubringen. Die DC erzielte die besten Wahlergebnisse ihrer Geschichte: 48,5% der Stimmen und die absolute Mehrheit der Parlamentssitze. Sozialisten und Kommunisten gingen von annähernd 40% der Mandate in der verfassungsgebenden Versammlung auf 31% zurück. Die meisten der verlorenen Stimmen gingen an die abgespaltenen rechten Sozialdemokraten, die mit einem Stimmenanteil von 7,1% ebenfalls ihr höchstes Wahlergebnis überhaupt erreichten. Als Folge seines Wahlsiegs konnte de Gasperi jetzt die lange angestrebte Regierungskoalition zwischen DC und den sogenannten "Demokratischen Rechtsparteien", Republikanern und Liberalen, herstellen, eine Koalition zu der als vierte Partei bald die PSDI hinzukam. Diese vier Parteien, DC, PRI, PLI und PSDI, auch "Zentristische Viererkoalition" genannt, setzten in den folgenden Jahren gegen den erbitterten Widerstand der Arbeiterbewegung endgültig die kapitalistische Restauration und den Anschluß Italiens an die NATO unter Vorherrschaft der Vereinigten Staaten durch (5). Genau die gleiche "Zentristische Koalition" soll dem Lande heute unter wesentlich veränderten Kräfteverhältnissen zwischen den Klassen als die angeblich einzige Alternative zur "Mitte-Links-Koalition" von den Rechtskräften aufgezogen werden.

Die Wahlniederlage vom April 1948 war nur der Auftakt zu einer Reihe weiterer Rückschläge für die italienische Arbeiterbewegung. In der PSI, die im neuen Parlament nur noch 40 Sitze erhalten hatte, verloren die Linken um Basso, Morandi und Nenni vorübergehend die Mehrheit, teilweise kam es zu Massenaustritten aus der Partei. Im Juli 1948

5 An zusammenfassenden Darstellungen dieser Periode vgl. Mammarella a.a.O., und Norman Kogan: L'ITALIA DEL DOPOGUERRA, Storia Politica dal 1945 al 1966, Bari 1972; zur Politik der Arbeiterparteien während der Regierungsbeteiligung vgl. Aldo Agosti, Rodolfo Morandi: IL PENSIERO E L'AZIONE POLITICA, Bari 1971, S. 414 ff. Gian Carlo Pajetta: "Dalla liberazione alla repubblica Le scelte del PCI fino al passaggio all' opposizione"; in: PROBLEMI DI STORIA DEL PCI, Rom 1971, S. 85 ff.

nutzten die christdemokratischen Gewerkschaften den von der CGIL unterstützten Generalstreik aus Protest gegen das Attentat auf Togliatti, um unter dem Vorwand, politische Streiks generell abzulehnen, die Einheitsgewerkschaft zu spalten. Wenig später verließen auch die sozialdemokratisch orientierten Gewerkschafter die CGIL. Anfang 1950 konstituierten sich offiziell der katholische Gewerkschaftsbund CISL (Confederazione italiana dei sindacati lavoratori) und die von den Sozialdemokraten und Republikanern getragene UIL (Unione italiana dei lavoratori), während Sozialisten und Kommunisten in der CGIL als nach wie vor größtem Gewerkschaftsverband blieben. Da sich die drei Gewerkschaften in den folgenden Jahren untereinander heftig bekämpften, war eine empfindliche Schwächung ihres betrieblichen und gesellschaftlichen Einflusses unvermeidlich (6).

Obwohl alle diese Faktoren dazu beitragen, die Arbeiterbewegung in Italien wie zur gleichen Zeit in fast allen westeuropäischen Ländern auf Jahre hinaus in die Defensive zu drängen, wurden die verheerenden Folgen der monopolorientierten Politik de Gasperis für die Lage der Lohnabhängigen nur zu bald unübersehbar: Jahrelang annähernd zwei Millionen Arbeitslose (1957 noch 1,5 Millionen), faktischer Stopp der Reallöhne, immer stärkeres Zurückbleiben Süditaliens, Verhinderung jeder wirksamen Agrarreform (7). Das führte schließlich auch zu einer Konsolidierung der Arbeiterparteien und zur Krise des "Cemtrismo", wie es sich insbesondere am Ergebnis der Parlamentswahlen 1953 zeigte. Die Wahlkampagne stand überwiegend im Zeichen des Kampfes gegen das "Betrugs-Gesetz" ("legge truffa"), wie das von de Gasperi nur wenige Monate vor den Wahlen durchgepeitschte Gesetz zur Änderung des Wahlrechts selbst von Teilen der Regierungskoalition genannt wurde. Das Gesetz bestimmte, daß jede Listenverbindung von Parteien, für die zusammen mehr als 50% der Stimmen abgegeben wurden, mindestens 65% der Parlamentssitze erhalten sollte. Die parlamentarische Opposition wäre damit von vornherein zur Bedeutungslosigkeit verurteilt worden. Das Gesetz war offensichtlich auf die Bedürfnisse der vier "Zentrums"-Parteien zugeschnitten, die 1948 zusammengenommen 61,9% der Stimmen erhalten hatten und deshalb bei den Wahlen vom Juni 1953 mühelos mehr als 50% der Stimmen zu erhalten hofften. Das Ergebnis kam anders. Sozialisten und Kommunisten, die auf getrennten Listen kandidierten, ansonsten aber weiter eng zusammen arbeiteten, konnten ihre Position wesentlich verbessern (Zunahme um zusammen 4,3% gegenüber 1948). Allerdings verzeichneten auch die extremen Rechtsparteien, Monarchisten und Neofaschisten große Stimmengewinne; zusammen erreichten sie 12,7%. Die vier Regierungsparteien des Zentrums (DC, PLI, PRI, PSDI) aber verfehlten durch einen für italienische Verhältnisse einmalig starken Stimmenverlust die angestrebte 50% Marke um 0,8% (8). Das umstrittene Wahlrechtsgesetz mußte bald darauf von den Regierungsparteien selbst wieder aufgehoben werden.

6 Aus der zahlreichen Literatur über die Gewerkschaftsspaltung sei hier nur auf: Giorgio Candeloro: IL MOVIMENTO SINDACALE IN ITALIA, Rom 1950, S. 164 ff. und David Horowitz: STORIA DEL MOVIMENTO SINDACALE IN ITALIA, Bologna, 2. Aufl. 1970, S. 397 ff. verwiesen.

7 Zur ökonomischen Entwicklung Italiens in den fünfziger Jahren vgl. insbesondere Enrico Caperdoni: LO SVILUPPO ITALIANO DEL DOPOGUERRA, Padua 1968. 1968.

8 Nach Abzug von 2,3% der Stimmen für Parteien, die nicht das erforderliche Stimmenquorum für einen Parlamentssitz erhielten, fehlten den Regierungsparteien sogar nur 57.000 oder 0,15% der Stimmen, um eine Anwendung des "Betrugs-Gesetzes" zu erreichen; Mammarella, a.a.O., S. 242.

Die Bedeutung dieses Ergebnisses, das nach einem der erbittersten Wahlkämpfe, die Italien je erlebt hat, zustande kam, ging weit über die Parlamentswahlen von 1953 hinaus. Gerade angesichts der Versuche, nach den Parlamentswahlen vom 7./8. Mai 1972 die alte Zentrumskoalition de Gasperis wiederherzustellen, muß auf das Ergebnis von 1953 verwiesen werden. Seit jenen Wahlen war es klar, daß eine Regierung unter Ausschluß der beiden großen Arbeiterparteien, Kommunisten und Sozialisten, nicht gebildet werden konnte – es sei denn man akzeptierte in offener oder verdeckter Form das Bündnis mit den Neofaschisten und Monarchisten. An dieser Situation hat sich bis heute nichts verändert. Selbst wenn wie 1958 – oder eben auch 1972 – eine knappe numerische Mehrheit für die Zentrumsparteien zustande kam, fehlte ihr die Geschlossenheit, um ohne Anleihe bei den Faschisten regieren zu können.

Es hat in den Jahren von 1953 bis 1960 nicht an Versuchen von seiten der Parteien des Zentrums gefehlt, allen antifaschistischen Bekenntnissen zum Trotz die Unterstützung der MSI auf dem einen oder anderen Umweg in Anspruch zu nehmen. Im Juli 1960 zwangen erst mehrtägige Generalstreiks gegen den neofaschistischen Parteikongreß in Genua die Regierung Tambroni, die nur durch die Stimmen der MSI eine parlamentarische Mehrheit erhalten hatte, zum Rücktritt. Bei dieser wie bei anderen Gelegenheiten war es nur dem entschlossenen Auftreten aller demokratischen Kräfte zu verdanken, daß die antifaschistische Gesinnung der christdemokratischen Parteiführung und ihrer zentristischen Koalitionspartner zumindest äußerlich gerettet wurde. Dennoch mußte sich seit der Wahlniederlage von 1953 und dem Abtritt de Gasperis bald danach die Hauptaufmerksamkeit der Christdemokraten darauf richten, die Regierung durch eine möglichst begrenzte Öffnung nach Links abzusichern. Hierzu bot sich die vom linken Flügel der DC, damals um Fanfani, seit geraumer Zeit propagierte Zusammenarbeit mit den Sozialisten an, die dann als "Mitte-Links-Koalition" (Centro sinistra) die Regierungen Italiens in den sechziger Jahren bestimmen sollte.

Die verschiedenen Etappen der gegenseitigen Annäherung, in dem sich die neue Regierungskoalition zwischen Christdemokraten, Sozialisten, Sozialdemokraten und Republikanern (unter Ausschluß der rechtsstehenden Liberalen) herausbildete, können an dieser Stelle nicht im einzelnen behandelt werden. (9) Im Mittelpunkt dieses Prozesses, der bis zum Zustandekommen der ersten Mitte-Links-Regierung unter direkter Beteiligung der Sozialisten (November 1963) mehr als zehn Jahre benötigte, stand die schrittweise Integration der PSI in das staatsmonopolistische Regierungssystem. Die damit verbundene Aufkündigung des bisherigen Aktionsbündnisses zwischen Kommunisten und Sozialisten schien sich eine zeitlang durch die innere Krise der PCI – ausgelöst vom zwanzigsten Parteitag der KPdSU und den Ereignissen in Ungarn – für die Sozialisten auszuzahlen. Tatsächlich verzeichnete die PSI bei den Wahlen 1958 einen Stimmenzuwachs (um 1,5%), während der Anteil der kommunistischen Partei stagnierte. Dennoch blieb die PCI unangefochten die größte Partei der Arbeiterbewegung; die nach 1956 unter Führung Togliattis vollzogene Weiterentwicklung des "italienischen Wegs zum Sozialismus", die mit einer stärkeren Betonung der Unabhängigkeit der Partei im internationalen Bereich zusammenfiel, bildete später sogar eine der wesentlichen Ursachen für die bis heute anhaltenden Erfolge der kommunistischen Partei. (10)

9 Vgl. dazu besonders Oreste Lizzadri: IL SOCIALISMO ITALIANO DAL FRONTISMO AL CENTRO-SINISTRA, Rom 1969 und Giuseppe Tamburrano: STORIA, E CRONACA DEL CENTRO-SINISTRA, Mailand 1971.

10 Vgl. Palmiro Togliatti: "Pro memoria sulle questioni del movimento operaio internazionale e della sua unita"; RINASCITA, 5. Sept. 1964 Pietro Ingrao: "Il XX Congresso del PCUS e l'VIII Congresso del PCI"; in: PROBLEMI DI STORIA DEL PCI, a.a.O., S. 131 ff.

Die Bereitschaft der PSI zur zunehmenden Preisgabe ihrer bisherigen Klassenpositionen entwickelte sich nicht zuletzt vor dem Hintergrund des sogenannten italienischen "Wirtschaftswunders" Ende der fünfziger, Anfang der sechziger Jahre. Mehrere Jahre lang erzielte Italien die bei weitem höchsten Zuwachsraten der Industrieproduktion und des Bruttosozialprodukts unter allen westeuropäischen Ländern; erstmals schien ein Zustand der Vollbeschäftigung erreicht zu sein. Bei einem im westeuropäischen Maßstab ausreichend hohen Beschäftigtenanteil an der Gesamtbevölkerung (42-43%) sank die Zahl der offiziell ausgewiesenen Arbeitslosen bis auf reichlich 500.000 (1962/63). Mit erheblichem Abstand zur Produktivitätssteigerung nahm jetzt auch die Höhe der Reallöhne deutlich spürbar zu. Gleichzeitig konnten die Gewerkschaften ihre Verhandlungsposition in den Tarifauseinandersetzungen verbessern. Als neue Kampfform kam es zunehmend zu Tarifkonflikten auf Betriebs- oder Unternehmensebene, in denen die Gewerkschaften ihre Forderungen sehr viel direkter auf die jeweilige betriebliche Situation abstellen konnten. Im Verlauf dieser Fabrikkämpfe bildete sich oft eine Annäherung zwischen den bisher verfeindeten Richtungsgewerkschaften heraus; erste Ansätze zur gewerkschaftlichen Aktionseinheit wurden erprobt. Alle diese Faktoren, die das Fortbestehen, ja die Verschärfung der ungelösten ökonomischen Strukturprobleme vorübergehend in den Hintergrund treten ließen, trugen zu einem guten Teil dazu bei, daß sich bei den Sozialisten, aber auch im linken Flügel der DC die reformistische Vorstellung einer unbegrenzten Entwicklungsfähigkeit des italienischen Kapitalismus durchsetzte (11).

Das Regierungsprogramm, auf das sich die Mitte-Links-Parteien im März 1962 (noch ohne direkte Regierungsbeteiligung der Sozialisten) einigten, bestand im wesentlichen aus folgenden Punkten: Nationalisierung der Elektrizitätswerke, Ausweitung der öffentlichen Wirtschaftsplanung, Autonomie der Regionen unter Anwendung der entsprechenden Verfassungsvorschriften, Agrarreform und Wirtschaftshilfe für die Landwirtschaft, Demokratisierung und Ausbau von Schulen und Hochschulen. Alle diese Maßnahmen standen unter dem Vorbehalt, daß sie ausschließlich von den Parteien des Centro-sinistra, DC, PSI, PSDI, PRI, verwirklicht würden, was praktisch jede Zusammenarbeit von Sozialisten und Kommunisten verhindern sollte. Von Anfang an war abzusehen, daß die fortschrittlichen Zielsetzungen der Mitte-Links-Koalition an dieser Bedingung scheitern mußten. Innerhalb der Koalition hatten die eindeutig prokapitalistischen Kräfte jederzeit die Mehrheit. Als die Rezession 1963/65 weitergehende Strukturreformen gegen die Großunternehmen und die mit ihnen verbundene parasitäre Oberschicht erforderlich gemacht hätte, verhinderte diese Mehrheit selbst die konsequente Anwendung der zuvor beschlossenen Reformmaßnahmen. So wurde die Wirtschaftskrise einmal mehr auf dem Rücken der Lohnabhängigen ausgetragen (Beschäftigungsrückgang um 1 Million von 1961 bis 1965, Stagnieren der Reallöhne, Intensivierung der Arbeit). (12)

Das Ergebnis der Parlamentswahlen vom April 1963 ließ noch kein sicheres Urteil über den Rückhalt des neuen Regierungsbündnisses in der Bevölkerung zu. Das seit Jahren diskutierte Vorhaben der "Öffnung nach Links" war zu diesem Zeitpunkt noch nicht über das Stadium von Parteiabsprachen hinaus zur gemeinsamen Regierungsbildung unter Einbeziehung der Sozialisten vorangetrieben. Die Christdemokraten verloren

11 Zur Wirtschaftsentwicklung in diesen Jahren vgl. Caperdoni, a.a.O. A. Pesenpi/ V. Vitello: TENDENZE ATTUALI DEL CAPITALISMO ITALIANO, Rom 1962.

12 Zur ökonomischen Entwicklung Italiens in den sechziger Jahren vgl. Eugenio Peggio: CAPITALISMO ITALIANO ANNI'70, Rom 1970 und das entsprechende Kapitel bei Detlev Albers, Werner Goldschmidt, Paul Oehlke: KLASSENKÄMPFE IN WESTEUROPA, Frankreich, Italien, Großbritannien, Hamburg 1971, S. 109 ff.

im größeren Umfang Stimmen an die Liberalen, die von der neuen Koalition gerade ausgeschlossen werden sollten, und an die Sozialdemokraten, die zu ihren entschiedenen Befürwortern zählten. Beides zusammen drückte die DC erstmals bei Parlamentswahlen unter die 40% Grenze. Die Kommunisten verzeichneten einen bemerkenswerten Stimmengewinn (Zunahme um 2,6%), der jedoch kaum auf Kosten der Sozialisten erfolgte.

Vor seiner eigentlichen Bewährungsprobe stand das Centro-sinistra erst bei den Wahlen im Mai 1968. Nenni als Exponent des Anpassungskurses der Sozialisten hatte seine Partei von langer Hand auf diese Wahlentscheidung vorbereitet. Im Herbst 1963 hatte er mit zum Teil nur geringen Mehrheiten den Eintritt der Sozialisten in die Regierung gegen den erbitterten Widerstand des linken Parteiflügels durchgesetzt. Daraufhin lehnten es am 17. Dezember 23 Abgeordnete der PSI-Linken um Basso, Valori und Vecchietti ab, dem Kabinett Moro/Nenni bei der Abstimmung über die Vertrauensfrage im Parlament ihre Stimme zu geben. (13) Im Januar 1964 gründeten sie, unterstützt vom größten Teil der sozialistischen Gewerkschaftsfunktionäre in der CGIL, die PSIUP, (Sozialistische Partei für die proletarische Einheit), die an die Tradition der engen Zusammenarbeit mit den Kommunisten in den vierziger und fünfziger Jahren wieder anknüpfte. (14) Nach dem Auszug der Linken gelang es Nenni, nun auch die Annäherung der Sozialisten an die Sozialdemokraten um Saragat zu beschleunigen. Anfang 1966 faßten beide Parteien den Entschluß, Verhandlungen über die Vereinigung der Partei aufzunehmen, die im Oktober desselben Jahres mit dem Gründungskongreß der "Vereinigten Sozialistischen Partei" abgeschlossen wurden. (15) Im Sog der Vereinigung wurde außerdem versucht, die verbliebenen Sozialisten in der CGIL und die Sozialdemokraten der UIL zu einer sozialistischen Gewerkschaft zusammenzufassen, was eine erneute Spaltung der CGIL bedeutet hätte. Das Scheitern dieses Versuches war bereits Anzeichen für den zunehmenden Widerstand in der Arbeiterbewegung gegen den Anpassungskurs der Parteiführung.

Das Ausmaß der Wahlniederlage für die Vereinigte Sozialistische Partei im Mai 1968 kam dennoch überraschend. Die neue Partei verlor mehr als 25% der Stimmen, die noch 1963 auf Sozialisten und Sozialdemokraten entfallen waren. (Rückgang von 19,9% auf 14,5%). Den Stimmenanteil der Vereinigten Partei hatten 1958 die Sozialisten noch annähernd allein erreicht (14,5% gegenüber 14,2%). Den drastischen Verlusten auf Seiten der Sozialisten und Sozialdemokraten stand 1968 ein ebenso eindeutiger Stimmengewinn der linken Oppositionsparteien gegenüber. Die PSIUP schnitt mit 4,5% erheblich besser als bei vorangegangenen Kommunalwahlen ab; die PCI nahm erneut um 1,6% zu. Für die zweite Kammer, den Senat, erhielten beide Parteien auf einer gemeinsamen Liste 30% der Stimmen und stellten damit fast das Ergebnis der "Demokratischen Volksfront" von 1948 her. Die Koalitionspartner der Sozialisten, DC und Republikaner konnten ihre Position leicht verbessern. Bedenkt man jedoch, daß die Zielsetzung des Centro-sinistra gerade in der Regierungsbeteiligung der Sozialisten bei gleichzeitiger Isolierung der Kommunisten bestand, dann konnte es an der Eindeutigkeit der Absage dieses Ziels von seiten der Wähler keinen Zweifel geben.

13 Zu den Gründen für dieses Verhalten vgl. Lelio Basso: "Vorwort" zu Tamburrano: STORIA DEL CENTRO-SINISTRA, a.a.O.

14 Eine ausführliche Darstellung der PSIUP-Abspaltung geben Alberto Benzoni/Viva Tedesco: IL MOVIMENTO SOCIALISTA NEL DOPOGUERRA, Padua 1968, S. 152 ff.

15 Die damals verabschiedete "Charta der sozialistischen Vereinigung" bezeichnet auch programmatisch den Höhepunkt der PSI-Integration; die Erklärung ist abgedruckt in: Benzoni/Tedesco: DOCUMENTI DEL SOCIALISMO ITALIANO, Padua 1968, S. 153 ff.; vgl. auch Winfried Roth: "Zwei Wege der italienischen Sozialdemokratie"; in: SOPO 16/1972, S. 62/63.

II. Klassenkampf und Wahlausgang 1972

Ebenso klar wie das Wahlergebnis von 1963 die Unhaltbarkeit der "Zentrums-Koalition" de Gasperis zum Ausdruck brachte und damit ihre Ablösung einleitete, hatten die Parlamentswahlen von 1968 die Krise des Centro-sinistra offenkundig gemacht. Dennoch war die Überwindung einer Regierungskoalition, deren Zustandekommen und Behauptung seit annähernd 15 Jahren im Zentrum der politischen Auseinandersetzungen stand, unter den spezifischen Bedingungen der Klassenkonflikte in Italien keine kurzfristig realisierbare Angelegenheit. Die Verschärfung der Klassenkämpfe seit 1968 hat neben den unmittelbaren Zielen, für die sich die arbeitende Bevölkerung und ihre Organisationen im Verlauf der Streikbewegung einsetzten, eine ganze Reihe von Voraussetzungen für die Bildung einer neuen, linken Mehrheit aller fortschrittlichen Kräfte geschaffen. Erstmals seit den Jahren nach 1945 wurde wieder deutlich, daß eine solche Mehrheit nur aus der Zusammenarbeit der katholisch, sozialistisch und kommunistisch orientierten Teile der Arbeiterbewegung entstehen konnte. Je mehr aber der Zusammenhang zwischen der Verschärfung der Klassenkämpfe und der Notwendigkeit einer linken Alternative zum Centro-sinistra hervortrat, desto stärker wurden die Versuche der herrschenden Klasse, im Gegenangriff die alte Zentrums-Koalition wiederherzustellen oder allenfalls eine Neuauflage der Mitte-Links-Koalition mit einer noch strikteren Abgrenzung gegenüber den Kommunisten zuzulassen. Die Wahlen vom Mai 1972 sollten nach den Erklärungen aller Seiten Aufschluß über den Rückhalt und die Aussichten der "Wendung nach Rechts" oder der "neuen Mehrheit" aller demokratischen und sozialistischen Kräfte geben. (16)

Tabelle 2 Stimmen- und Stimmenanteil der Parteien bei den Parlaments- und Regionalwahlen

	Parlamentswahlen v. 19.5.68 Stimmen (i.T.)	%	Regionalwahlen 1970/71 Stimmen (i.T.)	%	Parlamentswahlen v. 7./8.5.72 Stimmen (i.T.)	%
PCI	8.557	26,9	8.352	26,5	9.057	27,2
PSIUP	1.415	4,5	1.010	3,2	648	1,9
PSI	4.606	14,5	3.285	10,4	3.210	9,6
PSDI			2.163	6,9	1.716	5,1
DC	12.407	39,0	11.800	37,5	12.910	38,8
PRI	627	2,0	943	3,0	954	2,9
PLI	1.851	5,8	1.536	4,9	1.297	3,9
MSI/PDIUM	1.848	5,8	2.140	6,8	2.892	8,7
Manifesto	-	-	-	-	224	0,7
MPL	-	-	-	-	120	0,4
Andere	427	1,5	247	0,8	289	0,9
insgesamt	31.738		32.476		33.317	

Quelle: "l'Unitavom", 14. Mai 1972.

16 Auch der folgende Abschnitt muß sich darauf beschränken, nur die Positionsveränderungen und Neuorientierungen der politischen Organisationen aus dem Zusammenhang der verschärften Klassenkämpfe seit 1968 abzuleiten, die sich direkt oder indirekt auf die Wahlkampagne 1972 auswirkten. Den Versuch einer zusammenfassenden Darstellung dieser Klassenkämpfe unternehmen Albers, Goldschmidt, Oehlke: KLASSENKÄMPFE IN WESTEUROPA, a.a.O.

Die Sozialisten befanden sich seit dem Aufkommen der Streikbewegung im Verlauf des Jahres 1968 in einer prekären Situation. Die Vereinigung mit den Sozialdemokraten hatte sie auch programmatisch auf die Ablehnung jeder Zusammenarbeit mit den Kommunisten verpflichtet. Der katastrophale Wahlausgang 1968 war nur der Höhepunkt eines Protestes der bisher mit der Partei verbundenen Wählerschichten, der sich zuvor in einem ständigen Mitgliederschwund ausgedrückt hatte. In der CGL war die Position der Sozialisten durch die Abspaltung der PSIUP empfindlich geschwächt; in der UIL war die Vereinigte Partei zwar deutlich am stärksten vertreten, doch stand die UIL insgesamt in der Gefahr, jeden realen Einfluß in der Streikbewegung zu verlieren. Unter den direkt gewählten Abteilungsdelegierten, die seit dem "Heißen Herbst 1969" in den meisten Großbetrieben einen entscheidenden Einfluß auf die Mobilisierung der Belegschaften und den Ablauf der Fabrikkämpfe erlangten, fanden sich den Sozialisten nahestehende Gewerkschaften der UIL nur dann, wenn sie wie die Metallgewerkschafter der UIL die von der Basis ausgehende Entwicklung zur Gewerkschaftseinheit aktiv unterstützten. Im Sommer 1969, während die Offensive der Arbeiterbewegung einem ersten Höhepunkt entgegenging, erwiesen sich die Gegensätze in der Vereinigten sozialistischen Partei zwischen dem antikommunistischen Kurs der Sozialdemokraten und der Bereitschaft der Sozialisten, als Teil der Streikbewegung an den Klassenkämpfen teilzunehmen, als unüberbrückbar. Schon drei Jahre nach ihrer Gründung zerbrach die PSU.

Seitdem ist für die PSI ein Wiederanknüpfen an ihre Tradition als Klassenpartei charakteristisch. Bezeichnend für die zugunsten der Arbeiterbewegung veränderten Kräfteverhältnisse war, daß sich etwa die Hälfte der früher sozialdemokratisch orientierten UIL-Mitglieder der neuen sozialistischen Partei anschloß und damit eine Teilnahme dieser Gewerkschaft an dem Vereinigungsprozeß überhaupt erst ermöglichte. Auch die neue strategische Konzeption der PSI, ihr Eintreten für die "equilibri piu avanzati" (wörtlich: fortgeschrittenere politische Gleichgewichte), hatte als Ausgangspunkt gerade den Versuch, die zunehmend politischen Forderungen der Streikbewegung aufzugreifen und ihnen auf der parlamentarischen Ebene zum Durchbruch zu verhelfen. Bereits im "heißen Herbst" am 19. November 1969 hatten die Gewerkschaften gemeinsam zu einem von 20 Millionen Italienern befolgten Generalstreik "per la casa" ("für die Wohnung": Mietstop, Kostenmiete, sozialer Wohnungsbau, Enteignung des städtischen Bodens zum Wert bei landwirtschaftlicher Nutzung) aufgerufen. 1970 wurden die befristeten Generalstreiks auf die Bereiche der Gesundheits- und Steuerreform ausgedehnt, später traten Streiks für die Entwicklung Süditaliens und für die Vollbeschäftigung hinzu. (17)

Die Politik der Sozialisten zielte nun darauf ab, die Forderungen der Gewerkschaften in den Verhandlungen mit der Regierung zu unterstützen und den Reformgesetzen im Parlament durch die Unterstützung der Kommunisten eine Mehrheit zu verschaffen. Faktisch hatte diese Politik in einigen wesentlichen Einzelfragen Erfolg. Die Regierung Colombo war im Frühjahr 1971 gezwungen, den Gewerkschaften in den Fragen der Gesundheits- und Wohnungsreform erheblich entgegenzukommen. (18) Das bereits verwässerte Ausführungsgesetz zum sozialen Wohnungsbau und zu den Enteignungsvorschlägen wäre jedoch im Herbst vorigen Jahres am Widerstand des rechten DC-Flügels gescheitert, wenn die Kommunisten nicht durch Stimmenthaltung indirekt für eine Parlamentsmehrheit gesorgt hätten.

17 Die gemeinsamen Reformforderungen von CGIL, CISL und UIL sind abgedruckt in: "Politica economica, fisco, sanità e casa – Le riche iste dei sindacati al governo per una politica de riforme"; SCHRIFTENREIHE DER CGIL Nr. 14, Rom 1970.

18 Eine Synopse zwischen Gewerkschaftsforderungen und Regierungszugeständnissen findet sich in: POLITICA ED ECONOMICA, II, Nr. 1, Februar 1971, S. 173 ff.

Solche Erfolge, die nicht nur mit der Einheitsbewegung in den Gewerkschaften, sondern seit den Regionalwahlen 1970 auch mit einer zunehmenden Zusammenarbeit der Sozialisten, Sozialproletarier und Kommunisten in den "Roten Regionen" Mittelitaliens und zahlreichen Großstädten zusammenfielen, machten die PSI und ihre Strategie der "equlibri più avanzati" zu einem der Hauptangriffspunkte für die Rechtskräfte. Die Sozialisten zum Verzicht auf diese Strategie zu zwingen, gehörte daher für die herrschende Klasse mit zu den wichtigsten Zielen der Wahlkampagne 1972. Unter dem Druck der seit Anfang 1970 zunehmenden unternehmerischen Gegenoffensive, die sich 1971 in immer stärkerem Maße der ökonomischen und politischen Druckmittel einer Wirtschaftsrezession bedienen konnte, sahen sich die Sozialisten im Wahlkampf zu einer eher defensiven Interpretation ihrer Strategie gezwungen, die gleichwohl von der DC und den Rechtsparteien wütend bekämpft wurde. Als Präsident der PSI formulierte de Martino: "Unsere Politik der neuen und fortgeschritteneren Gleichgewichte bedeutet nicht eine Rückkehr zur Volksfront, sondern ein reformerisches Programm, das der Notwendigkeit zu einer demokratischen Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung und damit der Suche nach Unterstützung dieses Programms durch alle politischen Kräfte, die an seinem Inhalt interessiert sind, entspricht. ... Was die Regierungsverhältnisse anbetrifft, so haben wir nie als Bedingung unserer Beteiligung verlangt, daß auch die Kommunisten Teil der Regierungsmehrheit sein müßten. Wir haben jedoch gefordert, daß ihre Unterstützung für die Reformgesetze akzeptiert wird." (19)

Die sozialdemokratische Partei entwickelte sich seit der Trennung von den Sozialisten zum entschiedenen Gegner der Streikbewegung. Ihren verbliebenen gewerkschaftlichen Einfluß nutzte sie, um in der UIL immer neue Hindernisse gegen den Einigungsprozeß zu errichten. Im Sommer 1971 setzten Sozialdemokraten und Republikaner mit knapper Mehrheit einen Beschluß der UIL durch, die einheitsorientierte Metallgewerkschaft UILM aus dem Dachverband auszuschließen. Als dies schließlich zurückgenommen werden mußte, (20) sprach sich im Frühjahr 1972 erneut die Mehrheit des Generalrats der UIL dafür aus, die Entwicklung zur Einheitsgewerkschaft abzubrechen. Erst ein außerordentlicher Kongreß der UIL im Herbst 1972 wird entscheiden, ob die gewerkschaftliche Basis diesen Kurs der Sozialdemokraten hinnimmt. Zu Beginn des Wahlkampfes kam es in der PSDI selbst zu einer Führungskrise über die Frage, ob man die Zentrumskoalition mit den rechtsstehenden Liberalen direkt ansteuern sollte, so der frühere Parteivorsitzende Ferri, oder ob man zunächst eine "gereinigte Mitte-Links-Koalition" (Beteiligung der Sozialisten nur dann, wenn sie jede Zusammenarbeit mit der PCI ablehnten) befürworten sollte, so der jetzige von Saragat unterstützte Parteivorsitzende Tanassi. An der militant antikommunistischen Grundposition der PSDI hat sich damit nichts geändert.

Die Verschärfung der Klassenkämpfe seit 1968 führte bei den katholisch orientierten Massenorganisationen, jedenfalls soweit sie in der Arbeiterbewegung verankert waren, zu einer nicht weniger krisenhaften Entwicklung als bei den Sozialisten. Während es aber diesen nach der Trennung von den Sozialdemokraten durch ihre eindeutige, wenn auch noch nicht widerspruchsfreie Linkswendung gelang, die Verhinderung von Partei und ihrer traditionellen Basis in der Gewerkschaftsbewegung aufrecht zu erhalten und auf eine neue inhaltliche Grundlage zu stellen, kam es bei den Organisationen katholischer Herkunft zu einer verhängnisvollen Trennung zwischen gewerkschaftlicher und politischer Repräsentanz. Soweit die katholische Arbeiterbewegung ihren politischen Ausdruck in den linken

19 In: INCONTRO XXIV, Nr. 4 (April 1972).

20 Vgl. die Dokumentation über diesen Konflikt in: IL LAVORO METALLURGICO, III, Nr. 27; 6. September 1971.

Fraktionen der Christdemokraten fand, galten für sie bis 1968 die gleichen Widersprüche wie ihre für ihre parlamentarische Vertretung. Die DC-Linke hatte sich weitgehend darauf beschränkt, die Zusammenarbeit mit den Sozialisten gegenüber dem Widerstand der Rechtskräfte in der Gesamtpartei durchzusetzen, ohne sich jemals festzulegen, ob die auch von ihr geforderten Strukturreformen systemimmanent oder mit antikapitalistischer Zielsetzung verwirklicht werden sollten. Im Ergebnis ließ sie es damit zu, daß die prokapitalistische DC-Mehrheit den Sozialisten eine eindeutig systemerhaltende Politik aufzwang und dadurch die Spaltung der Arbeiterbewegung – Ausschluß der Zusammenarbeit mit den Kommunisten – zur Existenzbedingung des Centro-sinistra erhob. (21)

Eine solche Position wurde nach 1968 für wesentliche Teile der katholischen Arbeiterbewegung unannehmbar. In der Offensivperiode der Streikbewegung 1968/70 entwickelten sich beispielsweise die Metallgewerkschaften der CISL zu einem der militantesten Teile der italienischen Gewerkschaftsbewegung, die sich bisweilen linksradikalen oder pansyndikalistischen Positionen annäherten. Seit dem "Heißen Herbst" gelang es diesem Flügel der CISL, die Gesamtorganisation – zunächst in Auseinandersetzungen mit der bisherigen Gewerkschaftsführung um den Generalsekretär Storti, später im Bündnis mit ihm – mehrheitlich zu einer treibenden Kraft im Prozeß der Gewerkschaftseinheit und in der Streikbewegung überhaupt weiter zu entwickeln. (22) Bezeichnend für das neue Selbstverständnis der CISL, gerade auch in ihrem Verhältnis zum linken Flügel der DC, war jedoch, daß sie sehr viel stärker als die CGIL und UIL auf die vollständige Autonomie der Gewerkschaft von den Parteien, abgesichert durch weitgehende Inkompatibilitätsvorschriften, als Voraussetzung für die Gewerkschaftseinheit drängte.

Unabhängig von der CISL, aber parallel zur allgemeinen Verschärfung der Klassenkämpfe lösten auch die katholischen Arbeitervereine (Acli) ihre bisher sehr enge Bindung an die Christdemokraten. Auf ihrem Turiner Kongreß 1969 hob diese Massenorganisation mit annähernd einer Million Mitglieder offiziell die Verpflichtung der "Aclisten" auf, in Wahlen die DC zu unterstützen. Im Herbst 1970 proklamierten die Acli auf ihrer traditionellen Studienkonferenz von Vallomborosa die "Entscheidung für den Sozialismus" ihrer Organisationen. Wenig später begann der frühere Präsident der Acli, Labor, seinen Versuch, eine "politische Arbeiterbewegung" (Movimento politico dei lavoratiori, MPL) als sozialistische Alternative für DC-Wähler aufzubauen. Das alles löste heftige Gegenangriffe von seiten der kirchlichen Hierarchie aus. Die Bischofskonferenz entzog den Arbeitervereinen jede Unterstützung; im Herbst 1971 kam es zu verschiedenen Spaltungsversuchen von rechts. Auf dem 12. Kongreß im April 1972 konnte zwar der Fortbestand der Arbeitervereine mit einer antikapitalistischen Grundposition gesichert werden, die Aussichten für die politische Bewegung Labors waren aber weitgehend zerstört. (23)

Im gleichen Maße wie die DC-Linke an Rückhalt in der katholischen Arbeiterbewegung verlor, verstärkte die unmittelbar mit der Monopolbourgeoisie verbundene Führungsgruppe der DC den innerparteilichen Druck auf die Linken, um eine allgemeine Rechtswendung der Partei zu erzwingen. Zu Hilfe kam ihr dabei die seit Anfang 1971 verstärkt einsetzende ökonomische Rezession, die nach der relativ kurzen Aufschwungperiode von

21 Vgl. Gino Rocchi: "La DC e L'unita delle sinistra", in Cicchitto u.a.: LA DC DOPO IL PRIMO VENTENNIO, Padua 1968, S. 58 ff.

22 Besonders aufschlußreich für den Radikalisierungsprozeß in der CISL waren die Debatten auf dem VI. Kongreß: POTERE CONTRA POTERE – PER UNA POLITICA SINDACALE DEGLI ANNI'70; Rom 1970.

23 Vgl. Ruggero Orfei: "Acli/Come spendere l'autonomia", in: SETTE GIORNI IN ITALIA, Nr. 254, 23. April 1972.

1966 bis 1970 eine erneute Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen für die Unabhängigen mit sich bringen sollte. Während das Bruttoinlandsprodukt 1971 bei einer realen Zunahme von 1-2% fast stagnierte, nahm die Industrieproduktion um 3,7% ab. Besonders schwere Rückschläge verzeichneten die Bauindustrie, die in den letzten fünf Monaten des Jahres um 27,5% gegenüber dem Vorjahr zurückging, und die Textilindustrie (Rückgang um 13,9%) im gleichen Zeitraum. Die Zahl der offiziell ausgewiesenen Arbeitslosen stieg 1971 auf 1,1 Millionen (Zunahme um 20% gegenüber dem Vorjahr), was bei dem in den sechziger Jahren kontinuierlich gesunkenen Beschäftigungsniveau (gegenwärtig kaum mehr als 36% der Bevölkerung erwerbstätig, gegenüber 44% in der BRD) besonders negative Folgen hatte. (24)

Die Projekte der DC-Führung zur Wiederankurbelung der Wirtschaft reichten von den üblichen staatlichen Maßnahmen zur Profitsteigerung der Großunternehmen (Abschreibungserleichterungen, Abbau oder Umverteilung der Sozialleistungen) bis zur Vorbereitung von Anti-Streikgesetzen; vor allem aber ging es darum, die Verwirklichung der Strukturreformen auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Nachdem man im Herbst 1971 das innerparteiliche Stimmenquorum für die Bildung von Fraktionen heraufgesetzt hatte, um damit die linken DC-Fraktionen noch direkter zu kontrollieren, konnte es die christdemokratische Parteiführung bei den Präsidentenwahlen im Dezember erstmals wieder riskieren, die Stimmen der Neofaschisten zu akzeptieren. Die Wahlkampagne der DC stand dann weitgehend im Zeichen von Bündnisangeboten an die Liberalen und verschärften anti-kommunistischen und anti-sozialistischen Angriffen. Als Vorwand mußte hierfür das Ziel dienen, ein Abwandern der Wähler zu den Neofaschisten zu verhindern, obwohl doch gerade die Zunahme der MSI erst eine Folge der reaktionären DC-Politik war. (25)

In einer solchen Situation mußte der Kommunistischen Partei als der größten politischen Kraft der italienischen Arbeiterbewegung eine entscheidende Bedeutung bei der Verteidigung der demokratischen Rechte und für die Herausbildung einer sozialistischen Alternative zufallen. Auch die PCI hatte in den Klassenkämpfen seit 1968 eine Weiterentwicklung ihrer theoretischen Konzeption wie ihrer politischen Praxis vollzogen, die interne Meinungsverschiedenheiten und Auseinandersetzungen nicht ausschloß. Der 12. Parteikongreß in Bologna (März 1969) hatte sich ausführlich mit den Möglichkeiten einer breiteren innerparteilichen Diskussion beschäftigt, um den neuen Erscheinungsformen und Problemen der sich entfaltenden Streikbewegung ein möglichst großes Maß an Aufnahmebereitschaft zu sichern. In den folgenden Jahren wurden in wichtigen Fragen beispielsweise der Gewerkschaftsstrategie – über die Rolle und Kompetenzen der neugebildeten Fabrikräte, die Modalitäten des Einheitsprozesses und so weiter – durchaus unterschiedliche Standpunkte von kommunistischen Gewerkschaftern und Parteifunktionären vertreten, ohne daß es deshalb zur Bildung fester innerparteilicher Fraktionen gekommen wäre. (26) Im Ergebnis wurde so das Gewicht des kommunistischen Beitrags für den Kampf der Arbeiterbewegung eher erhöht als vermindert. Anders verhielt es sich mit der

24 Angaben nach: "Sintomi di ripresa nella produzione – Aumentano i disoccupati"; in: RASSEGNA SINDACALE, Nr. 232, 26. März 1972. Zur Situation speziell in der Textilindustrie vgl. Sergio Garavini: "Contrattacco padronale; legge tessille", in: RINASCITA Nr. 47 1971.

25 Eine ausführliche Darstellung über die Entwicklung der MSI in den letzten Jahren gibt Bernhard Pfletschinger: "Der italienische Neofaschismus", in: BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK, Nr. 4, 1972, S. 366 ff.

26 Vgl. Die Diskussion über die Funktion der Delegierten und der Fabrikräte mit Beiträgen von Scheda, Pugno, Fibbi, Trentin, Garavini, Longo u.a. in: RINASCITA Nr. 50, 1970 bis Nr. 11 1971.

Gruppe um die Zeitschrift "Il manifesto", die nach Aussagen beider Seiten bald unüberbrückbare Gegensätze von der Parteistrategie trennten. (27) Daß der von dieser Gruppe seit Anfang 1970 unternommene Versuch einer neuen Parteigründung links von der PCI weder bei deren Mitgliedern noch in der Gewerkschaftsbewegung größere Unterstützung fand, hatte sich sehr bald herausgestellt. Doch konnten erst die Parlamentswahlen 1972 zeigen, ob die Manifesto-Gruppe einen nennenswerten Rückhalt in der Bevölkerung finden würde.

Die kommunistische Partei konnte in den vergangenen Jahren die politische und gesellschaftliche Isolierung, in die sie während der fünfziger Jahre zusammen mit den Sozialisten, unter dem centro sinistra allein gedrängt worden war, zu einem wesentlichen Teil durchbrechen. Das war nicht nur die Folge eines günstigeren Kräfteverhältnisses für die Arbeiterbewegung, sondern auch der konkreten Lösungsvorschläge – bis hin zu Fragen der Konjunktursteuerung auf der Grundlage der Strukturreformen (28) –, die von der Partei erarbeitet wurden. Dennoch hat die PCI zuletzt auf ihrem 13. Kongreß vom März 1972 deutlich gemacht, daß ihre Regierungsbeteiligung nur das Ergebnis weiterhin verschärfter Klassenkämpfe sein kann, die eine grundlegende demokratische Erneuerung und die sozialistische Umgestaltung der italienischen Gesellschaft ermöglichen. "Eine solche Beteiligung ist unter zwei Voraussetzungen zulässig: entweder besteht die Notwendigkeit, einen reaktionären Angriff abzuwehren, der eine Notsituation für das Schicksal der Demokratie schafft; oder es bestehen die Bedingungen, um ein Erneuerungsprogramm zu verwirklichen, das von der bewußten und aktiven Unterstützung der breiten Massen getragen wird und das dazu führt, die Einheit der Werktätigen und ihrer politischen und ideellen Organisationen zu erreichen. Die Natur der gegenwärtigen Krise in Italien besteht gerade darin, daß diese beiden Bedingungen heute tendenziell zusammenfallen. ... Darüber entscheiden werden die Kämpfe und die Veränderungen der großen gesellschaftlichen Kräfte, die Veränderung der Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen, die Errungenschaften, die den Bereich der Demokratie erweitern und immer wirksamere Eingriffsmöglichkeiten für die arbeitende Bevölkerung schaffen." (29)

Aufgrund dieser Einschätzung sah die PCI ihre Hauptaufgabe im Kampf gegen das Erstarken des Neofaschismus und die im vergangenen Jahr immer deutlicher vollzogenere Rechtswendung der Christdemokraten. Zugleich wurde in der Forderung nach einem "neuen historischen Block" aller fortschrittlichen und sozialistischen Kräfte auch eine Differenz zur PSI sichtbar, deren "fortschrittlichere Gleichgewichte" mehr auf eine punktuelle Erweiterung des Centro-sinistra, als auf seine Überwindung durch die gleichberechtigte Beteiligung der Kommunisten hinausliefen.

Der Ausgang der Parlamentswahlen vom 7./8. Mai 1972 hat als vermutlich wichtigstes Ergebnis bewiesen, daß eine Wiederherstellung der alten Mitte-Rechts-Koalition aus den fünfziger Jahren (DC, PRI, PSDI und Liberale, anstelle der Sozialisten) allen reaktonären Manövern der Monopole und ihrer politischen Verbündeten zum Trotz keine ausreichende

27 Vgl. Die Plattform von Il Manifesto: PER IL COMMUNISMO, September 1970; Deutsch: NOTWENDIGKEIT DES KOMMUNISMUS, Berlin 1971 und zur Position der PCI: LA QUESTIONE DEL 'MANIFESTO'; democrazia e unità nel PCI, Rom 1969.

28 Vgl. das "Wirtschaftsprogramm von Juli 1970", abgedruckt in POLITICA ED ECONOMIA, I, Nr. 1, Sept./Okt. 1970.

29 Enrico Berlinguer: "Unità operaia e popolare per un governo di svolta democratica, per rinnovare l'Italia sulla via del socialismo", Bericht vor dem 13. Kongreß der PCI, abgedruckt in: L'UNITÀ vom 14. März 1972.

Unterstützung in der Bevölkerung findet. Zwar konnten die Christdemokraten ihren Stimmenanteil annähernd behaupten und ihre absolute Stimmenzahl sogar geringfügig erhöhen (38,8% 1972 gegenüber 39,0% 1968). Ihre vorgesehenen Koalitionspartner mußten jedoch überwiegend Stimmenverluste hinnehmen. Die Sozialdemokraten, deren Abschneiden nur aus einem Vergleich mit den Regionalwahlen 1970/71 beurteilt werden kann (da für 1968 keine Trennung von den Sozialistischen Stimmen möglich ist), verzeichneten einen empfindlichen Rückgang sowohl der absoluten Stimmenzahl (annähernd 450.000 von 2,1 Millionen) wie des Stimmenanteils (von 6,9% auf 5,1%). Noch gravierender waren die Verluste der zu neuer Koalitionsfähigkeit hochgelobten Liberalen. Gegenüber 1968 büßten sie annähernd 30% ihrer bisherigen Stimmen ein, was ihren Stimmenanteil von 5,8% auf 3,9% zurückgehen ließ. Diese Verluste wurden auch durch die Stimmengewinne der Republikaner nicht wieder wettgemacht (Zunahme von 2,0% auf 2,9%). Hatten die Mitte-Rechts-Parteien 1963 (das Zusammengehen von Sozialisten und Sozialdemokraten läßt für 1968 wiederum keinen genauen Vergleich zu) gemeinsam noch eine rechnerische Mehrheit von 52,8% erhalten, so kamen sie 1972 zusammen nur auf 50,7% der Stimmen. Noch deutlicher werden die Schwierigkeiten, denen sich die von der DC-Führung angestrebte Zentrumskoalition gegenüber sehen würde, wenn man die Wahlergebnisse für die Zweite Kammer, den Senat, und die Sitzverteilung in beiden Kammern mit einbezieht.

Tabelle 3 Stimmenanteil und Sitzverteilung in Abgeordentenkammer und Senat

	Abgeordnetenkammer				Senat			
	1968		1972		1968		1972	
	St.ant.	Sitze	St.ant.	Sitze	St.ant.	Sitze	St.ant.	Sitze
PCI	26,9	177	27,2	179				
PSIUD	4,5	237	1,9		30,0	101	28,4	94
PSI	14,5	91 (62)	9,6	61				
					15,3	46 (35)	10,7	33
PSDI		(29)	5,1	29		(11)	5,4	11
DC	39,0	265	38,8	266	38,3	135	38,2	135
PRI	2,0	9	2,9	14	2,2	2	3,1	5
PLI	5,8	31	3,9	21	6,8	16	4,4	8
MSI/PDIU	5,8	30	8,7	56	6,6	13	9,2	26
PDIUM								
Andere	1,5	3+	2,0	3+	0,6	2+	0,6	2+
insgesamt		630		629		314		314

+ SVP = Südtiroler Volkspartei

"Rinascita", Nr. 19 (12. Mai) 1972.

Aus der Tabelle geht hervor, daß sich sowohl in der Abgeordnetenkammer wie im Senat die Mandatsmehrheit einer möglichen Mitte-Rechts-Koalition gegenüber den Wahlergebnissen von 1968 verringert hat. Nach der Spaltung der Vereinigten-Sozialistischen-Partei hätte sich eine derartige Koalition auf 334 Mandate, bzw. 18 mehr als die absolute Mehrheit in der Abgeordnetenkammer stützen können. 1972 ist die Zahl der Mandate dieser Parteien auf 330, die entsprechende Mehrheit auf 15 Sitze zurückgegangen. Dabei wirkt sich das Scheitern der PSIUP an dem erforderlichen Stimmenquorum indirekt noch zugunsten einer solchen Zentrumskoalition aus. Bei den Wahlergebnissen für den Senat, wo dieser Faktor wegfällt und die Sozialisten relativ besser abgeschnitten haben, hat die

für eine derartige Regierung verfügbare Zahl der Mandate von 164 auf 159 abgenommen; statt früher 7 würde sie jetzt nur noch 2 Stimmen mehr als die absolute Mehrheit an Mandaten auf sich vereinigen können.

Dies alles bedeutet natürlich nicht, daß eine solche Koalition, für die eventuell noch die Stimmen der Südtiroler Volkspartei (SVP) gewonnen werden können, in der Zukunft auszuschließen ist. Nur gilt für sie jetzt noch stärker, was selbst der Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei Tanussi über die Perspektiven einer Zentrumsregierung sogar schon für die Mehrheitsverhältnisse der vorhergehenden Legislaturperiode zugeben mußte: "Wer sich heute ernsthaft für eine Zentrumsregierung einsetzt, ... der denkt in Wirklichkeit an eine Nachgiebigkeit, an eine Position der Komplizenschaft der faschistischen Kräfte in der Regierungsmehrheit. ... Denn man weiß genau, daß eine Mehrheit von 16 Stimmen (DC, DSDI, PRI, PLI; Anmerkung des Verfassers) in Italien nicht regierungsfähig ist ..., besonders wenn das Land auf der linken Seite eine Front von annähernd 40% der Bevölkerung verkraften müßte." (30) Diese Äußerung macht endgültig klar, was von den in der westdeutschen Presse immer wieder verbreiteten Meldungen über die "solide Mehrheit" der Zentrumsparteien zu halten ist!

Besondere Aufmerksamkeit erforderte das Abschneiden der Rechtsparteien bei den Parlamentswahlen 1972. Bei Regionalwahlen des Vorjahres hatten die Neofaschisten, erstmals offiziell mit den Monarchisten vereinigt, in den von ständig zunehmender Verelendung betroffenen Gebieten Süditaliens teilweise spektakuläre Stimmengewinne zu verzeichnen. Bei den Parlamentswahlen bestätigte sich im nationalen Durchschnitt der Trend einer starken Zunahme der Neofaschisten, erfolgte jedoch anders als im Vorjahr kaum auf Kosten der Christdemokraten, sondern überwiegend zu Lasten der Liberalen. Erneut erwiesen sich einige Provinzen Süditaliens und Rom als Hochburgen des neofaschistischen Einflusses (Reggio Calabria: 20,2%, Palermo: 14,5%, Rom: 16%). Von dem mit großem Propagandaaufwand angekündigten "nationalen Durchbruch" kann aber trotz der Zunahme um insgesamt 2,9% der Stimmen (von 5,8% 1968 auf 8,7% 1972 keine Rede sein.) Das zeigt auch folgende Aufstellung:

Tabelle 4 Stimmenanteil der Rechtsparteien (in %)

	1953	1958	1963	1968	1972
PLI	3,0	3,5	7,0	5,8	3,9
Monarchisten	6,9	4,9	1,7	1,4	8,7
MSI	5,8	4,8	5,1	4,4	
insgesamt	15,7	13,2	13,8	11,6	12,6

Quelle: "Mammarella", a.a.O., und "Rinascita", a.a.O.

Die Tabelle belegt, daß der Stimmenanteil, der von den Rechtsparteien zusammengenommen in den letzten zwanzig Jahren erreicht wurde, nur 1968 geringer war als bei den Wahlen 1972, dagegen 1953 und 1963 deutlich höher als gegenwärtig. Auch der Anteil von Neofaschisten und Monarchisten allein war 1958, besonders aber 1953 nicht unwesentlich größer als 1972. Damit soll die Gefährlichkeit des zunehmenden rechtsradikalen Einflusses nicht verharmlost werden, zumal die Neofaschisten im Unterschied zu früher die eindeutig bestimmende Kraft in diesen Kreisen geworden sind. Dennoch liegt die

30 Tanassi: "Il PSDI, chiede un govorno saldamente democratio e socialmente avanzato"; in: UMANITÃ, 27./28. März 1972.

Hauptgefahr des italienischen Neofaschismus nach wie vor in den vielfältigen Formen des Zusammenspiels mit reaktionären Wirtschafts-, Verwaltungs- und Militärkreisen, die faschistische Terrorakte oft genug ermuntert und ihre konsequente Verfolgung immer wieder behindert haben, und in der Weiterentwicklung des bisher nur in Einzelfragen akzeptierten Bündnisses mit der DC-Führung. (31)

Dem Rückschlag für die Mitte-Rechts-Parteien steht ein insgesamt günstiges Wahlergebnis für die Linke gegenüber. Das gilt allerdings nicht uneingeschränkt und gerade die Schwierigkeiten, denen sich Teile der Linken gegenüber sahen, dürfen nicht nur als Ausdruck der verschärften reaktionären Gegenoffensive verstanden werden, sondern müssen auch als Anstoß für die kritische Überprüfung der bisher vertretenen Position analysiert werden. Dies trifft zunächst für die Sozialisten und Sozialproletarier zu. Ihr gemeinsamer Stimmenanteil ist von 13,6% bei den Regionalwahlen 1970 auf 11,5% bei den jetzigen Parlamentswahlen zurückgegangen. Die Sozialisten allein sind weit unter dem Stimmenanteil geblieben, den sie in den fünfziger Jahren und noch 1963 erreichten. Offensichtlich ist die Partei trotz ihrer Linkswendung bisher kaum in der Lage gewesen, die 1968 aus Enttäuschung über den Anpassungskurs der Sozialisten zur PSIUP übergegangenen Wähler zurückzugewinnen. Anscheinend hat sich 1972 zumindest ein Teil von ihnen für die PCI entschieden. Stark vereinfacht läßt sich die These vertreten, daß die 4% Stimmenverluste der PSI von 1963 (13,8%) bis 1972 (9,6%) den politischen Preis der Sozialisten für ihre Beteiligung am centro sinistra darstellen. (32) Auch das bessere Abschneiden der PSI bei der Stimmabgabe für den Senat (10,7%), zu der nur die über 25-jährigen zugelassen sind, vermindert diese Einbuße kaum; läßt es doch darauf schließen, daß die gegenwärtige Position der Partei gerade unter den jüngeren Lohnabhängigen besonders wenig Anziehungskraft besitzt. Im Ergebnis deutet der Wahlausgang darauf hin, daß die Sozialisten ihre schwierige Rolle als Befürworter einer Zusammenarbeit aller linken Kräfte und gleichzeitig als Teil einer Regierungskoalition, die dies ausschließt, nicht beliebig lange ohne eine Gefährdung ihres Rückhalts in der Arbeiterbewegung fortsetzen können. Erst eine klare Entscheidung der PSI für die Interessen der Streikbewegung würde dann auch die Notwendigkeit einer selbständigen PSIUP hinfällig machen.

Im ersten Anlauf gescheitert ist das Vorhaben der MPL und Livio Labor, eine von der DC unabhängige politische Vertretung der katholischen Massenorganisationen zu schaffen. Die weitere Entwicklung der Klassenkämpfe muß zeigen, ob dieser Umstand von der DC-Linken zu einer selbständigeren Position im Interesse der katholischen Arbeiterbewegung genutzt werden kann, oder ob deren fortschrittliche Ziele auf längere Sicht nur gegen die DC durchzusetzen sind. Als gescheitert muß auch der Versuch von "Il manifesto" gelten, eine neue Partei links von der PCI zu gründen. Mit 0,7% der Stimmen hat diese Gruppe, ebenso wie ein halbes Dutzend weiterer linksradikaler "Partei"-Listen im Ergebnis nur zu einer gefährlichen Stimmenzersplitterung auf der Linken beigetragen.

Trotz dieser Schwierigkeiten kann das Gesamtergebnis der Wahlen 1972 keineswegs als ungünstig für die Arbeiterbewegung angesehen werden. Die PCI hat ihr gutes Abschnei-

31 Wieweit diese Zusammenarbeit geht, wurde zuletzt an der Kandidatur des bisherigen NATO-Oberbefehlshabers der Mittelmeerstreitkräfte, Admiral Birindellis, für einen Parlamentssitz der MSI deutlich. Über das Ausmaß der faschistischen Terrorakte vgl. die von der RINASCITA herausgegebene Dokumentation: RAPPORTO SULLA VIOLENZA FASCISTA, Rom 1972.

32 Nicht zufällig haben diesen Stimmenverlusten in allen dazwischen liegenden Wahlen ungefähr gleichgroße Stimmengewinne der Kommunisten und Sozialproletarier entsprochen.

den von 1968 noch verbessern können und dabei erstmals mehr als 9 Millionen Stimmen erzielt (Zunahme um 500.000 Stimmen von 26,9% auf 27,2% 1972). Dieser Erfolg ist umso bemerkenswerter, als die Partei während des Wahlkampfes in demagogischer Weise immer stärker als Hauptgefahr "für den Bestand von Demokratie und Freiheit" angegriffen wurde. Hervorzuheben ist auch, daß die PCI ihre Stimmengewinne nicht nur in den Industriezentren des Nordens und ihren Hochburgen in Mittelitalien erreichte. Den höchsten Stimmenzuwachs (2,6% auf 25,9%) verzeichneten die Kommunisten gerade in der Region Kalabrien, wo die politische Auseinandersetzung um die faschistisch beeinflußten Unruhen von Reggio Calabria besonders scharfe Formen angenommen hatte.

Wichtiger noch als das Abschneiden der einzelnen Parteien ist aber der Gesamterfolg der Linken. Sie erzielte zusammengenommen nicht weniger als 40% aller Stimmen (PCI, PSIUP, PSI, MPL, Manifesto = 39,8%), von denen allerdings 3% (PSIUP, MPL, Manifesto) ohne parlamentarische Vertretung in der Abgeordnetenkammer bleiben. Nach Jahren heftiger sozialer Auseinandersetzungen haben damit je zwei von fünf Italienern eindeutig für eine neue sozialistische Gesellschaftsordnung gestimmt. Gerade in diesem Gesamterfolg der Linken zeigt sich ein wesentlicher Unterschied zwischen dem Wahlergebnis von 1968 und 1972. Damals hatten Kommunisten und Sozialproletarier allein zwar mehr Stimmen erhalten als 1972 (31,4% gegenüber 29,1%), aber darin erschöpfte sich auch weitgehend der Teil von Stimmen, die für eine klare antikapitalistische Zielsetzung abgegeben wurden. Dagegen bedeutete 1972 das Votum für eine der linken Parteien, erstmals wieder unter Einschluß der Sozialisten, daß als Ergebnis der verschärften Klassenkämpfe seit 1968 mindestens 40% der italienischen Bevölkerung für die sofortige Realisierung der inhaltlich sehr viel genauer als vorher bestimmten antikapitalistischen Strukturreformen eintraten und daß sie als Weg zu ihrer Realisierung die Zusammenarbeit aller fortschrittlichen und sozialistischen Kräfte unterstützen. Damit hat sich die Position der Linken insgesamt nicht nur im Sinne einer formalen Partei-Arithmetik verbessert. Im Verlauf der Klassenkämpfe selbst hat sich die Vorstellung über die Notwendigkeit der sozialistischen Umgestaltung, die wichtigsten Maßnahmen und die Methoden zu ihrer Durchsetzung weiter entwickelt und auf neue Organisationen und Bevölkerungsgruppen ausgedehnt. Wenn das Wahlergebnis von 1968 die Krise des Centro sinistra offenkundig gemacht hat, dann zeigen die Parlamentswahlen von 1972, daß diese Krise demokratisch weder durch einen abenteuerlichen Rückgriff auf die Zentrums-Koalition der fünfziger Jahre, noch durch eine wie auch immer "gereinigte Mitte-Links-Regierung", sondern nur durch eine "neue Mehrheit" aller fortschrittlichen politischen Kräfte der arbeitenden Bevölkerung gelöst werden kann. Zu "unzeitiger Zaghaftigkeit" im Hinblick auf die "eigene Stärke" der Linken, "wie über die aller gegnerischen Parteien" besteht daher kein Anlaß.

Aber ganz im Sinne der von Friedrich Engels beschriebenen Funktion des allgemeinen Wahlrechts, sollte das Ergebnis der italienischen Parlamentswahlen auch "vor unzeitiger Tollkühnheit" bewahren. Nach wie vor fehlt der katholischen Arbeiterbewegung eine politische Repräsentanz, die bereit wäre, den von den katholischen Arbeitervereinen und Gewerkschaftern mitgeforderten Strukturreformen zu einer politisch handlungsfähigen Mehrheit zu verhelfen. Viele Sozialisten machen für das Verbleiben ihrer Partei in der systemstabilisierenden Centro-sinistra-Regierung geltend, das sonst die Spaltung zwischen den christlich und den marxistisch orientierten Teilen der Arbeiterbewegung im Sinne der starren Fronten aus den fünfziger Jahren wiederhergestellt würde. Aber dieses Argument übersieht nicht nur, daß die Monopolbourgeoisie und die DC-Führung schon die gegenwärtigen Ansätze der Zusammenarbeit von Sozialisten mit Katholiken und Kommunisten um jeden Preis unterbinden wollen, daß sie die PSI entweder zur faktischen Preisgabe ihrer Strategie der "fortgeschritteneren Gleichgewichte" oder zu deren konsequenter Weiterentwicklung im Sinne der "neuen Mehrheit" zwingen werden. Vor allem wird mit diesem Argument die historische Aufgabe der Annäherung zwischen den verschiedenen Richtungen der demokratischen Bewegung aus dem Zusammenhang der realen Klassenauseinandersetzungen herausgelöst und auf die bloße Frage parlamentarischer Koalitionsabsprache reduziert.

Die Streikbewegung in den Betrieben und der Kampf in den übrigen gesellschaftlichen Bereichen, haben in den vergangenen Jahren eine Vielzahl von Annäherungsprozessen zwischen den progressiven Kräften entstehen lassen, von denen die Entwicklung zur Gewerkschaftseinheit trotz mancher Rückschläge bisher am erfolgreichsten verlaufen ist. Die nächsten Etappen der Klassenkämpfe wie der Annäherungsprozesse zeichnen sich bereits deutlich ab: Vom Kampf um die Erneuerung der nationalen Tarifverträge für mehr als 5 Millionen Arbeiter und Angestellte im kommenden Herbst, die Abwehr der reaktionären Gegenoffensive und die Ausweitung der Massenbewegung für die Strukturreformen, ("Heißer Herbst" 1972?), über die schwierige Phase bis zur tatsächlichen Realisierung der Gewerkschaftseinheit (kommt es zum angekündigten Vereinigungskongreß im Frühjahr 1973?), bis zu den lange angekündigten Parteikongressen der Sozialisten und Christdemokraten und den damit verbundenen innerparteilichen Klärungsprozessen. Alle diese Ereignisse, deren positiver oder negativer Ausgang heute nicht im einzelnen abzusehen ist, werden die Perspektive der politischen Zusammenarbeit von Katholiken, Sozialisten und Kommunisten wesentlich beeinflussen. Die Ergebnisse der Parlamentswahlen vom 7./8. Mai 1972 haben gezeigt, daß sich die Voraussetzungen hierfür gegenüber der Situation bei den vorangegangenen Wahlen erheblich verbessert haben. Im übertragenen Sinne gilt auch hier die Kampfparole der italienischen Arbeiter: Dietro non si va – zurück geht's nicht!

Detlev Albers

Rotbücher

Peter Brückner/Alfred Krovoza
Staatsfeinde
Innerstaatliche Feinderklärung in der BRD. Die Autoren versuchen die Momentaufnahme einer BRD, in der die Unverhältnismäßigkeit der Mittel den Verhältnissen entspricht.
ROTBUCH 40. 112 S., DM 4,50 (3,50)

Gauche prolétarienne
Volkskrieg in Frankreich?
Strategie und Taktik der GP
Dieses Buch zeigt den latenten Faschismus, der sich hinter der Fassade des Rechtsstaates versteckt und die Möglichkeit der Gegenwehr.
ROTBUCH 34. 160 S., DM 6,50 (5,50)

Arbeiter und Apparate
Bericht des Kollektivs Hispano-Suiza, französische Arbeiter, über ihre Praxis 1945–70. Tonbandprotokolle und Berichte aus einem Betrieb.
ROTBUCH 30. 160 S., DM 6,50 (5,50)

Der erzwungene Kapitalismus
Klassenkämpfe in den Westzonen 1945–48. Von Ute Schmidt/Tilman Fichter. Die Geschichte der erzwungenen „Entpolitisierung" der ersten 3 Nachkriegsjahre und der verhinderten Klassenkämpfe. Zahlreiche Dokumente.
ROTBUCH 27. 180 S., DM 6,50 (5,50)

Jährlich etwa 8 **neue** ROTBÜCHER. Jedes ROTBUCH im Abonnement 1 Mark billiger. Abonnieren Sie in Ihrer Buchhandlung oder direkt: Verlag Klaus Wagenbach, 1 Berlin 31, Jenaer Str. 9. Falls Sie unsere Bücher in einer Buchhandlung nicht erhalten, schreiben Sie uns, wir nennen Ihnen eine andere.

WAGENBACH

BUND DEMOKRATISCHER WISSENSCHAFTLER (BDW)

AUFRUF

ZU KONGRESS UND MITGLIEDERVERSAMMLUNG IN MARBURG/L. 1./2. Juli 72

Die dringend erforderliche Reform der Hochschule wird blockiert. Hoffnungsvolle Ansätze in einigen Bundesländern drohen wieder zerstört zu werden. Konservative und Reaktionäre, denen es ausschließlich um Privilegien geht, haben sich im Bund Freiheit der Wissenschaft organisiert, der jeden Schritt in Richtung auf mehr Demokratie mit allen Mitteln zu verhindern trachtet.

Diese mit Geldmitteln wohlversorgte pressure-group betreibt mit Unterstützung rechter Pressekonzerne eine groß aufgezogene Propaganda, die von restaurativen Kräften in Wirtschaft, Parteien und Staat gefördert wird. Unter dem Schein der Verteidigung der "Freiheit der Wissenschaft" und der verfassungsmäßigen Ordnung werden in Wahrheit die Freiheit der Wissenschaft immer stärker eingeengt und die verfassungsmäßige Ordnung ausgehöhlt. Was als Maßnahme gegen sogenannte Radikale ausgegeben wird, zielt tatsächlich auf alle, die unbequeme wissenschaftliche Positionen vertreten. Reformwillige, progressive Wissenschaftler werden in ihrer Laufbahn behindert, als Verfassungsfeinde diffamiert und mit Berufsverbot bedroht. Die verfassungsmäßig garantierten Grundrechte fortschrittlicher Lehrer, Journalisten und Lektoren sind bereits jetzt in größter Gefahr.

Der wachsende Druck von rechts zeigt sich auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen: in der Agitation gegen eine Politik der Entspannung und Verständigung gegenüber den sozialistischen Staaten und in der Polemik gegen die gewerkschaftlichen Forderungen nach Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten in der Wirtschaft.

In dieser Lage müssen sich alle Wissenschaftler zusammenschließen, denen es wirklich um Demokratie geht. Emanzipation, Selbstbestimmung und Humanität sollen in Lehrformen und Lehrinhalten, in Fragestellungen und Zielen, in Organisation und Verbreitung von Wissenschaft ihren Ausdruck finden. Dabei muß der Auftrag des Grundgesetzes, einen demokratischen und sozialen Rechtsstaat zu schaffen, Leitlinie der politischen Praxis sein. Dieser Auftrag kann nur im Bündnis mit anderen demokratischen Organisationen, vor allem den Gewerkschaften, verwirklicht werden.

Alle Wissenschaftler, die unsere Beurteilung der Lage grundsätzlich teilen und mit unseren Zielen übereinstimmen, fordern wir zur Mitarbeit auf. Kongreß und Mitgliederversammlung finden am 1./2. Juli 1972 in der Universität Marburg statt. Beginn: 11.30 Uhr im Hörsaalgebäude, Biegenstraße 10.

Im Unterschied zum Bund Freiheit der Wissenschaft kann der Bund demokratischer Wissenschaftler nicht mit der Hilfe der ökonomisch Mächtigen rechnen. Wir bitten daher um Spenden auf das Konto:

Herbert Claas, Marburg, PSK Nr. 157145, PSchA Frankfurt/Main.

Diesen Aufruf unterzeichneten bisher:

Prof. Dr. W. Abendroth, Marburg; Prof. Dr. W. Alff, Braunschweig; H. Albrecht, Bremen; Prof. Dr. E. Altvater, Berlin; H. Arenz, Berlin; J. Arnold, Kassel; Prof. Dr. L. Arnold, Bremen; Dr. D. Bänsch, Marburg; Dr. M. Bangemann, Metzingen; Prof. Dr. W. Barner, Tübingen; Prof. Dr. H.-W. Bartsch, Lich; Dr. R. Bauer, Bremen; M. Baumgartner, Berlin; Dr. G. Beck, Gießen; Prof. Dr. H.-K. Beckmann, Kassel; Prof. Dr. M. Behrendt, Lüneburg; Prof. Dr. U. Bermbach, Hamburg; H. Bethge, Hamburg; Prof. Dr. K. Beutler, Hannover; Dr. A. C. Bimmer, Marburg; D. Bischoff, Berlin; Prof. Dr. R. Bislich, Bremen; B. Blanke, Berlin; Prof. Dr. H. M. Bock, Kassel; G. Bölke, Berlin; H. Böttiger, Frömern; Bolten, Roetge; Dr. F. Bomhard, Rummelsburg; Dr. D. Boris, Marburg; M. Brater, München; Prof. Dr. H. Braun, Mainz; Prof. Dr. A.-E. Brauneck, Gießen; J. Brauner, Gießen; Dr. W. von Bredow, Köln; K. Brennecke, Berlin; Prof. Dr. M. von Brentano, Berlin; W. Breuer, Köln; Dr. I. Buchholz, Vinnhorst; G. Bühler, Wiesbaden; I. Bühler, Wiesbaden; Prof. Dr. P. Bürger, Bremen; K. Busch, Berlin; H. Claas, Marburg; Prof. Dr. C. Colpe, Berlin; Prof. Dr. G. Curdec, Aachen; Dr. M. Curtius, Marburg; Prof. Dr. K. Dammann, Marburg;

D. D. Danckwerts, Hamburg; Dr. K. H. Darenberg, Marburg; Prof. Dr. W. Däubler, Tübingen; R. Daube, Berlin; U. Degen, Berlin; Dr. F. J. Degenhardt, Quickborn; Dr. L. Dellit, Marburg; Dr. F. Deppe, Marburg; Dr. H. U. Deppe, Marburg; Prof. Dr. K. Doderer, Darmstadt; Prof. Dr. W. Dittmann, Berlin; U. Dörger, Frankfurt/M.; Prof. Dr. A. Dress, Bielefeld; Dr. H. R. Dreykluft, Berlin; F. Duigel, Berlin; Prof. Dr. F. Eberhard, Berlin; K. E. Eiermann, Gießen; D. Eißel, Pohlheim; Prof. Dr. W. Emmerich, Bremen; Prof. Dr. W. Fabian, Köln; Prof. Dr. G. Fehl, Aachen; G. Fieseler, Kassel; H. Fischer, Berlin; Prof. K. G. Fischer, Reiskirchen; Prof. Dr. O. K. Flechtheim, Berlin; Dr. J. Forsche, Münster; J. von Freyberg, Marburg; Dr. H. Friedrich, Göttingen; J. Frisius, Berlin; K. Fritzsche, Edingen; Dr. G. Fülberth, Marburg; Prof. Dr. W. Fürst, Friedberg; O. Galm, Frankfurt/M.; Ch. Galm-Gräfe, Frankfurt/M.; A. Garbicks, Konstanz; Prof. Dr. I. Geiss, Hamburg; Dr. L. George, Krofdorf; E. Gerken, Marburg; Dr. G. Giesenfeld, Marburg; Prof. Dr. W. Gleissberg; Frankfurt/M.; Prof. Dr. G. Goebel, Berlin; Prof. Dr. A. Görner, Berlin; B. Goferd, Berlin; Prof. Dr. H. Gollwitzer, Berlin; Prof. Dr. W. Gottschalch, Bremen; V. Gransow, Berlin; Dr. Ch. Gremmels, Marburg; Dr. R. Grimminger, München; M. von der Grün, Dortmund; K. Gülden, Kassel; W. Güntherroth, Frankfurt/M.; Prof. Dr. M. Guther, Darmstadt; Dr. A. Hacker, Erlangen; Dr. D. Haensch, Berlin; Prof. Dr. F. Hahn, Gießen; Prof. Dr. M. Hahn, Bremen; B. Hamprecht, Berlin; F. Hanefeld, Berlin; G. Hanel, Frankfurt/M.; J. Harrer, Marburg; A. Hartie, München; Dr. W. F. Haug, Berlin; Dr. B. Heidtmann, Berlin; S. Heimann, Berlin; Prof. Dr. H. Heinemann, Lüneburg; M. Heinemann-Knoch, München; Prof. Dr. K. Heipche, Kassel; Dr. J. H. von Heiseler, Frankfurt/M.; Dr. F. Heller, Bremen; Prof. Dr. S. Herkommer, Berlin; E. Hertel, Bayreuth; R. Hildebrandt, Berlin; R. Hilke, Nürnberg; Prof. Dr. W. Hilligen, Gießen; Prof. Dr. J. Hirsch, Neu-Isenburg; Dr. Th. Höpner, Heidelberg; Dr. B. Hövener, Berlin; Dr. B. H. Hoffmann, Hamburg; Dr. P. Hoffmann, Leverkusen; Prof. Dr. H. Holländer, Aachen; Dr. H. H. Holz, Marburg; Prof. Dr. H. Holzer, München; Prof. Dr. K. Holzkamp, Berlin; K. Horn, Frankfurt/M.; K. Horneffer, Bremen; M. Hülsewede, Heiligenhaus; U. Huttenlocher, Berlin; Prof. H. Ibbeken, Berlin; Dr. H.-W. Jäger, München; Prof. Dr. U. Jaeggi, Bochum; Prof. Dr. U. Jaeschke, Duisburg; Dr. I. Jens, Tübingen; Prof. Dr. W. Jens, Tübingen; E.-M. Jobst, Marburg; Dr. H. Jung, Frankfurt/M.; Prof. Dr. J. Kaan, Karlsruhe; Dr. G. Kaczmarczyk, Berlin; Prof. Dr. G. Kade, Darmstadt; Dr. J. Kahl, Frankfurt/M.; Dr. E. Kail, Braunschweig; J. Kammler, Altenvers; Dr. J. Kegel, Berlin; H. Keitel, Frankfurt/M.; Prof. Dr. G. Keseling, Marburg; D. M. Kiesewetter, Berlin; Prof. Dr. K. P. Kisker, Berlin; Prof. Dr. W. Klafki, Marburg; Prof. Dr. H. von Klöden, Hannover; Prof. Dr. A. Klönne, Bielefeld; Dr. H. Klusacek, Köln; Dr. J. J. Koch, Konstanz; Dr. E. Köhler, Konstanz; W. von Koerber, Unna; P. Knoch, München; I. Koch, Berlin; Prof. Dr. W. Kosse, Münster; G. Kracker, Gießen; Dr. W. Kralewski, Tübingen; Dr. O. Krause, Flensburg; Dr. R. Kreckel, München; Prof. Dr. H. Kremers, Moers; H. Kröger, Berlin; B. Kroneberg, Marburg; I. Krutz-Ahlring, Kassel; Prof. Dr. H. J. Krysmanski, Münster; J. Kühn, Unna; Prof. Dr. R. Kühnl, Marburg; S. Kundera, München, I. Kurz, Hamburg; Dr. H. Lange, Marburg; Dr. I. Langer-El Sayed, Darmstadt; Prof. Dr. H. Langerhans, Gießen; Dr. B. Latta, Marburg; Prof. Dr. D. Laugwitz, Nieder-Ramstadt; Prof. Dr. R. Lautmann, Bremen; H. Lederer, Düsseldorf; Prof. Dr. W. Lempert, Berlin; Dr. V. Lengerke, Berlin; Dr. Th. Lennert, Berlin; S. von Levetzow, Heidelberg; Prof. Dr. K. Linke, Friedberg; H. Lison, Berlin; Dr. W. Littek, München; D. Löcherbach, Berlin; M. Luig, Fröndenberg; Dr. B. Lutz, Stuttgart; Prof. Dr. Th. Mahlmann, Marburg; H. Maier-Metz, Marburg; Prof. Dr. A. Mann, Aachen; Dr. B. Manstein, Detmold; Dr. D. Marquarding, Odenthal-Glöbusch; Prof. Dr. F.-W. Marquardt, Berlin; W. Marschall, München; Ch. Marzahn, Bremen; Prof. Dr. I. Maschmann, Lüneburg; G. Mastadt, Berlin; Dr. F. Matakas, Berlin; Dr. G. Mattenklott, Berlin; Prof. Dr. F. Maurer, Reutlingen; G. A. Meixner, Speikern; Prof. Dr. T. Metscher, Bremen; S. Metz-Gochel, Niederdorfelden; Prof. Dr. A. Metzger, München; H. Metzler, Fröndenberg; Prof. Dr. M. Mezger, Mainz; G. Meyer, Marburg; Dr. U. Meyer, Berlin; Dr. J. Meyer-Ingwersen, Stuttgart; H.-J. Michels, Essen; R. Möller, Buxtehude; Dr. E. Mönch, Berlin; A. Müller, Köln; Dr. J. J. Müller, Marburg; Prof. Dr. P. Müller, Kassel; Dr. R. W. Müller, Berlin; Dr. Th. Müller, Frankfurt/M.; Prof. Dr. B. Müller-Hill, Köln; Prof. Dr. W.-D. Narr, Berlin; Dr. F. Neumann, Gießen; A. Neusel, Kassel; Dr. A. Neusüss, Erlangen; Dr. E. Neusüss, Marburg; Dr. G. Neuweiler, Tübingen. Dr. H. W. Nicklas, Darmstadt; Dr. G. Niemöller, Herdecke; Dr. M. Nikolinakos, Berlin; Prof. Dr. C. Noack, Bremen; Dr. S. Oppermann, Gießen; C. Ossorio-Capella, Frankfurt/M.; Dr. M. Osterland, Göttingen; Prof. Dr. A. Paul, Berlin; H. Peifer, Konstanz; Dr. H. Pfaffenberger, Konstanz; G. Presch, Konstanz; Prof. Dr. U. Preuß, Bremen; H. Prinkmann, Gießen; Dr. D. Rabenstein, München; B. Rahne, Berlin; A. Rang, Berlin; Prof. Dr. H. Rauschenberger, Frankfurt/M.; S. Reck, Annerod; Prof. Dr. H.-W. Reinhardt, Berlin; R. Renter, Stade; Prof. Dr. H. Ridder, Gießen; Dr. M. Röhnelt, Berlin; Dr. P. Römer, Marburg; Prof. Dr. E. A. Roloff, Göttingen; F. von Rosen, Marburg; Dr. H. Rosshoff, Marburg; Dr. Th. Rothschild, Stuttgart; A. Rütters, München; Dr. E. Runge, München; Dr. H. K. Rupp, Heidelberg; Prof. Dr. H. J. Sandkühler, Gießen; Prof. Dr. K. D. Seemann, Berlin; H. Seifert, Berlin; Prof. Dr. J. E. Seiffert, Kassel; K. J. Siegfried, Marburg; H. Siemens, Berlin; Dr. K. D. Siemoneit, Berlin; Dr. Ch. Sigrist, Münster; Dr. H. Sörensen, Berlin; E. Spoo, München; R. Spree, Berlin; B. u. W. Spremberg, Weiperfelden; Dr. G. Sprigath, München; K. Steinbacher, München; Prof. Dr. H. J. Steinberg, Bremen; W. Steinbrecht, Hannover; Dr. K. Steinhaus, Marburg; R. Stöss, Berlin; H. Strohbücker, Sundern; Prof. Dr. G. Stuby, Bremen; Prof. Dr. B. Schäfers, Neustadt; Dr. H. Schäfer, Frankfurt/M.; H. Schäfer, Kassel; Prof. Dr. B. Schaeffer, Berlin; Dr. U. Schagen, Berlin; G. Schefen, Kirchhain; Prof. Dr. G. Schefer, Kassel; Dr. R. Schenda, Tübingen; I. Schenk, Bremen; Dr. R. Schesswendter, Heidelberg; Prof. Dr. E. Schild, Aachen; Dr. I. Schild, Aachen; Prof. Dr. H. Schlaffer, Marburg; Prof. Dr. J. Schleifstein, Frankfurt/M.; Dr. E. Schmidt, Frankfurt/M.; M. Schmidt, Berlin; Prof. Dr. Schmied-Kowarzik, Bergshausen; Dr. F. Schmithals, Bremen; D. Schmitz-von Hülst, Gießen; Dr. H. J. Scholl, Köln; Prof. Dr. L. Schottroff, Mainz; Prof. Dr. W. Schottroff, Mainz; H. Schuler, Gießen-Rödgen; Dr. M. Schuler, Gießen-Rödgen; Dr. H.

Schulte, Ziegelhausen; Prof. Dr. H. Schulz, Marburg; Prof. Dr. I. Schulz, Lüneburg; P. W. Schulze, Berlin; Dr. M. Schumann, Göttingen; Prof. Dr. N. O. Schumann, München; K. T. Schuon, Marburg; Dr. U. Schweikert, Stuttgart; Prof. Dr. J. Taubes, Berlin; Prof. Dr. L. Tent, Marburg; Prof. Dr. M. Teschner, Darmstadt; Prof. Dr. M. Theunissen, Heidelberg; Prof. Dr. H. Thiersch, Tübingen; Dr. J. Tismar, Stuttgart; Prof. Dr. K. H. Tjaden, Marburg; Dr. M. Tjaden-Steinhauer, Marburg; Prof. Dr. F. Tomberg, Berlin; Prof. D. E. Tugendhat, Berlin; Dr. B. Tuschling, Marburg; F. Vilmar, Frankfurt/M.; Prof. Dr. E. Vogt, Marburg; Dr. P.-G. Völker, Berlin; Dr. R. von Waechter, Berlin; K. Wagner, Kassel; R. Wahsner, Gießen; K. Walter, Marburg; M. Walter, Gießen; Dr. J. Wandmacher, Konstanz; H. Weber, München; Prof. Dr. I. Weber-Kellermann, Marburg; Prof. Dr. E. Weigelin, Bonn; Dr. W. Weiland, Marburg; Prof. Dr. W. Weischedel, Berlin; H. J. Weiß, München; K. Werner, Neustadt; Prof. Dr. U. Wesel, Berlin; Prof. Dr. A. Weyer, Neukirchen; H. Wieczorek-Zeul, Rüsselsheim; Dr. F. Winkelmann, Berlin; H. Winkler, Kassel; Dr. U. A. Wolf, Tübingen; Prof. Dr. E. Wulff, Gießen; Prof. Dr. D. Wunderlich, Berlin; W. Wurster, München; Prof. Dr. K. Ziegler, Göttingen; Prof. Dr. K. Zimmermann, Kassel; D. Zitzlaff, Staufenberg; Prof. Dr. P. Zlonicky, Aachen; S. Zöllner, Fröndenberg.

Ich schließe mich dem Aufruf an.

..... (Name) ..... (Wohnort)

..... (Beruf/Funktion/Fachrichtung) ..... (Straße)

....., den .... (Unterschrift)

Ich nehme am Kongreß teil.

Ich möchte in Marburg/Umgebung übernachten und bitte um entsprechende Angebote.

Ich interessiere mich für den Bund demokratischer Wissenschaftler und bitte um Informationsmaterial.

Bitte einsenden an:
BUND DEMOKRATISCHER WISSENSCHAFTLER,
355 Marburg/Lahn, Postfach 1162

Die DEUTSCHE VOLKSZEITUNG steht links.

Die DEUTSCHE VOLKSZEITUNG ist kritisch und konstruktiv.

Die DEUTSCHE VOLKSZEITUNG kämpft auf der Seite des demokratischen Fortschritts.

Sie müssen die DEUTSCHE VOLKSZEITUNG kennenlernen!

Probeexemplare unverbindlich und kostenlos durch: **Monitor-Verlag GmbH 4 Düsseldorf, Oststr. 154, Postfach 5707**

► **Anforderungskarten liegen dieser Ausgabe bei** ◄

Diskussion, Besprechung

Neue Einführungsliteratur zur Politischen Ökonomie des Kapitalismus *

In der Reihe der "Marxistischen Taschenbücher" und erstellt mit Unterstützung des "Instituts für Marxistische Studien und Forschungen", Frankfurt/M. erschien eben eine Einführung in die Politische Ökonomie des Kapitalismus, vorgelegt durch A. Lemmnitz (DDR) und H. Schäfer. Ihr Kompendium soll "Arbeiter, Angestellte, Studenten und Gewerkschaften an das Studium der marxistischen politischen Ökonomie heranführen und mit den wichtigsten Gesetzmäßigkeiten und Kategorien bekannt machen" /8/.

In der Tat erschien die Edition einer aktualisierten, auf gegenwärtige Probleme des Klassenkampfes bezogenen Einführung in das "Wirken der ökonomischen Gesetze sowie die Veränderung der Bedingungen, unter denen sich diese Gesetze heute durchsetzen und durch die sie modifiziert werden" /ebd./ notwendig. Erforderlich war angesichts der vielen gegenwärtigen Schulungsbemühungen ein Korrektiv – gegenüber vorschnellen Übergängen aus der "Kapital"-Lektüre in die unmittelbare politische Absicht, gegenüber dem schnellen Sprung von der Rezeption bestimmter Partien des richtig analysierten Abstrakten in das nicht fertig analysierte Konkrete.

Als Beispiel dafür möge der verbreitete "Schulungstext zur Kritik der Politischen Ökonomie" der Berliner "Marx-Arbeitsgruppe Historiker", 1970, gelten: Er beschränkt sich auf die "grundlegenden Kategorien der Marxschen Theorie" gemäß dem Inhalt des ersten Bandes des "Kapital", (mit solchen Verkürzungen wie z.B. der Reduktion der Geldfunktionen auf Zirkulations- und Sparmittel); hinzugefügt ist aber umfangreiches "illustratives Material", für d e s s e n Verständnis, nicht etwa für das der grundlegenden Kategorien und ihrer Erscheinungsweise an der Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft; "die Kenntnis des zweiten und dritten Bandes des 'Kapital' nötig wäre" (Schulungstext, S. 18 f., S. 135). Der Übergang vom Abstrakten zum Konkreten, im Zusammenhang der drei Bände des "Kapital" und der "Theorien über den Mehrwert" von Marx selbst geleistet, wird nicht dessen Darstellungsmethode entnommen, sondern als eigene Aufgabe konzipiert. Die notwendige Konkretion ist in diesem Text entsprechend auch nicht die Konkretion der grundlegenden Kategorien der politischen Ökonomie, sondern sind "die konkreten Formen der Organisation ... des offensiven und revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse", der "in irgendeiner Form zentralisiert werden muß" (Schulungstext, S. 134).

Dagegen muß eine Einführung in die politische Ökonomie des Kapitalismus, die umfassend eine "exakte Darstellung des Denkens von Marx, Engels und Lenin vermitteln will" /8/, auch methodisch den Darstellungsgang der Kritik der politischen Ökonomie bei Marx nachvollziehen: Die Ausarbeitung der wesentlichen ökonomischen Beziehungen und Gesetzmäßigkeiten mit der Methode der wissenschaftlichen Abstraktion und die Rückführung der Analyse zum gegliederten Verständnis der Formen, in denen die Ge-

* Besprechung von: A. Lemmnitz, H. Schäfer: POLITISCHE ÖKONOMIE DES KAPITALISMUS – Einführung, Frankfurt/M. 1972; Autorenkollektiv: POLITISCHE ÖKONOMIE – KAPITALISMUS, Anschauungsmaterial, Berlin, 2. Aufl. 1972.

setzmäßigkeiten "im gewöhnlichen Bewußtsein der Produktionsagenten selbst auftreten" (MEW 25, S. 33). Von der Werttheorie ausgehend muß gezeigt werden, wie der Mehrwert die anderen Kategorien der kapitalistischen Produktionsweise, wie er den Profit, den Durchschnittsprofit, den Zins etc. reguliert. "Erst danach (kann) die Mehrwerttheorie für vollendet und das Bewegungsgesetz der kapitalistischen Gesellschaft für zureichend begründet gehalten werden" (W.S. Wygodski: "Die Geschichte einer großen Entdeckung", 1970, S. 74). Entsprechend muß eine Einführung den Weg von der Analyse des – von allen sekundären Einwirkungen befreit betrachteten – Produktionsprozeß über die Analyse der Einheit von Produktions- und Zirkulationsprozeß vermitteln, um dann "die konkreten Formen darzustellen, welche aus dem Bewegungsprozeß des Kapitals, als Ganzes betrachtet, erwachsen" (Marx, ebd.).

Dem entsprechend ist die vorliegende Einführung nach der inneren Struktur der verschiedenen Bücher des "Kapital" gegliedert. Nach einem einführenden Kapitel über die "Politische Ökonomie – Wissenschaft der Arbeiterklasse" /9-36/ werden zunächst die "Grundlagen der kapitalistischen Produktionsweise" behandelt /37-74/; einbezogen ist hier die Analyse der warenproduzierenden Arbeit, des Wertes und Tauschwertes, der Geldfunktionen, und des Wertgesetzes als Regulator der Warenproduktion. Unter "Lohnarbeit und Kapital" /75-117/ werden die Voraussetzungen der kapitalistischen Produktionsweise angeführt; weiter geht der Lehrtext über "Die Ware Arbeitskraft und deren Eigenschaften", über die Elemente der kapitalistischen Ausbeutung, das Mehrwertgesetz, die Produktion des absoluten und des relativen Mehrwertes, die Erhaltung und Erneuerung des Kapitals und den Inhalt von Mehrwertrate und Ausbeutungsgrad.

Gregorij I. Tunkin
Völkerrechtstheorie
Die gesamte sowjetische VR-Doktrin auf ihrem gegenwärtigen Stand. 512 S., DM 60,–

Ernst R. Zivier
Der Rechtsstatus des Landes Berlin
Eine umfassende Untersuchung der Rechtslage nach dem Viermächteabkommen, mit Dokumentation; 248 S., Snolin DM 25,–

Wehberg/Goldschmidt
Der Internationale Gerichtshof
Einführung, Analyse und Dokumentation. Stand 1972. 128 Seiten, Snolin DM 15,–

Daniel Heradstveit
Nahost-Guerillas
Eine politologische Studie auf empirischer Grundlage. 225 Seiten, Snolin DM 20,–

Der Friedens-Nobelpreis
Stiftung und Verleihung – die Reden der vier deutschen Preisträger. Dokumentation. 128 Seiten, Snolin DM 10,–

Ančiškin/Solovev (im Gosplan)
Die Wirtschaftsprojektion der Sowjetunion
Struktur und Methodik der globalen, sektoralen und regionalen Planung. 120 Seiten, Balacronband DM 15,–

Bidlingmaier/Harttung
Wie studiere ich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
In der Bundesrepublik, in Österreich und in der Schweiz. Dritte, überarbeitete Auflage. 352 Seiten, Snolin DM 12,50

Bernhard Külp
Streik und Streikdrohung
Ihre Rolle in der Volkswirtschaft und im Sozialprozeß. 64 Seiten, Balacron DM 7,50

BERLIN VERLAG 1 Berlin 33

Stärker auf die Schriften "Lohnarbeit und Kapital" und "Lohn, Preis und Profit" bezogen ist die Analyse der Verwandlung des Wertes der Arbeitskraft in den Arbeitslohn (Zeit- und Stücklohn) im 4. Kapitel, "Der Arbeitslohn" /118-134/. Im 5. Kapitel werden behandelt: Die einfache Reproduktion, die Verwandlung von Mehrwert in Kapital, Reproduktion und Zirkulation des gesellschaftlichen Gesamtkapitals, der Zusammenhang von Wirtschaftskrisen und Reproduktion des Kapitals und das allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation. Die Verwandlung des Mehrwertes in den Profit, der Mehrwertrate in die Profitrate, der Profitrate in die Durchschnittsprofitrate und des Wertes in den Produktionspreis erscheinen unter dem Titel "Der Profit – Motor des Kapitalismus" /189-219/.

Die Aufteilung des Mehrwertes in Unternehmergewinn, Handelsprofit, Zins, und Grundrente und deren objektive ökonomische Gesetze fallen unter das Kapitel "Die Einkommen und ihre Quellen" /220-260/. Schließlich wird das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate und davon ausgehend die Entfaltung der inneren Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise in einem letzten Kapitel besprochen.

Insgesamt wird also der Inhalt des gesamten "Kapital" komprimiert wiedergegeben; zum Teil wird gestrafft: auf die "ursprüngliche Akkumulation" wird unter "Voraussetzungen" der Entwicklung des Widerspruchs von Lohnarbeit und Kapital nur verwiesen; von der Behandlung der Reproduktion und Akkumulation des einzelnen Kapitals (im "Kapital" I, 6. Abschnitt, 23. Kapitel) wird sofort auf Reproduktion und Zirkulation des gesellschaftlichen Gesamtkapitals übergegangen ("Kapital" II, 3. Abschnitt). Der Umschlag

alternative ZEITSCHRIFT FÜR LITERATUR UND DISKUSSION

Schule Intelligenz Kapitalismus (Nr. 77)
Ernest Mandel: Die Rolle der Intelligenz im Kapitalismus – Münchner Kollektiv: Zum Problem der Sozialisation im Kapitalismus – Aporien bürgerlicher Pädagogik – Berliner Kollektiv: Widersprüche in der Strukturreform des Bildungswesens am Beispiel der Gesamtschule, u.a.

Materialistische Literaturtheorie IV Eine Methodenkontroverse (Nr. 82)
Dieter Richter: Geschichte und Dialektik in der materialistischen Literaturtheorie – KSV-Zelle Germanistik (FU Westberlin): Thesen zum historisch-materialistischen Studium in der Literaturwissenschaft – Redaktionskollektiv Alternative: Was heißt historisch-materialistisches Verfahren für den Literaturunterricht? Kritik des KSV-Konzepts – KSV-Zelle: Antwort an Alternative – Georg Fülberth: Materialistische Literaturtheorie und politische Praxis, u.a.

Parteilichkeit im Grundschulunterricht (Nr. 83)
Otto F. Kanitz: Eine objektive, doch gefährliche Rechenstunde – Edwin Hoernle: Warum sind die Kokosnüsse so teuer? – Berliner Kollektiv I: Parteilichkeit im "Westermann" – Berliner Kollektiv II: Arbeit und Held. Entwurf von Unterrichtseinheiten für die Grundschule, u.a.

Alternative Verlag, 1 Berlin 30, Steinmetzstr. 13/V.
Einzelheft 3,– DM, Jahresabonnement 14,50 DM.

des Kapitals (fixes und zirkulierendes Kapital) ("Kapital" II, 2. Abschnitt) ist thematisch eingebettet in die Darstellung der Marxschen Lehre von Profit und Profitrate; dies wohl aus didaktischen Gründen, wegen der an dieser Stelle im Vordergrund stehenden Enthüllung der Herkunft des Profits, in deren mystifizierter Form die Umschlagzeit des Kapitals als primär wichtig für die Höhe des Profits erscheint /vgl. 198/. – Verschiedene Partien des "Kapital", wie das 21. und das 22. Kapitel werden breit ausgeführt wiedergegeben, anderes, wie die genetische Entwicklung des relativen Mehrwertes in Kooperation und doppeltem Ursprung der Manufaktur ("Kapital" I, 11. und 12. Kapitel) wird unter Verzicht auf die historische Darlegung nur in den Hauptelementen interpretiert; dies letztere schafft dafür an der betreffenden Stelle den Platz, den "falschen Schein", die Produktivkraft aus Kombination der Arbeit und aus der Maschinerie sei Produktivkraft des Kapitals, ausführlicher zu kritisieren /106 f./.

Die Einführung ist auf die Grundlagen der kapitalistischen Produktionsweise beschränkt; die Autoren weisen die Untersuchung des Imperialismus, des monopolkapitalistischen Stadiums und des staatsmonopolistischen Kapitalismus späteren Arbeiten zu. Dennoch ist der staatsmonopolistische Kapitalismus erwähnt und in die Vergegenwärtigung der behandelten Kategorien eingeschlossen, z.B. in der Bestimmung des Wertes der Arbeitskraft unter den Bedingungen der Verflechtung von Monopolmacht und Staatsmacht /129/, in der Kritik bürgerlicher Wachstums- und Stabilitätstheorien, deren Modelle der Herstellung von Proportionalität und Gleichgewicht des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses dessen Disproportionalität nicht begegnen können, die auch im staatsmonopolistischen Kapitalismus im Widerspruch zwischen organisierter Produktion und Anarchie der gesamten gesellschaftlichen Produktion sich findet /166/; die Einschränkung der freien Funktion

Westberliner Buchladen Kollektive

KEINE PRIVATEN PROFITE
UNTERSTÜTZUNG DES ANTIIMPERIALISTISCHEN KAMPFES

Das Politische Buch
1 Berlin 15, Lietzenburgerstr. 99
Tel.: (0311) 883 25 53

Buchladenkollektiv an der TU
1 Berlin 12, Savignyplatz 5
Tel.: (0311) 313 99 83

Das Kollektiv von Jürgens Buchladen eröffnet in der zweiten Aprilhälfte den neuen Laden ⇨

des Wertgesetzes bzw. des Profit-Preis-Regulators durch das Monopol wird erwähnt, zugleich wird an dieser Stelle auf die Untersuchung der daraus resultierenden chronischen Krisen in der Darlegung des monopolistischen Kapitalismus verwiesen /218/; schließlich wird der staatsmonopolistische Kapitalismus ausführlicher angeführt im Zusammenhang der Aufzählung der Faktoren, die dem tendenziellen Fall der Profitrate entgegenwirken - durch Funktionsübernahme des Staates im Bereich der Verbilligung des konstanten Kapitals /266/.

Prinzipiell gilt für jede Darlegung der politischen Ökonomie des Kapitalismus, daß sie dem Interesse an einer Fundierung des Kampfes der Arbeiterklasse durch die Erhellung der objektiven Bewegung der Gesellschaft, als Instrument zur Prognostizierung der Tendenzen dieser Bewegung, nachkommt. Dies ist ständige Absicht und Inhaltsprinzip dieser Arbeit. In ihren Beispielen und Vergegenwärtigungen /zur Rolle der Gewerkschaften: 132; zur Lage der kaufmännischen Angestellten: 230 f. u.a./ lassen sie den "Klassencharakter" und das "kämpferische Wesen" der marxistischen ökonomischen Lehre zum Ausdruck kommen /vgl. 9-17/.

Inhalt und Charakter von Grundwiderspruch des Kapitalismus (Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und kapitalistischer Aneignung) und der anderen davon abgeleiteten Widersprüche werden planvoll aus der Analyse ihres jeweiligen Ursprungsortes in der kapitalistischen Produktion entwickelt: der Widerspruch zwischen organisierter Produktion im Betrieb und gesellschaftlicher Anarchie wird angeführt bei Behandlung der Bedingungen der Realisierung bei erweiterter Reproduktion /165/; der Widerspruch zwischen Produktion und Markt und dessen Äußerung als Widerspruch zwischen schrankenloser Ausdehnung der Produktion und begrenzter zahlungsfähiger Nachfrage werden genannt bei Behandlung der Krisentheorie /169/, der Widerspruch zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte und der Verwertung des Kapitals wird in der Erklärung des Gesetzes des tendenziellen Falls der Profitrate angeführt /262/. Diese Methodik hebt den Einführungs- und Lehrcharakter des Buches hervor, sie ermöglicht den analytischen Nachvollzug.

Durchgehend beziehen sich die Autoren polemisch auf bürgerliche Theorie, sei es die "Volkswirtschaftslehre" Paul A. Samuelsons /"Gesetz der Knappheit": 22, 48, 61; "Gesetz des abnehmenden Ertragszuwachses": 248 u.a./, sei es E. Mandel. Gegen den ersten wird polemisiert als gegen einen modernen Vertreter der Grenznutzentheorie, gegen den zweiten aufgrund seiner "Marxismus" intendierenden Aussagen, in denen entscheidende Erkenntnisse der marxistischen politischen Ökonomie verflacht oder entstellt erscheinen /46, 79 u.ö./.

SACHWÖRTERBUCH DER GESCHICHTE DEUTSCHLANDS UND DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG. Bd 1 u. 2. Bln: Dietz Verl. 1970. zus. 1930 S. Leinen. Zus. DM 56,00.

ÖKONOMISCHES LEXIKON. Bd 1 u. 2. 2. Aufl. Bln: Verl. Die Wirtschaft 1970. zus. 2448 S. Kunstleder. Zus. DM 99,00.

GOSSWEILER, K. GROSSBANKEN, INDUSTRIEMONOPOLE, STAAT. ÖKONOMIE UND POLITIK DES STAATSMONOPOLISTISCHEN KAPITALISMUS IN DEUTSCHLAND 1914 - 1932. Bln: Dt. Verl. d. Wissenschaften 1971. 423 S. Leinen. DM 41,80.

POLITISCHE ÖKONOMIE – KAPITALISMUS. ANSCHAUUNGSMATERIAL. Aus d. Russ. 2. Aufl. Bln: Dietz Verl. 1972. 160 S. Broschiert. DM 7,80.

BRÜCKEN-VERLAG GmbH
4 Düsseldorf
Postfach 1928

LANGE, A. BERLIN ZUR ZEIT BEBELS UND BISMARCKS. ZWISCHEN REICHSGRÜNDUNG UND JAHRHUNDERTWENDE. Bln: Dietz Verl. 1972. 927 S. Leinen. DM 24,50.

Das Tafelwerk "Politische Ökonomie-Kapitalismus", Anschauungsmaterial, 1970 in der UdSSR erschienen und 1971 in einer deutschen Bearbeitung vom Dietz-Verlag herausgebracht, stellt eine willkommene Unterstützung und Ergänzung von ausführlicher Einführungs- und Schulungsliteratur wie dem oben besprochenen Titel dar. In 152 graphischen Darstellungen wird der thematische Bereich von den allgemeinen Grundlagen der kapitalistischen Produktionsweise über die Gesetzmäßigkeiten des monopolistischen Kapitalismus bis zur Krise des Weltkapitalismus abgedeckt.

Die sowjetischen Autoren dieser Arbeit folgen im wesentlichen dem Gang der Marx'schen Analyse in den drei Bänden des Kapital. Mit dem einen, für diese Darstellungsweise und ihren Nutzen unumgänglichen Unterschied: Die Entwicklung der einzelnen Bestandteile des Kapitals von ihrem abstrakten Wesen zu ihren konkreten Erscheinungsformen ist jeweils in einer Abfolge zusammenhängend dargestellt. So werden zum Beispiel der Formel für die Bewegung des Handelskapitals aus Band II unmittelbar die Gesetzmäßigkeiten bei der Verteilung des Profits zwischen industriellem und Handelskapital zugeordnet. (Bd. III) Als weitere Grundlagen gelten den Autoren die "Grundrisse zur Kritik der Politischen Ökonomie", weitere einzelne Zitate aus anderen Werken von Marx und Engels und Lenins Imperialismus-Theorie.

Im letzten Teil wird die auf diesen Grundlagen weiterentwickelte Theorie der Kritik der Politischen Ökonomie des Kapitalismus in seiner derzeitigen Phase und unter den Bedingungen der internationalen Systemkonkurrenz dargestellt.

Die Autoren haben verschiedene Möglichkeiten gewählt, die historisch-logischen Entwicklungs- und Bewegungsgesetze des Kapitals darzustellen: der Sprache und Systemlogik folgende graphische Gliederungen; einfachste kybernetische Modelle, in denen der Einfluß verschiedener Faktoren zur Durchsetzung verschiedener Resultate veranschaulicht wird, statistische Tabellen und Kurven.

Die Funktion dieser Arbeit wird durch den methodischen Aufbau schon deutlich: es soll und kann sowohl Arbeitshilfe für das Studium der Politischen Ökonomie sein als auch den Lehrenden an den Universitäten so gut wie in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit Vermittlungsschritte zeigen vom Wesen zur Erscheinung und von einzelnen Erscheinungen zu ihrem Systemzusammenhang.

Der prozessierende Charakter der in der politischen Ökonomie erhobenen Kategorien, den Marx an jeder Stelle seiner politökonomischen Arbeiten entwickelt, geht zwar verloren; das Ganze der marxistischen politischen Ökonomie erscheint hier in einem Nacheinander von Sätzen, Formeln und Definitionen. Dieses Kriterium gilt aber nicht mehr für den größten Teil der zweiten Hälfte des Werkes, das stärkeren Beispiel- und Informationscharakter besitzt und ist wohl auch durch die instrumentelle Funktion und den didaktischen Wert des Buches entschuldigt.

Georg Landwirth

SOPO **19** erscheint August
SOPO **20** erscheint Oktober

Klassenkämpfe in Westeuropa *

I

"Klassenkämpfe in Westeuropa" ist die erste in der Bundesrepublik erarbeitete, systematische und auf umfangreichen Materialien beruhende Darstellung der Klassenkämpfe in Westeuropa seit Beginn der sechziger Jahre. Sie steht nicht nur in klarem Gegensatz zu denjenigen Varianten bürgerlicher Ideologie, die mit Hilfe von Konvergenzkonstruktionen, Apologien auf den Wohlfahrtsstaat oder der These der sozialen Nivellierung behaupten, "Überflußgesellschaft" oder "sozialer Kapitalismus" haben sowohl den Antagonismus von Lohnarbeit und Kapital überwunden als auch das Proletariat als revolutionäre Klasse absorbiert. Sie steht in einem ebenso klaren Gegensatz zu den totalitätsfremden Doktrinen des modernen Linksradikalismus, der unbekümmert um die konkreten Erscheinungen der Kapitalentfaltung und ihre theoretisch-praktische Beantwortung durch die Arbeiterbewegung die Avantgarde-Funktion im Klassenkampf auf Minderheiten transponiert und in den Massenorganisationen der Lohnabhängigen nichts anderes mehr zu erblicken meint als Integrationsinstrumente der herrschenden Klasse. Objektiv stimmt der Linksradikalismus mit der bürgerlichen Integrationsideologie darin überein, daß die Arbeiterbewegung ihren geschichtlichen Auftrag, den Sozialismus zu errichten, nicht mehr erfüllen könne.

Leiten die Vertreter der spätbürgerlichen Ideologie ihre Grundthese meist aus einer mechanistischen Verelendungsvorstellung oder einem (allerdings schon nicht mehr ganz blinden) Vertrauen in die Krisenresistenz der kapitalistischen Ökonomie ab, so bedienen sich die Wortführer des linken Radikalismus in der Regel des "Gesetzes der verselbständigten Bürokratie", (das seinerseits bürgerlichen Ursprungs ist, wie Vilfredo Paretos "Trattato si Sociologia generale" oder Robert Michels auf die Sozialdemokratie Deutschlands und Italiens vor 1914 bezogene Untersuchung "Zur Soziologie des Parteienwesens" zeigen), um die Entfremdung der Gewerkschaften und der Arbeiterparteien, insbesondere der kommunistischen Parteien, von den lohnabhängigen Massen anzuprangern.

Die Studie von Albers, Goldschmidt und Oehlke über die Entwicklung der Klassenkämpfe in Frankreich, Italien und England geht dagegen von einer Beschreibung der Kapitalentfaltung und der sozio-ökonomischen Strukturen in diesen Ländern aus, untersucht dann den Verlauf der Klassenkämpfe seit Beginn der sechziger Jahre und stellt im jeweils letzten Teil der drei Kapitel die Arbeiterorganisationen, ihre Strategien, ihre Aktivitäten und ihre Beziehungen untereinander dar.

Die Verschärfung der Klassenkämpfe in Westeuropa seit Mitte der sechziger Jahre ist Ausdruck einer Verwertungskrise des Kapitals, von der alle westeuropäischen kapitalistischen Länder betroffen sind. Die Akkumulation von Kapital in der "Rekonstruktionsperiode", die primär durch gesteigerte Ausbeutung der Arbeitskraft gewährleistet war, stieß Ende der fünfziger und Anfang der sechziger Jahre auf die Grenzen ihrer Verwertungsmöglichkeiten, die durch die inländischen Marktbedingungen, das Zurückbleiben der Massenkaufkraft und die monopolistische Konkurrenz auf den Außenmärkten determiniert waren. Insbe-

* Bemerkungen zum Buch von Detlev Albers, Werner Goldschmidt, Paul Oehlke: KLASSENKÄMPFE IN WESTEUROPA: Frankreich, Italien, Großbritannien. Reinbek bei Hamburg 1971 (rororo-aktuell, 1502). (Vgl. auch den Beitrag von K. Pickshaus und D. Raulf, "Klassenkämpfe in Großbritannien", in: SOPO 17/1972, S. 93 ff. – Red.)

sondere der durch die USA bereits während des II. Weltkriegs erzielte technologische Vorsprung und die systematische Anwendung der Ergebnisse der wissenschaftlich-technischen Revolution für die maximale Verwertung des US-Kapitals zwang die vom Absinken der Produktionstendenz, von fallenden "Wachstumskurven" und von Exportstagnation bedrohten Großbourgeoisien der westeuropäischen kapitalistischen Länder zu einer Abwandlung ihrer ökonomischen und politischen Strategien, deren wichtigstes Resultat die Bildung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft darstellt.

Die Methoden zur Mobilisierung aller unausgeschöpften gesellschaftlichen Ressourcen mit dem Ziel, die Verwertungsbedingungen des Kapitals entscheidend zu verbessern, weisen trotz aller nationalen Unterschiedlichkeiten in Frankreich, Italien und Großbritannien strukturelle Parallelen auf. Die sich immer enger zum System des staatsmonopolistischen Kapitalismus verflechtenden Monopole und zentralen staatlichen Institutionen (repräsentiert in der politischen Führung der bürgerlichen Parteien und Teilen der Sozialdemokratie) begann im Interesse des Großkapitals Voraussetzungen der Kapitalverwertung zu schaffen, die sich von denen der "Rekonstruktionsperiode" inhärenten Bedingungen "liberaler Marktwirtschaft" oder unverbindlicher "Planungsbestimmungen" (Frankreich seit 1946 z.B.) deutlich unterschieden und die Formen des "Staatsinterventionismus zu einem politisch-ökonomischen System zusammenfaßten.

Gezielte staatliche Förderung der "Wachstumsindustrien" mit hoher organischer Zusammensetzung des Kapitals, Maßnahmen zur Konzentration von Produktionsmitteln und Kapital, die Aufbringung der zur Entfaltung der wissenschaftlich-technischen Produktivkräfte notwendigen Mittel durch den Staat, Formierung des Ausbildungs- und Hochschulwesens, schwerpunktmäßige Infra-Strukturmaßnahmen, tiefgreifende Veränderungen in der Landwirtschaft usw. kennzeichnen die Aktivitäten des Staates auf der Basis staatsmonopolistisch-kapitalistischer Produktionsverhältnisse. Allerdings setzen diese Aktivitäten eine Verschärfung der Ausbeutung und einen ständig wachsenden, durch den Staat angeeigneten Teil des gesellschaftlichen Mehrprodukts voraus, der der Bedürfnisbefriedigung der lohnabhängigen Massen und nichtmonopolistischen werktätigen Schichten entzogen und auf die Akkumulation der Monopole übertragen wird. Konkretisiert sich die Verschärfung der Ausbeutung im kapitalistischen Arbeitsprozeß als Intensivierung der Arbeit oder sogar als Verlängerung des Arbeitstages (wie beispielsweise in Frankreich), als wachsende physische wie psychische Arbeitsbelastung und in einer steigenden Zahl von Arbeitsunfällen, so setzt sie sich in der Reproduktionssphäre der Arbeitskraft fort. Die relative, auf den objektiv vorhandenen gesellschaftlichen Reichtum bezogene Verelendung der lohnabhängigen Massen spiegelt sich in den gegenwärtigen Lebensbedingungen wider, Umso rascher die Profite steigen, desto weniger werden die Bedürfnisse der Bevölkerung nach menschenwürdigen Wohnungen und Transportmöglichkeiten, nach ausreichender medizinischer Versorgung, nach sozialer Sicherheit im Renten- und Invalidenstand, nach beruflicher und kultureller Bildung, nach Kindergärten, Krankenhäusern, Schulen und nach wirksamer Bekämpfung der durch die Monopole rücksichtslos betriebenen Vergiftung des natürlichen Lebenssubstrats befriedigt.

Indessen blockiert die fortschreitende Zentralisation des Kapitals nicht nur eine den Massenbedürfnissen adäquate Entfaltung und Anwendung des wachsenden Potentials der Produktivkräfte, sondern vergrößert zugleich die Klasse der unter das Kapital subsumierten Lohnabhängigen, weil infolge der kapitalistischen Konzentration und Konkurrenz immer mehr Angehörige der Mittelschichten proletarisiert werden, ohne daß der wachsenden Zahl derer, die nichts anderes zu verkaufen haben als ihre Arbeitskraft, eine ausreichende Beschaffung neuer Arbeitsplätze entspräche. (So überschritt zum ersten Male seit zwanzig Jahren die Zahl der Arbeitslosen in Großbritannien am 10.Januar1972 die Millionengrenze.)

Taschenbücher

Gert Börnsen

Innerparteiliche Opposition

(Jungsozialisten und SPD)

Dieses Paperback untersucht die Entwicklung der Jungsoziallsten seit Bildung der Großen Koalition. Es wird eine kritische Übersicht über Kräfteverhältnisse, Chancen und Taktiken der JUSO als stärkstem Faktor der innerparteilichen Opposition gegeben. Der Autor war einige Jahre 1. Sprecher des Sozialdemokratischen Hochschulbundes (SHB) und ist jetzt der Pressesprecher der SPD-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein.

104 Seiten **2,50** DM

Schmidt, Bärlein, Bonin

Das Blockwahlsystem in der SPD

(Zur Herrschaftstechnik des Parteiapparates)

Der Prozeß einiger SPD-Mitglieder gegen den Landesvorstand der SPD Westberlin auf Abschaffung des undemokratischen Blockwahlsystems ist von prinzipieller Bedeutung für Fragen des Parteienrechts und der inneren Demokratie.
In diesem Paperback werden die Gutachten von Prof. Küchenhoff und Dozent Dr. J. Seifert sowie Gerichtsurteile wiedergegeben. Eingeleitet und kommentiert von Rudi Schmidt.

112 Seiten **1,50** DM

Frieden für Europa

(Gedanken zur europäischen Sicherheit)

Herausgegeben von Herbert Oberste-Lehn mit Beiträgen von Frank Allaun, MP, England, Prof. Finocchiarlo, Abg., Italien, G. Skaug, Abg., Norwegen, R. Paasio, Abg., Finnland, Prof. Rolin, Staatsminister, Belgien, K. H. Hansen, MdB, Düsseldorf, und Dr. P. Klein, Berlin.
Im Anhang ein Dokumententeil mit Auszügen aus Erklärungen und Programmen sozialdemokratischer Parteien Europas zur europäischen Sicherheit und Auszüge aus Erklärungen der NATO und des Warschauer Paktes zu dieser Frage.

112 Seiten **2,00** DM

W. Runge-Verlag, 2 Hamburg 26, Postfach 260546

In den eben skizzierten, von Albers, Goldschmidt und Oehlke ausführlich dargestellten Erscheinungen der Ausbeutung und Unterdrückung der werktätigen Bevölkerungsmassen in den hochindustrialisierten Ländern des staatsmonopolistischen Kapitalismus manifestiert sich die Verschärfung des Widerspruchs von Lohnarbeit und Kapital und die wachsende antagonistische Spannung zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, die auch durch die "Teilrationalität kapitalistischer Planung" /S. 16/ nicht aufgehoben werden kann.

II

Die Reaktivierung der europäischen Arbeiterbewegung, die sich in der gesellschaftlichen Relevanz und im Organisationsgrad der Klassenkämpfe materialisiert, beweist jedoch, daß sich die Antagonismen des staatsmonopolistischen Kapitalismus nicht naturwüchsig durchsetzen können, sondern in ihren Ursachen und Auswirkungen durch die Kampfkraft der Arbeiterbewegung bestimmt bleiben. Schien es über Jahre, als gelinge es dem staatsmonopolistischen Kapitalismus, die geschichtsbildende Qualität des "subjektiven Faktors" in der Arbeiterklasse, das im organisierten Kampf sich verwirklichende proletarische Klassenbewußtsein, aus dem gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozeß integrativ oder unverschleiert repressiv (wie in der BRD durch das Verbot der KPD 1956, wie in Frankreich und Italien durch gewaltsame Eingriffe der Exekutive) zu eliminieren, so hat die Regenerationsfähigkeit des durch die Arbeiterorganisationen vermittelten Klassenbewußtseins illusionäre Hoffnungen auf ein Absterben der Klassengegensätze oder auf ihre ewige "Latenz" zunichte gemacht. In dem Maße, in dem sich die Kampfkraft der westeuropäischen Arbeiterklasse reaktivierte, dehnte sich auch der Aktionsradius der Arbeiterbewegung aus: der Kampf um die Reproduktionsbedingungen der Ware Arbeitskraft vermittelt sich immer enger mit dem politischen Kampf, insofern als der Staat als "ideeller Gesamtkapitalist" zunehmend zum direkten Klassengegner der Arbeiterbewegung auch in den ökonomischen Kämpfen wird.

Die von Albers, Goldschmidt und Oehlke analysierten Ländern gemeinsamen Tendenzen und Ausdrucksformen der widersprüchlichen Kapitalentfaltung werden jedoch durch nationale Besonderheiten sowohl sozio-ökonomischer als auch politisch-historischer Art differenziert. Diese Differenzierung geht in die konkrete Problematik der Klassenkämpfe ein und verweist so – trotz aller struktureller Ähnlichkeiten kapitalistischer Ausbeutung und Herrschaft in diesen Ländern – auf die Notwendigkeit, alle disparaten Bedingungsmomente der Klassenkämpfe in Westeuropa in eine durch die Internationalisierung des Kapitals erforderte Strategie der westeuropäischen Arbeiterbewegung einzubeziehen.

Die von Werner Goldschmidt aufgezeichnete Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Frankreich im letzten Jahrzehnt, also seit der Machtübernahme General de Gaulles 1958, ist einerseits durch einen massiven Ausbau staatsmonopolistischer Regulierungsinstrumente und ein enormes Wachstum des Bruttosozialprodukts ("miracle francais"), andererseits durch eine vergleichsweise hohe Inflationsrate, durch "Unterindustrialisierung" und durch einen relativ niedrigen Konzentrationsgrad des Kapitals gekennzeichnet. Mit Hilfe der "planification", die historisch eine antimonopolistisch-demokratische Errungenschaft der französischen Arbeiterbewegung nach der Befreiung von Faschismus war, versuchte die Großbourgeoisie in dem Maße, in dem es ihr gelang, die französische Arbeiterbewegung seit 1947 in die Defensive zu drängen, die relative Rückständigkeit des Kapitalismus zu überwinden. Zwar konnte die Anwendung der "planification" in der ersten Rekonstruktionsphase durch Ausbau und Modernisierung des "Grundlagensektors" (1947 - 1957), in der zweiten primär durch Maßnahmen zur Exportsteigerung und später zur Stabilisierung der defizitären Handelsbilanz und in der dritten Phase (seit 1965)

durch die Akzelerierung der Monopolisierungstendenz den Anteil der Industrieproduktion am Bruttoinlandsprodukt beträchtlich vergrößern, aber die damit verbundenen sozialen und wirtschaftlichen Strukturprobleme vermochten "planification" und Industrialisierung aufgrund ihrer Abhängigkeit von den Profitzielen der Monopole nicht auch nur ansatzweise zu lösen. Der Anteil des Prokopfeinkommens der Lohnabhängigen am Nationaleinkommen sank, (als Ergebnis der raschen Zunahme der absoluten Zahl der Lohnabhängigen), während die Reallöhne nur wenig stiegen, die wöchentliche Arbeitszeit verlängert wurde und die Zahl der Arbeitslosen seit 1964 ununterbrochen stieg und gegenwärtig einen Stand von 700 000 erreicht hat. Aber der wachsende Ausbeutungsdruck der Monopole, der mit dem Verlust großer Teile des französischen Kolonialimperiums einherging, traf auf eine sich konsolidierende Kampffront der Arbeiterbewegung, die nach harten Streiks und den Wahlen von 1965 und 1967 mit der Massenstreikbewegung im Mai und Juni 1968 eine neue Etappe der Klassenkämpfe in Westeuropa einleitete.

Gemessen an den Ausgangsbedingungen weist Italien, wie Detlev Albers beschreibt, eine noch raschere Kapitalentfaltung auf als Frankreich. Andererseits treten diejenigen Disparitäten in der Gesellschaftsstruktur, die bereits von Goldschmidt im Blick auf Frankreich festgestellt wurden, in Italien noch krasser zutage. Auf eine stürmische industrielle Entwicklung, die Italien Ende der fünfziger Jahre in die Spitzengruppe der wirtschaftlich starken kapitalistischen Länder verstoßen, ließ folgte 1959 - 1963 eine schwere Rezession, die zwar durch eine "Exportoffensive", also durch relativ niedrige Löhne und Drosselung der Binnennachfrage, in erster Linie des Massenverbrauchs, bald kompensiert werden konnte, aber gleichzeitig die inneren sozialen Widersprüche nur verschärfte. Trotz enormer Steigerung der Industrieproduktion, trotz des Rückgangs der landwirtschaftlichen Produktion an der Gesamtproduktion und trotz beschleunigter Monopolisierung vor allem der Wachstumsindustrien (ähnlich hoher Anteil der zwanzig größten Unternehmensgruppen an der industriellen Gesamtproduktion wie in der Bundesrepublik) ist nicht nur bis zum "Heißen Herbst" 1969 das Lohnniveau der Massen sogar hinter dem Produktivitätsfortschritt zurückgeblieben, sondern vertiefte sich auch die sozio-ökonomische Kluft zwischen dem relativ entwickelten Norden mit seinen Ballungszentren und dem rückständigen Süden, dem Mezzogiorno. Auf Süditalien, in dem fast 40% der Bevölkerung leben, entfallen aber nur 26% der Bruttoinvestitionen. Beschäftigungsrückgang, Arbeitslosigkeit, Saisonarbeit und Auswanderung der Arbeitskräfte sowohl in andere Länder als auch nach Norditalien kennzeichnen die soziale Lage im Mezzogiorno ebenso wie extremes materielles Elend und Analphabetismus.

Der italienische Staat, der an elf der zwanzig größten wirtschaftlichen Unternehmungen beteiligt ist, begünstigt unter dem Deckmantel von "Sanierungsplänen" und Industrialisierungsprojekten, den wachsenden Abstand zwischen Nord- und Süditalien, obwohl sich auch im Norden die Lebensbedingungen der arbeitenden Massen ständig verschlechtern. Mit vielfältigen Mitteln versucht die herrschende Klasse die Möglichkeiten gewerkschaftlicher und politischer Praxis der Arbeiterklasse, der Mittelschichten und der besitzlosen Bauern, die aus der Evidenz dieser Antagonismen entstehen, zu unterlaufen und auszuschalten. Dabei bedient sie sich vor allem der Maßnahmen zur Spaltung der Arbeiterklasse, indem sie sowohl durch regionale, betriebliche und qualifikationsbezogene Lohndifferenzierungen als auch durch den Druck der industriellen Reservearmee aus dem Süden die Kampfeinheit der Lohnabhängigen zu brechen versucht. Weder staatsmonopolistische Planung, deren Scheitern sich in einem äußerst geringen Wachstum der Löhne, in einer rückläufigen Tendenz der Arbeitsplätzebeschaffung und in völlig unzureichenden oder eindeutig an den Interessen der Monopole ausgerichteten Infrastruktur-Investitionen ausdrückte, noch die Beteiligung der Sozialisten und Sozialdemokraten an der Regierung des "centro-

sinistro" verhinderten jedoch, daß auch in Italien die Klassenkämpfe mit dem "heißen Herbst" 1969 eine qualitativ neue Stufe erreichten.

Weisen die Erscheinungsformen der Kapitalverwertung und Profitmaximierung in Frankreich und Italien zahlreiche Parallelen auf, so konstatiert Paul Oehlke für die Entwicklung des britischen Kapitalismus wichtige Faktoren, die zwar nicht auf unterschiedliche Produktionsverhältnissen beruhen, aber aus den spezifischen sozio-ökonomischen, historischen und politischen Bedingungen des britischen Kapitalismus resultieren. Großbritannien, das bereits seit der Jahrhundertwende durch das Erstarken des US-Kapitalismus und des imperialistischen Deutschen Reiches sowie durch das Abbröckeln seines eigenen kolonialen Imperiums ständig als führender kapitalistischer Industriestaat an Bedeutung verloren hatte, ist in den letzten Jahren in der Industrieproduktion von Japan und der Bundesrepublik überflügelt worden und blieb, betrachtet man die Entwicklung des Bruttosozialprodukts zwischen 1959 - 1968, prozentual sogar hinter Frankreich und Italien zurück. Die strukturelle Dauerkrise, die auch durch massive Interventionen des Staates zugunsten der Monopole in ihren Auswirkungen allenfalls abgeschwächt, nicht aber wirksam bekämpft werden konnte, hat ihre wesentliche Ursache im Zusammenhang von Wachstumsstagnation und Inflation ("Stagflation"), deren Tempo die inflationäre Tendenz in der Bundesrepublik noch übertrifft. Geringe Investitionen, Kapitalabfluß und kräftig steigende Exportpreise, die jedoch die chronisch negative Handelsbilanz nicht auszugleichen vermochten, und die erschütterte währungspolitische Stellung des Pfund zwangen den britischen Monopolkapitalismus zu einer Neuorientierung. Dem mehr oder weniger freiwilligen Rückzug aus der ehemaligen kolonialen Einflußsphäre auf der einen entsprach die Hinwendung zur verstärkten westeuropäischen Integration auf der anderen Seite. In Anbetracht der sich verschärfenden Konkurrenz auf dem Weltmarkt sahen sich die britischen Monopole genötigt, neue Absatzmärkte zu erschließen und die Konzentrationsbewegung des Kapitals zu forcieren, um den Produktivitätsvorsprung anderer kapitalistischer Länder aufzuholen. Dabei übernahm der Staat als Lieferant billiger Rohstoffe und Organisator des Transportwesens eine wichtige Funktion im Interesse der Monopole. Wie in den anderen kapitalistischen Ländern korrespondierten in Großbritannien staatsmonopolistische "Planung" und Profitmaximierung der Großunternehmen mit einer tendenziellen Verschlechterung des Lebensniveaus der Arbeiterklasse und der zahlenmäßig schwachen Mittelschichten. (In England ist der Polarisierungsprozeß zwischen Kapitalistenklasse und Proletariat schon mit der Jahrhundertwende nahezu abgeschlossen.) Während sich das Volksvermögen in immer weniger Händen konzentriert – 1966 besaßen 7% der Bevölkerung 84% des gesamten Privatvermögens –, blieb die Erhöhung der Reallöhne hinter dem Lohnzuwachs in der BRD, in Frankreich und in Italien zurück. Steigende Preise und Mieten, der Abbau von Sozialleistungen und zunehmende Arbeitslosigkeit führten in Verbindung mit den von der Tory-Regierung verhängten antigewerkschaftlichen Sanktionen seit 1966/67 zu einem Aufschwung der im Zeichen einer "neuen Militanz" stehenden Aktionen der englischen Arbeiterklasse.

III

Eines der wichtigsten Resultate der Untersuchung der französischen Klassenkämpfe durch Werner Goldschmidt besteht in der Entmystifizierung der Studentenbewegung 1968 und in der adäquaten Einschätzung der politischen Möglichkeiten der Mai-Juni-Krise. Vermittelt Goldschmidt einerseits die Studentenbewegung zu den gewandelten sozialen Bedingungen, denen die Intelligenz im kapitalistischen Anwendungsprozeß der Produktivkraft Wissenschaft unterliegt und die sich in einer tendenziellen Proletarisierung konkretisieren, so weist er andererseits nach, daß die scheinbar spontanen Massenstreiks der Arbeiter-

kürbiskern
LITERATUR · KRITIK · KLASSENKAMPF

3/72 – AKTIONSEINHEIT

u.a. mit Beiträgen von:
Uwe Johnson – Beisetzung Giangiacomo Feltrinelli
Peter Chotjewitz – Reden ist tödlich, schweigen auch
Dieter Kühn – Aus einem Wirtschaftsroman
Friedrich Hitzer – Europäische Sicherheit in einem noch unsicheren Land.
Interviews mit: Hans-Jochen Vogel, Peter Gauweiler, Kurt Sontheimer, Erwin Essl, Franz Schönhuber, Eckart Spoo, Helmut Kindler, Hans Schneider u.a.
Oskar Neumann – Stimmen aus Polen
Conrad Schuhler – Münchner Prozesse
Hans Schneider – Aktionen für die Verträge
Friedhelm Kron – Abhängigkeitsbewußtsein und Organisationsformen der Schriftsteller
Für die Einheit des VS – gegen die Spalterfraktion
(Stellungnahmen u.a. von Gregor-Dellin, D. Lattmann, Angelika Mechtel, Wolfgang Koeppen, Franz Xaver Kroetz)
Peter Nestler – Dürfen sie wieder kommen?
Aufruf zum Kongreß des Bundes demokratischer Wissenschaftler

Zu beziehen über den Buchhandel oder direkt beim Verlag:
8000 München 13, Hohenzollernstr. 144, Tel. 30 37 83

klasse im Mai und Juni 1968 die Synthese massiver Kampfaktionen der vorangegangenen Periode bildeten. Aus den Ausführungen Goldschmidts geht weiterhin hervor, daß es sich im Frühjahr 1968 entgegen der Legende anarchistischer und linksradikaler Splittergruppen weder um eine revolutionäre Situation handelte noch daß die führenden Organisationen der Arbeiterklasse, die Kommunistische Partei und die Gewerkschaft CGT, die angeblich revolutionäre Bereitschaft der Massen verrieten. Die exakte Rekonstruktion der Massenstreikbewegung sowie die Darstellung der inneren Differenzierung der Bewußtseinsformen und politischen Aktivitäten der gesamten französischen Arbeiterklasse führen den Mythos der Macht, "die auf der Straße liegt", ad absurdum. Der heterogenen Struktur des Klassenbewußtseins entsprach, wie Goldschmidt darlegt, die mangelnde Einheit der Arbeiterorganisationen, die trotz der akuten Unfähigkeit des gaullistischen Regimes, die sozialen Bedürfnisse der Massen zu befriedigen, keine klare realistische Alternative zum bestehenden Regime zu formulieren vermochten.

Allerdings vermißt man an dieser Stelle bei Goldschmidt eine plausible Begründung für das Scheitern einer Aktionseinheit der Arbeiterparteien und demokratischen Organisationen. So kann der Eindruck entstehen, als tragen alle Organisationen der Linken vom PCF über CGT, FGDS. PSU, CFDT und FO in gleichem Maße die Verantwortung für das Nichtzustandekommen eines politisch tragfähigen antimonopolistischen Bündnisses. Dem ist jedoch entgegenzuhalten, daß die ablehnende Haltung der FGDS und die offene Obstruktion des PSU gegenüber den unausgesetzten Bemühungen des PCF, auf der Basis eines gemeinsamen Regierungsprogramms die politische Macht zu übernehmen, die entscheidende Ursache für die Rekonsolidierung des gaullistischen Regimes gewesen sind. Die schwankende Haltung der FGDS, aber weit mehr noch des PSU und der CFDT, die partiell mit den linksradikalen Studentengruppen sympathisierten, trugen zur Desorientierung der Arbeiterklasse bei und ließ sich, vermittelt durch antikommunistische Ideologie, im Interesse des Großkapitals und des Regimes der "persönlichen Macht" einfunktionieren. Die von Goldschmidt in diesem Zusammenhang unterstellte Korrektur der Strategie des PCF nach der Massenstreikbewegung 1968 hat nicht stattgefunden: in ihrem Manifest von Champigny (Dezember 1968) faßte die Kommunistische Partei ihre Politik zusammen, ohne deren Grundlinien zu revidieren. Obwohl Goldschmidt hier keineswegs die pseudorevolutionären Phrasen ultralinker Gruppen kopiert und die führende Rolle des PCF in der französischen Arbeiterklasse hervorhebt, wäre eine differenziertere Stellungnahme zu Strategie und Taktik des PCF in der Mai-Juni-Krise wünschenswert gewesen. Sehr gut gelingt es Goldschmidt hingegen, sowohl die objektiven materiellen Bedingungen der Massenstreikbewegung zu erhellen als auch die Bedeutung ihrer Ergebnisse (von den beträchtlichen Lohnerhöhungen über Arbeitszeitverkürzungen bis zur rechtlichen Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisationen im Betrieb) angemessen zu beurteilen. Im Gegensatz zu zahlreichen Interpreten westeuropäischer Klassenkämpfe, die den gewerkschaftlichen Kampf als "trade-unionistisch" abtun und seine Transmissionsfunktion für den politischen Kampf verkennen, beschreibt Goldschmidt ausführlich die Bedingungen, Forderungen und Zwischenziele der großen französischen Gewerkschaften. Die Erfolge der Gewerkschaften, unter denen die CGT mit 2,3 Millionen Mitgliedern die weitaus stärkste Basis in der Arbeiterklasse hat und über eine offensive, auf die Verwirklichung des Sozialismus gerichtete Strategie verfügt, spiegeln nicht nur die realen materiellen Interessen der lohnabhängigen Massen wider, sondern bestätigen auch die objektive Erweiterung der gewerkschaftlichen Aufgaben im staatsmonopolistischen Kapitalismus. Die von Gewerkschaften und Arbeiterparteien seit Frühjahr 1970 gemeinsam vorbereitete Kampagne zur Herabsetzung des Rentenalters beschränkte sich nicht auf betriebliche Aktionen, sondern führte zu einer Massenmobilisierung, die den engen Zusammenhang zwischen Monopolinteressen und staatlicher Sozialpolitik praktisch aufdeckte und konkretisierte.

Die Verschärfung der gesellschaftlichen Widersprüche seit de Gaulles usurpatorischer Machtübernahme, die Massenstreikbewegung und die Kämpfe der Studenten im Mai und Juni 1968 sowie die Fortsetzung der reaktionären Politik unter Pompidou haben zu einer Annäherung der beiden großen Gewerkschaften beigetragen, ohne daß die organisierte gewerkschaftliche Einheit bisher verwirklicht werden konnte. Obwohl sich die CFDT, die Zweitgrößte französische Gewerkschaft auf ihrem 35. Kongreß (Mai 1970) zum ersten Male seit ihrer Konstituierung offen für den Klassenkampf und die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft aussprach, enthält ihre Konzeption noch immer unausgereifte Vorstellungen über die Möglichkeiten und Grenzen der betrieblichen Selbstverwaltung ("autogestion"), über das gegenwärtige Entwicklungsstadium des Kapitalismus und über den Übergang zum Sozialismus.

Die der gewerkschaftlichen Einheit entgegenstehenden Hindernisse reproduzieren sich in noch größerer Kompliziertheit im Verhältnis zwischen den Parteien der französischen Linken. Den Aktivitäten der Kommunistischen Partei, gemeinsam mit der Sozialistischen Partei, (die Ende 1968 aus der Linksföderation hervorging) auf der Grundlage eines einheitlichen Regierungsprogramms den Kampf für eine antimonopolistische Demokratie aufzunehmen, ist noch immer der definitive Erfolg versagt geblieben. Deshalb steht die Herstellung der politischen Aktionseinheit zwischen Kommunisten und Sozialisten gegenwärtig im Mittelpunkt des Kampfes der klassenbewußten Arbeiter Frankreichs.

Ebensowenig wie die französische Massenstreikbewegung 1968 resultierte die von Detlev Albers beschriebene Entwicklung der Klassenkämpfe in Italien aus den Aktionen der Studentenbewegung oder naturwüchsiger proletarischer Spontaneität. Der Offensive des "heißen Herbstes" 1969 ging ein Aufschwung der Arbeiterkämpfe in zahlreichen wichtigen Großbetrieben (Olivetti 1967, Marzotto April 1968, Fiat März und April 1968, Montedison in Porto Maghera Juli 1968 usw.) und eine Stärkung der PCI und der sozialistischen PSIUP bei den Wahlen 1968 voraus. Daß sich die Klassenkämpfe vor dem "heißen Herbst" insbesondere auf die Betriebe konzentrierten und die Form von sogenannten Fabrikkämpfen annahmen, leitet sich vor allem aus der Tatsache ab, daß sich die nationalen Tarifverträge nicht als elastisch genug erwiesen, die Verluste der Massenkaufkraft und das Zurückbleiben von Löhnen und Gehältern hinter der Profitsteigerung zu verhindern. Daß sich die Kämpfe dennoch nicht syndikalistisch zerfaserten, war in erster Linie der erfolgreichen Strategie der Gewerkschaften zu verdanken, die die spezifischen Forderungen der Belegschaften mit dem Kampf für demokratische Strukturreformen auf nationaler Ebene verbanden (Wohnungsbau, Mietstop, Reform des Gesundheitswesens, Steuerreform, Renten.). Auch die Herausbildung neuer Repräsentationsformen der Belegschaften an der betrieblichen Basis trug zur Stabilisierung der Kampfbewegung und zur Vergrößerung des gewerkschaftlichen Einflusses bei. So übertrug die Metallgewerkschaft FIOM (CGIL) die Streikleitung auf die "comitati sindicali unitari di base", in denen alle Abteilungsdelegierten und aktiven Gewerkschafter zusammengefaßt wurden. Entgegen der vornehmlich bei linksradikalen Intellektuellen beliebten Behauptung, die Gewerkschaften hätten sich als Ordnungsfaktor betätigt und die Initiativen der Basis paralysiert, beruhte, wie Albers hervorhebt, die Geschlossenheit und Stoßkraft der Streikbewegung, die im "heißen Herbst" einen vorläufigen Höhepunkt erreichte, auf der festen Verankerung der Gewerkschaften in den Massen und auf einer ebenso differenzierten wie zielstrebigen Taktik des gewerkschaftlichen Kampfes. Durch die wirkungsvolle Verbindung von Schwerpunktstreiks und rollenden Streiks mit organisierten Massenaktionen (mehrere Generalstreiks in verschiedenen Industriezweigen und Generalstreik in ganz Italien am 19. November) gelang es der italienischen Arbeiterklasse den Widerstand der Großbourgeoisie und der Regierung des "centro-sinistro" zu brechen und im Winter 1969 einen bedeutenden Sieg zu erringen, der von Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen über rechtliche Anerkennung der

NEUE BÜCHER

München – Stadt im Blickpunkt
Eine dokumentarische Analyse

Marxistischer Paperback, 127 Seiten, DM 5,80.

In München sind wie selten in einer westdeutschen Stadt die Widersprüche des Imperialismus ausgeprägt. In dieser Stadt werden die Olympischen Spiele ausgerichtet, und die reaktionären Kreise versuchen das für ihre nationalistische Politik auszunutzen. Dieses Buch versteht sich als Beitrag zur Isolierung der Rechtskräfte, die München wieder zur "Hauptstadt der Bewegung" machen wollen.

Wilhelm Raimund Beyer
Die Parteinahme der Wissenschaft
für die Arbeiterpartei

Marxistisches Taschenbuch der Reihe "Marxismus aktuell", Bd. 38, 139 Seiten, DM 7,50.

Ua. legt Beyer in einem Aufsatz dieses Bandes zum ersten Mal Gedanken vor zu Aufgaben einer fortschrittlichen Rechtswissenschaft gegenüber der herrschenden bürgerlichen Theorie und Praxis. Außerdem enthält der Band auch einen Aufsatz "Der philosophische Ort einer Arbeiterpartei".

Fred Schmid
Der Militär-Industrie-Komplex

Marxistisches Taschenbuch der Reihe "Marxismus aktuell", Bd. 38, 219 Seiten, DM 7,50.

Aus Rüstungsindustriellen, Bundeswehrspitzen und den reaktionärsten politischen Kreisen hat sich ein aggressiver Machtkomplex gebildet, der von größter Gefahr für Frieden und Demokratie ist. Diese Arbeit untersucht die gegenwärtige Militärstrategie und rüstungswirtschaftliche Konzeption, Zusammenhang des militärisch-industriellen Komplexes mit der politischen Rechtsentwicklung, die Fragen einer drohenden westdeutschen Atomrüstung und die wichtigsten Ansatzpunkte des Kampfes um Abrüstung.

Verlag Marxistische Blätter GmbH
6 Frankfurt/Main 50, Heddernheimer Landstraße 78a

neuen gewerkschaftlichen Basisorgane bis zur Annahme des seit langem erbittert umkämpften "Status der Arbeiterrechte" durch das Parlament reichte.

Obwohl die Kämpfe der italienischen Arbeiterklasse mit dem "heißen Herbst" und den sich anschließenden Aktionen gegen das "decretone" (Erhöhung der indirekten Steuern, also erhöhte Belastung des Massenkonsums) zu einer seit Ende des Krieges in diesem Ausmaß nicht mehr erlebten Massenmobilisierung führten, scheinen die politischen Kräfteverhältnisse auf den ersten Blick hin unverändert. Albers zeigt jedoch daß die Verschärfung der Klassenkämpfe auch in den Parteien und politischen Organisationen Tendenzen akzelerierten, die – wie die Entwicklung des linken Flügels der DC – einen wichtigen Schritt auf dem Weg zur politischen Einheit der Arbeiterklasse darstellen. Nähern sich die Bestrebungen nach gewerkschaftlicher Einheit der konstruktiven Schlußphase, so verläuft zwar der politische Einigungsprozeß unter ungleich schwierigeren Bedingungen, aber die immer klarer zu Tage tretenden Gegensätze zwischen traditionell DC wählenden Arbeitern und der den Monopolen ergebenen Parteiführung, die Linksentwicklung der katholischen Gewerkschaft ACLI, die Spaltung der Vereinigten Sozialistischen Partei in Sozialdemokratische Partei und Sozialistische Partei und die Wahlbündnisse zwischen PCI und PSIUP (1964 als linke Abspaltung aus der PSI hervorgegangen) kennzeichnen wichtige Fortschritte der politischen Einigungsbewegung der italienischen Arbeiterklasse. Nur auf dem "Wege neuer schwerer Kämpfe" (Luigi Longo auf dem XII. Parteitag der PCI) der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten und nicht durch Klassenkollaboration oder putschistische Phantasien einer "revolutionären Elite" können die Voraussetzungen für eine neue Demokratie der werktätigen Massen geschaffen werden, die zum Sozialismus in Italien führt.

Die von Paul Oehlke analysierten Kämpfe der britischen Arbeiterklasse wiesen seit Mitte der fünfziger Jahre bis Ende der sechziger Jahre eine "Tendenz zum Absterben des Streiks" auf. Erst der allgemeine Angriff auf den Lebensstandard der lohnabhängigen Bevölkerung in den folgenden Jahren (1965 stiegen die Effektivlöhne nur noch um 5% !) und die antigewerkschaftliche Labour-Politik, die von der konservativen Regierung konsequent fortgesetzt wurde, um die Gewerkschaften schließlich dem Diktat des "Industrial Relations Bill" zu unterwerfen, stieß auf einen sich verhärtenden Widerstand der englischen Arbeiterklasse, dessen wichtigstes Merkmal durch den Begriff der "neuen Militanz" gekennzeichnet ist. Diese Militanz der Paul, Oehlke insbesondere seine Aufmerksamkeit zuwendet, äußert sich einerseits sowohl in der Erweiterung von Lohnstreiks zum Kampf um betriebliche und industrielle Kontrollrechte als auch in der positiven Entwicklung der shop stewards, den wichtigsten Basisorganen der Belegschaften, andererseits in der Intensivierung der Auseinandersetzungen um innergewerkschaftliche Demokratie. Zu beachten ist in diesem Zusammenhang, daß neben den streikerfahrenen Berg-, Hafen- und Metallarbeitern in wachsenden Maße Arbeiterschichten den Kampf aufnehmen, die bisher weitgehend passiv geblieben waren. Das gilt insbesondere für den Postarbeiterstreik 1971, den längsten Streik in der britischen Nachkriegsgeschichte überhaupt. Die Einbeziehung traditionell streikabstinenter Arbeiterschichten in die gewerkschaftlichen und betrieblichen Aktionen demonstriert einerseits die fortschreitende Angleichung in den Lebens- und Arbeitsbedingungen aller Beschäftigtengruppen, sie zeigt andererseits, wie das Beispiel der Gewerkschaft der Techniker und technischen Zeichner (DATA) erhellt, die objektive und teilweise auch bereits subjektiv reflektierte fortschreitende Integration der technischen Intelligenz in die Arbeiterklasse. Eine entscheidende Rolle beim Aufschwung der Streikbewegung in Großbritannien (mit 4 000 Streiks stieg die Streikzahl 1971 gegenüber 1967 fast um das Doppelte) kommt den shop stewards zu, den jederzeit abberufbaren Vertretern der gewerkschaftlich organisierten Belegschaftsmitglieder. Sie bilden, schon vor dem 1. Weltkrieg entstanden, die Kader der englischen Ar-

beiterbewegung, und stehen, da sie nicht "freigestellt" sind, in enger und ständiger Verbindung mit der betrieblichen Basis. Der Wiederaufstieg der shop stewards fördert sowohl die Demokratisierungstendenzen in den Einzelgewerkschaften als auch Zusammenschlüsse der immer noch stark zersplitterten, vom Dachverband TUC deshalb leichter zu kontrollierenden gewerkschaftlichen Organisationen. Nicht zu trennen von den gewerkschaftlichen Demokratisierungsbestrebungen ist die Kampagne für Arbeiterkontrolle, die von dem 1964 gegründeten Institut für Arbeiterkontrolle (IWC) vorbereitet und durchgeführt wird. Die Strategie der "Arbeiterkontrolle", die an betrieblichen Konflikten anknüpft, bestimmt sich im wesentlichen durch die Vermittlung betrieblicher Forderungen mit weiterreichenden, auf ganze Industriezweige und Wirtschaftsbereiche sich erstreckenden Alternativkonzeptionen, die eine Kontrolle über die Lohnpolitik, Investitionen, Infrastrukturmaßnahmen, Rationalisierungsprogramme usw. gegen die Interessen des Kapitals durchsetzen wollen. Hier wäre jedoch zu fragen, ob diese Kontrollforderungen nicht syndikalistisch verengt, entschärft und schließlich integriert werden können, solange sie nicht mit Alternativvorstellungen verbunden sind, welche die Macht der Monopole auch auf der politischen Ebene in Frage stellen.

Der Kampf der britischen Arbeiterklasse wird aber durch die Disparität von gewerkschaftlicher und politischer Aktion beträchtlich erschwert. Die Schwäche des um die Zeitschrift "Tribune" sich sammelnden linken Flügels der Labour-Fraktion, die bisher noch keine sozialistische Alternative zum Kurs der Parteiführung zu entwickeln vermochte, sowie der traditionelle "Trade-Unionismus" der Gewerkschaftsbewegung verzögern den von der zahlenmäßig schwachen, aber bei den shop stewards einflußreichen Kommunistischen Partei geführten Kampf für einheitliche Klassenaktionen und eine Bündnispolitik, die auf eine Zusammenfassung des militanten Gewerkschaftsflügels, der Labour-Linken und der Kommunisten gerichtet ist. Die Kommunistische Partei Großbritanniens (CP) betrachtet dieses Bündnis als unabdingbare Voraussetzung für die Einleitung demokratischer Reformen (Nationalisierung, Ausbau der Arbeiterkontrolle usw.) in Großbritannien.

Den konkreten Bezugspunkt von "Klassenkämpfen in Westeuropa" bildet die Mitbestimmungsdiskussion in der Bundesrepublik, zu der die Autoren einen kritisch-konstruktiven Beitrag leisten wollen. Da die fortschreitende Verflechtung des Kapitals in Westeuropa auch die politischen Entscheidungen immer mehr zentralisiert, muß die Arbeiterbewegung in den betroffenen Ländern eine dieser Tendenz adäquate Strategie entwickeln, um den Einfluß der lohnabhängig arbeitenden Massen und nichtmonopolistischen Schichten auf alle relevanten gesellschaftlichen Prozesse zu ermöglichen und zu sichern. Aus diesem Grunde unterstreichen Goldschmidt, Albers und Oehlke die Notwendigkeit einer konsistenten Vermittlung von betrieblichen und gesamtgesellschaftlichen Forderungen, die sich in den Klassenkämpfen Frankreichs, Italiens und Englands immer deutlicher artikulieren. (Dabei müssen jedoch die Unterschiede zwischen der von den großen französischen und italienischen Arbeiterorganisationen angestrebten demokratischen Planung und Führung der Wirtschaft einerseits und der auf das Massenbewußtsein der britischen Arbeiter bezogen progressiven, aber vorerst noch syndikalistisch akzentuierten "Arbeiterkontrolle" andererseits berücksichtigt werden). Nach Auffassung der Autoren stünde die Einbeziehung sowohl konkreter Kontrollforderungen (beispielsweise nach Kontrolle der Bandgeschwindigkeiten, der betrieblichen Arbeitsorganisation, Offenlegung der Bücher usw.) als auch der Forderung nach Demokratisierung des gesamten ökonomischen Prozesses in die Mitbestimmungskonzeption des DGB nicht im Gegensatz zu den bisher erreichten Mitbestimmungspositionen und betrieblichen Institutionen (Belegschaftsvertreter in Aufsichtsräten, Betriebsräte). Gleichzeitig heben sie jedoch hervor, daß die Verwirklichung einer alle gesellschaftlichen Ebenen umfassenden demokratischen Mitbestimmung weder ohne

Initiative der Basis noch ohne tiefgreifende politische Veränderungen des gegenwärtigen Machtsystems Aussicht auf Erfolg haben kann.

Albers, Goldschmidt und Oehlke erarbeiteten ihre Analyse an der Forschungsstelle des VDW in Hamburg, Vorstand und Beirat des VDW konnten sich jedoch nicht entschließen, "Klassenkämpfe in Frankreich" als Studie der Vereinigung zu veröffentlichen. Diese Tatsache beweist einmal mehr, daß Freiheit von Forschung, Lehre und Publikation, zumal wenn sie sich von einem gesellschaftlichen Praxisbezug verpflichtet, kein Geschenk der bürgerlichen Gesellschaft ist, sondern ihr im Kampf abgerungen werden muß.

Lothar Peter

KONSEQUENT

Beiträge zur marxistisch-leninistischen Theorie und Praxis

"Es versteht sich, daß keine abstrakte akademische Theorie betrieben werden soll, sondern diese Zeitschrift vielmehr als politisches Kampfblatt fungieren will ..." (Aus dem Vorwort von KONSEQUENT Nr. 1).

KONSEQUENT brachte bisher u.a. Beiträge zur Auseinandersetzung mit dem rechten und "linken" Opportunismus, zu Problemen der Entwicklung Westberlins, der Mitbestimmung, der Bildungsplanung, des dialektischen Materialismus.

KONSEQUENT dokumentiert regelmäßig wichtige politischer Erklärungen der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins.

Doppelheft 9/10 (DM 3,50)

Inhalt:

Krause	Für Arbeiterrechte in Betrieb, Wirtschaft und Gesellschaft
Gellhardt	Zu den Parteitagen der Bruderparteien einiger sozialistischer Länder
Scheffler	Zur Kritik der Imperialismustheorie E. Mandels (Teil 2)
Wysozki	Zur Geschichte der Verhandlungen über Westberlin

Register über die ersten beiden Jahrgänge von Konsequent

KONSEQUENT Nr. 11 erscheint Juni/Juli 72

es enthält u.a. Beiträge

Zur imperialistischen Währungskrise
Zur Hochschulrahmengesetzdiskussion
Zur Konvergenztheorie

KONSEQUENT wird vom Kreisvorstand Zehlendorf der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins herausgegeben – 1 Berlin 37, Teltower Damm 23.
KONSEQUENT kostet im Jahr DM 6,– (4 Hefte); Einzelheft DM 2,–. Postscheckkonto: Heinz Thomaszik, Berlin West 26 03 19.

SOZIALISTISCHE POLITIK

Politisch-ökonomische Analysen, Diskussion, Berichte und Dokumentation

SOPO 11 (Juni 71) Zur politischen Entwicklung und Publikationsstrategie der SOPO / P. Boccara: Zum staatsmonopolistischen Kapitalismus, I. Einführung in die Frage des staatsmonopolistischen Kapitalismus, II. Die Akkumulation des Kapitals und die öffentliche Finanzierung der Produktion / D. Klein: Funktionen und Grenzen imperialistischer Zukunftsforschung und Prognostizierung im staatsmonopolistischen Kapitalismus / W. Erdmann: Zu einigen Aspekten der Entwicklung der Klassenkämpfe und der Volkswirtschaft der Türkei / Z. Sonkosi: Beschreibung. Der schwarze Südafrikaner / Bericht: Ökonomische Theorie, Politische Strategie und Gewerkschaften, Tagung des IMSF / Projekt Klassenanalyse: Bemerkungen zu H. Reichelt: "Zur logischen Struktur des Kapitalbegriffs bei Karl Marx" / Projekt Klassenanalyse: Besprechung von M. Mauke: "Die Klassentheorie von Marx und Engels" / V. Gransow: Konkrete Analyse, präzise Begriffe oder gewöhnlicher Antikommunismus / A. Hauff: Anmerkungen zur Revisionismus-Kritik einer linken Sekte.

SOPO 12 (Juli 71) J. Bischoff: Materielle und geistige Produktion – Sohn-Rethels 'Siegeszug' durch die nichtrevisionistische Linke / W. Roth: Möglichkeiten sozialistischer Politik – Beispiel Italien / V. Gransow: Von "Imperialismus heute" zum "Imperialismus der BRD" / Bericht: Klassenkampf bei August Thyssen / Bericht: I. Gründung des Arbeitskreises "Lage und Kampf der Arbeiterklasse im staatsmonopolistischen Kapitalismus", II. Probleme der Lage und des Kampfes der Arbeiterklasse im staatsmonopolistischen Kapitalismus / T. Müller, H. Schäfer: Bemerkungen zum Artikel "Die Sozialstaatsillusion und der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital" (SOPO 6/7) / L. Peter: Thesen über Studentenbewegung und Arbeiterklasse / U. Garling, D.v.d.Lühe, W. Schuchardt, E. Witten: Die gesellschaftswissenschaftliche Intelligenz im System des staatsmonopolistischen Kapitalismus / Projekt Klassenanalyse: Versuch zur Bestimmung der Aufgaben der kommunistischen Intellektuellen.

SOPO 13 (Okt. 71) W.M. Breuer: Warenproduktion und Sozialismus / H. Behrens: Das Bildungssystem der DDR – Aspekte seiner Entwicklung und seiner Probleme / L. Peter: Klassenkämpfe in Frankreich: Renault 1971 / H. Ley, T. Müller: Technik und Gesellschaftsstruktur / N.A. Aitow: Allgemeines und Besonderes in der Klassenstruktur der sozialistischen Länder / G. Landwirth: Der bürgerliche Konvertit und sein eigener Revisionismus / V. Gransow: Anstelle einer Besprechung des Buches "Ausgewählte Reden, Aufsätze und Beschlüsse der 'KPD'-Aufbauorganisation" / Projekt Klassenanalyse: Besprechung von Lavrov: "Die Pariser Kommune" / A. Sohn-Rethel: Aus Anlaß von J. Bischoff: "Materielle und geistige Produktion" in SOPO 12.

SOPO 14/15 (Dez. 71) M. Boni, B. Güther, G. Wilbert: Materialien zur Analyse der antagonistischen Distributionsverhältnisse in der BRD / G. Krause: Zur Kritik einer Variante bürgerlicher Monopoltheorie / J. Bischoff: Zu einigen Grundfragen revolutionärer Taktik / W. Roth: Zur aktuellen Situation der italienischen Gewerkschaftsbewegung / T. Scheffler: Zur Frage der friedlichen Koexistenz / Bericht: Aufgaben der Gesellschaftswissenschaften im Sozialismus / Projekt Klassenanalyse: Zur Kritik der 'Sozialstaatsillusion' (SOPO 6/7) / P. Hess: Zum staatsmonopolistischen Kapitalismus / J. Menschik: Zur politischen Soziologie des Arbeiterbewußtseins / H. May: Zur Diskussion über Fragen der Mitbestimmung / V. Gransow: Zur Geschichte der KPdSU / Autorenkollektiv: Systemvergleich BRD-DDR.

Morning Star ★

l'Humanité

Zeitung zum Leben

Коммунистическая партия Советского Союза
ПРАВДА
Орган Центрального Комитета КПСС

UZ Unsere Zeit Zeitung der DKP

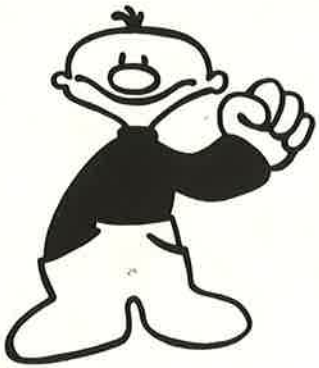
Trybuna Ludu

NEUES DEUTSCHLAND
Organ des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

International beachtet!
Arbeiterzeitungen -
Kommunistische Zeitungen

UZ Unsere Zeit Zeitung der DKP

Dr. Wenzel-Verlag GmbH
4100 Duisburg-Beeck · Pothmannstraße 12



...hören Sie mal rot! „pläne“

DER BAGGERFÜHRER WILLIBALD

Dieter Süverkrüp singt Kinderlieder
Ein rotes Kleberlein – Der Mai ist gekommen
Traktor Lied –
17-cm-Single, stereo,
Best.-Nr, Peng 6, DM 5,–

Mikis Theodorakis:
ICH RUFE ZUM KAMPF!

Dora Giannakopoulou (Gesang)
Ein Tag im Mai – In der Dämmerung
Meine verratene Liebe – Die Bäume brauchen diesen Himmel ganz – Hier sind die Väter tot – Die ganze Erde uns –
30-cm-LP stereo, m. Text
Best. 55 110, DM 22,–

...hören Sie mal rot!

Arbeiterlieder Festival – live u.a. mit:
Fasia, Jäger, Degenhardt, Kittner, Süverkrüp, die Conrads, Hüsch, Lerryn, Stütz, Münchner Songgruppe, Hamburger Songgruppe
Auf, auf zum Kampf – Büxensteinlied –
Der rote Wedding – Solidaritätslied –
Doch du stehst da am Fenster
30-cm-LP, stereo,
Best. Nr. 66 201, DM 22,–

BRECHT DIE MACHT DER MONOPOLE

die erste LP der Conrads
30-cm-LP, m.Text, stereo,
Best.-Nr. 88 102, DM 22,–

Bertolt Brecht:
SONGS – GEDICHTE – PROSA

Hanns Ernst Jäger
Vom armen B.B. – Das Lied von der Schlacht – Gegen Verführung – Fragen eines lesenden Arbeiters – An meine Landsleute – Bei der Kanone dort – Der Kälbermarsch – Lied von der Moldau
30-cm-LP, stereo,
Best.Nr. 44 101, DM 22,–

ERNST BUSCH 1

Lieder der Arbeiterklasse 1917-1933
Linker Marsch – Zeit Marsch – Lenin – Lied vom Vaterland – Der heimliche Aufstand – Dolchstoßlegende – Seifenlied – Spartacus – Stempellied – Roter Wedding –
30-cm-LP, stereo,
Best.-Nr. 77 101, DM 22,–

SÜVERKRÜPS HITPARADE

u.a. mit: Die Revolution ist beendet – Konzertierte Aktion – Das gesunde Volksempfinden – Kunsthalle – Der heilige Vater – Machtwechsel – Die Kunst, Andersmeinende für den Sozialismus zu gewinnen – Lied vom Nutzen – Der heilige Vater
30-cm-LP, stereo,
Best.-Nr. 22 303, DM 22,–

pläne

Gesamtverzeichnis anfordern beim
Verlag „pläne“ GmbH
46 Dortmund, Ruhrallee 62
Telefon 12 50 93